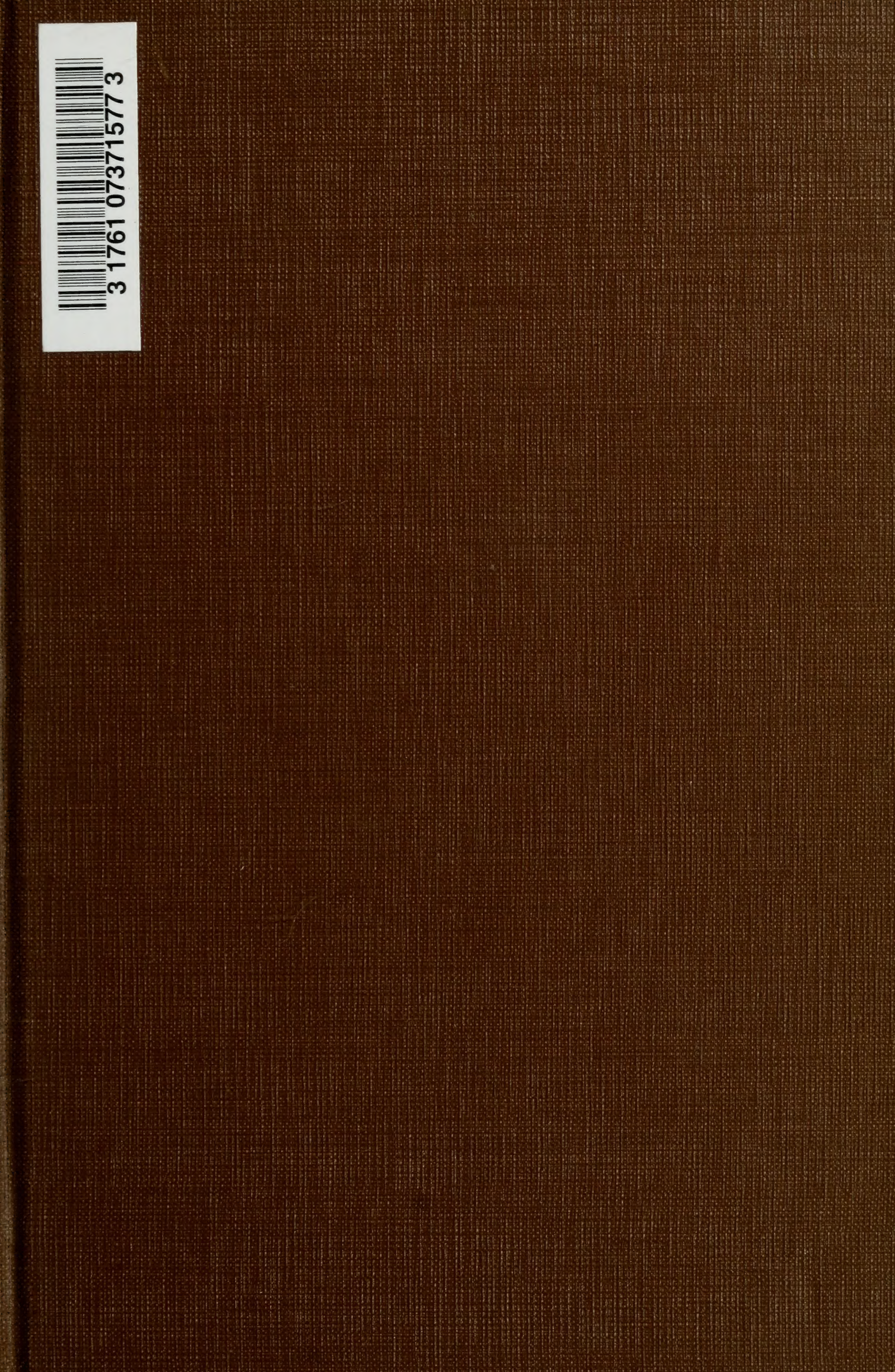
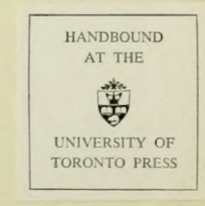

3 1761 07371577 3





Staat und Marxismus

Staat und Marxismus

Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre

Von

Friedrich Lenz

„... anders ist es einmal nicht: jedermann lebt unter dem Einfluß der Gestirne, welche die Welt beherrschen"



Stuttgart und Berlin

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

1921

Vorwort

Die vorliegende Arbeit soll Marx und den Marxismus verstehen lehren; was ich in ihr zu sagen habe, muß daher für sich selber sprechen. Um der Arbeit einen heute unerwünschten Umfang zu ersparen, mußte der Gedankengang — namentlich in den historischen Betrachtungen — gestrafft werden; die beigebrachten Belege ließen sich leicht verdoppeln. Die Marxsche Gesellschaftslehre und meine eigene Grundanschauung dürften dennoch klar hervortreten.

Die „Einführung" wie die Gliederung weisen darauf hin, daß diese Arbeit ausschließlich wissenschaftlicher Erkenntnis dienen will und von keinerlei parteipolitischen Zielsetzungen getrübt wird. Um so unbefangener darf ich darauf hinweisen, welche Bedeutung einer Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre für unsere Gegenwart zukommt.

Das Bemühen um kritische Einsicht ließ mich mehrfach gegen abweichende wissenschaftliche Ansichten Stellung nehmen; daher sei vorweg hervorgehoben, wie viel mancher Erkenntnisfortschritt gerade den bekämpften Ansichten verdankt. Da ich weder angreifen noch verteidigen, vielmehr einzig verstehen will, erübrigt sich ein Hinweis darauf, daß diese Arbeit keinerlei „bürgerliche" Wissenschaft bietet, sondern Wissenschaft schlechthin; ich kann mich hierfür auf Marxens eigene Definition der „Vulgärökonomie" beziehen.

Von Heinrich Cunows Buch „Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie" (1920) lag beim Abschluß meiner Arbeit erst ein Band vor. Cunow versucht, innerhalb des

Marxismus sich mit der Marxschen Soziologie auseinanderzusetzen; über das Verdienstliche und über die Grenzen eines solchen Versuches wird zu sprechen sein, sobald der zweite Band vorliegt.

Für den Nachweis der bolschewistischen Literatur bin ich Herrn Professor Dr. Richard Salomon von der Universität Hamburg sowie Herrn Dr. Albert Dietrich in Berlin zu Dank verbunden.

Gießen, im Februar 1921 Friedrich Lenz

Inhaltsübersicht

Einführung

„Der Himmel ruht nicht sicherer auf den Schultern des Atlas, als Preußen auf der zeitgemäßen Fortentwicklung der Grundsätze Friedrich des Großen."
(Friedr. Köppen 1840)

„Ohne den Sturz des Patriotismus kann Deutschland nicht für die Freiheit gewonnen werden." (Arn. Ruge 1844)

Karl Marx den Sozialökonomen wie den Politiker begreifen wir erst dann, wenn uns der Geschichtsphilosoph und Soziologe in ihm anschaulich geworden ist. Jene ökonomische Lehre und jene politische Bewegung, welche ein Jahrhundert nach der Geburt von Marx nun alle Welt erfüllen, erschließen ihren Zusammenhang uns gleichfalls erst in der Staats- und Gesellschaftslehre des Marxismus. Eine Arbeit, welche einen derart wesentlichen Zusammenhang aufklärt, muß jedoch mit einem Geständnis ihrer Mängel beginnen. Die Persönlichkeit von Karl Marx wie die allgemeinen Anschauungen über Staat und Gesellschaft sind nämlich bislang zu wenig erforscht worden, als daß sie an feste Ergebnisse anzuknüpfen uns erlaubten[1]). Obschon wir unseren Gegenstand mit programmatischer Kürze abhandeln wollen, können wir deshalb nicht umhin, zunächst jene beiden Voraussetzungen mit einigen einführenden Sätzen aufzuhellen. Wir werden derart weder Marxens Persönlichkeit noch die Staats- und Gesellschaftsphilosophie erschöpfen; wir lassen uns vielmehr daran genügen, mit einigen Strichen jenen Umkreis abzugrenzen, in dem eine jede Darstellung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre sich bewegen muß.

---

[1]) Vgl. E. Grünfeld, Lorenz v. Stein und die Gesellschaftslehre, S. 111 ff. — H. v. Treitschke, Die Gesellschaftswissenschaft. Ein kritischer Versuch (1859). — E. Gothein im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften". — Oth. Spann, Der wahre Staat (1921).

1

Eine Würdigung der Persönlichkeit dürfte zu dem Ergebnis führen, daß Karl Marx wie Friedrich Engels „echte und wahrhafte Charaktere von historischem Stil" sind[1]). Die Einheit der Marxschen Persönlichkeit wird sein künftiger Biograph in dem Politiker, dem Soziologen, dem Sozialökonomen aufzuzeigen wissen; dann erst wird dies Charakterbild der Parteien Haß und Gunst entrückt sein. Mehr als andere heißt ja eine solche Gestalt sich die Geister scheiden. Denn jener letzte Antrieb, der Marx beseelt, wirkt bis in die feinsten Verästelungen seiner Theorie, bis in die flüchtigsten Äußerungen des Alltags. Der gleiche „Dämon", den der Vater im Jüngling sah, treibt den junghegelschen Idealisten und bürgerlichen Radikalen der Frühzeit wie den Materialisten und Kommunisten späterer Jahrzehnte. Durch die überladenen „rethorischen Reflektionen", durch die „phantastischen" Gedichte und Dramen des Beginns stürmt schon ohne Rast jener Feuergeist, der — ein „wahrer rasender Roland" in der Liebe des Jünglings — Marx nun über die Höhen revolutionären Wirkens wie durch alles Niederziehende des Alltags trägt.

Freund wie Feind zeichnen uns sein Bild: die Herrschergaben seines Verstandes und seines Willens. In der frühen Wahl der Braut greift er bereits nach dem Höchsten und hält es durch alles Widerwärtige fest mit starkem und reinem Herzen. Der Sohn des jüdischen Anwalts macht sich zum Schwager des reaktionärsten aller preußischen Bürokraten, ohne daß wir Marxens Verhältnis zur Familie v. Westphalen bisher durchschauen könnten. Die Strudel der Politik ergreifen sodann den Neunzehnjährigen. Sie werfen ihn bald genug an das andere Ufer; doch in Kämpfen innerster „Gewissensangst" erst löst der Tagesschriftsteller jenes Band, das die Überlieferungen Voltaires und Friedrichs des Großen in ihm knüpften: der „Humanität" und dem „Genius der Monarchie" hatte sein aufgeklärter, Christ gewordener Vater ihn verbinden wollen. Das

---

[1]) Siehe H. Oncken in der „Historischen Zeitschrift" 123 Heft 2, sowie Gustav Mayers schöne Biographie Engels', 1. Bd. (1920), S. 182 ff.

menschliche Selbstbewußtsein, das „Selbstgefühl des Menschen" war die seinem Wesen gemäße Philosophie geworden; ihre Züge prägt Marx in der äußeren wie inneren Einsamkeit des Kämpfens nun um so stärker aus. Sein „Intellektualismus" scheut vor keiner Schärfe; Kampfgenossen wie Willich gegenüber schreckt er selbst vor „Mystifikationen" nicht zurück. Sein an Voltaire geschulter Sarkasmus bedarf der Gegner, entlädt sich in weit ausgesponnenen Polemiken. Sein Denken zerlegt alles in Quantitäten: die Wirtschaft in die Summe der individuellen, meßbaren Arbeitsstunden, den geschichtlichen Fortschritt in eine allseitige Entwicklung der Individuen. Er begreift wohl die Gesetze der Mathematik, nicht aber „die einfachste technische Realität, zu der Anschauung gehört".

Kein Wunder, daß man Marxens Intoleranz anklagt, Diktator, Tyrannen, Despoten ihn benennt. Energie und Feuer bezeichnen sein Auftreten, aber auch Verachtung aller Andersmeinenden und eine ganz unerträgliche Arroganz (Karl Schurz). „Träume künftiger politischer Macht" erfüllen ihn, der im Exil die Revolution erwartet. Ein Feind sagt: Er lache über alle, die seinen Proletarierkatechismus nachbeten. Er achte allein die reinen Aristokraten. Um sie von der Herrschaft zu verdrängen, brauche er eine Kraft, die er allein in den Proletariern finde; deshalb habe er sein System auf sie zugeschnitten. Seine persönliche Herrschaft sei der Zweck all seines Treibens. Ein anderer nennt ihn einen Virtuosen des Hasses. Und ein Freund nennt ihn die Verkörperung eines demokratischen Diktators — aus Energie, Willenskraft und unbeugsamer Überzeugung zusammengesetzt. Er sei „ein geborener Leiter der Menschen" [1]).

Herrschen allerdings sehen wir Marx, wo immer er erscheint; niemals hat er, gleich Engels, die zweite Geige spielen mögen. Seine Liebe zu Homer, Dante und Shakespeare kennzeichnet das geistige Herrentum, das prometheische Motto seiner Erstlingsschrift die „große geistige Leidenschaft" des Mannes von allgemeinen Strebungen, wie er sich nennt. So sehen wir

---

[1]) Vgl. hierzu Ruges Urteile in seinem „Briefwechsel" (2 Bde. 1886) und Herweghs Urteil in seinen „Briefen" (2. Aufl. 1898) S. 328. Ferner die Erinnerungen von Lafargue, W. Liebknecht, Annenkow, Bakunin.

ihn Macht gewinnen in der „Rheinischen Zeitung" des radikalen Bürgertums von 1842, herrschen im Kommunistenbund von 1847, der ihm 1848 ausdrücklich die Diktatorschaft des Bundes überträgt. Nicht so sehr den im „Kommunistischen Manifest" eben geprägten Marxismus wie den „Redakteur en chef Karl Marx" finden wir als geistigen Herrscher der „Neuen Rheinischen Zeitung" im Sturmjahr 1848/49. Ob er sich im Exil mit Engels selber zu Vertretern der proletarischen Partei bestellt, ob er die sogenannte 1. Internationale leitet, ob er die liberale Ökonomie der Engländer für seine revolutionären Ziele umschmiedet, niemals finden wir ihn abhängig oder sich eingliedernd in ein unpersönliches Gefüge. Eher sprengt er mit einem „Staatsstreich" den Kommunistenbund, den er nach Köln, die Internationale, die er nach Neuyork verlegt. Wie er anfänglich das Duell nicht und später keinen geistigen Zweikampf scheut, duldet er keine Niederlage, kein Zurückweichen: weder in der Liebe noch in der Freundschaft noch selbst im Schachspiel. Sogar von Engels hält er andere zurück; der Freund sei ja „einige Eifersucht" an ihm gewohnt. Seine Güte wie seine Kälte entfließen dem gleichen Quell, und nicht zuletzt jene völlige Ehrfurchtslosigkeit in seinem Wesen. Grenzenlos in allen Räumen ist sein Wille zur Macht; „sie machte ihn froh und zufrieden" (Spargo). Wer sich ihm entgegenstellt, soll zerschmettert werden: vae victis! Staaten wie Preußen oder Rußland, ganze Rassen wie die Slawen, ja die bisherige Weltordnung schlechthin will er vernichten — mit den Waffen der Theorie wie des politischen Kampfes. Terrorismus und „Exzesse" vermag er zu billigen. Was der „Mönch" Luther begann, will der „Philosoph" Marx vollenden. Weder Lassalle noch Liebknecht genügen seinem Drang, geschweige denn geringere Geister oder die „Knoten" und Massenmenschen; „lieben wird uns der rote oder selbst kommunistische Mob doch nie."

So stempelt seine vulkanische Persönlichkeit als „utopische" Sozialisten und „Vulgär"-Ökonomen ab, was neben ihm sich in der Theorie behaupten will; ein Hegel und ein Ranke selber müssen zum Widerspiel Marxens als „bürgerliche" Tendenzschriftsteller erscheinen. Noch im Jahre 1864 „kennzeichnet" Marx in der Weise Köppens und späterer politisierender Hi-

storiker „das tanzende Wurzelmännchen Ranke": dieser geborene „Kammerdiener der Geschichte" habe „spielende Anekdotenkrämerei und die Rückführung aller großen Ereignisse auf Kleinigkeiten und Lausereien" für den „objektiven" Geist der Geschichte gehalten [1]). Es gibt nur eine Wissenschaft der politischen Ökonomie und der Gesellschaft — die seine; wobei es dahingestellt bleiben mag, bis wann wir danach in Marxens eigenem Denken die „bürgerliche" Tendenzschreiberei zu datieren hätten! Denn die Tendenz beseelt ihn selber durch alle Stadien seines Werdens: sie ist ein und dieselbe in seiner philosophischen Dissertation wie in seinen Theorien über den Mehrwert wie in seinen ästhetischen Urteilen. Sie läßt ihn kritiklos, leidenschaftlich werden. Wie hätten einem solchen Manne Borns oder Lassalles „friedliche Arbeiterassoziationen mit Staatshilfe" genügen können; eben jenen Staat, den Lassalle anrief, wollte er zerstören. Der „Untertanenglaube der Lasalleschen Sekte an den Staat" habe noch das Gothaer Programm 1875 „verpestet".

Damit kommen wir zu dem politischen Grundzug seines Wesens: die Politik blieb das Element seines Denkens. Philosophie und Handeln verbanden sich Marx zur Einheit, seitdem der Neunzehnjährige in den Berliner Strudel geraten war. Tendenz, Individualität, Praxis: sie erfüllten die Seele des „Jungen Deutschland" wie der Berliner Jungradikalen. Und erst, als der „Privilegienstaat" der Romantik und Reaktion sie zurückgestoßen, warfen sie ihr nationales Fühlen von sich. Niemand bewußter und nachhaltiger als Marx: im neuen Reich Bismarcks haßte er den siegreichen „Militärdespotismus" von 1815 und 1849. Schon seine Lehrer, Eduard Gans der Jurist und Friedrich Köppen als Historiker, waren Politiker gewesen. Von Gans aus ist Marx erst Hegelianer geworden; von der zentralen Universität des damaligen Deutschland hat er, außer etwas Logik und juristischen Fachvorlesungen, keinerlei Belehrung

[1]) Vgl. auch Marxens ira et studio geschriebenes Vorwort zum „18. Brumaire". Daß Marx 1864 den Rankeschüler Doenniges ebenfalls mißkennt, erhellt übrigens aus Max Lenz, Geschichte der Universität Berlin, II, 1, S. 504 ff Hegels Urteil über die „philosophische Bewegungspartei" liegt beschlossen in der Vorrede zu seiner Rechtsphilosophie (1821) S. IX ff.

oder Schulung angenommen. Vielmehr stand er als Student sogleich im Getriebe des Tages; seine Dissertation selber war, wie Bruno Bauer ihm schreibt, nur die schwer festzuhaltende „philosophische Form" seines stürmischen Drängens. Nirgends deutlicher als in den „Bruchstücken" seiner Doktorarbeit über Epikur bricht die politische Tendenz des junghegelschen Radikalen hervor: Gegen Schelling, den eben nach Berlin berufenen Wortführer des „christlich-germanischen" Staatsgedankens der Romantik, polemisiert der Ausleger Epikurs mit Sätzen, welche die Erregung und Entzweiung der Junghegelianer um 1841 widerspiegeln. Der in sich freigewordene theoretische Geist wurde zur praktischen Energie, zum Willen, der sich gegen die weltliche Wirklichkeit kehrte, wie Bruno Bauer es dem Freunde formulierte: „Die Theorie ist jetzt die stärkste Praxis." Beide sollten in Bonn den Kampf aufnehmen wider Eichhorn, den neuen Kultusminister des gekrönten Romantikers, und wider den bloß kontemplativen Teil der junghegelschen Schule. Solche „praktische Energie" war in der Tat das „psychologische Gesetz" Marxens, das er nun — bezeichnend genug — sogleich als allgemeines zu begreifen suchte[1]).

In seinem Bemühen, das Gesetz des eigenen Handelns als absolutes zu begreifen, sind Marxens weitere Schriften beschlossen. Die „Heilige Familie" von 1844 richtet sich eben gegen Bauer, den Marx nunmehr als den „vollendetsten Ausdruck des christlich-germanischen Prinzips" bekämpft. Jetzt hält er auch Hegels Geschichtsanschauung für einen „spekulativen Ausdruck des christlich-germanischen Dogmas", obgleich doch Haller und Leo, Stahl und Schelling, Eichhorn und Friedrich Wilhelm IV. jenes Dogma gerade im Widerspruch zu Hegel befestigen wollten. Wir werden sehen, wie die Abkehr vom „christlichen Staat" der „Heiligen Allianz" und vom Staatsgedanken Hegels für den Marxismus eins geworden sind.

Derart werden alle theoretischen Arbeiten Marxens politisch

[1]) Demgemäß nennt Marx 1843 L. Feuerbach den „umgekehrten Schelling". Epikur rühmt er als den „größten griechischen Aufklärer". — Zur „christlich-germanischen" Staatslehre vgl. Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat.

unterbaut: diejenigen der Jahre 1847—51 so gut wie seine „Kritik der politischen Ökonomie" von 1859. Wie toll arbeitet Marx an ihr die Nächte durch, damit er wenigstens die Grundrisse im klaren habe vor dem déluge — vor der neuen Revolution, die aus der Wirtschaftskrisis von 1858 folgen sollte. Es ist kein Zufall, daß sowohl das „Kommunistische Manifest" von 1848 wie die sogenannte 1. Internationale von 1864 mit einer antirussischen Kundgebung für Polen beginnen; denn Polen war und blieb für Marx der „auswärtige Thermometer" aller Revolutionen wider die „Heilige Allianz". Erst Deutschlands Gegensatz zu Rußland verleiht der sozialen Revolution auf dem „europäischen Terrain" ihre „Pointe" [1]). Im Hinblick auf die außenpolitischen Wandlungen ist auch das „Kapital" 1867 erschienen, und als Bismarcks Sieg 1871 nun doch die Mächte der „Heiligen Allianz" befestigt hatte, da sollte die 2. Auflage (1873) „den Glückspilzen des neuen heiligen, preußisch-deutschen Reichs Dialektik einpauken" — angesichts der abermals ausgebrochenen Wirtschaftskrise.

In Marxens Ökonomie durchdringen diese Antriebe überall das Gefüge seiner wirtschaftlichen Gesetze und Tendenzen; die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft soll nun mit der Unvermeidbarkeit Darwinscher Naturgesetze jenen „general crash", jenen allgemeinen Zusammenbruch herausführen, dessen baldiges Kommen der Politiker Marx allzu oft vergebens prophezeit hatte. Jedoch schränkt unsere Aufgabe uns auf die Gesellschaftslehre des Marxismus ein und damit im wesentlichen auf den Marx der Jahre 1840—1867. Wir haben somit den sozialökonomischen Gehalt des „Kapitals" hier nicht zu würdigen und behalten uns vor, Marxens Ökonomie auf ihre soziologischen Zusammenhänge hin einmal ausführlich darzustellen [2]). Jedenfalls hätte der Politiker

[1]) Für Polen vgl. Rjasanoff in Karl Grünbergs „Archiv" VI (1916). Marxens Äußerungen zur „Heiligen Allianz" sind zu zahlreich, um sie aufzuführen; die Rußland-Feindschaft blieb gemeinsames Erbstück in der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie seit L. Feuerbach, Karl Grün und K. Heinzen. Siehe auch Rjasanoff in Erg.-Heft 5 zur „Neuen Zeit" (1909).

[2]) Man vgl. Marxens Urteile im „Kapital" über Friedrich d. Gr. und Burke, ferner Marxens Arbeiterklasse in ihrer politischen und ökonomischen Funktion. Erst auf Grund meiner vorliegenden Arbeit läßt

Marx niemals geglaubt, binnen fünf Wochen mit der ganzen Plackerei fertig zu sein, wie er doch von seiner Ökonomie 1851 schreibt. Er werde sie dann zu Hause ausarbeiten und im Britischen Museum sich auf eine andere Wissenschaft werfen; die Ökonomie fange an ihn zu langweilen! Noch 1860 meinte er, in sechs Wochen könne sein „Kapital“ fertig sein. Wir erkennen deutlich, daß nicht das sozialökonomische Studium letzte treibende Kraft in Marxens Seele ist; und wir brauchen uns nur zu fragen, ob der Politiker Marx jemals eine Erfüllung seines Revolutionshoffens langweilig gefunden oder einem anderen Willensziel sich zugewandt haben würde, um eben jene Antwort zu finden, die wir bereits in Marxens Anfängen erhalten haben.

Wie Marx der Politiker nun zum Soziologen und Geschichtsphilosophen geworden ist, wird uns im „Ursprung des Marxismus“ noch beschäftigen. Während wir aber dort den systematischen Zusammenhang mit anderen Gesellschaftslehren herausheben, wollen wir hier einen Blick auf Marxens persönliche Abwandlung vorweg tun.

2

Wir bemerkten, daß Marx aus der rationalistischen Aufgeklärtheit und der preußischen Staatsgesinnung des Trierer Vaterhauses mit seiner frühen Verlobung so wenig wie durch sein Studium zunächst heraustrat. Seine Dissertation ist dem Geh. Regierungsrat v. Westphalen gewidmet, dem väterlichen Freunde, der „nie vor den Schlagschatten der retograden Gespenster zurückgebebt“ habe. Sein Drang zur Synthese ließ den Anfänger sogleich an rechtsphilosophischen Systemen sich versuchen, wozu sein Lehrer Eduard Gans mehr als einen seiner Schüler damals anregte. Man lese das Vorwort der „Studien und Kritiken“, die Gustav Lenz „den Manen seines Lehrers“ 1847 widmete: was dieser junghegelsche Jurist über den Mangel an positiven Kenntnissen und den selbstvergötternden Hochmut jener Jugendjahre sagt; seine Bekenntnisse für die Revolution und gegen die Bürokratie, sein Hoffen auf den An-

---

sich eine Gesamtschau der marxistischen Ökonomie gewinnen. Vgl. Georg Jäger in „Schmollers Jahrbuch“ 1910. B. Erdmann, ebda 1907.

bruch einer letzten Geschichtsepoche. „Wir stehen am Schluß der Entwicklung der Negation in der Weltgeschichte ... die Revolution war das blutige Bad der Wiedergeburt der Menschheit ... es naht die Erlösung.“ Aus seiner sozialrechtlichen Bearbeitung der Lehre vom Eigentum erwuchs bei diesem Gansschüler eine „Kritik der historischen Schule“, welche „eine Revolution auf dem Gebiete des Privatrechts“ bewirken sollte. Während aber Gustav Lenz die „entdeckten Prinzipien des ewigen Weltrechts“ noch auf Hegelschem Boden zu finden meinte, liegen die von Marx entdeckten Naturgesetze der Weltökonomie bereits auf einer anderen Ebene[1]).

Wie Eduard Gans im Recht, ward Friedrich Köppen in der Geschichte Marxens Führer. Freilich waren auch Köppens Einsichten zeitpolitisch gedacht, wandte er sich eben deshalb gegen Ranke. Über beide kam Marx zu Hegel selber und zu dessen Staatsauffassung, die eben damals von der „christlich-germanischen“ Romantik angefeindet wurde. Den Staat des großen Friedrich, dem Marxens Vater vertraut hatte, riefen damals Bruno Bauer, Köppen und Engels für sich an. Das Schicksal dieser radikalen Hegelianer — mit der Romantik sich tödlich zu entzweien — ward auch Marxens Schicksal. Historische Schule und Nationalismus schieden sich in jenen schicksalsvollen Jahren nach 1840. Gans wie Köppen sind für uns verschollen. Was ist es, das in ihrem Kampfgenossen Marx die Gedanken ihres Kreises zu so gewaltiger Wirksamkeit entfaltete?

Unsere Einführung soll den Marxismus zunächst aus dem Kern der Marxschen Persönlichkeit ableiten, während wir den ideengeschichtlichen Zusammenhang in unserer Darstellung später knüpfen wollen. Jedoch auch psychologisch müssen wir, meine ich, von jener unverlierbaren Würde ausgehen, welche dem

---

[1]) Man bemerke, daß Karl Gutzkow — das geistige Haupt des „Jungen Deutschland“ — die Abkehr von Hegel mit einer Hinkehr zu Rousseau und St.-Simon verbindet, wie Richard Fester einmal festgestellt hat. Bekanntlich hat Hegel selber von Rousseau stärkste Anregungen empfangen. Jedoch wird Festers Arbeit „Rousseau und die deutsche Geschichtsphilosophie“ (1890) dem entscheidenden Fortschritt, den Hegel über Rousseau hinaus vollzogen hat, nicht ganz gerecht.

Staat im Hegelschen System zukommt. Wohl mag in der Sphäre der Willkür, des Zufalls und des Irrtums ein mannigfacher Mißbrauch den Staatsgedanken nach vielen Seiten hin entstellen; dennoch bleibt für Hegel ein Staat, so gut der häßlichste und krankste Mensch noch Mensch bleibt. Eine solche Unbefangenheit des Anschauens war Marxens Feuerseele, die ganz auf „umwälzende Praxis" gestellt war, von allem Anfang an versagt. „Daß, so klein sie sein mag, die öffentliche Tätigkeit unendlich erfrischend auf jeden wirkt", entspricht ganz einem Denker, der sich zum Ziel setzt: „Wirklichkeit — Macht — Diesseitigkeit". Ein Staat, der ihm nach seinen Anschauungen zu wirken wehrte, wurde für ihn notwendig ein Gegenstand der Feindschaft, ja des heftigsten Abscheus. Und seinem wie seiner Freunde Denken — denen nach L. Feuerbach das Denken nur ein Prädikat des Seins war — mußte eine solche Verderbtheit des wirklichen Staats vollgültig erweisen, daß auch die Hegelsche Idee des Staats verderbt und ein Luftgespinst gewesen sei. Indem Marx diesen Schritt tat, wandte er sich somit ab vom „christlich-germanischen" Preußen der Romantik und zugleich vom Staatsgedanken. Dasein und Gedanke mußten eine andere Heimstatt finden, als sie die Wirklichkeit des Staates bot. Ihre Synthese, die im Preußen Friedrichs d. Gr. und selbst unter Friedrich Wilhelm III. und Altenstein möglich erschienen war, ward vereitelt vom Staate der Romantik[1]).

Damit verliert der Staatsgedanke nun eben jene Würde wieder, zu der ihn der deutsche Geist in Hegel erhoben hatte. Die eigentümliche Leistung der deutschen Gesellschaftsphilosophie dem Westen gegenüber scheint mir darin zu liegen, daß sie den Staat aus der Bedingtheit, nur Mittel zu sein, erhob zu jener Höhe, auf der er als Selbstzweck und als Wirklichkeit der sittlichen Idee sich darstellt. Noch ein Fichte durfte den Staat zum bloßen Mittel erklären, das auf seine eigene Vernichtung abziele. Erst Hegel sonderte den Staat von allen sonstigen

---

[1]) Vgl. G. Mayer l. c. Erg.-Bd. S. 139—239. — Über das Bündnis der „philosophischen Bewegungspartei" mit dem westlichen Sozialismus vgl. K. Grün, Neue Anekdota (1845) S. 283 ff., und ebenda Moses Heß S. 116—227.

Gesellschaftsgebilden und setzte das Verhältnis der Staaten gegeneinander als ein wesentliches Merkmal. Reiner noch sah schließlich Ranke die Konstellationen an, unter denen die Welt der Staaten und Nationen lebt. Dies alles ging verloren, als Marx in jenen entscheidungsschweren Jahren nach 1840 ein neues Bündnis schloß. Er schloß es eben auf jenem Boden der westlichen Gesellschaftsphilosophie, den Hegel und Ranke bereits verlassen hatten. Dort, im England der Chartistenbewegung wie im Frankreich des Julikönigtums, war es gang und gäbe, den bisherigen Staat zugunsten freier „Assoziationen" abschaffen zu wollen und wenigstens in der Theorie „einige von den Wundern der Zukunft zu prophezeien" (Dézamy). Dort drängte nicht nur der Gedanke, wie im „Jungen Deutschland", sondern das Leben unmittelbar zur Tat; Philosophen wie Historiker griffen tätig ein. Arnold Ruge hörte 1843/44 einen blutigen Untergang der jetzigen Bourgeoisieherrschaft und den Aufgang des 1000jährigen Reiches der wirklichen Freiheit und Gleichheit „mit der entschiedensten Zuversicht" prophezeien. In diese Kreise der Pariser Kommunisten brachte Marx zwar nicht Hegels Staatsgedanken, wohl aber Hegels Denkformen mit; ihnen unterwarf er die Gesellschaftskritik der Kommunisten wie die liberalen Wirtschaftslehren. So konnte er 1867 sein „Kapital" den ersten Versuch nennen, die dialektische Denkform auf die Nationalökonomie anzuwenden. Inhaltlich freilich blieb er von den westlichen Denkern abhängig. Das letzte Wort seiner Ökonomie an die deutschen Arbeiter blieb (1875) jene Zauberformel, welche schon die Sozialisten des 18. Jahrhunderts schufen: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen".

So bleibt der Soziologe Marx zwar Dialektiker, ohne doch zur erstrebten Einheit des Gedankens mit der Wirklichkeit fortzuschreiten. Mit den französischen Historikern sucht er sie jetzt in den inneren „Klassenkämpfen" der Gesellschaft. Diese Bewegung der Gesellschaft vollziehe sich im Widerspruch des „Privateigentums" zum „Proletariat". Letzteres hebe den Gegensatz und damit sich selber in einer höheren Einheit auf: in der Zukunftsgesellschaft, welche die „Selbstentäußerung" oder „Entmenschung" des Proletariers vom Privateigentum beseitige.

Auch die Vergangenheit erfaßt Marx nun derart: das „feudale Monopol“ gebäre die „aufkommende Konkurrenz“ und schlage um in das „kapitalistische Monopol“. Wie wenig die „ehernen Klammern“ solcher Dialektik das flutende Geschehen halten, dafür soll uns die Geschichte des Marxismus selber den Beweis erbringen; im übrigen haben hierzu die Philosophen und Historiker das Wort.

Man erkennt den politischen Grundzug dieser angeblich naturgesetzlichen Soziologie sehr leicht an ihren revolutionären Zukunftsprognosen, die sämtlich „von dem wirklichen Verlauf der Geschichte unbarmherzig widerlegt“ worden sind. Wir wollen jedoch über die historische Fachkritik hinweg zu jenem Punkt gelangen, in dem Marx sein neues Verhältnis zur Gesellschaft und zum Staate verankert hat.

3

Marxens Abkehr vom deutschen Staatsgedanken und von den Mächten der „Heiligen Allianz“ führte ihn, so sahen wir, auf den Boden der englisch-französischen Gesellschaftslehre. Die „Rheinische Zeitung“, deren Leiter Marx 1842 43 war, hatte noch für ein höheres Deutschtum und für ein erneutes Preußen gekämpft. Als Marx im März 1843 „der jetzigen Zensurverhältnisse wegen“ ausschied und Deutschland mit Paris vertauschte, da wurde dieser Schritt, wie er an Ruge schrieb, „wirklich ein Sieg der französischen Revolution über den deutschen Patriotismus“. Denn das Land der Menschenrechte und des Bürgerkönigtums ward ihm jetzt zur geistigen Heimat. Er, der mit seiner Heimat gebrochen, spürte dort „den Bruch innerhalb der jetzigen Gesellschaft“ auf; indem er die „soziale Pointe“ draufsetzte und „die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der Ökonomie“ fand, gab er seiner Ökonomie eben jenen Gesellschaftskörper zu untersuchen, den schon Hegel in seiner „bürgerlichen Gesellschaft“ darstellte. Auch Hegel sah in dieser Gesellschaft das Reich der selbstsüchtigen Zwecke und des Unterschieds von Reichtum und Armut; er hatte bereits die Klarheit der Systeme eines Smith, Say und Ricardo auf diesem Feld gerühmt. Die Begriffe: bürgerliche Gesellschaft, Bourgeois

Klasse der Armen, Kapital, Konzentration der Reichtümer — fand Marx in Hegels Rechtsphilosophie vor. Aber während Hegel alle Unvollkommenheiten der bürgerlichen Gesellschaft wie des geschichtlichen Staates, so sahen wir, im Staatsgedanken sublimierte, waren für Marx die staatlose Urgesellschaft wie alle geschichtlichen Staaten nur mehr Negationen des Staatsgedankens; und die Zukunftsgesellschaft, welche Marx sich konstruierte, hob den geschichtlichen Staat auf und verurteilte den „klassenlosen Staat" zum Absterben. Unhegelsch, wie dies alles, ward die zentrale Bedeutung der Gesellschaft nun bei Marx; wohl aber entsprach sie durchaus der vorhegelschen Soziologie und Staatslehre, für welche die „bürgerliche Gesellschaft" mit ihrem „Staat" eine feste Denkform bildete.

Ob wir die „Klassen" der Physiokraten und Nationalisten betrachten oder die „bürgerliche Gesellschaft" deutscher Merkantilisten oder die „Klassen" der preußischen Gesetze; ob wir die liberale Nationalökonomie als Wohlfahrtslehre der bürgerlichen Gesellschaft definiert sehen, — immer finden wir dort den Grundunterschied der Gesellschaft und ihres Staates. Und solange wir über den Inhalt und den Wandel dieser Denkform nicht hinreichend unterrichtet sind, vermögen wir nicht, Marxens Stelle in der Geschichte der Soziologie letztens zu bestimmen. Genug, wenn wir ihn — gegenüber Hegels und Rankes Anschauungen von Staat und Nation — als Ausläufer der westlichen Gesellschaftsphilosophie einordnen.

Als solchen wird ihn der ideengeschichtliche Zusammenhang noch näher erweisen. Ward doch das Land Rousseaus und der Revolution das Vorbild so vieler vormärzlicher Demokraten! Babeuf wie St.-Simon, die beiden entscheidenden Vorgänger des Marxschen Kommunismus, wurzelten in J. J. Rousseaus individualistischer Gesellschaftslehre. Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung: der Pariser „Deutsche Bund der Geächteten" (1833) wie Georg Büchners „Gesellschaft der Menschenrechte" in Gießen (1834) weisen ausdrücklich dorthin. Nicht weniger die frühesten deutschen Sozialisten: Weitling, Moses Heß, Karl Grün. Wie entschieden wandte dagegen der Staatsphilosoph Hegel sich von den „ideenlosen Abstraktionen" des großen Genfer Bürgers ab!

Gleich 1843/44 plante Marx eine „Politik“ zu schreiben; dann sammelte er ein „ungeheures Material“ zur Geschichte des französischen Konvents; in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ proklamierte er mit Ruge, Grün und Feuerbach das „gallo-germanische Prinzip“ und die geistige Allianz der zwei Nationen — bezeichnenderweise schon damals, ohne Gegenliebe zu finden! Ihm selbst aber stellten sich Staat und Gesellschaft unter dem Bilde der „Menschen- und Bürgerrechte“ dar; an die Rousseau- und Epikurstudien seiner ersten Jugend knüpfte er damit an. Der geschichtliche Staat ward ihm als verselbständigte Exekutivgewalt der Gesellschaft, mit seinen Beamten und Soldaten, zu einem „Parasitenkörper“, der jedes gesellschaftliche Interesse der Selbsttätigkeit entreißen wolle. In Wahrheit aber habe dies Staatsgebäude, diese Staatsmaschine nur den Schein einer Eigenmacht. Die „bürgerliche Gesellschaft“ lasse die Privatexistenz ihrer Klassen und Individuen durch Steuern und andere Regierungsakte nicht fesseln; sie bleibe mit ihren selbständigen Bewegungsorganen in der öffentlichen Meinung der Regierungsgewalt bei weitem überlegen. Der revolutionäre Geist trennte sich derart vom geschichtlichen Sinn, und beide blieben fortan geschieden, bis der Marxismus und das Staatensystem der „Heiligen Allianz“ schließlich dem gleichen Wandel des Geschehens erlagen[1]).

4

Hätte Marx diesen Rahmen der westlichen Gesellschaftslehre nicht mit eigentümlichem Inhalt erfüllt, so wäre sein Name gleich dem von Heß vergessen. Was Marx mittels Hegelscher Dialektik in seiner Soziologie neuschuf, war der dialektisch gefaßte Gegensatz jener Klassen — bezogen auf das soziale Erlebnis seiner eigenen Zeit. Das Bündnis der Philosophie (des 18. Jahrhunderts) mit dem Proletariat (des 19. Jahr-

---

[1]) Das antihistorische Wesen der Geschichtsphilosophen des 18. Jahrhunderts (Rousseau!) und ihrer revolutionären Anhänger (Feuerbach!) setzt lichtvoll auseinander Rodolfo Mondolfo in Grünbergs „Archiv“ VI (1915). — Ruge preist Rousseau und Voltaire 1841 als die Vorbilder der neuen Aufklärung.

hunderts) machte derart mittels der Hegelschen Dialektik die „Klassengesellschaft" dem revolutionären Endziel dienstbar: eine Synthese Marxscher Denk- und Willenskraft, mit der er Ricardos Ökonomie von allen Seiten umspannt und die nun seinem Handeln eine feste Bahn weist. Was diese eigentümliche Verbindung revolutionärsten Wollens mit kältester Abstraktion, deutscher Denkschulung mit französischer Geisteshaltung, Hegels mit Rousseau und Ricardo für Lehre und Bewegung ausmacht, sei weiter unten geschildert. Hier genüge der Hinweis, daß Marxens seelische Eigenschaften in jenen Grundakkorden seiner Politik, Soziologie und Ökonomie gleichmäßig mitschwingen.

Wir sahen eben, daß Marxens politischer Grundtrieb, wie seine Soziologie, seine Wirtschaftslehre durchdringt. Ohne auf seine spezifisch ökonomischen Leistungen einzugehen, dürfen wir feststellen, daß Marx entscheidendes Gewicht darauf legte, die Übereinstimmung seiner Gesellschafts- und Wirtschaftslehre mit der Wirklichkeit zu erweisen. Und da ihm der Staat nurmehr innerstaatlich, als Exponent der Gesellschaft, von Belang war, so handelte Marx nur folgerichtig, wenn er die „bürgerliche Gesellschaft" mit ihren Klassengegensätzen international und unabhängig vom staatlichen Außenverhältnis faßte.

Derart waren ihm die Produktionsverhältnisse der modernen Gesellschaft bedingt durch den Weltmarkt und dessen Gesetze: Der internationale Charakter der modernen Gesellschaft lasse das gewerbliche Bürgertum nur dort, wo es den Weltmarkt erobere, zur Klassenherrschaft kommen. Ja, die Herstellung des Weltmarkts wenigstens den Umrissen nach und einer auf seiner Basis ruhenden Produktion nennt Marx die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Aufgabe, von den Entdeckern des 16. Jahrhunderts begonnen, sei mit der Aufschließung des Stillen Ozeans im wesentlichen gelöst.

England namentlich sei „der Demiurg des bürgerlichen Weltalls". Demgemäß beschließt Marx die internationale Funktion der Arbeiterklassen nicht in der „bürgerlichen Phrase" einer „internationalen Völkerverbrüderung", sondern er proklamiert folgerichtig: „Die internationale Verbrüderung der Arbeiter-

klassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen" (Kritik des Gothaer Programms, 1875). Im innerstaatlichen Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie hatte Marx schon 1847 das Befreiungssignal für alle unterdrückten Nationen erblicken wollen.

Wenn wir dem Marxismus auf dies Feld folgen und die Internationalität seiner Gesellschaftslehre an der Wirklichkeit des Weltstaatensystems erproben, so führen wir also nur zu Ende, was Marx selber begonnen hatte. Niemals hätte er einer solchen Probe seines Denkens an der Wirklichkeit widersprochen. Indem wir in unserem zweiten Kapitel gleichsam die nationalen Schnittlinien durch den Weltmarkt ziehen, stellen wir Marxens internationale Klassengesellschaft dem internationalen Staatensystem gegenüber. Der weltgeschichtliche Augenblick für eine solche Probe auf das Marxsche Exempel ist gekommen: denn das Weltgeschehen setzt jetzt den Marxismus mit dem Staatsgedanken auseinander. Daher nehmen wir im dritten Kapitel wahr, wie die marxistische Bewegung selber diese fatale Probe der staatlichen Außenlage zu bestehen hat. Nun erst sind wir gerüstet, die marxistische Gesellschaftslehre in ihrem systematischen Aufbau abschließend zu würdigen: wir verfolgen sie, im vierten Kapitel, bis zu ihrem ideengeschichtlichen Ursprung und, durch ihre nationalen Lebensformen in Rußland und Deutschland, bis zu ihrem Ausgang.

Ehe wir jedoch unsere Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre beginnen, liegt es uns ob, unseren eigenen Standpunkt grundsätzlich zu umreißen. Wir tun dies im ersten Kapitel und stellen uns dabei auf den Boden jener geläuterten Anschauungen von Staat und Nation, von deren Hegelschen Anfängen Karl Marx sich, wie wir sahen, abgewandt hat.

Erstes Kapitel

Die bürgerliche Gesellschaft und das Staatensystem

1

Die Abwandlungen, welche Staat und Wirtschaft erfahren, würden das Auge des Betrachters nur verwirren, falls es keinen Ruhepunkt in der Flucht ihrer Erscheinungen, keinen Richtpunkt fände, sich auf ein Bleibendes im Wechsel einzustellen. Der Wirtschaftstheoretiker mag das Bild eines statischen, erstarrten Wirtschaftszustandes zeichnen; will er jedoch der Dynamik alles Wirtschaftens gerecht werden, so muß er die Kräfte und Tendenzen dem Betrachter aufweisen können, welche jenen Wandel allbestimmend lenken. Von den Gedankensystemen, welche die wirtschaftlichen Gegebenheiten zu durchdringen unternahmen, hat daher keines sich darauf beschränkt, die Wirtschaftsvorgänge im isolierten und gleichsam erstarrten Zustand darzustellen; alle haben sie darüber hinaus versucht, sie in die gesellschaftlichen Zusammenhänge hineinzustellen, und aus diesen Zusammenhängen heraus den Fortschritt des Geschehens zu begreifen. Derart gehen alle großen Theoretiker vor, mögen sie nun eine individualistische oder eine universalistische Grundanschauung hegen; keiner unter ihnen, der nicht — gleichwie er selber unter einer besonderen Konstellation steht — dem Betrachter eine bestimmte kritisch-historische Einstellung vermitteln wollte.

Die Aufgabe der folgenden Seiten erheischt Beschränkung. Weder kann ich auf ihnen die Fülle des weltwirtschaftlichen Geschehens verzeichnen, noch auch das Wesen des „Weltwirtschaft" genannten Beziehungsgebildes erläutern, in das wir jene Fülle zusammenzufassen uns gewöhnt haben. Wir nehmen vielmehr

die moderne Weltverkehrsgesellschaft, als den uns gegebenen Untersuchungsstoff, hier hin [1]).

Um nun die Kräfte und Tendenzen zu erkennen, welche diesen Stoff beseelen, könnten wir zunächst der Führung jener wirtschaftlichen Theoretiker uns anvertrauen. Wir würden dann zu einer liberalen, einer sozialistischen und einer kollektivistischen Gesellschaftstheorie gelangen, welche jede in sich wieder sich mannigfaltig gliedern lassen. Jedoch hätten wir damit die weltwirtschaftlichen Phänomene unter unserem Gesichtspunkt: „Macht und ökonomisches Gesetz", nur erst unvollkommen erfaßt. Denn alle jene Theorien sind ihrerseits unter einer besonderen staatlichen Konstellation entstanden und gehen mit vorgefaßten Ansichten und Absichten an die gesellschaftliche Wirklichkeit heran. Wollen wir das Problem „Macht und ökonomisches Gesetz" in seiner Polarität erfassen, so müssen wir darum weiter greifen. Wir müssen den Machtgedanken schlechthin, ohne jede ihm fremde Beimischung, ergreifen und ihn auf das weltwirtschaftliche Geschehen anwenden. Jene Theorien aber, welche ihn mit anderen Bestandteilen vermischten, gehören selber vor sein kritisches Forum. So werden wir den Machtgedanken, gleich einem Ariadnefaden, durch die „bürgerliche Gesellschaft" unserer Zeit uns leiten lassen. Die Rankesche Auffassung ist jener Gegenpol, den wir der „Weltwirtschaft" entgegensetzen; hierauf wollen wir auch den Marxschen Deutungsversuch beziehen. Sie stellen wir, indem wir sie derart annehmen, der Fülle unseres Stoffs und allen anderswie orientierten Theorien gegenüber. Wir fassen sie nicht etwa im Sinne eines ideenlosen, materialistischen Machtkultus, sondern denken an jenes Meisterwort: „In der Macht an sich erscheint ein geistiges Wesen, ein ursprünglicher Genius, der sein eigenes Leben hat, mehr oder minder eigentümliche Bedingungen erfüllt und sich einen Wirkungskreis bildet."

Es entspricht Rankescher Auffassung, daß wir unsere Frage: welche Momente die bürgerliche Gesellschaft bestimmen, nicht in gestaltloser Allgemeinheit zu lösen suchen, sondern daß wir sie

---

[1]) Alles weitere soll eine künftige Arbeit über die „Staatlichen Grundlagen der Weltwirtschaft" enthalten.

unter einer besonderen Konstellation auflösen. Indem ich unser Problem der Konstellation des Weltkriegsendes unterordne, nähert es sich einer bedenklichen Aktualität. Sie wird unvermeidbar, sobald wir den Marxschen Deutungsversuch auf unser Problem beziehen. Und bleibt es wahr, daß die von Ranke geschauten Kräfte und Tendenzen unter allen Konstellationen ausschlaggebend wirken und daß jeglicher Wandel von ihnen seine stärksten Antriebe erhält, dann können wir nicht fehlen, selbst wenn wir das Geschehen unserer Gegenwart unter diesem aufhellenden Gesichtspunkt anschauen. Die richtunggebende Tendenz staatlichen Handelns gilt für Zeiten und Orte primitiver wie kapitalistischer Wirtschaft, für einen „geschlossenen Handelsstaat" wie für die Teilhaber einer Weltverkehrsgesellschaft.

So unerhört die gegenwärtigen Geschehnisse sein mögen, so viele inhaltliche Besonderheiten in Weltpolitik und Weltwirtschaft die Weltkriegsära darbietet, dennoch muß es uns gelingen, eine einheitliche Linie des staatlichen Machtwandels im scheinbar Willkürlichen aufzufinden. Wirtschaftsstufen und Wirtschaftstheorien mögen einander ablösen, die Machtlehre der Merkantilisten mag dem Erwerbsgeist des freien Marktes und dieser wieder einer gemeinwirtschaftlichen Organisationsform weichen, stets wird doch aller gesellschaftliche Inhalt, in staatliche Formen gegossen, deren Wachstum und Zerbrechen teilen. Dies ist letzthin das Bleibende im Wechsel: so mannigfach hochkapitalistische Volkswirtschaften sich von primitiven Wirtschaftstufen unterscheiden, darin kommen sie überein, daß sie das Schicksal der Staaten, in die sie eingebettet, teilen.

2

Ein Kennzeichen, das den staatlichen Konstellationen der modernen Weltwirtschaft im Unterschied von den älteren Jahrhunderten eigentümlich ist, finden wir im Begriff der „Weltwirtschaft" ausgedrückt: Es ist die erdumspannende Weite der außenpolitischen Konstellationen und ihres gesellschaftlichen Traggrundes. Auch kriegerische Erschütterungen früherer Epochen ergreifen den ganzen Umfang des jeweiligen Staatenkreises: Alexander der Große, das kaiserliche Rom, die Kreuzzüge gelangten bis an die Grenzen der hellenischen Welt, des orbis

terrarum Romanus, des mittelalterlichen Weltbildes. Überall umschlingt das wirtschaftliche und staatliche Flechtwerk zwar die Oberfläche des jeweiligen Erdkreises. Aber daneben lebte beispielsweise die ostasiatische Welt unter ihren eigenen, vom Westen unabhängigen Konstellationen. Erst in den neuesten Jahrhunderten sprengt der Machtwille unserer europäischen Staaten die Tore zu den fernsten Erdbezirken; jetzt erst umspannt ein gesellschaftlicher Bereich von Pol zu Pol den Erdball. Die Fahrten der Entdecker bringen beide Indien sowie Ostasien in den abendländischen Gesichtskreis. Der Weltkrieg vollendet schließlich, was die Machtkämpfe zwischen 1500 und 1800 heraufgeführt haben: An die Stelle eines Nebeneinanders begrenzter Bezirke tritt ein einheitliches Staatensystem, das der räumlichen Einheit des Naturgeschehens entspricht.

Der Erdball als geschichtlicher Schauplatz läßt nunmehr mit der Schnelligkeit elektrischer Wellen jeglichen Antrieb wirksam werden. Freilich, nur der Schauplatz, nicht aber die Motive des weltgeschichtlichen Schauspiels haben sich gewandelt; nach wie vor herrschen unter wechselnden Hüllen die gleichen richtunggebenden Gewalten, welche schon in den Anfängen alles menschlichen Geschehens wirksam werden. Die Konstanz dieser Antriebe entspricht auf ihrem Felde nun der Konstanz jener Kräfte, denen das naturgesetzliche Geschehen gehorcht.

Wir stellen die räumliche Schrankenlosigkeit der gesellschaftlichen Antriebe als ein wesentliches Kennzeichen der modernen Weltwirtschaft fest; sie zwingt uns, unser Problem auf die Weltwirtschaft als Ganzes zu erstrecken. Indem wir derart die Fülle des weltwirtschaftlichen Stoffs unter dem staatlichen Gesichtspunkt ordnen, nehmen wir an, daß die richtunggebenden Beziehungen der Macht zur Wirtschaft sich überallhin durchsetzen, daß somit das weltwirtschaftliche Geschehen in seiner ganzen Ausdehnung entscheidende Antriebe von der staatlichen Seite her empfängt. Nicht in ihrem Fürsichsein, sondern in ihrer Abhängigkeit von diesen staatlichen Antrieben wollen wir die bürgerliche Gesellschaft betrachten. Daß eine solche Anschauungsweise auf Rankescher Grundlage grundsätzlich berechtigt sei, läßt sich nach den Erfahrungen der säkularen Krisenzeiten unmöglich bestreiten. Allzu deutlich sprechen die Machtkämpfe der

napoleonischen und der gegenwärtigen Zeit für das Vorhandensein und die Stärke staatlicher Antriebe auf weltwirtschaftlichem Gebiet. Vergebens, daß die liberale Wirtschaftstheorie inzwischen den Weltmarkt aus den Fesseln des Machtgedankens lösen, daß sie die gesellschaftlichen Erscheinungen ein Sonderleben führen lassen wollte. Wenn dies zwischen 1815 und 1914 sich zu erfüllen schien, wenn die Internationalität der Wirtschaft Wirklichkeit zu werden begann, dann ward dies möglich nur dank der besonderen Konstellation jener Zeiten: Die erfolgte Konsolidation der großen Nationalstaaten milderte die Gewalt des Anstoßes und ließ das ökonomische Gesetz im weltwirtschaftlichen Bereich ruhiger als vordem walten. Indem jedoch die Konstellation des Staatensystems sich wandelte, trat auch der Weltmarkt unter ihr Gesetz zurück, und der Machtgedanke unterwarf sich den ökonomischen Bereich so rücksichtslos wie nur jemals in früheren Kolonial- und Handelskriegen.

Der Warenhandel, der internationale Geld- und Kapitalmarkt und alle sonstigen Erscheinungen der Weltwirtschaft sind zwar nicht aufgehoben, wohl aber durchgreifend verändert worden. Die Außenwirtschaften der kriegführenden wie der neutralen Mächte folgen gewollt oder ungewollt in allen Teilen ihrer Forderungs- und Zahlungsbilanzen dem Gange der politischen Ereignisse. Der Lebenswille der sich gegenseitig anziehenden und abstoßenden gesellschaftlichen Körper hat unter der Außenlage des Weltkrieges ein Höchstmaß bewußten Handelns ausgelöst, wie es sogar dem britisch-napoleonischen Endkampf fremd war. Der Kampf konzentriert also die staatliche Willensbildung aufs äußerste und unterwirft ihr alle Äußerungen des gesellschaftlichen Seins. Kein amerikanischer Trust vereinigt in seinem Chefkabinett eine solche gestaltende Macht, wie sie die Kabinettsregierung einer kämpfenden Großmacht umkleidet. Von der Urproduktion bis zum Devisenmarkt bleibt ihr kein wirtschaftlicher Vorgang fremd; den Programmen der Diplomatie so gut wie der öffentlichen Meinung gibt sie das Leitwort. Dort, wo der staatliche Machtwille am rücksichtslosesten alle gesellschaftlichen Äußerungen beherrscht, ist zeitweise der Name eines einzigen Mannes zum Panier geworden: Clemenceau, Lloyd George, Wilson, Lenin.

Diese äußerste Konzentration des staatlichen Antriebs hat alles in die Richtung des staatlichen Lebenswillens gedrängt, was in den ruhigen Zwischenzeiten sein Eigenleben führen durfte. Alle versteckten Abhängigkeiten werden in einem solchen kritischen Momente offenbar. Der Machtwille des Mutterlandes teilt sich den fernsten Kolonien mit und wird von den sonst unabhängigen Dominien aufgenommen. Die Heimat des Freihandels unterstellt gleich den Hochsitzen des Schutzzolls ihre Wirtschaftspolitik staatlichen Erfordernissen. So durcheilen die staatlichen Antriebe von jenen Zentralen einer fast diktatorischen Willensbildung aus alle Sphären des „kosmopolitisch gestalteten" Geschehens; kein Marktgebiet des „kapitalistischen Regimes", das sich dem entziehen könnte. Die Vorstellung, der weltwirtschaftliche Bereich bleibe abseits und unberührt vom Gedeihen und Verderben der Nationen, verfängt dann nirgends mehr.

3

Wollen wir das Verhältnis der Macht zur bürgerlichen Gesellschaft erfassen, so sind die Konstellationen jener kritischen Momente somit am fruchtbarsten, in denen ein gewaltiger Staatenkampf die sonst latenten Abhängigkeiten offenbart. Aus diesem Grunde habe ich schon vor Jahren eine „deutsch-britische Handelsgeschichte im Zeitalter der Revolution und Napoleons" vorbereitet [1]. Der neue Weltkonflikt, den wir durchleben, hat die napoleonische Konstellation vorerst zurückgedrängt und mich jenem Themenkreise zugeführt, dessen Ergebnis diese Studie ist. Wir können die neue Konstellation jedoch, so wenig wie die napoleonische, auch nur in eine vorläufige Skizze fassen, ehe wir nicht die in ihr vorwaltenden Mächte wenigstens in ihren äußersten Umrissen kennen gelernt haben. Welche Einflußmöglichkeit besitzen die Träger des Machtgedankens? Wie sind die Lose geworfen, welche die Zahl und den Rang der Mitbewerber regeln? Ich vermesse mich keineswegs, an dieser Stelle etwa mit dem Griffel des Historikers den Abriß eines Staatensystems zu geben. Indem ich vielmehr die geschichtliche Konstellation des neuen

[1] Vgl. das Vorwort zum ersten Teil meines Kriegsbuchs „Macht und Wirtschaft" (1916).

Weltkonfliktes als gegeben annehme, beschränke ich mich wiederum darauf, die Aufmerksamkeit des Beschauers auf einen einzigen, für das staatliche Element zentralen Punkt zu lenken: Die Einflußmöglichkeit des Machtgedankens auf den gesellschaftlichen Bereich ist aufs äußerste konzentriert, sie geht durch das Medium einiger weniger staatlicher Gebilde. Diese bilden Machtzentren im Range einer Großmacht oder Weltmacht; ihre Stellung zueinander ergibt den wesentlichen Teil der Konstellation. Bereits in der napoleonischen Konstellation stehen einige große Mächte im Vordergrund, bestimmen sie — die kritischen Jahre 1801—03 erweisen es — den Hauptteil des weltwirtschaftlichen Geschehens. Seither hat das europäische Staatensystem sich zum Weltstaatensystem erweitert, die Unterschiede nach Zahl und Rang der Wettbewerber aber haben sich, zuungunsten der kleineren Mächte, seit dem „Wiener Kongreß" vertieft. Die Konzentration der Machtträger hat seit dem „Kommunistischen Manifest" einen Höchstgrad erreicht.

Wir sehen, wie die erreichte Schrankenlosigkeit des weltwirtschaftlichen Schauplatzes und die gesteigerte Intensität des staatlichen Machtwillens hier ihren Niederschlag finden. Der Straffheit der politischen Willensbildung und der Weite ihres ökonomischen Wirkungsbereichs entspricht nunmehr eine aufs engste eingeschränkte Zahl staatlicher Willensträger. Wirksamer als in irgendwelchem wirtschaftlichen Wettstreit hat die gesellschaftliche Auslese sich seit 1815 und 1848 bei den Machtträgern vollzogen: Volks- und Weltwirtschaft erscheinen uns vielköpfig und von minderer Organisationsreife, wenn wir sie mit der geringen Zahl Überlebender im außenpolitischen Wettkampf vergleichen. An den Fingern lassen sich jene großen Mächte aufzählen, welche schließlich den Vorgrund des weltgeschichtlichen Schauspiels füllen. Selbstverständlich dürfen wir daran nicht jenes formaljuristische Schema eines sogenannten „Völkerbundes" oder von Staatsverträgen legen, das Zwergstaaten mit Weltmächten als Kontrahenten gleichsetzt und den 76 Millionen Bewohnern Latein-Amerikas 24 Stimmen zuerteilt, während z. B. 340 Millionen Inder ohne eigene Stimme bleiben. Wollen wir über unser Problem „in Kontinenten denken" lernen, so hilft uns eher ein Blick auf jene bekannte „imperialistische Ta-

belle", welche den Machtbereich der Imperien mit groben, aber treffenderen Strichen zeichnet[1]. Nach ihr teilten im Jahre 1912 die nachbenannten Mächte ihren staatlichen Wirkungsbereich folgendermaßen unter sich auf:

	Fläche in Millionen englischer Quadratmeilen	Seelenzahl in Millionen
Erste Gruppe		
Britisches Reich	11,5	421
Vereinigte Staaten	3,7	103
Frankreich	4,8	86
Japan	0,26	70
Italien	0,7	36
Fünf Mächte der ersten Gruppe	20,96	716
Zweite Gruppe		
Rußland	10,2	167
China	2,9	431
Deutsches Reich	1,2	78
Österreich-Ungarn	0,24	51
Türkei	0,7	ca. 25
Fünf Mächte der zweiten Gruppe	15,24	752
Zehn Mächte zusammen	36,2	1468

Der Erdball umfaßte: 52 Millionen englische Quadratmeilen, ca. 1700 Millionen Seelen.

Wir sehen: Zehn einzelne Mächte beherrschten vor 1914 wie die Meere so den größten Teil der Erdoberfläche, und ihnen war fast die Gesamtheit der Erdbewohner untertan geworden. Alle sonstigen, kleineren und kleinsten Staatengebilde traten gegen sie in den Hintergrund. Und ungefähr, wie in einer Volkswirtschaft unter den Trägern des „akkumulierten

[1]) Vgl. meine „Voraussetzungen des modernen Krieges" (Macht und Wirtschaft, 1. Teil, 1916, S. 89) und die bekannten Werke der Schweden Kjellén und Steffen.

Finanzkapitals" einige oberste Großbanken die volkswirtschaftliche Leitung ausüben, so sonderten sich unter jenen einige ganz große, weltpolitisch führende Mächte aus: England, die Union, Rußland, Deutschland und Frankreich. Schon vor dem Weltkrieg faßte ich diese Überschau in folgender Weise zusammen, nachdem ich auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen dieses Weltbilds eingegangen war[1]): „Hat die Unterwerfung der Natur, der Sieg der Technik über Raum und Zeit sieben Zehntel der Erdoberfläche und neun Zehntel aller Erdbewohner dem Willen zehn einzelner Regierungen dienstbar machen müssen, dann lehrt schon diese in der Geschichte unerhörte Zentralisation staatlichen Wesens, welchen Kraftzuwachs die Träger des Schwertes den Dienern der Maschine heute verdanken. 1 1/2 Milliarden Menschen in ihrem erweiterten bürgerlichen Dasein wie in ihrem bewußt gewordenen nationalen Empfinden gelenkt von zwanzig oder dreißig Kaisern, Königen, Ministerpräsidenten und Parteiführern, in deren Kabinetten die erdumspannenden Fäden der gesellschaftlichen Organisation zusammenlaufen — welcher wirtschaftliche Konzern möchte diesem modernen Schauspiel sich vergleichen, welches unter den wirtschaftlichen Zielen der Epoche sich solcher Leitung rühmen? Was sind die Träume von der Einigung des Erdballs durch eine prästabilierte Seelen- und Interessenharmonie der Einzelnen oder der Klassen, wo nicht die Einsicht und der Wille jener wenigen dem eine Wirklichkeit gewährt? Die Schlagfertigkeit des Regierungsapparates in Krieg und Frieden scheut den Vergleich mit keinem Präzisionswerk, und dabei hat die Einheit der Entschlußkraft unter der Fülle möglicher, auch populärer Einwirkungen nicht gelitten; so sehr eine jede der Regierungen von tiefsten ideellen Strömungen sich tragen läßt, ist Krieg und äußere Politik doch mehr denn je Sache der Wenigen. Mochten früher die Zügel mancherlei lebendigen Spielraum lassen, der Antrieb eines solchen Mechanismus fordert, daß alle Hebel des Krieges und der Politik dem kleinsten Druck des Schalters folgen."

---

[1]) l. c. S. 89—90.

4

Es bedarf keines näheren Nachweises, daß die Auslese der Mächtigsten durch die Entscheidung in dem neuen Weltkonflikt abermals verschärft worden ist. Nicht weniger als fünf Mitglieder jenes großmächtlichen Konzerns sind seit dem Jahr 1914 von der Weltbühne abgetreten: Rußland, Deutschland, China, Österreich-Ungarn und die Türkei; die beiden letztgenannten anscheinend dauernd, Rußland und Deutschland dagegen, soweit es nach dem Willen ihrer ententistischen Besieger geht. Splittergebilde erfüllen im Jahre 1918 die Randgebiete des russischen Reiches sowie das ehemals österreichisch-ungarische und osmanische „Mitteleuropa". Dafür dehnen die Staaten der ersten Gruppe ihren Aktionsradius bis weit in die Bereiche der verdrängten Machthaber hinein aus. Japan gewinnt im Osten, Italien im Mittelmeer. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich endlich gehen mit einem Kraftzuwachs aus dem Zusammenstoß hervor, der bei Frankreich allerdings begrenzt und bedingt erscheint, bei den beiden englisch sprechenden Nationen jedoch über jedes erkennbare Maß hinausreicht. Der Ausfall ihrer Gegenspieler hebt gemeinsam mit ihrem erneuten eigenen Kraftzuwachs die fünf Mitglieder der ersten Gruppe über alle kleineren Wettbewerber weit hinaus; träte die Konstellation von 1918 auch Rußland und Deutschland gegenüber voll in Kraft, dann hätte der machtpolitische Weltbau in der Tat einen krönenden Zusammenschluß erhalten.

Jene äußerste Anspannung aller politischen und wirtschaftlichen Energien, von der wir sprachen, läßt die staatlichen Grundlagen der Weltverkehrsgesellschaft um so deutlicher hervortreten. Die Diktatorschaft der leitenden Staatsmänner setzt allen weltwirtschaftlichen Beziehungen ihrer Völker Maß und Ziel, und die Depressionsgebiete der unterlegenen Mächte können ebensowenig wie die neutralen Märkte sich dieser vorwärtstreibenden Gewalt des staatlichen Anstoßes entziehen. Die nationalen Besonderheiten drücken sich selbst in den feinsten Verästelungen der wiederhergestellten Weltwirtschaft aus. Wo vordem eine internationale Arbitrage, wo ein ungehemmter Gold- und Wertpapierversand selbsttätig den Ausgleich zwischen den fernsten

Volkswirtschaften vollzogen, da zeigen unter der neuen Konstellation die nationalen Währungen sowie die nationalen Geld- und Kapitalmärkte eine Fülle schärfster Besonderheiten, die letztens uns durchweg auf die außzenpolitische Lage der verschiedenen Volkswirtschaften zurückführen. Die Kurven der Ein- und Ausfuhren, der Frachten, Wanderungen so gut wie des Geld- und Kapitalverkehrs und der Valuten drücken sämtlich Vorgänge aus, deren bestimmende Anlässe in der außzenpolitischen Sphäre liegen. Ich werde diese Gedanken im zweiten Kapitel sogleich des näheren ausführen, hier fasse ich sie für unsere Problemstellung kurz zusammen. Sie besagen, daß die Zusammenballung in wenige große Führermächte den weltwirtschaftlichen Bereich in keiner Weise unangetastet lassen kann, daß sie ihn vielmehr innerlichst in jedem Teil seiner Struktur bestimmt.

Es ist nicht meines Amtes, auf das hier im äußzersten Umriß gezeichnete staatliche Element näher einzugehen. Ich skizziere es nicht um seiner selbst willen — so wenig wie ich die Weltwirtschaft in ihrem Fürsichsein darstelle —, sondern um die Linien aufzuzeigen, welche vom Staatensystem zur Weltwirtschaft hinüberleiten. Darum begrenzte ich meine Aufgabe dahin, die marxistische „Exploitation des Weltmarktes" auf eine einheitliche Linie des staatlichen Machtwandels zurückzuführen. Wenn mir dies für die Hauptgebiete der Weltwirtschaft gelingt, dann ist mein, diesem ersten Teil der Studie gestecktes Ziel erreicht.

Dabei verkenne ich keineswegs, daß die besondere Konstellation des Weltkriegsendes nichts Festes, ein für allemal Gegebenes ist, sondern daß die Stellungen des Staatensystems sich wandeln und daß daraus eine Fülle von Unterkonstellationen sich ergibt. Aber nicht hierauf, sondern auf typische Ergebnisse geht meine Absicht. Dem Beschauer will ich eine für alle Teilprobleme brauchbare Einstellung und Betrachtungsweise vermitteln. Die allgemeinen Voraussetzungen sind nun gegeben. Wir kennen die wesentlichen Kennzeichen, welche dem Problem „Macht und ökonomisches Gesetz" in unserem Falle eigen sind, und können daher dazu übergehen, die Weltwirtschaft und das Staatensystem unter der besonderen Konstellation von 1918 zu untersuchen. Wir wissen, daß die Intensität und der Wirkungs-

bereich der bewegenden Kräfte sich fortgesetzt erweitert haben; alle Zeiten erhöhter staatlicher Kraftanspannung bestätigen dies einer vergleichenden Betrachtung. Die internationalen Abhängigkeiten greifen, wie ein Vergleich der jetzigen mit der napoleonischen Handelssperre lehrt, noch viel tiefer als damals in das gesellschaftliche Gefüge ein; das ökonomische Nervengeflecht ist dichter und damit verletzlicher geworden, Verkehrstechnik und Bedarfsverflechtung haben — wie jedermann weiß — Umfang und Intensität der internationalen Beziehungen im 19. Jahrhundert vervielfacht. Daher leiten zahlreiche feine Nervenstränge heutzutage jeden Anstoß der staatlichen Willenszentren notwendig in alle Teile des weltwirtschaftlichen Körpers fort und lösen dadurch Wirkungen aus auf allen Märkten und in allen Kontinenten. Diese vollkommene Allgegenwart der Imperien kennzeichnet die gegenwärtige Weltlage, im Unterschied von den räumlich sowie inhaltlich begrenzteren Herrschaftsgebilden älterer Jahrhunderte. Die moderne bürgerliche Gesellschaft kennt keinerlei Marktgrenzen mehr; jede politische Abhängigkeit wird durch sie ökonomisch vertieft, und jeder Konflikt zieht seine Kreise nun bis zu ihren fernsten Ufern. Die staatliche Macht gewährt daher vermehrte Einflußmöglichkeit, und ihr Mangel bedeutet eine gesteigerte Verwundbarkeit.

Zweites Kapitel

Die bürgerliche Gesellschaft unter der Konstellation von 1918

1

Verlassen wir nun die allgemeinen staatlichen Grundlagen der Weltwirtschaft und versuchen wir, sie in der besonderen Außenkonstellation des Weltkriegsendes wiederzuerkennen. Ich zeigte bereits, wie wir an diese Aufgabe heranzugehen haben: welche Gruppierungen Staatensystem und Weltgesellschaft des Jahres 1918 dem Auge des Beschauers darbieten. Wenn ich es nunmehr unternehme, die verbindenden Linien zwischen beiden Gruppen nachzuweisen, so geschieht dies mit einem ausdrücklichen Vorbehalt. Wie wir wissen, treten nämlich diese Verbindungslinien in kritischen Momenten augenfällig hervor, während sie in staatlichen Ruhezeiten nur dem schärferen Auge noch erkennbar bleiben. Auch wirkt die Macht nicht immer gleich stark und nicht notwendig auf sämtliche Teilgebiete der Weltverkehrsgesellschaft ein. Momente und Teilgebiete von minderer Aktualität des Machtgedankens wechseln also mit solchen ab, bei denen der Zusammenhang sich auch dem ungeschulten Auge aufdrängt. Wir haben uns demnach, gerade weil wir den grundsätzlichen Gehalt unseres Problems herausholen wollen, von jeder aprioristischen und schematisierenden Betrachtungsweise freizuhalten. Während beispielsweise der sogenannte internationale Geld- und Kapitalmarkt seit jeher zu einer stärkeren Politisierung neigte, traf der Machtgedanke im kritischen August 1914 den sogenannten Welthandel fast gänzlich unvorbereitet. Und während dieser jüngste Weltkonflikt kein Teilgebiet der Weltwirtschaft mehr unberührt ließ, unterlag während des britisch-napoleonischen Endkampfes ein großer Teil

alles festländischen Wirtschaftens keinerlei unmittelbaren Staatseingriffen. Im besonderen trug das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts dazu bei, die Verbindungslinien zwischen Macht und Weltverkehrsgesellschaft zu verwischen; die Konsolidation der Nationalstaaten erschien beendet und gab dem Walten technischen Fortschritts und liberaler Gedanken Raum. So konnte, nachdem die liberale Wirtschaftstheorie den staatlichen und den wirtschaftlichen Bereich grundsätzlich unterschieden hatte, sehr wohl eine voneinander abweichende Gliederung des Weltstaatensystems und des „Weltwirtschaft" genannten Gesellschaftsgebildes Wirklichkeit werden. Derartige Abweichungen gaben dem letzten Drittel des 19. und noch dem Beginn des 20. Jahrhunderts das internationale Gepräge. Die Grenzen des staatlichen und des wirtschaftlichen Geschehens hatten sich gegeneinander verschoben, die Abhängigkeit des einen vom anderen war nur noch latent vorhanden. Und dies nicht nur bei kleineren Nationen, wie den Holländern und Belgiern, welche die materielle Gunst ihrer neutralen Zwischenlage weitreichend ausnutzten. Nein, auch im engeren Kreis der Großen trennten sich „Macht und ökonomisches Gesetz". Die Grenzen der staatlichen und weltwirtschaftlichen Bereiche deckten sich so wenig mehr, daß, im öffentlichen Bewußtsein der meisten Länder vor 1914, Weltwirtschaft und Internationalität die roheren Zeiten der Handels- und Kolonialkriege endgültig abgelöst zu haben schienen.

In meiner 1916 erschienenen Arbeit habe ich diese besondere Konstellation der ausgehenden Friedensweltwirtschaft geschildert. Sie fand in dem wirtschaftlichen Vordringen des jungen Deutschen Reichs seit **Bismarcks** Abgang ihren bezeichnendsten Ausdruck. Denn hier fehlte fast völlig jene Rückführung des ökonomischen Geschehens auf eine staatliche Grundlinie, wie wir sie noch bei den anderen Teilhabern der Weltwirtschaft bis 1914 wahrnehmen können. Je stärker vielmehr das nachbismarckische Deutschland außenpolitisch isoliert ward, desto ausgebreiteter und damit verletzbarer wurde seine weltwirtschaftliche Verflechtung [1]). Nicht England, die Union und Frankreich — wie unter der Konstellation von 1918 —, sondern

[1]) Darüber siehe schon meinen Aufsatz im **Juniheft 1914** von „Westermanns Monatsheften".

Deutschland und die Union im Wettbewerb mit England standen unter den „zivilisierten Bourgeoisvölkern" voran. Als „wirtschaftliche Weltherrschaft der drei germanischen Nationen" habe ich diese ökonomische Gruppierung der Jahre 1888 bis 1914 gekennzeichnet. Betrachten wir den Weltmarkt jener Jahre einmal unabhängig von seiner Machtkonstellation, so ergibt sich in der Tat ein erstaunliches Übergewicht jener drei „germanischen Nationen". Sie gewannen 1910/11 vor allem zwei Drittel bis vier Fünftel der gesamten Weltproduktion an Steinkohlen, Koks, Roheisen, Stahl, Zink, Blei und Kupfer. Ihnen gehörten drei Viertel der gesamten Rohölgewinnung. Sie erzeugten vier Fünftel und verbrauchten zwei Drittel aller Baumwolle; drei Viertel aller Baumwollspindeln liefen in ihren Ländern. Das Gold und, falls wir Mexiko einbeziehen, auch das Silber der Erde wurden zu 85 v. H. in ihren Hoheitsbezirken gewonnen. Ihre Flaggen führten drei Fünftel aller größeren Handelsschiffe der Welt; ihrer staatlichen Verwaltung unterstanden gut drei Fünftel aller Eisenbahnen, desgleichen vier Fünftel aller Kabellinien und über drei Viertel aller Fernfunkstationen der Erde. Endlich ging mehr als die Hälfte des gesamten Weltwarenhandels über ihre Grenzen. Im zwischenstaatlichen Austausch standen der britisch-nordamerikanische, der britisch-deutsche und der deutsch-nordamerikanische Handel voran. Hätten die Mächte sich damals außenpolitisch gefunden — wozu Ansätze in der Chamberlainschen Staatskunst um die Jahrhundertwende lagen —, dann hätte der „Welttrust" dieser drei germanischen Nationen sich zur beherrschenden Konstellation ausgestaltet. In weitem Abstande erst folgte vor 1914 Englands alter Nebenbuhler Frankreich, der nur auf dem internationalen Geld- und Kapitalmarkt an Stelle der Union in diesen engsten Kreis eintrat. Alle anderen Nationen blieben abermals noch hinter Frankreich weit zurück; weltwirtschaftlich gesehen waren sie — China so gut wie Rußland, Brasilien oder Spanien — Mächte der Zukunft oder der Vergangenheit. Allein jenen drei oder vier Mächten gehörte die Stunde [1]).

---

[1]) l. c. S. 161—163. — Vgl. auch Artur Dix, Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft (1920), passim.

2

Die „Einkreisung" Deutschlands durch England, die Feindschaft Rußlands, sowie das britisch-amerikanische Bündnis haben jenen inneren Widerspruch gelöst und die verloren geglaubte Richtungseinheit des Machtgedankens und des ökonomischen Geschehens wieder hergestellt — auf Kosten vor allem jener deutschen Staatskunst, die einzig mit einer aktiven wirtschaftlichen Zielsetzung auszukommen meinte [1]).

Ursprung und Verlauf des Weltkrieges können uns an dieser Stelle nicht beschäftigen; wir beschränken uns darauf, die Veränderungen in der Außenkonstellation der Vor- und Nachkriegszeit festzustellen. Sie sind einschneidend genug. Vor 1914 sorgte neben Frankreich vor allem Rußland für eine Ausbalancierung der staatlichen Kräfte, obschon es dem kapitalistisch entfalteten Westen weltwirtschaftlich nur in der Urproduktion gewachsen war, und auch Japan setzte bei dieser Kräfteverteilung sein Gewicht ein. Die Konstellation von 1918 findet hingegen Japan isoliert und Rußland an die Peripherie des Staatensystems gedrängt. Deutschland aber hat den in letzter Stunde aufgezwungenen Versuch, seinen ökonomischen Rang staatlich zu sichern, mit seinem und ganz Mitteleuropas Ausscheiden bezahlen müssen. Erbe seiner Kraft ist auf dem Kontinente vorläufig Frankreich geworden, das derart statt seiner mit England und Nordamerika nun eine weltwirtschaftliche Trias bildet. In starker Entfernung folgen Italien, Japan und die kleineren Mächte. Die Außenkonstellation von 1914 und jene nur ökonomische Vorherrschaft der drei germanischen Nationen, welche den Traggrund für den Chamberlainschen Bündnisgedanken abgab, ist somit aufs deutlichste von einer neuen Gruppierung im Staatensystem und in der Weltwirtschaft abgelöst worden. Der Versuch des nachbismarckischen Deutschen Reichs, seinen „Platz an der Sonne" in letzter Stunde außenpolitisch zu sichern, ist gescheitert, und seither

---

[1]) Den Gedanken, daß der Weltkrieg — entgegen der herrschenden Meinung — hauptsächlich nicht wirtschaftlichen, sondern politischen Umständen entwuchs, begründete zuerst meine Kriegsbroschüre „Ist Deutschlands Krieg ein Wirtschaftskrieg?" (1915.)

kann für einen so unverhältnismäßig ausgedehnten Anteil Deutschlands an der Weltwirtschaft kein Raum mehr sein.

Während es aber die bürgerliche Gesellschaft vor 1914 auszeichnete, daß damals die weltwirtschaftliche mit der weltpolitischen Rollenverteilung anscheinend nicht übereinstimmte, wird die Konstellation von 1918 gerade dadurch gekennzeichnet, daß hier die staatlichen und wirtschaftlichen Führerämter offensichtlich in den gleichen Händen vereint sind, daß also die neue Trias (England — Vereinigte Staaten — Frankreich) auf beiden Gebieten führt und daß die schwächeren Verbündeten so wenig wie die sonstigen Mächte ihr mehr ein volles Gegengewicht schaffen. Durch den Wandel der Konstellation, der zum Versailler Frieden leitete, ist die nur latente Abhängigkeit der Weltwirtschaft wieder akut geworden und der Schwerpunkt gänzlich in das staatliche Geschehen verlegt worden. Solange diese akute Politisierung der Weltverkehrsgesellschaft währt, kann daher kein bloß wirtschaftlicher Anstoß jenen Schwerpunkt aus den siegreichen Nationen fortverlegen. Zu mächtig bestimmt von neuem staatlicher Machtwandel das gesellschaftliche Schicksal. An dem Grundirrtum, daß sich das ökonomische Gefüge aus den staatlichen Klammern lösen ließe, ist das nachbismarckische Deutschland vielleicht letzten Endes zugrunde gegangen.

Überblicken wir derart den Wandel der Konstellationen, so scheint von vornherein vieles für eine vereinte dauerhafte Übermacht weniger großer Nationen in der Weltwirtschaft zu sprechen. Alles schmückende oder verhüllende Beiwerk der Tagesliteratur darf uns nicht darüber täuschen, daß wir hier in der Tat auf die Verbindungslinien zwischen „Macht und Wirtschaft" stoßen; einzig starke außenpolitische Antriebe können in Zukunft dem ökonomischen Geschehen eine andere Richtung geben.

Nun ist freilich schon durch das Eingreifen Räte-Rußlands erwiesen, daß die Mächtekonstellation von 1918 einmal anderen staatlichen Gruppierungen ihren Platz räumen muß; wir wissen ja durch Ranke selber, daß im Verhältnis der Mächte zueinander und aus deren Schoße stets neue Antriebe entstehen. Die besonderen Stellungen der Staaten zueinander lösen sich eben mit geschichtlicher Notwendigkeit innerhalb einiger Jahre

oder Jahrzehnte ab; kein Bündnis und auch keine Unterwerfung bieten dagegen Schutz. Widerstand oder weiterer Niedergang bleibt, wie die nach 1918 fortwährende Unruhe Kontinentaleuropas lehrt, selbst „endgültig" geschlagenen Völkern nicht erspart. Über keine der 1918 vorwaltenden oder besiegten Nationen ist irgendwie das letzte Wort gesagt worden. Angesichts der säkularen Unrast, welche die Welt erfaßt hat, bleibt vielmehr ein rascher und unvorhergesehener Wandel innerhalb des Staatensystems am wahrscheinlichsten. Wenn ich trotzdem die Hauptgebiete der Weltwirtschaft unter den staatlichen Gesichtspunkt zu stellen unternehme, so kann ich dies nur deshalb durchführen, weil die staatliche Außenlage von 1918 in ihren Grundzügen einfach ist und weil sie eine verhältnismäßig eindeutige Auflösung des ökonomischen Stoffs ergibt. Jene Konzentration und Intensivierung des staatlichen Antriebs, von der wir sprachen, hat sich unserem Stoffe mitgeteilt und läßt ihn dem Beschauer gegliedert erscheinen. Das wäre nunmehr zu erweisen.

Bleiben wir all dieser Vorbehalte und Voraussetzungen eingedenk, dann darf ich „die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts" zeichnen, ohne von dessen vielleicht schon beginnender Abwandlung Lügen gestraft zu werden; indem ich die weltwirtschaftliche Konstellation von 1914—1918 der staatlichen Weltlage unterordne, behalte ich deren ferneres Einwirken, unserem Leitgedanken gemäß, ausdrücklich vor.

3

Ohne in eine verwirrende Fülle von Einzelheiten mich zu verlieren, versuche ich nunmehr, die Tatsachen des Weltkriegsendes zu zeichnen. Sie sollen uns nicht ihrer selbst wegen beschäftigen, sondern wir wollen an ihnen unseren Leitgedanken veranschaulichen und die vom Machtgedanken ausgelösten wirtschaftlichen Reflexe kennen lernen. Die Vereinfachung der Konstellation und die Verbesserung der statistischen Hilfsmittel erlauben es, unsere Übersicht auf beinahe sämtliche Gebiete der Weltgesellschaft zu erstrecken. Wer die Mühsale international vergleichender Statistik noch ein Jahrhundert vordem kennt,

wird den Fortschritt zu würdigen wissen. Um unsere Überschau aus dem staatlichen Gesichtspunkt gliedern zu können, werde ich die Anteile der beiden englisch sprechenden Nationen stets an erster Stelle hervorheben und sodann die Verbindungslinien zu den übrigen Machtträgern hin ziehen. Da wir keine Statik, sondern eine Dynamik der Weltverkehrsgesellschaft erhalten wollen, werde ich den Wandel der Konstellation von 1914 auf 1918 berücksichtigen und zum Vergleich tunlichst die Vor- und Nachkriegszahlen geben.

Ich beginne mit der Urproduktion, und zwar bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Weltwirtschaftlich stehen diejenigen Volkswirtschaften im Vordergrunde, welche wesentliche Mengen ihrer Eigenerzeugung exportieren. Hierbei haben wir uns allerdings zu erinnern, daß auf den verschiedenen möglichen „Stufen" der Volkswirtschaft die Agrarländer zu unterst stehen. Friedrich List hat uns darauf hingewiesen, daß Länder, deren volkswirtschaftliche Verfassung auf den Export von Rohprodukten zugeschnitten ist, hinter den Industriestaaten auch machtpolitisch in der Regel zurückbleiben; er sagt: „Eine Nation, die Agrikulturprodukte gegen fremde Manufakturen eintauscht, ist ein Individuum mit einem Arm, das durch einen fremden Arm unterstützt wird. Diese Unterstützung ist ihr nützlich, aber nicht so nützlich, als wenn sie selbst zwei Arme besäße, schon darum nicht, weil ihre Tätigkeit von fremder Willkür abhängig ist." Jene Theoretiker, welche seit Rau und Roscher sich gegen List gewandt und zum Teil anderweite „Stufentheorien" aufgestellt haben, verkennen gleichfalls in der Regel nicht, daß die Kräfte eines Agrarexportlandes schwach und einseitig entwickelt sind im Vergleich zu denen allseitig entfalteter Volkswirtschaften.

Als landwirtschaftliche Versorger des Weltmarkts galten vor 1914 namentlich Rußland und Rumänien, die Vereinigten Staaten und Argentinien, sowie Kanada, Britisch-Indien und Australien. Von ihnen gehörten die Vereinigten Staaten zu den in Staat und Wirtschaft führenden Ländern, während die drei letztgenannten Gebiete als Glieder des Britischen Reiches dessen außenpolitisches Schicksal teilten. Unabhängige Weltmarktlieferanten waren daneben Deutschland für

Roggen, Rumänien für Weizen und Mais, sowie vor allem Rußland. Diese mittel- und osteuropäischen Überschußgebiete sind infolge der Hungerblockade und der Kriegsverheerungen als Versorger ausgeschieden und bleiben dem Weltmarkt, angesichts der revolutionären Zustände und Grenzsperren, überwiegend weiterhin fern. So war Deutschlands Ernteertrag bereits 1918 auf ein Drittel bis die Hälfte des Friedensstandes gesunken. Seither ruht die Belieferung ausschließlich auf den überseeischen Produktionsgebieten, die, wie wir sahen, vornämlich in den britischen und nordamerikanischen Bereich gehören; das Schwergewicht der Weltmarktversorgung ist somit durchaus vom Kontinent nach Übersee verlegt worden. Englands Tendenz, seinen Bedarf an Brotgetreide zunehmend aus dem eigenen Imperium zu decken, dürfte durch den Ausfall des europäischen Kontinents verschärft worden sein. Ähnliches gilt für die Ausfuhren von Fleisch, Vieh und Geflügel. Südamerika wird überdies durch nordamerikanische Trusts in seiner ökonomischen Selbständigkeit eingeschränkt.

Bemerkenswert erscheint auch der Umschwung in der Weltzuckerversorgung. Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland sind als Exporteure von Rübenzucker ausgeschieden; ihre Erzeugung deckt infolge des Weltkriegs nicht einmal mehr den eigenen Bedarf. Zum Ausgleich ist der koloniale Rohrzucker wieder stärker in Aufnahme gekommen; an seiner Ausfuhr sind die Vereinigten Staaten in Westindien, sowie Britisch- und Niederländisch-Indien meistbeteiligt. Die Weltzuckerernte betrug in Millionen Tonnen:

	1913/14	1918/19
Rübenzucker	8,9	4,3
Rohrzucker	7,2	12,3

Auch hier also ein Zurücktreten des europäischen Festlands hinter den überseeischen Versorgern, Rußlands und Mitteleuropas hinter das Britische Reich und Nordamerika.

Am Holzmarkt ist die Nachfrage infolge des wäldermordenden Kriegs in ganz Europa ungemein gewachsen; weder Rußland mit Finnland noch das ehemalige Österreich-Ungarn sind zunächst imstande, sie zu befriedigen. Das für überwiegende Agrarländer Gesagte trifft in noch höherem Grade auf die Holz-

ausfuhr zu. Selbst wenn Osteuropa darin wieder neben Kanada, der Union und Schweden aufträte, möchte es hierdurch allein noch keinen wesentlichen Machtzuwachs gewinnen; denn während der Anbau von Feldfrüchten in aller Regel für einheimische Rechnung geschieht, kann ausländisches Kapital die Ausbeutung der Holzreichtümer sehr leicht für landfremde Interessen mit Beschlag belegen. Die Ausbeutung der litauischen Wälder und der russischen Holzkonzessionen ist vorerst eine Machtfrage.

Auch dem Baumwollanbau gebührt eine verschiedene Beurteilung, je nachdem er für eigene Rechnung des Anbaugebietes oder kolonialwirtschaftlich für ein Mutterland stattfindet, und je nachdem er einheimische Fabrikanten oder fremde Baumwollindustrielle beliefern soll. Letzteres gilt überwiegend für die kolonialen Anbaugebiete in Ägypten und Indien. Die nordamerikanische Volkswirtschaft dagegen geht in wachsendem Umfange zur eigenen Verarbeitung ihrer gewaltigen Ernten über; ihre Spindeln verspannen 1913 erst 29 und 1917 schon 41 v. H. der Weltbaumwollernte. Während aber Großbritanniens Baumwollindustrie mit Hilfe Indiens und Ägyptens ihren überlieferten Vorrang auch der Union gegenüber behauptet, haben alle sonstigen Anbaubereiche infolge der kriegerischen Ereignisse ihre Bedeutung vorerst eingebüßt. Russisch-Turkestan, Mesopotamien und die deutschen Kolonien sind als konkurrierende Weltversorger ausgefallen; England hat sie zumeist übernommen und suchte vorübergehend sogar Russisch-Turkestan in seine Hand zu bringen. Die deutschen Textilgewerbe haben seit 1914 infolge ihrer naturbedingten Abhängigkeit im Rohstoffbezug das Äußerste zu leiden.

Von der Wollerzeugung gilt, was ich soeben vom Getreideanbau feststellte. Ich erwähne als Ausfuhrländer wieder Australien und Südafrika und Argentinien; von Deutschlands Einfuhr an Merino- und Kreuzzuchtwolle kamen vor dem Weltkrieg 80 und 56 v. H. allein aus Größerbritannien. Ich füge bei, daß die Vereinigten Staaten ihren Anteil an der Weltwollproduktion von 15 auf 25 v. H. zu steigern wußten. Einen gewissen Ausgleich erfuhr die Verteilung der Textilrohstoffe vor 1914 durch Rußland, dessen Flachs- und Hanfbau

einen wesentlichen Ausfuhrposten abgab. Solange dort aber die Ausfuhr ruht oder die baltischen Gebiete unter britischer Kontrolle stehen, bleibt Osteuropa als unabhängiger Verkäufer vom Weltmarkt abgetrennt.

Von weiteren Rohstoffen sei seiner rasch steigenden Bedeutung wegen der Kautschuk genannt. Im Weltkrieg ist Großbritanniens und der Union Gummiverbrauch auf volle vier Fünftel des Weltverbrauchs gewachsen.

4

Während die Führernationen des „kapitalistischen Regimes" ihren Bedarf an Nahrung und Kleidung unbedenklich aus fremden Agrarexportländern bezogen, ließen sie sich die Sicherung ihres Bedarfs an gewerblichen Roh- und Hilfsstoffen viel sorgsamer angelegen sein. Nur wer über seine unmittelbaren Erfordernisse an Erzen und Wasserkraft oder Kohle oder Rohöl selbst verfügte, galt unter ihnen für einen gut fundierten Wirtschafter. Die metallurgischen Industrien gaben hierbei den Ausschlag. Der Eisen- und Hüttenmann, welcher die Ernährung und Kleidung seiner Arbeiter ruhig dem freien Markte überläßt, sucht eben doch die Kontrolle der erforderlichen Kohlen- und Erzbezüge sich zu sichern. So hätte auch Deutschland niemals, wie es tat, der eigenen Kraft und Wettbewerbsfähigkeit vertraut, wenn seine reichen Kohlen- und Erzlager ihm nicht die ungestörte Dauer seiner verarbeitenden Industrien verbürgt hätten. Auf Deutschlands Kohlen- und Erzreichtümern ruhte in der Tat noch während des Weltkriegs die Größe und Sicherheit seines um 1888 einsetzenden gewerblichen Aufschwungs. Freilich offenbarte sich auch der machtpolitische Gehalt einer Abhängigkeit im Nahrungs- und Kleidungsbezug während des Weltkriegs. England, dem kraft seiner Seeherrschaft alle Küsten gleich nahe sind, und die Union, die ihren Lebensbedarf zureichend daheim erzeugt, blieben Sieger über Mitteleuropa, das seine lebenswichtigen Zufuhren nur kaufmännisch, nicht aber staatsmännisch zu sichern gewußt hatte.

Das Angewiesensein auf die Bereitwilligkeit fremder Rohstoffgebiete ist West- und Mitteleuropa freilich ganz allgemein

eigentümlich. Wie rasch eine solche latente Abhängigkeit offenbar wird, hat Deutschland durch jene See- und Handelssperre aller Nahrungs- und Rohstoffe genugsam erfahren. Sie war ein umfassender und gelungener Versuch, weltwirtschaftliche Abhängigkeit in staatliche Ohnmacht umzusetzen. Wie einst im britisch-napoleonischen Endkampf, schuf der nationale Lebenswille die Außenwirtschaft sich zur Waffe um. Der gesteigerte Erfolg entsprach der stärker gewordenen Abhängigkeit des Kontinents vom Weltmarkt. Daß ein seemächtiges Großbritannien sowie die Union einen derartigen Versuch nicht ihrerseits zu scheuen brauchen, hebt sie über Frankreich und Deutschland, geschweige denn Italien, weit empor und verleiht ihrem weltpolitischen Ansehen heute wie einst einen einzigartigen weltwirtschaftlichen Rückhalt. Nur noch Rußland vermochte unter den großen Mächten seinen Existenzbedarf nach wie vor daheim zu decken. Der Bär war, wie man sagte, für den Walfisch unangreifbar. Deutschlands Siege im Osten haben es vermocht, diesen Vorzug weltwirtschaftlicher Unangreifbarkeit vorübergehend auf die beiden englisch-sprechenden Mächte einzuschränken.

Die Technik des Luft- und Seekriegs hat den Rohölvorkommen hohe militärische Bedeutsamkeit gesichert. Um so schwerer fällt darum das Ergebnis des Weltkriegs ins Gewicht. Rußland, Rumänien und Galizien sind teils als regelmäßige Marktversorger ausgeschieden, teils unter den einseitigen Einfluß der Westmächte geraten. Großbritannien hat sich überdies die südpersischen Erdölquellen für seine Kriegsflotte gesichert. Die Union liefert nunmehr allein über zwei Drittel der Weltpetroleumgewinnung. Auch organisatorisch ist diese einseitige Weltmarktversorgung aufs schärfste konzentriert worden: zwei oder drei große, miteinander Fühlung nehmende Konzerne halten von Mexiko bis Rumänien die Mehrzahl aller Produktionsstätten unter ihrer Aufsicht. Deutschlands konkurrierendes Finanzkapital ist aus der galizischen und rumänischen Petroleumindustrie herausgedrängt worden.

Sehen wir von den unerschlossenen und trotzdem bereits politisch gefährdeten Kohlenlagern Chinas ab, so gehört England und der Union die Hauptmasse aller „Schwarzen Diamanten“. Die

Lagerstätten der Union sollen mächtiger als diejenigen ganz Europas sein. Über zwei Drittel der jährlichen Weltkohlenförderung entfielen schon vor 1914 auf den britischen und nordamerikanischen Bereich. Deutschland, dessen unerschlossene Vorräte nächst der Union am größten waren, hat sein Saarrevier sowie möglicherweise Oberschlesien — sobald der Friedensvertrag dort in Kraft tritt — verloren und sieht sich überdies mit Lieferpflichten belastet, welche die ihm verbliebene Steinkohlenförderung ganz wesentlich mindern. Deutschlands Erben wollen Frankreich und dessen Schützling Polen werden. Nicht weniger drängt Frankreich hinsichtlich der Eisenerze an Stelle Deutschlands sich in jene „weltwirtschaftliche Trias" ein: Lothringen und Luxemburg, sowie vielleicht abermals Oberschlesien, scheiden aus dem deutschen Zollverbande aus. Frankreich ist nun mit Eisenerzen aufs allerreichste ausgestattet, da es ihrer schon vor dem Kriege über seinen Bedarf hinaus besaß; nur die Vereinigten Staaten können sich darin eines gleichen Reichtums rühmen. Von sonstigen Eisenerzländern wären Schweden und Spanien zu nennen. Jedoch zeigt Schweden erst Ansätze dazu, die Erze im eigenen Lande zu verarbeiten, und Spaniens Erze haben ausländische Verarbeiter oder Exporteure angelockt, sind somit eher ein Moment der außenpolitischen Schwächung als der Stärke. Bodenreichtümer verlocken ja in jedem Fall kapitalistisch fortgeschrittene Nationen dazu, ihre Hand auf sie zu legen und dadurch die Eigenkraft und womöglich das Selbstbestimmungsrecht der Besitzer zu gefährden.

In der Eisenerzverarbeitung stehen England und die Union mit 68 v. H. der Roheisenerzeugung und 60 v. H. der Stahlversorgung in der Welt voran; ihre erfolgreiche Umstellung auf den Kriegsbedarf hat den Anteil aller übrigen Volkswirtschaften von 45 auf 40 v. H. der Stahlerzeugung zurückgedrängt. Dabei fällt das Ausscheiden Deutschlands gegenüber dem Vorkriegsstand am stärksten ins Gewicht.

Nirgends sinnfälliger als in Kohle, Eisen und Stahl traten die Produktivkräfte der „drei germanischen Nationen" und ihr friedlicher Wettbewerb zu Tage. Aus den Vorkriegsstatistiken über die „wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands" ist aller Welt noch das rasche Wachstum dieser Kräfte in Erinnerung; kein

anderes Land konnte mit jenen drei Großen sich in Förderung noch Verbrauch vergleichen. Nunmehr wollen Frankreich und Polen die Lager an den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands übernehmen. Allein auf Oberschlesien, dessen gewerblicher Aufbau durchaus deutsch ist, kam ein Viertel der deutschen Steinkohlenproduktion; auf das Saargebiet, Lothringen und Luxemburg entfielen über vier Zehntel der deutschen Roheisen- und drei Zehntel der deutschen Stahlgewinnung vor dem Kriege. Mit ihnen sollen landwirtschaftlich wertvollste Provinzen Preußens und Millionen Menschen deutschen Stammes verloren gehen, strategisch unmögliche Grenzen sollen jede staatliche Sicherheit des deutschen Wirtschaftskörpers beseitigen. Frankreich, das nicht einmal seine eigenen Erzschätze zu nutzen wußte, und Polen, dessen eigene Industrien ohne fremde Hilfe nie emporgekommen wären, sollen die Früchte fremder Arbeit vieler Generationen ernten. Will anders Frankreich an Stelle Deutschlands in jener Trias der Weltmächte sich behaupten, so muß es alles daran setzen, mit seinem polnischen Gefolgsmann Deutschland von diesen Produktionsgrundlagen dauernd fernzuhalten. Will Deutschland jemals werden, was es war und worauf es ein geschichtlich festbegründetes Recht erworben hatte, will es jemals wieder unter die weltwirtschaftlich führenden Völker rechnen, so muß es das Entrissene für sich erneut beanspruchen. Schon um Ostdeutschlands und der Saar, der Steinkohlen und Eisenerze halber kann die Konstellation von 1918 zwischen dem Deutschland und dem Frankreich des Versailler Vertrags keinerlei Dauerfrieden schaffen. Hier drängt letztens Lebenswille gegen Lebenswille.

Seiner zunehmenden Wichtigkeit halber nenne ich noch das Kupfer, dessen Förderung Nordamerika bereits vor 1914 zu rund 60 v. H. der Weltproduktion beherrschte. Auf das britische Reich kamen weitere 8 v. H. Von den übrigen größeren Produktionsgebieten hielt aber nur Japan sich vom britisch-amerikanischen Einfluß frei. Daß Mitteleuropas Abhängigkeit in bezug nicht-eisenhaltiger Metalle durch den Wirtschaftskrieg ungemein verschärft worden ist, sei für Australien und andere Produktionsgebiete nur im Vorbeigehen erwähnt.

Als Beispiel eines reinen Produktionsmonopols sei schließ-

lich die Weltdiamantengewinnung genannt, die seit dem Erwerb Deutsch-Südwestafrikas durch England ausschließlich von einem Londoner Syndikat kontrolliert wird.

5

Die Manufakturkraft der drei germanischen Nationen ließ vor dem Weltkrieg alle sonstigen gewerblich entwickelten Volkswirtschaften weit hinter sich zurück. Einzig Frankreich folgte ihnen, wennschon seine Großgewerbe namentlich in den metallurgischen Zweigen einen Vergleich nicht aushielten. In ihrer gesamten Fabrikatenausfuhr und am ausgesprochensten in ihrer Maschinenausfuhr standen allein jene drei auf gleicher Linie.

Die Maschinenausfuhr im Jahre 1913 betrug in Millionen Goldmark:

Großbritannien	742
Deutschland	680
Vereinigte Staaten	529
Frankreich	55

Von anderen Großgewerben greife ich nur die deutsche Elektrizitätsindustrie heraus. Sie bestritt vor 1914 rund 40 v. H. der gesamten Weltproduktion; drei Viertel aller in Deutschland hergestellten Glühbirnen gingen ins Ausland.

Soweit die Erweiterung der Produktionsanlagen für Kriegszwecke keinen Ausgleich bewirkte, hat Deutschlands Manufakturkraft die allerstärksten Einbußen erlitten, sowohl infolge sozialer Zersetzung und Verarmung seines Produktionsvermögens wie durch den Verlust wichtiger Rohstoffgrundlagen. Über Frankreich, das die Nachfolge Deutschlands auch auf gewerblichem Gebiet für sich erhofft, läßt sich unter der Konstellation von 1918 nichts Sicheres aussagen. Viel eher scheint Großbritannien imstande zu sein, die Rückstellung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft und die Wiederaufnahme seiner Fabrikatenausfuhr erfolgreich durchzusetzen. Am gewaltigsten aber hat sich, wie jedermann weiß, das Großgewerbe in der Union entwickelt, deren Fabrikatenausfuhr bereits von 1914 auf 1917 sich vervierfachte.

Wie wirklichkeitsfremd die ungeschichtliche Fiktion einer aus lauter Einzelwirtschaften bestehenden internationalen Gesellschaft

gewesen sei, geht aus den verschiedenen Schicksalen der Industrien im Weltkrieg klar hervor. Eingebettet in die Lebensgemeinschaft ihrer Völker, folgen sie ohne die Möglichkeit irgend eines wirksamen Widerstandes den entscheidenden Entschlüssen der nationalen Staatskunst, mag diese nun zum Aufstieg oder Niedergange leiten. Ebensowenig trifft freilich jene naturgesetzlich motivierte Gleichung zu, welche nach der marxistischen Geschichtstheorie zwischen allem staatlichen und gesellschaftlichen Geschehen besteht. Vielmehr formt der Machtgedanke den ökonomischen Stoff örtlich und zeitlich mit verschiedener Stärke, entsprechend der Richtung und Intensität, welche ihm Einsicht und Überlieferung und Wille der Machtträger geben. Nicht axiomatisch und nicht isolierend, sondern nur in seiner lebendigen Besonderheit können wir den Einfluß der Macht auf das ökonomische Getriebe prüfen. Die Verbindungslinien werden daher nach Ort und Zeit verschieden zu ziehen sein. Die Industriepolitik läßt sich, ebenso wie die Kapitalpolitik und die allgemeine Außenhandelspolitik, niemals deduktiv festlegen, sondern Inhalt und Tendenzen wechseln mit der Gesamtrichtung und Stärke der nationalen Staatskunst.

Im „neuen heiligen, preußisch-deutschen Reich" folgte die Staatskunst eher dem Wachstum der Ausfuhrinteressen, als daß sie ihm voranging. Wo sie aber letzteres unternahm, da war sie keineswegs erfolgreich. Wie weit ab lag das Ausfuhrinteresse der deutschen Qualitätsgewerbe in seiner Hauptmasse von den amtlichen Zukunftsplänen einer deutschen Expansion in Vorderasien und auf dem Balkan! Die Teilnahme des deutschen Finanzkapitals an diesen Plänen hat es ganz irrtümlich der öffentlichen Meinung so erscheinen lassen, als ob an der Bagdadbahn und Mesopotamien ein umfassendes primäres Ausfuhrinteresse bestanden hätte. Bekannter ist wohl, daß die deutschen Finanziers und Industriellen zu einer Förderung der kolonialen Afrikapläne seit 1885 nur mit geringem Erfolg herangezogen wurden. Als ob der „Imperialist" Karl Peters und die „Ära Dernburg" richtunggebend für Deutschlands Waren- und Kapitalausfuhr geworden wären! Und das britische Hongkong, nicht das deutsche Kiautschou, ward Stützpunkt eines blühenden und großenteils nicht-deutsche Ware ver-

mittelnden Chinageschäfts. Der Krieg erst stellte die gelockerte Verbindung der staatlichen und ökonomischen Interessen wieder her; nun erwies sich, wie stark und nachhaltig Deutschlands Ausfuhrinteressen dem außenpolitischen Antrieb unterlagen.

Der „neumarxistischen Generation" Hilferdings, Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts u. a. gebührt das Verdienst, auf die Zusammenhänge zwischen Macht und Wirtschaft in unserer „imperialistischen Ära" eindringlichst verwiesen zu haben; durch ihren Wirklichkeitssinn unterscheiden sie sich auf das Vorteilhafteste von jenen Ideologen der ausgehenden „Freihandelsschule", welche ihre liberale Weltmarktfiktion mit unpolitischem, ja staatsfeindlichem Geist im Weltmarkt des 20. Jahrhunderts verwirklicht sehen möchten. Gegenüber solchen bürgerlichen Ideologen, welche völlig ungeschichtlich einen Prinzipien- und Phrasenschleier über die machtpolitische Wirklichkeit breiten, gehört den Neumarxisten unbedingt der Vorzug [1]). Nur irren sie in der einseitigen Kausalbeziehung, welche sie getreu ihrer „ökonomischen Geschichtsauffassung" zwischen Macht und Wirtschaft herstellen. Da sie alle außenpolitischen Vorgänge auf ökonomische Beweggründe zurückführen, sehen sie sich gezwungen, die gesamte Staatskunst unserer „imperialistischen Ära" aus dem Gesichtspunkt des Waren- und Kapitalexports abzuleiten. Daraus, daß die eigentlich staatlichen Antriebe — auf den Grundlinien der traditionellen Zarenpolitik — sogar in der Staatskunst des kommunistischen Rußland durchdringen, erhellt zur Genüge, daß die gesellschaftlichen Geschehnisse alle sie derart vergewaltigenden Theorien Lügen strafen. Die vulgär-kommunistische Geschichtsauffassung zieht regelmäßig die neueste Zeit europäischer Unrast seit 1895 zum Beweis heran und wird beispielsweise von Karl Radek volkstümlich dargestellt [2]). Meine

---

[1]) Vgl. Hilferdings „Finanzkapital" (1910) und R. Luxemburgs „Akkumulation des Kapitals" (1913), ferner eine Skizze aus Karl Liebknechts Nachlaß im Weberschen „Archiv". — Vgl. den Schlußabschnitt meines „Auslandskapitals" sowie dies Kapitel unter 8.

[2]) Vgl. Radek, „Der Zusammenbruch des Imperialismus und die Aufgaben der internationalen Arbeitsklasse". — In diesen Zusammenhang gehört auch Schumpeters Studie über die Soziologie der Imperialismen. — Vgl. unten viertes Kapitel, dritter Abschnitt.

eigene, abweichende Grundauffassung von der Rolle des Finanzkapitals und der Ausfuhrinteressen im modernen Imperialismus werde ich in meiner Monographie des Auslandskapitals eingehend durchführen; ich kann unseren eingangs skizzierten Leitgedanken durchaus im exportpolitischen Weltbild des 20. Jahrhunderts nachweisen.

6

Wir kehren zu unserer Überschau zurück und haben noch mit einigen Worten der Edelmetallmärkte zu gedenken. Sie tragen in Alaska, Kalifornien und Mexiko, in Transvaal und Australien bereits die Züge eines britischen und nordamerikanischen Produktionsmonopols. Ihm unterstanden schon im Frieden fünf Sechstel aller Gold- und über zwei Drittel aller Silbergewinnung.

Seither ist Rußland als unabhängiges Gewinnungsgebiet von Gold und Platin aus dem freien Weltmarkt vorläufig ausgeschieden. Auch bedarf es keines Nachweises, daß Mexiko als Silberland wie überhaupt als Teil der Weltwirtschaft die staatlichen Antriebe von außen her empfängt. Unter der Konstellation von 1918 wenigstens hat Mexiko, das noch 1914 für einen sehr ernsthaften Gegner galt, sein staatliches Eigengewicht fast ganz verloren. Seine Bodenschätze sind das leicht greifbare Objekt einer jeden britisch-nordamerikanischen Auseinandersetzung geworden, und nur Japan könnte einem solchen „kapitalistischen Beutezug" aus außenpolitischen Gründen noch ein Halt gebieten.

Gleich der Edelmetallgewinnung ist auch der vordem gleichmäßiger verteilte Weltvorrat an Gold und Silber unter britische und nordamerikanische Kontrolle geraten. Beim Kriegsschluß gehörte schon ein Drittel des gesamten Goldvorrats der Welt der einen nordamerikanischen Union. Sie konnte im Kriegsverlauf für über 5 Milliarden Goldmark Gold und Silber an sich ziehen. Großbritannien und sie hatten bereits 1917 Goldbestände in Höhe von 14 Milliarden Goldmark in ihren Notenbanken aufgehäuft. Das europäische Festland dagegen hatte die großen Goldreserven, die in der russischen, österreich-ungarischen und deutschen Reichsbank lagen, bis auf einen geringen

Rest verzettelt. Gold war aus dem inneren Verkehr Mittel- und Osteuropas verschwunden. Dafür ergoß sich von Frankreich bis Großrußland eine unaufhaltsam steigende Papiergeldflut über das Festland, in ihr versanken die Staatsfinanzen, sie überspülte alle Warenmärkte. Im Gegensatz zu den fünf Großmächten des Kontinents haben alle übrigen Länder ihre Zahlungsmittel und Metalldeckungen besser in Ordnung halten können, und während kein Warenmarkt der Preisrevolution entging, zeigen die Staatsfinanzen außerhalb der vom Krieg verheerten Gebiete wesentlich gesundere Züge [1].

7

In anderer Weise bietet der Weltverkehr ein Bild der wirtschaftlichen Weltlage. Während Rußlands staatlichem Verfall hat der deutsch-russische Landverkehr zunächst gänzlich aufgehört, die sibirische Bahn stellt keinen brauchbaren Landweg mehr nach Asien dar, und ganz Osteuropa sieht sich daher auf die von England kontrollierten Seewege angewiesen. Die Verkehrsmittel im Innern Rußlands sind zerrüttet, und die Bahnsysteme der übrigen festländischen Kriegführenden hat der Kampf aufs übelste zugerichtet. Das deutsch-türkische Bahnnetz in Vorderasien liegt seit 1918 im britischen Machtbereich; die Linien von Kalkutta nach Kairo und von Kairo nach Kapstadt sind keine imperialistischen Traumgespinste mehr. Ob und auf welche Weise dem Erliegen der russischen, deutschen und österreichischen Bahnen aufzuhelfen sei, steht noch dahin. Über ein Achtel des Welteisenbahnnetzes ist derart betroffen worden, während seine größere Hälfte, die auf die Gebiete Englands und der Union

[1]) Die Zusammenhänge der vorherrschenden Goldwährung mit der britischen Staatsmacht hat, als erster seit Adam Müllers Zeiten, G. F. Knapp in seiner „Staatlichen Theorie des Geldes" aufgezeigt. Zur Einführung lies die Kriegsschrift seines Schülers Schmidt-Essen, Nationale Währungspolitik. Los von England (1917). Die Erkenntnis, daß England die Goldwährung als Waffe im staatlichen Machtkampfe handhabe, hat sich gelegentlich bis zu der Forderung verdichtet: durch Demonetisierung des Goldes die angelsächsische Kontrolle dieses vornehmsten Währungsmetalls gegenstandslos zu machen. Der Kriegsausgang schließt eine solche Wirkung aus.

entfiel, davon verschont blieb, Kriegsschauplatz zu werden. Westeuropa, Italien, Japan sowie Südamerika sind 1918 diejenigen Bezirke, welche allein noch ein intaktes und vom englisch-amerikanischen Einfluß freies Eisenbahnnetz besitzen. Unnötig zu sagen, daß alle Seewege und Meerengen der Oberaufsicht dieser beiden stärksten Seemächte unterstehen; wie vordem schon Panama und Suez, so jetzt auch Sund und Dardanellen.

Bei den Landverkehrsmitteln sei schließlich der Kraftwagen gedacht. Die Entfaltung der nordamerikanischen Automobilindustrie geht aus der einen Tatsache hervor, daß volle 85 v. H. aller Kraftwagen der Erde der Union gehören.

Das Weltmeer duldet keine territorialen Grenzen und grenzt doch an fast alle weltwirtschaftlich verbundenen Gebiete, es sondert nationale Streitigkeiten ab und läßt zugleich jeden ökonomischen oder staatlichen Konflikt sich erst in voller Breite auswirken. Als Schauplatz nur dient es den Handelnden; durch die Verkehrstechnik unterworfen, trägt es Kriegs- wie Friedensboten gleichmütig auf seinem Rücken. „International" nur im räumlichen Sinne der physikalischen Erdkunde, verhält das Weltmeer sich zu allen gesellschaftlichen Einwirkungen schlechthin neutral. Weltstaatensystem wie Weltwirtschaft bedienen sich des verbindenden Elements als ihres Mittels.

Während vor 1914 zwischen der Union, Deutschland, Frankreich und Japan ein gewisses maritimes Gleichgewicht bestand und Großbritanniens Kriegsflotte somit gegen mehrere etwaige Gegner den „Zweimächtestandard" aufrechthalten mußte, hat sie der Weltkrieg dieser Sorge im wesentlichen enthoben. Einzig Nordamerikas Kriegsflotte ist ihr nahegerückt, bietet aber im Staatensystem von 1918 auch eine wertvolle Deckung. Ganz Mittel- und Osteuropa ist maritim entwaffnet worden, Frankreichs Flotte zweiten Ranges, diejenige Italiens überdies im Mittelmeer eingekapselt. Der Tag der britisch-nordamerikanischen Seeherrschaft scheint gekommen zu sein, wie Homer Lea und andere angelsächsische Imperialisten ihn verkündet haben.

Bewaffnete Handelsschiffe und Handelsunterseeboote bezeichneten gegen Kriegsende einen Höchstgrad in der machtpolitischen Durchdringung aller Seefahrt. Jeder Transport von Waffen,

Menschen oder Waren diente unmittelbar staatlichen Zwecken, und auch die neutralen Flaggen mußten sich dem Kriegsrecht fügen. Inmitten dieser Umwälzungen haben die Vereinigten Staaten ihre seit dem Bürgerkrieg verlorene Seegeltung zurückgewonnen; von der Schnelligkeit dieses Aufholens gibt ihr Schiffsbauprogramm Zeugnis:

Es umfaßte am 1. Juli	1915	300 000 Tonnen
	1916	1 200 000 „
	1917	2 200 000 „

Damit haben sie England, dessen Neubauten zu Kriegsbeginn stark nachließen, vorübergehend übertroffen. Der Weltschiffbau ergab:

	1914		1918	
	Millionen Brutto-Registertonnen			
im britischen Reich	1,7	1,9	1,6	4,6
in den Vereinigten Staaten . . .	0,2		3,0	
in der übrigen Welt nur	0,9		0,8	

Ende 1919 sollen je 3 Millionen Tonnen in Großbritannien und der Union im Bau gewesen sein, gegen nur 1,8 Millionen in allen übrigen Ländern. Der Handelsschiffsbau in der Union hätte sich demnach seit Kriegsbeginn verfünfzehnfacht.

Wenngleich Großbritannien seinen überlieferten Vorrang im Schiffsbau wiedererlangen und der Union den zweiten Platz anweisen mag, ändert dies nichts an dem Zurückbleiben aller nicht englischsprechenden Nationen. Deutschlands Werften mögen zwar für Schiffslieferungen an die Alliierten sowie zum Wiederaufbau der eigenen Handelsflotte voll zu tun erhalten; aber selbst im günstigsten Fall bleibt der Vorsprung jener beiden den Völkern des europäischen Festlandes unerreichbar. Deutschlands Wettbewerb zur See ist durch seine staatliche Ohnmacht und den ihr folgenden Verlust seiner jungen Handelsflotte gewaltsam ausgeschaltet worden, und statt dessen ist Nordamerikas Flagge nunmehr die zweite unter den Handelsmarinen der Erde. Die Welthandelsflotte betrug:

	im Juli 1914	im Oktober 1918
	Millionen Brutto-Registertonnen	
unter britischer Flagge	21 } 23	17 } 22
„ der Unionflagge	2	5
„ allen sonstigen Flaggen . .	12	10

Die Gesamtheit der Welthandelsflotte weist infolge des Unterseekrieges einen Rückgang auf, den die Zunahme des Weltschiffbaus seit 1917 noch nicht voll auszugleichen vermocht hat. Großbritannien im besonderen hat eine stärkere Einbuße als die sonstigen Nationen erlitten. Jedoch wird diese Abnahme durch das rasche Wachstum der nordamerikanischen Schiffahrt bereits annähernd wettgemacht. Leidtragender ist weltwirtschaftlich gesehen wiederum Mittel- und Osteuropa, das mit Deutschland die zweitstärkste Handelsflotte der Welt eingebüßt hat und das nun von Hamburg und Danzig bis Reval und Archangelsk und von Triest bis Odessa hin des Rückhalts einer nationalen Seegewalt entbehrt; seine Häfen werden zu Anlaufsplätzen fremder Dampferlinien, das Weiße, Baltische und Schwarze Meer zu bloßen Ausbuchtungen des Atlantischen Ozeans und des Mittelmeers. Mehr als zwei Drittel der Welthandelsflotte fahren unter dem „Union Jack“ und den „Stars and Stripes“.

Wenn der Weltkrieg den Machtgedanken in jeder weltwirtschaftlichen Erscheinung aufs deutlichste offenbarte und wenn ebenso binnenwirtschaftlich schließlich das Eisenbahnsystem und die Kohlenförderung ihren Inhabern machtpolitisches Gewicht verliehen, dann konnte die Nachrichtenübermittlung dem Machtgedanken sich ebensowenig entziehen. Von der Kabelsperre am ersten Mobilmachungstag bis zum Aufsichtsrecht der Siegerstaaten über das internationale Funkwesen hat sich der Nachrichtenverkehr als ein besonders empfindliches und feingliedriges Gebilde gezeigt. Setzt er doch keine toten Dinge, sondern lebendige, Kopf und Herz formende Seelenkräfte um. Mit Kabeln und Funkstationen hatte Deutschland begonnen, sich von den Seemächten unabhängig zu machen. Im Kampf um die

„Weltmeinung“ wurde es seit 1914 auf wenige Auslässe nach den benachbarten neutralen Ländern und Spanien eingeschränkt; kaum, daß deutsche Nachrichten nach Latein-Amerika und zur islamischen Völkergruppe gelangten. Was der deutsche Kriegsdienst sich mühevoll im besetzten Europa, im Kaukasus und der Türkei aufgebaut hatte, zerschlug das Friedensgebot. Mit den Kolonien sind auch die überseeischen Funkstationen und die Kabel jenseits des Kanals Deutschland entrissen worden. Wehrlos muß es ansehen, wie seine ehemaligen Feinde es der öffentlichen Meinung Latein-Amerikas und ganz Asiens in ihrem Spiegel zeigen, wie sie ihre „Legende“ der Kriegsursachen und des Kriegsablaufs der gesamten Welt einprägen. Gleiches duldet Rußland, seitdem es seinen Verbündeten sich abgekehrt hat. Wer immer unter der Konstellation von 1918 den vorwaltenden Mächten fremde oder feindliche Ziele verfolgt, der steht als Außenseiter einem publizistischen Weltkonzern gegenüber.

Über Presse und Nachrichtenübermittlung als Machtmittel im inneren Kampf demokratisch regierter Staaten brauche ich kein Wort zu sagen; Blindheit wäre es aber, den Einfluß der Außenkonstellation hier zu verkennen. Wo immer staatliche Schwäche eine unabhängige Außenpolitik verbietet, da müssen auch die Organe der privaten sowie der Regierungspresse ihr Urteil über den Weltgang dieser Außenlage anpassen. Frankreichs öffentliche Meinung vermochte noch anläßlich des Burenkrieges in Schrift und Bild gegen „John Bull“ aufs heftigste zu streiten, die holländische Presse bewahrte sogar nach dem Weltkrieg den Siegern gegenüber Unabhängigkeit und Würde; wo aber der Rückhalt an einer Regierung mit außenpolitischen Eigenzielen fehlt, da vermag persönliche Redlichkeit einer schleichenden Korruption durch das übermächtige Ausland nicht zu wehren. Sollten Portugals führende Gesellschaftskreise dem britischen Bundesgenossen gegenüber eine größere Selbständigkeit behaupten können als die portugiesischen Minister? Sollte der Entente, die Deutsch-Österreichs Großbanken und Industrien auskauft, jeglicher Einfluß auf die Organe der österreichischen öffentlichen Meinung versagt bleiben? Napoleon I. war nicht der einzige Staatsmann, der für seine Ziele publizistisch im Ausland wirkte.

Zwiefach ist somit die Gefahr, welche der Presse der besiegten Volkswirtschaften droht. Einmal sind sie von fast jeder Einflußmöglichkeit auf das Ausland abgeschnitten, und ihre außenpolitische Ohnmacht wird dadurch aufs Äußerste verschärft; nicht ohne Grund haben ja die Sieger die Waffen des Nachrichtenverkehrs allen Besiegten diesmal aus der Hand geschlagen! Zweitens unterliegen Regierungen, Parteien und Presse besiegter Länder im Inneren den Gefahren, welche ein ausländisches Nachrichten- und Kabelmonopol bedingt; je geringer ihre allgemeine staatliche Widerstandskraft geworden ist, desto zahlreicher müssen die unsichtbaren Kanäle werden, durch welche ausländischer Einfluß seine Interessen in die gesellschaftliche Meinung des Inlands leitet. Wer die verschiedenen Maßstäbe kennt, welche z. B. Norwegens Zeitungen während des Weltkriegs an die Berichte beider Parteien legten, der weiß vielleicht, wie vielfältige Erfahrungen bereits für die von mir vertretene Ansicht sprechen. Denn ganz abgesehen von der eigentlichen Propaganda richten sich Nachrichtendienst und Urteilsformung aller Organe nach den Willenszielen des staatlichen Verbandes, dessen Ausdrucksmittel sie sind. Die öffentliche Meinung reflektiert zu allererst die staatlichen Antriebe; alle geschäftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Aufgaben der Presse treten hinter diese ihrer Hauptfunktion zurück [1]).

8

Wollen wir ein Gesamtbild des weltwirtschaftlichen Austauschs gewinnen, so haben wir neben der Schiffahrt, der Nachrichtenvermittlung und den menschlichen Wanderungen der Waren- und Kapitalübertragungen zu gedenken. An den Waren- und Kapitalmärkten vollzieht sich der statistisch erfaßbare Hauptteil aller internationalen Wirtschaftsbewegungen. Waren und Kapitalien sind Produktionsmittel, die ihrer Substanz gemäß nichtwirtschaftlichen Einflüssen nur mittelbar unterliegen. Dient das Kapital z. B. der Erschließung einer schwächeren

---

[1]) Vgl. hierzu Nicolai, Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg (1920), und R. Hennig, Überseeische Telegraphie und auswärtige Politik (1919).

Volkswirtschaft oder die Ware einem ausländischen Staatsbedarf, dann gewinnt ihr Export dadurch außenpolitische Bedeutung. Die neutralste Ware ist derart der Verfügungsgewalt eines Berechtigten und damit gesellschaftlichen Einwirkungen unterworfen; kein Waren- oder Kapitalhandel daher, der als solcher nicht auch staatlichem Einfluß unterstände.

Ähnlich einer guten binnenländischen Produktionsstatistik bringt der Waren- und Kapitalhandel das allgemeine Wachstum oder Niedergehen des volkswirtschaftlichen Vermögens zum Ausdruck. Die Zwanzigmilliardenziffern des deutschen Außenhandels und die Zunahme der deutschen Kapitalausfuhr galten deshalb vor 1914 für markante Zeichen nationaler Kraft; ja, an diesem Barometer glaubten manche die Zunahme der weltpolitischen Depression seit der Jahrhundertwende ablesen zu können; sie meinten, sobald Deutschlands Gesamtausfuhr die englische erreicht haben werde, müßten die Kanonen von selber losgehen. Wir haben bereits gesehen, warum eine solche Schematisierung unser Problem „Macht und Wirtschaft" verfälscht. Verglichen mit der allgemeinen Konstellation des deutsch-britischen Konflikts, stellt das Aufholen des deutschen Außenhandels gegenüber England ein durchaus sekundäres Moment dar [1]).

Wie sehr anderseits die Waren- und Kapitalbewegungen den Antrieben staatlichen Handelns folgen können, lehrt ein Blick auf alle akuten Krisenzeiten. Denn gleichgültig, welches seine geschichtliche Besonderheit sonst sei, wirkt jeder Staatenkampf güterzerstörend. Er schafft somit eine erhöhte Nachfrage nach Waren und Kapitalien und erlaubt es einheimischen wie ausländischen Lieferanten, diesen nachhaltigen dringenden Bedarf gewinnbringend zu befriedigen. Im gewaltigsten Ausmaß hat so der Waren- und Kapitalbedarf des kriegführenden Europas seit 1914 sich vermehrt. Im gleichen Maße ist die Ausfuhrkraft der überseeischen Volkswirtschaften und namentlich der Union gewachsen. Ähnliches hatten ja schon die Jahre nach dem Sturz Napoleons I. gesehen. Da England selber in die Arena zu den Kämpfenden hinabstieg und nicht, wie in der napoleonischen Konstellation, seine Teilnahme fast einzig mit

---

[1]) Vgl. unten S. 40.

Kriegsschiffen und Subsidien bestreiten konnte, so hat es der Bilanzverschiebung zwischen Europa und den übrigen Kontinenten sich diesmal nicht entziehen können. Ich werde sogleich zeigen, inwiefern Großbritannien dennoch abermals günstiger als das europäische Festland abschneidet.

Nehmen wir zunächst einmal Westeuropa als eine Einheit an, so bezogen England, Frankreich und Italien beispielsweise 1917 für fast 40 Milliarden Goldmark Waren und führten gleichzeitig für weniger als 18 Milliarden Goldmark aus. Zusammengeschweißt in jene Einheitsfront von der Lys bis zum Isonzo, bildeten sie in der Tat während der Kriegsjahre auch im Güterverbrauch eine Gemeinschaft. Während die Mittelmächte ihren gleichartigen Kriegsbedarf erzwungenermaßen aus eigener Kraft zu decken suchten, stand hinter Westeuropa die Union als williger Kriegsmittellieferant. Der Schicksalsgemeinschaft mit Frankreich und Italien gehörte bis zum Niederbruch der Gegner auch Großbritannien an; was es für seine eigene Armee und Flotte sowie für seine Verbündeten verbrauchte, ersetzte es ebenfalls durch eine vermehrte Einfuhr, vor allem aus Nordamerika. Englands Mehreinfuhr in dem einen Jahr 1918 erreichte 16 Milliarden Goldmark, und annähernd ebensoviel betrug damals der Ausfuhrüberschuß auf seiten der Vereinigten Staaten. Während des Weltkriegs verzeichneten die Vereinigten Staaten derart einen Ausfuhrüberschuß von insgesamt 40 Milliarden Goldmark; er wuchs von 2,7 Milliarden Mark im letzten Friedensjahr 1913 bis auf 16½ Milliarden, d. h. auf das sechsfache, im Jahr 1919. Solange der gemeinsame Kriegsbedarf die Westmächte gegen Mitteleuropa zusammenhielt, bestand daher je ein westeuropäisches und mitteleuropäisches Gemeininteresse. Obwohl die Weltlage von 1918 zunächst noch Spuren dieser Gemeinschaft trägt, muß doch die Verschiedenheit der einzelstaatlichen Interessen nunmehr sich wieder zunehmend bemerkbar machen.

Dies gilt vor allem für Großbritanniens Verhältnis zum Kontinent. Während die festländischen Kriegsschauplätze einen Wiederaufbaubedarf haben, der die Ungunst ihrer Handelsbilanzen vermehrt, hat das Inselreich als einziger vom Kampf verschonter Partner binnen kurzem eine entschiedene Besserung

seiner Handelsbilanz erzielt. Überdies genießt es die vervielfachten Milliardengewinne seiner Frachtschiffahrt sowie diejenigen einer noch immer überaus günstigen Kapitalbilanz. Der Kontinent hingegen entbehrt solcher Ausgleichsmöglichkeiten, und Frankreich, das allein noch eine aktive Kapitalbilanz aufweist, hat sich umso fester durch den Friedensvertrag dem Schicksal des besiegten Mitteleuropas verkettet. Während „der Despot des Weltmarkts" durch Waren- und Effektenausfuhr, durch Fracht- und Kapitalgewinne den Ausgleich zwischen seiner Ein- und Ausfuhr einigermaßen wiederhergestellt hat, erscheint das europäische Festland uns abermals als der weltwirtschaftlich leidtragende Teil. Gleichwie es mit zerstörten Staatsfinanzen und heilloser Zettelwirtschaft aus dem Weltkrieg hervorgeht, so mit Valuten, welche alle Stufen der Zerrüttung abwärts gleiten, und mit Handelsbilanzen, welche zwischen Einfuhrbedarf und Ausfuhrvermögen keinerlei Ausgleich mehr erkennen lassen. Der Leser vergleiche die Verschiedenheit der britischen und der kontinentalen Gesamtlage an Hand nachstehender Tafel der in Zürich notierten Devisenkurse.

	Schweizer Friedensparitäten	Kurse vom Anfang Oktober 1918	Kurse vom Anfang Dezember 1920
Britische Währung	25,23	22,25	22,32
Französische Währung	100,00	85,50	37,95
Italienische Währung	100,00	75,00	22,60
Deutsche Währung	123,50	68,50	8,70

Die Abwandlung der Devisenkurse bestätigt meine Worte. Während die westeuropäische Gesamtfront bis zum Kriegsschluß auch im Währungsstande einigermaßen gewahrt blieb, trennen sich seit dem Oktober 1918 die britische und die französisch-italienischen Währungskurven; jene behauptet sich, diese sind in raschem Absinken begriffen. Sie entsprechen damit dem Gleiten der deutschen, österreichischen und russischen Devisen. „Sieger" wie „Besiegte" des Kontinents scheinen aneinandergekettet dem-

selben Abgrund zuzueilen, indessen England und die Union den festen Halt unter ihren Füßen keineswegs verloren haben[1].

Es bleibe dahingestellt, um wieviel die Kriegsfolgen das handelspolitische Gewicht des europäischen Kontinents nachhaltig verringern werden. Daß die Union und Großbritannien in jedem Fall mit einem gewaltigen weltwirtschaftlichen Kraftzuwachs den Krieg beschließen, geht ja aus allem bisher Gesagten hinlänglich hervor. Unwissenschaftlich und unbeweisbar jedoch wäre es, aus dieser übereinstimmenden Notlage des europäischen Festlandes nun etwa eine Gemeinsamkeit seiner staatlichen Interessen — bei Siegern und Besiegten, Kriegführenden und Neutralen — zu folgern. Mithin zu meinen, daß die überlieferte Zersplitterung der Festlandmächte infolge ihres weltwirtschaftlichen Notstandes einer gemeinsamen Außenpolitik weichen müsse.

Mehrfach habe ich mich dagegen verwahrt, die Verbindungslinien zwischen Macht und Wirtschaft derart in Richtlinien für die Zukunft umzudeuten oder ihnen eine, dem Wesen des gesellschaftlichen Geschehens widersprechende, Zwangsläufigkeit zuzusprechen. Wie angebracht diese Warnung sei, erhellt aus den vielfachen verfehlten Ausdeutungen, welche vor allem die Beziehungen des Außenhandels zur Außenpolitik erfahren haben. Ohne Zweifel kann eine Theorie des Außenhandels nur bestehen, wenn sie Klarheit in die Beziehungen der wirtschaftlichen zu den nichtwirtschaftlichen Elementen bringt; aus diesem doppelten Gesichtspunkt sollten alle Arbeiten über das „Auslandskapital" und über das Wesen des „Imperialismus" gesehen sein. Eine Theorie, welche nur wirtschaftliche oder nur nichtwirtschaftliche Funktionen würdigt, bleibt davon fern, eine Gesamtanschauung ihres Gegenstandes zu liefern — mag es sich um die Theorie des Geldes oder um eine Theorie der Marktvorgänge handeln. Vertrauter ist uns dieser doppelte Gesichtspunkt ja in der Handelspolitik und in allen Teilen der inneren Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für die Kapitalausfuhr sowie die internationale Wirtschaftspolitik habe ich ihn an anderer

---

[1] Vgl. die Broschüre der „Frankfurter Zeitung": Feiler, Die Todesgefahr des Kontinents (1920).

Stelle durchgeführt [1]. Hier, wo wir das Hauptgebiet der Weltwirtschaft auf sein staatliches Element betrachten, finden wir eine Fülle von Beispielen für das mögliche Mißverstehen und Mißdeuten jener Beziehungen. Sie schlägt sich teils in besonderen Theorien, teils in handelspolitischen Erörterungen nieder und ist so alt wie ihr Gegenstand selber. Ihre Schilderung würde sehr viel umfangreicher werden als auf den analogen Gebieten des Auslandkapitals; daher beschränke ich mich darauf, die merkwürdigsten Beispiele aus unserer Zeit anzuführen.

Ich wies bereits darauf hin, daß es unzulässig sei, die deutsch-britische Handelskonkurrenz zur Hauptursache des deutsch-britischen Konflikts zu machen. Seit meiner obengenannten Kriegsbroschüre ist eine Reihe von Schriften den „ökonomischen Grundlagen des deutsch-britischen Konflikts" gewidmet worden [2]. Die Zwangsläufigkeit, mit welcher der staatliche Konflikt aus der Handelskonkurrenz hervorgegangen sein soll, ist nirgends erwiesen worden, und wird durch eine amtliche englische Untersuchung des Gegenstandes überdies widerlegt. Es erscheint mir wünschenswert, diesen Schulfall für die Irrtümer einer einseitig „ökonomischen" Auffassung bei Gelegenheit einmal in seine Elemente zu zerlegen.

Die ebenerwähnte Tendenz der sogenannten Kontinentalpolitiker, aus handelspolitischen Gemeinsamkeiten eine außenpolitische Interessengemeinschaft Europas abzuleiten, führt in entgegen-

---

[1] Vgl. meine „Wandlungen der internationalen Wirtschaftspolitik" (im Oktoberheft 1920 des „Weltwirtschaftlichen Archivs") sowie die Paragraphen 5 und 13 in meinem „Auslandskapital". — Für die Handelspolitik vgl. namentlich Schmollers „Grundriß".

[2] Von selbständigen Veröffentlichungen nenne ich: Epstein, Unser industrieller Zweikampf mit England (1915). — Kiliani, Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz (1915). — Frz. Schulze, Deutschlands Weltmachtstellung. Der wirtschaftliche Kampf als Kriegsursache (1915). — Jöhlinger, Weltwirtschaftliche Ursachen des Krieges (1916). — O. Harms, Hat Deutschlands Handel und Schiffahrt sich auf Kosten Englands ausgedehnt? (1916). — Galli, Die deutsch-englische Auseinandersetzung als Kernpunkt des Weltkriegs (1916). — Mataré, Die wirtschaftlichen Kriegsmotive der Mächte des Dreiverbandes. — (Admiralität) Zum deutsch-englischen Gegensatz (1917). — A. Hofrichter, Krieg und Handelsrivalität (1917).

gesetzter Richtung irre. So wenig auseinandergehende Wirtschaftslinien notwendig einen außenpolitischen Konflikt bedeuten, ebensowenig bedingen etwa parallel laufende Wirtschaftsinteressen ein Zusammengehen in der Außenpolitik. Derart legt man nur zeitpolitische Zielsetzungen den Tatsachen unter und verfälscht, je nach Wunsch, die objektive Anschauung. Glaubte man doch, um ein weiteres Beispiel zu bringen, vor dem Weltkrieg, in der internationalen Handels- und Kapitalgemeinschaft eine allgemeine Friedensgarantie zu besitzen. Während also die deutsch-britische Handelsrivalität unweigerlich zum Kriege führen sollte, sollte die internationale Handelsgemeinschaft zum mindesten einen längeren Krieg verhüten können. Als aber der Weltkrieg dennoch vier Jahre lang brannte, da erklärte man, eben die internationale Verflechtung sei an dieser Ausdehnung des Weltkriegs schuld. Aus der deutsch-englischen „Handelseifersucht" ließ sich eine Verständigung so gut wie ein gewaltsamer Austrag als „notwendig" erweisen; aus der kontinentalen Notlage beim Kriegsschluß eine friedliche Kontinentalpolitik ebensogut wie eine blutige Weltrevolution. Der Wunsch leitet die Argumentation.

Wir werden uns vor solchen tendenziösen Verfälschungen unseres Problems „Macht und ökonomisches Gesetz" in acht zu nehmen wissen und ein für allemal davon absehen, bestimmte Verbindungslinien zwischen Macht und Wirtschaft als „notwendig" zu erweisen. Das Problem der internationalen Kapitalübertragungen glaube ich von solchen falschen Schematisierungen endgültig gereinigt zu haben. Dort stand dem optimistischen Glauben an die „völkerversöhnende" Kraft ausländischer Kapitalanlagen eine pessimistische Auffassung entgegen, welche in der Ausfuhr akkumulierten Kapitals die Ursache von Kriegen und imperialistischer Vergewaltigung sah. Beides ist, wie ich bereits oben bemerkte, in dieser absoluten Formulierung falsch. Ebenso irreführende Sätze prägte gelegentlich die Tagesmeinung. Ich denke an den Vorschlag, Deutschland mit England derart zu „versöhnen", daß die Kapitalisten beider Länder wechselseitig gleich große Anteile an den Unternehmungen des anderen Landes erwerben; das Willkürliche und Undurchdachte eines solchen Vorschlages liegt auf der Hand. Nicht besser begründet ist jene

kapitalpolitische Ansicht, daß ein Gläubigerland (Frankreich) notwendig wünschen müsse, sein Schuldnerland (Deutschland) wirtschaftlich blühend und leistungsfähig zu sehen; denn sie verkennt vollkommen, daß neben diesem, mehr privatwirtschaftlich gedachten Motiv vielfache, auch nichtwirtschaftliche Beweggründe das Verhalten eines Staates zum andern bestimmen.

Unser Problem verlockt ja mehr als andere zu einer derart voreingenommenen und unzulänglichen Betrachtungsweise. Ein merkwürdiges Beispiel für den häufigsten Rückgang wissenschaftlicher Erkenntnis bietet die kleine Schrift von Moritz Bonn, „Herrschaftspolitik und Handelspolitik". Bonn unterscheidet eine „Herrschaftspolitik", welche die Grenzen ihres Landes extensiv erweitere, und eine „Handelspolitik", welche durch Wachstum der Volkszahl und Mehrung des Nationalreichtums wirke. England sei „durch eine Mischung beider politischer Systeme groß geworden"; Völker wie das deutsche verdankten ihren Wohlstand dagegen im wesentlichen der Handelspolitik. „Je mehr die Zeit fortschreitet, desto mehr wird naturgemäß — das System der Handelspolitik in den Vordergrund treten." Dies Postulat sei im Sinne Präsident Wilsons, da es künftige Kriege zu vermeiden helfe. „An die Stelle der Herrschaftspolitik muß die Handelspolitik treten." Wir haben es sonach mit einem außergewöhnlich rohen Versuch zu tun, unserem Problem begrifflich beizukommen. Da Bonn mit seiner Antithese zugleich eine Geschichtsbetrachtung zu geben meint, darf ich ein etwaiges weiteres Eingehen auf die von ihm definierte „Herrschaftspolitik" beziehungsweise „Handelspolitik" zunächst den Historikern überlassen. Das Diktat, welches Bonn über den künftigen Verlauf fällt, dürfte den Schlüssel — zwar nicht zur Zukunft unserer Gesellschaftsordnung, wohl aber für die Entstehung solcher Schriften geben. Deutschlands Abkehr von der „Herrschaftspolitik" zur „Handelspolitik" gegenüber England mag das Postulat gewesen sein, das Bonn mit derart unmöglichen Antithesen zu begründen unternahm.

Auch v. Tyszkas Arbeit über „den Geist der Wirtschaftspolitik" hält sich nicht frei von subjektiven Annahmen und Folgerungen. Zugrunde gelegt wird folgende Antithese: Mangelnde Einsicht und Interessenpolitik einzelner bevorrech-

teter Kreise führen zum Schutzzoll, während der Freihandel die Völker vom „Geist der Beutegier und Ränkesucht" zur wahren Interessengemeinschaft hinleitet. Man sieht, daß das Machtprinzip hier fast noch stärker entstellt wird; im übrigen begründet Tyszka so wenig wie Bonn seine Antithese. Er folgert vielmehr aus ihr: „Eine auf gesunder Basis aufgebaute hemmungslose Weltwirtschaft wäre die beste Friedensvermittlerin gewesen, die leicht Differenzen politischer Natur hätte mit überwinden helfen können." Tyszka unterläßt es, sein Diktum etwa an der Staatengeschichte in der europäischen Freihandelsära zwischen 1859 und 1878 zu erweisen; statt dessen behauptet er: Deutschland müsse den Freihandel einführen und England die Freiheit der Meere auch im Kriege gewähren. Der Rat Cobdens, die englischen Kolonien abzustoßen, liege noch heute im wahren Interesse Großbritanniens und habe nur „dem Rentabilitätsinteresse Einzelner" widersprochen. Das Unvermögen, gesellschaftliche Zusammenhänge objektiv anzuschauen, dürfte auch bei v. Tyszka daraus zu erklären sein, daß er, einem Postulat der praktischen Politik zuliebe, unser Problem einem dafür zurechtgeschnittenen Schema unterwirft.

Unter den neueren Schriften Adolf Günthers ist eine der „Rückkehr zur Weltwirtschaft" gewidmet; sie ist als Antwort auf ein Preisausschreiben des Berliner „Handelsvertragsvereins" entstanden und entwirft den Plan einer „Organisation der Weltwirtschaft auf sozialer und kontinentaler Grundlage".

Das Preisausschreiben frug: wie „die weltwirtschaftliche Entwicklung und dadurch ein Zustand friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern" zu fördern sei? Günther nimmt diesen vorausgesetzten Zusammenhang an (Seite 23, 146), ohne ihn auf seine Zuverlässigkeit hin zu bezweifeln, und postuliert dadurch einen wissenschaftlich beweislosen Ansatzpunkt seiner Untersuchung. Die „nationalen Kräfte" fügt er dem nur als „kontinentalpolitische" Bindemittel hinzu; sie sollen in ein deutsch-französisches Zusammenarbeiten einmünden. Als verdienter Sozialpolitiker wünscht er ferner einen sozialen — nicht sozialistischen — Ausbau der neuen Friedensweltwirtschaft. So gibt er seinen „Beitrag zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft und des Völkerverständnisses" auf „sozialer und kontinentaler

Grundlage", ohne die drei Voraussetzungen seines Beitrags auf ihre wissenschaftliche Tragfähigkeit und ihre Verträglichkeit miteinander untersucht zu haben. Damit beraubt er seine Folgerungen sämtlich des notwendigen Haltes. Gilt dies schon für solche, denen ich zustimmen möchte, so noch mehr für jene weiteren Folgerungen, zu denen Günther die mangelnde Tragkraft seiner Voraussetzungen verleitet. Sein „europäischer Zusammenschluß rein wirtschaftlichen Gepräges" im Sinne einer weltwirtschaftlich orientierten „Kontinentalpolitik" führt, wie er selbst sagt, auf „das geschichtliche Problem Deutschland-Frankreich" zurück. Ein solches Problem aber läßt sich mit dem geistigen Rüstzeug seiner Kontinentalpolitik vielleicht politisch, keineswegs aber wissenschaftlich bewältigen. Hier zeigt sich sogleich das Unzureichende jener grundsätzlichen Einstellung. Daher wäre es nutzlos, die Einzelheiten der vorgeschlagenen Rückkehr zur Weltwirtschaft auf Richtiges und Falsches durchzugehen, bevor nicht jene Grundfragen geklärt sind.

Wir werden nach alledem uns daran genügen lassen, die Beziehungen, welche Macht und Wirtschaft, Staat und Außenhandel verknüpfen, möglichst unbefangen und rein abzuschildern. Wie sie sich in Zukunft gestalten mögen, ob eine bestimmte Wirtschaftsordnung oder eine bestimmte Außenkonstellation vorwalten werde, darüber läßt sich inhaltlich nichts aussagen. Nur so viel dürfen wir feststellen: Jede kommende Wirtschaftsordnung oder Außenkonstellation wird sich an ihre Vorgängerin anschließen und aus ihr erwachsen: die Kontinuität alles Geschehens muß gewahrt bleiben. Die unter der Konstellation von 1918 vorwaltenden Handelsmächte können über kurz oder lang von zersetzenden Kräften ergriffen werden und Neubildungen Platz machen; selbst dann werden ganze Kontinente Zeugen ihrer Größe bleiben. Und niemals wird ein Wandel der Außenlage das schmerzlose Ergebnis verbesserter Einsichten sein. Im Widerstreit der Kräfte, aus denen es geboren, eilt jedes Zeitalter seinem Ende zu. Jede Wirtschaftsordnung und jede Außenkonstellation trägt die Keime neuer Bildungen in sich. Dies ist keiner Nation geläufiger als jener, deren staatliche und ökonomische Traditionen von Versailles

über Trafalgar bis zur spanischen Armada in ungebrochener Folge zurückreichen. Weltmächte, die keinen geschichtlichen Vergleich zu scheuen brauchen, lassen sich den Vorrang niemals kampflos nehmen; die Kraft und der Stolz von Jahrhunderten werben für ihre Herrschaft.

9

Werbemittel weltwirtschaftlicher Überlegenheit ist in unserem erwerbswirtschaftlichen Zeitalter nicht zuletzt ein ausfuhrbereiter Geld- und Kapitalmarkt. Die Bande zwischen den einzelnen Volkswirtschaften können zu goldenen Ketten werden, welche die Ausfuhrgebiete an die Einfuhrländer, aber auch die Gläubiger an ihre Schuldner fesseln. Die Versachlichung der Gütererzeugung und der Sieg des Effektenkapitalismus im Sinne Sombarts und Liefmanns haben den Märkten für kurz- und langfristiges Leihkapital eine wachsende Bedeutung verschafft; neben den Staatsanleihen und Eisenbahneffekten haben die Aktien und Obligationen gewerblicher oder kaufmännischer Unternehmungen sich ihren Platz auf dem Kurszettel erobert. Indem die Leihbereitschaft der nationalen Kapitalmärkte auch dem Auslande zugute kam, wurde die Kapitalausfuhr der Aufschließung überseeischen Neulands dienstbar; mit dieser Durchdringung kapitalistisch zurückgebliebener oder vorkapitalistischer Gebiete erfüllte die Kapitalausfuhr ihre weltwirtschaftliche Funktion. Staubecken der befruchtenden Kapitalströme waren vor dem Weltkrieg ausschließlich die führenden Volkswirtschaften West- und Mitteleuropas: England, Frankreich und Deutschland, sowie von den kleineren vornehmlich die Schweiz, Holland und Belgien. Osteuropa sowie alle übrigen Kontinente waren Kapitalempfänger und Schuldner jener Überschußgebiete. England mit etwa 80, Frankreich mit rund 50 und Deutschland mit rund 36 Milliarden Goldmark hatten in der Ausfuhr akkumulierter Kapitalien die Führerschaft. Wir sehen, daß Frankreich hier an Stelle der Union trat, die in ihrer Kapitalausfuhr gleichwie in ihrer Handelsschiffahrt noch von Europa abhängig geblieben war. Der Weltkrieg hat auch darin das wirtschaftliche Weltbild umgestaltet. Deutschland

schied aus der Reihe der Gläubigervölker aus, und anstatt des Pariser Marktes übernahm New York zeitweise die Rolle des „Weltbankiers". Ein letztes Mal bemerken wir somit, wie der europäische Kontinent schwerste Einbußen erleidet und eine neue weltwirtschaftliche Trias sich bildet, deren stärkste Teilhaber die beiden englisch sprechenden Nationen sind. Von jenen 800 Milliarden Mark Schulden, die der Weltkrieg aufgehäuft hat, entfällt, laut einer Denkschrift des „Obersten Rates" der Alliierten vom 8. März 1920, eine Last von über 560 Milliarden auf das verarmte und nach neuen Krediten hungernde europäische Festland.

Wenn wir dies Bild im einzelnen betrachten, finden wir die Schwächung der kontinentalen Kapitalkräfte bestätigt. Deutschland hat mehr als 30 Milliarden Goldmark oder über fünf Sechstel seines Auslandskapitals durch den Wirtschaftskrieg eingebüßt und soll, unter der Konstellation von 1918, für mindestens 100 Milliarden Goldmark Tribute an die Sieger leisten. Seiner Kolonien, Handelsflotte und wichtigster Provinzen beraubt, kann es einzig durch den Verkauf der letzten Auslandswerte, die Verpfändung seiner Arbeitskraft und einen weitgehenden „Ausverkauf" ihm verbliebener Inlandswerte versuchen, den Ansprüchen der Westmächte gerecht zu werden. Das Werk eines Jahrhunderts ist vernichtet worden, und zum zweitenmal in seiner wechselvollen Geschichte sinkt Deutschland von einem Gläubiger zum Schuldner des Auslandes herab[1]).

Frankreich scheint als Sieger unvergleichlich viel besser dazustehen. Mit rund 60 Milliarden Goldmark Auslandsforderungen ging es aus dem Krieg hervor, denen nur für gut 25 Milliarden Schuldverpflichtungen an England und die Union entgegenstanden. Freilich war über ein Drittel jener Ansprüche in Rußland investiert, dessen Zahlungswille und Zahlungsfähigkeit seit Kerenskis Sturze einen mehr als fragwürdigen Aktivposten abgaben. Schon Clemenceau sprach aus, daß

[1]) Für das rasche Eindringen ausländischen Unternehmungskapitals in das deutsche Wirtschaftsleben vgl. die Übersichten von E. Haase im Februarheft 1920 der „Bank" und in den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk" vom 5. Juli 1920.

Frankreich mindestens ein Drittel seiner Auslandsforderungen werde abschreiben müssen. Da es nun aus mehrerwähnten Ursachen einen dauernden Kapitalbedarf hat und ferner auf den Eingang der mitteleuropäischen Tribute keineswegs mit Sicherheit rechnen darf, so erscheint seine Auslandsgläubigerschaft zum mindesten stark gefährdet. Jegliche Abwandlung der Konstellation von 1918 erschüttert darum die mühsam gesicherten Grundfesten der französischen Weltstellung.

Auch Großbritannien hat seine Auslandsguthaben durch Vorschüsse an die Verbündeten während des Krieges stark vermehrt; ihrem Betrage von rund 35 Milliarden Goldmark traten weitere Vorschüsse an die Kolonien sowie zu Wiederaufbauzwecken an den Kontinent hinzu, so daß Großbritanniens Auslandskapital im ganzen beim Kriegsschluß auf weit über 100 Milliarden Goldmark angewachsen war. Dem standen annähernd 30 Milliarden gegenüber, die es den Vereinigten Staaten seit 1914 schuldig geworden war. Großbritanniens Kapitalbilanz wies demnach nach Kriegsende einen Aktivsaldo in etwa doppelter Höhe des französischen auf. Während aber Frankreichs Kapitalbilanz, nach Abzug sämtlicher Außenstände in Rußland und bei den sonstigen Verbündeten, keinen Überschuß mehr erbracht hätte, bliebe für England auch nach Abzug seiner entsprechenden kontinentalen Außenposten ein sicheres Guthaben übrig, das seine Verpflichtungen gegen die Union weit überdecken würde. Mit anderen Worten: ein finanzieller Zusammenbruch des Kontinents müßte Frankreichs Kapitalkraft unter seinen Trümmern mitbegraben, wogegen Großbritanniens Auslandskapital — das zu 95 v. H. vor dem Weltkrieg außerhalb Europas sicher angelegt war — auch einen Fortfall der sämtlichen festländischen Schuldner überdauern würde. Sollten also, nach dem Vorschlage des Engländers Keynes, alle zwischenstaatlichen Kriegsvorschüsse einmal kurzerhand abgeschrieben werden, dann könnte Großbritannien zwar eine solche finanzielle Gewaltkur ebensogut überstehen wie irgend einen Wandel in der politischen Lage des Kontinents, Frankreichs Kräfte hingegen wären weder dem einen noch dem anderen gewachsen.

Damit übertrifft England auch bei weitem die Kapitalkraft

der Vereinigten Staaten, soweit sie sich in Auslandsanlagen äußert. Vor dem Weltkrieg war die Union an Europa für mindestens 20 Milliarden Goldmark verschuldet und hatte ihrerseits in Latein-Amerika sowie Ostasien für höchstens 10 Millarden ausstehen. Infolge der Kriegsverhältnisse, die ich skizziert habe, konnte sie ihre in Europa untergebrachten Wertpapiere zu angeblich drei Vierteln zurückkaufen und sammelte überdies in den alliierten Ländern ein Guthaben von annähernd 40 Milliarden Goldmark an. Ihre aktive Handelsbilanz und ihre Frachtgewinne verstärkten zunächst noch die Guthabenseite ihrer Forderungsbilanz. Hauptschuldner der Union ward England, nächst ihm Frankreich.

Weltwirtschaftlich gesehen, ist der Schwerpunkt damit abermals aus dem europäischen Kontinent fortverlegt worden. Während vor 1914 die beiden nächst England größten Gläubigernationen und sämtliche kleinere Gläubiger dem Kontinent angehörten, ist seither an Stelle Deutschlands die Union getreten. Alle ost- und mitteleuropäischen Großmächte stehen nunmehr auf der Schuldnerseite. Die kleineren Länder haben zwar, abgesehen von Belgien, einen Zuwachs zu verzeichnen, und neben Spanien erscheint auch Japan auf ihrer Seite neu. Jedoch verschwinden die relativ sehr bescheidenen Ziffern ihrer Auslandsguthaben neben den Kapitalexporten Frankreichs und der beiden englisch sprechenden Mächte. Das Auslandskapital der kleineren Gläubigerländer überstieg vor dem Weltkrieg in keinem Falle zwei bis vier Milliarden Goldmark. Nach Neymarck kontrollierten die drei Großen zwischen 1907 und 1914 schon sieben Zehntel aller jemals ausgegebenen Wertpapiere. Nun, da Deutschland ausgeschieden und das Effektenportefeuille der Vereinigten Staaten derart gewachsen ist, werden wahrscheinlich über vier Fünftel des Weltbestandes an Effekten ihrer Kontrolle unterstehen. Vom „Effektenkapitalismus" des 19. Jahrhunderts führen sonach deutlich erkennbare Verbindungslinien zu den staatlichen Machtträgern; jene Zeiten, da das holländische Rentnertum oder die Frankfurter Rothschilds die internationale Kapitalleihe beherrschten, liegen weit zurück.

Wenn wir der Maßnahmen gedenken, durch welche die Kabinette von Paris, London und Washington sich einen wirk-

samen kapitalpolitischen Einfluß auf ihre Wertpapiermärkte sichern, werden wir die außenpolitische Tragweite solcher Wandlungen nicht verkennen. Eine gestraffte staatliche Leitung und Beeinflussung aller weltwirtschaftlich bedeutsamen Vorgänge ist ja das unterscheidende Merkmal staatlicher Krisenzeiten; was der „Neumerkantilismus“ aufgenommen, bringt die weltpolitische Unrast des 20. Jahrhunderts rasch zur Reife. So hat auch der gewaltige Kreditbedarf des Festlandes für Lebensmittel, Rohstoffe und Wiederaufbau eine mehr als rein wirtschaftliche Bedeutung. Derjenige, der den Wiederaufbau und die Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft finanziert, erfüllt damit zugleich eine staatliche Aufgabe. Denn verschieden verhalten sich, ihren außenpolitischen Grundlinien gemäß, als Kapitalgeber England, die Union und die Neutralen, verschieden auch die kontinentalen Schuldnerländer. Nordfrankreichs und Belgiens Wiederaufbaubedarf ist anders gelagert als derjenige Deutschlands oder Rußlands. Gemeinsam ist allem nur die außenpolitische Wirkung; die ökonomische Funktion der Kapitalausfuhr ist hiervon nirgends mehr zu scheiden. Die finanzielle Zerrüttung der ehemals habsburgischen Länder und die verwirrte Marktlage in den „siegreichen“ Balkanstaaten lassen sich nur unter einer bestimmten Außenkonstellation auflösen; desgleichen jene für Frankreich entscheidende Frage, ob Sowjetrußland die überkommenen Zarenanleihen jemals verzinsen oder gar tilgen werde. Die Schulden, welche die Kriegführenden und Neutralen innerhalb von 4½ Jahren aufgenommen haben, übertrafen bei weitem den Gesamtbetrag aller vor 1914 jemals emittierten langfristigen Wertpapiere. Die inneren und äußeren Kriegsschulden der beiden gegnerischen Parteien allein erreichten das Achtfache des gesamten internationalen Staatsschuldenstandes von 1870/71 und fast das Sechzigfache des Standes vom Jahre 1815. Entscheidungen von solcher Schwere, wie sie hier bevorstehen, lösen notwendig noch weitere als eine rein marktmäßige Wirkung aus. Sie losen über das Schicksal der in sie verstrickten Volksgemeinschaften: Selbständigkeit oder staatlicher Zerfall oder Versklavung an das Ausland, Genesung oder Tod oder dauerndes Siechtum sind der Einsatz.

Als Nutznießer der Kapitalnachfrage, freilich auch als

Gläubiger derart zweifelhafter Schuldnerländer, lernten wir jene „wirtschaftliche Trias“ Frankreich—England—Vereinigte Staaten kennen. Der Volksreichtum und die Ausfuhrkraft der kleineren Kapitalgeber genügen für sich allein den festländischen Ansprüchen nicht. Am hilfsbereitesten sind noch jene Länder, welche — gleich der Schweiz oder Holland — außenpolitisch sich neutral verhalten und denen vor allem erwerbswirtschaftlich an einer Wiederaufnahme des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs gelegen sein muß. Aber schon Belgien oder Japan können daneben ihre besondere staatliche Interessenlage nicht außer Ansatz lassen. Entscheidendes ist nur durch die Mitarbeit jener drei Großen zu erreichen. Auch eine etwaige „internationale Anleihe“ ist auf die Erwägungen jener drei Mächte für ihr Gelingen angewiesen. Im übrigen sprechen alle Gründe, welche schon gegen ein „internationales Clearing“ und eine „internationale Währung“ galten, wider ein solches Unterfangen. Jener Londoner Rothschild, der einst das revolutionäre Königreich Belgien aus der Taufe hob, hätte es mit Recht allzu gewagt befunden, eine langfristige Anleihe der „Heiligen Allianz“ — des damaligen kurzlebigen Völkerbundes — zu finanzieren. Volle Freiheit, zu geben oder zu versagen, besitzen nurmehr England und die Vereinigten Staaten. Sie sind seit 1914 auf dem Wege, die Weltgläubiger schlechthin zu werden. Ihre Auslandsforderungen betrugen Ende 1919 bereits 150 bis 160 Milliarden Goldmark, wovon nach Keynes 73 Milliarden Kriegsvorschüsse waren. Weitere Milliardenansprüche erwarben sie durch die Tributpflichten und den „Ausverkauf“ des unterworfenen Mitteleuropas, und ganz gering waren dem gegenüber die Summen, die sie dem nicht englisch sprechenden Ausland schuldeten. Zusammen mit Frankreich beherrschten diese drei den sogenannten Weltkapitalmarkt restlos. Der „Welttrust für Auslandsunternehmen und Auslandskredite“ war kein Traumgebilde mehr. Konnten sie sich eine Fortdauer der Außenlage von 1918 und einen dreißigjährigen Tribut Mitteleuropas sichern, gelang es ihnen gar, ihre vor der bolschewistischen Revolution in Rußland erworbenen Ausbeuterechte wieder zu erlangen, dann überspannte ihr Netz die gesamte Erde, dann war hier im Herzstück der

erwerbswirtschaftlichen Ordnung — in der Kapitalakkumulation und Kapitalausfuhr — die Herrschaft zwei oder drei Mächtiger über den Rest der Welt errichtet. Die „Internationale des Kapitals" hatte dann einen außenpolitisch letzten Ausdruck gefunden. Demokratie und Parlamentarismus dienen ihr in der modernen bürgerlichen Gesellschaft zum Fußschemel.

Wie jede geschichtliche Konstellation enthält auch die des Weltkriegendes neue Elemente in sich. Ja, die Weltgesellschaft von 1918 zeigt, nach einem unerhörten Wandel aller ökonomischen Gegebenheiten, sich jeder Abwandlung stärker denn vormals ausgesetzt. So gewaltig freilich, wie die von uns bloßgelegten staatlichen Fundamente, müssen die sie erschütternden Tendenzen sein; die im Kampf befestigten staatlichen Grundlagen werden nur dem stärksten Ansturm weichen.

Welch „ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander"! Noch 1875 erklärte Marx die moderne Gesellschaft für den alleinigen Träger der kapitalistischen Epoche und ihrer internationalen Beziehungen; der moderne Staat dagegen „wechsele mit der Landesgrenze" und das Staatensystem verbinde ihn nur insofern, als „die Regierungsmaschinerie" überall vom kapitalistischen Motor angetrieben werde. Aber wie viel tiefer gefurcht erscheint uns nun die ökonomische Wirklichkeit — verglichen mit der „Weltverkehrsgesellschaft" des Wealth of Nations von 1776 und mit der „bürgerlichen Gesellschaft" des Kommunistischen Manifestes von 1848!

Weltgeschichtlich gesehen, hat der Weltkrieg die Vorherrschaft der westlichen Nationen über den byzantinischen und islamischen Kulturkreis entschieden und ihre Macht auch in den übrigen Erdgebieten verstärkt. Zugleich ist, als Träger dieser Vorherrschaft, der europäische Kontinent zurückgetreten hinter die beiden angelsächsischen Nationen.

Damit gelangen wir zu jenen Kräften, welche das Staatensystem und die bürgerliche Gesellschaft in dem soeben skizzierten Sinne verneinten. Ihnen gelten die beiden folgenden Kapitel meiner Arbeit.

Drittes Kapitel

Die marxistische Bewegung unter der Konstellation von 1918

„Hic Rhodus, hic saltus.
Hier ist die Rose, hier tanze."
(Hegel)

1

Das Verhängnis, welches aus dem Wandel der politischen Konstellationen seit Bismarcks Sturz sich löste, hat die Mächtegruppe der „Heiligen Allianz" zunächst einmal zermalmt. Nach einem vierjährigen Anspannen aller Energien ist ihre staatliche Macht und damit auch ihr ökonomisches Gedeihen zerschlagen worden. Noch einmal entband namentlich der bismarckische deutsche Staat alle in seine Form gegossenen nationalen Kräfte. Nicht vier Wochen hätte Frankreich, nicht vier Tage Italien einem derartigen Drucke widerstanden, wie ihn der deutsche Machtbereich über vier Jahre aushielt. Die Staatsform der besiegten Großmächte zerbrach schließlich und mußte wohl brechen. Denn eine Regierung, der die ihr anvertraute Wahrung des erwachten nationalen Lebenswillens mißlungen ist, erscheint in unseren Tagen als reif zum Untergange. Der siegreiche Stoß von außen setzte alle jene Kräfte frei, welche von den alten Staaten nur widerstrebend in ihre Bahn sich hatten zwingen lassen; indem die schützende staatliche Hülle zerbrach, brach auch das sie steifende Gefüge der inneren Verfassung. So schlugen die befreiten Nationalitäten vollends in Trümmer, was der äußere Anprall unverletzt gelassen hatte. Auf diesem trümmerbedeckten Boden versuchten jene Machtträger, welche die Staatsmacht in den drei ehemaligen Kaiserreichen übernahmen, den neuen Bau für die nun ihnen anvertrauten verkleinerten Gebilde aufzuführen. Daß sie in dieser ihrer Auf-

gabe nicht frei, sondern fortdauernd dem stärksten außenpolitischen Drucke ausgesetzt seien, empfanden und sprachen sämtliche in den revolutionierten Ländern herrschenden Parteien aufs deutlichste aus. Denn analog dem deutschen vollzog sich der Zusammenbruch des Zartums und der Habsburgmonarchie unter äußerem Druck: Die dem alten Reich feindlichen Parteien — Bürgerliche wie Sozialisten — übernahmen überall das außenpolitische Erbe ihres Staates. Wie die neuen Staatsherrscher in Rußland, Österreich und Deutschland sich mit der außenpolitischen Konstellation des Weltkrieges abfinden und ob sie es vermögen, sich auf die Stunde einzustellen, die sie ans Werk gerufen hat, davon hängt das Schicksal ihrer Parteien und ihrer Theorien ab.

Die Konstellation von 1918 ward somit zur Schicksalsstunde auch für die marxistische Bewegung. Unter dem Wandel der Außenlage von 1914 ab — so wenig dieser allen Bedingungen ihrer Gesellschaftslehre entsprechen mag — entscheidet sich, ob die Marxisten ihren Anspruch auf die gesellschaftliche Führerschaft zu Recht erhoben haben oder nicht. Stärker als den Staatsgedanken seiner an Frankreich genährten Jugend und seiner britischen Adoptivheimat widerstrebte ja Marxens System den Machtgebilden des preußischen und des zaristischen Staats. Der Niederbruch beider schuf jene Konstellation, unter der Marxens Theorie ihre lebensformende Kraft zu bewähren hat.

Denn ähnlich, wie das Erdbeben der französischen Revolution die Reste des feudalen Gesellschaftsbaus zertrümmerte und je nach seiner Reichweite, neue soziale Energien zum Gegenstoß selbst in den feindlichen Ländern frei setzte, hat das Aufbersten des osteuropäischen Bodens jene gesellschaftlichen Kräfte der marxistischen Bewegung ans Licht treten lassen, welche seit zwei Generationen die Staatsgedanken der besiegten Länder untergruben. Verschiedenartig und den Besonderheiten der staatlichen Gebilde gemäß nur kann sich ein Wandel der Weltlage und der Wirtschaftsordnungen vollziehen; ebensowenig, wie seinerzeit der wirtschaftliche Liberalismus wird daher der Marxismus unter den neuen Konstellationen seine der Theorie zugewandte Einheitlichkeit bewahren können. Alle wirtschaftlichen Lebensformen bleiben zerbrechlich, und die umformenden Kräfte im Staatensystem gelangen niemals zur Ruhe. Die

liberale Wirtschaftstheorie hat dieses sprengende Schicksal reichlich an sich erfahren, und auch die marxistische Wirtschaftslehre kann sich ihm nicht entziehen. Sind beide doch letzten Endes politisch gedachte, aufs Handeln gestellte Gedankensysteme, welche eine neue Lebensordnung heraufzuführen sich vermaßen. So ist auch für den Marxismus nun die Zeit gekommen, seine naturgesetzlich geformte Allgemeingültigkeit in die geschichtlichen Besonderheiten des Momentes und der Lokalität, gleichsam wie in einen Schmelztiegel hinein zu gießen.

Wie dies geschehen sei, mit wissenschaftlicher Eindringlichkeit zu untersuchen, ist einem Mitlebenden noch nicht möglich. Ich habe zu Beginn meiner Arbeit ausgesprochen, aus welchen grundsätzlichen Erwägungen heraus ich meine Aufgabe formuliert habe. Wollen wir das Problem „Staat und Marxismus" lösen, so können wir bei der gesellschaftlichen Wirklichkeit und bei der Theorie des Marxismus es nicht bewenden lassen; wir müssen versuchen, beide miteinander in Beziehung zu setzen. Diese Verbindung miteinander sind beide nun in den besiegten Staaten eingegangen, in denen die marxistischen Parteien als Staatslenker das außenpolitische Erbe ihrer Staaten übernommen haben. Wollen wir erkennen, wie der Wandel der Außenlage den theoretischen Gehalt des Marxismus beeinflußt und wie die Staatsauffassung des Marxismus sich bewährt, so können wir nicht umhin, das Schicksal der marxistischen Bewegung in jenen Ländern zu betrachten. Es bleibt ein Übelstand, daß wir dies nicht aus den Quellen heraus, sondern nur als Mitlebende zu tun vermögen. Darum beschränke ich mich in diesem Kapitel darauf, nur die notwendigsten Verbindungslinien zwischen der Gesellschaftslage (II. Kapitel) und der Gesellschaftslehre (IV. Kapitel) nachzuziehen. In dieser Beschränkung können wir bereits eine ausreichende Grundlage gewinnen, auf der sich der soziologische Gehalt des Marxismus untersuchen läßt. Wir finden nämlich, daß die staatliche Außenlage sich als ausschlaggebend für die marxistische Bewegung erweist, und können nun erst, im Schlußkapitel meiner Arbeit, die grundlegende Bedeutung der Staatsauffassung für die marxistische Theorie ermessen. Für das grundsätzliche Ergebnis reicht es aus, wenn ich im folgenden das Schicksal der

marxistischen Bewegung in Deutschland und in Rußland behandle, ohne auf die österreichische Spielart des Marxismus einzugehen.

Die geschichtliche Aufgabe des Marxismus lautete demnach: seine Gedanken unter der Außenkonstellation des Weltkriegsendes zu verwirklichen. Hiervon soll das vorliegende Kapitel meiner Arbeit handeln. Wie wandelte sich die marxistische Bewegung, diese stolze Trägerin ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, unter dem außenpolitischen Gesetz der Stunde, in der sie ihren Sieg erfochten hatte? Wir kennen bereits die weltwirtschaftliche und staatliche Wirklichkeit von 1918; sehen wir zu, welch eine Lösung der Frage „Macht und ökonomisches Gesetz" sie hier erlaubt.

2

Wie liegt das Problem „Macht und ökonomisches Gesetz" zunächst in Deutschland, wie hat der Marxismus es hier zu lösen unternommen?

Hätte er seine innerstaatliche Herrschaft angetreten, unbeschwert von den Überlieferungen seines Staates und frei von dem Druck einer vorgefundenen Außenkonstellation, kein Zweifel, welche Richtung er eingeschlagen hätte: Einer doktrinären inneren Staatskunst hätte eine sozialistische Außenpolitik entsprochen. Daß der deutsche Marxismus nicht derart unbelastet bleiben konnte, daß vielmehr im Augenblick, da er das Staatssteuer ergriff, die vorgefundene Außenlage ihn zu einer Wahl zwang und daß er, indem er sich entschied, nun nur um so stärker diesem Zwange sich verstrickte, bestimmt sein Schicksal. Jedermann kennt die Entscheidung, die er traf; sie hat ihn innerlich bezwungen.

Der kritische Zeitpunkt war nach dem Gesagten im Augenblick des staatlichen Zusammenbruchs erreicht. Als eine rein gesellschaftliche Umwälzung erschien den Beteiligten im ersten Augenblick der Umsturz; sie glaubten auf eine „sozialistische Republik" im Sinne ihrer Doktrinen hinzusteuern und die Außenlage Deutschlands dem angleichen zu können. Wenn die Revolution sich dann nach dem erwerbswirtschaftlichen Bürgertum hin wandelte, wenn sie alle zur „Vollsozialisierung" und zur

„Weltrevolution" strebenden Kräfte ausstieß, so verdankte sie diesen Wandel eben jenem außenpolitischen Druck, unter dem sie ans Licht getreten ist: Die nun verdoppelte Macht des äußeren Feindes zwang nur allzubald das ganze innere Gefüge des revolutionierten deutschen Staates unter ihr Gebot. Der Verzicht der novemberlichen „Arbeiter- und Soldatenräte" auf ihre Mitherrschaft, die Annahme des Friedensdiktates durch die „Nationalversammlung" waren in dieser Hinsicht die Wendepunkte der deutschen Revolution.

Der deutsche Marxismus hatte also, gleich dem russischen, in einem entscheidenden Augenblick die Wahl, ob er den vorwaltenden Mächten, die wir kennen, sich angleichen oder widersetzen wollte. Was folgte für ihn aus seiner Entscheidung?

Wenn er, unter dem Druck einer überaus ungünstigen Außenkonstellation, sich den vorwaltenden Mächten des Westens unterwarf, dann sprach alles dafür, daß der deutsche Marxismus in diesem leoninischen Bunde der schwächere Teil wurde. Gewiß können die kapitalistischen Gewalten des siegreichen Westens einmal ihre Macht verlieren; vorerst aber stützte ein ihnen außenpolitisch gehorsamer Marxismus eben sie, deren Ausbeutertum zu stürzen das vornehmste Willensziel eines marxistisch denkenden Proletariats sein sollte. Und während die radikalen „Kommunisten", welche mit den „sozialistischen" Parteien um die Herrschaft kämpften, die gemeinsamen Klasseninteressen des deutschen mit dem internationalen Proletariat zur kommunistischen „Weltrevolution" erweitern wollten, mußten die „Sozialisten" unter dem Druck der siegreichen Mächtegruppe auf jede aktive Umformung der gegebenen Außenkonstellation verzichten und ihrer Unterwerfung unter den kapitalistischen Westen die einigende Formel der „Demokratie" voranstellen.

Damit folgten breite Teile der seit dem Januar 1919 herrschenden Parteien allerdings nur jener Fahne, als deren Träger ihnen von 1830 bis 1914 der demokratische Staat des Westens galt; für sie, deren Ideale zuletzt Wilson in Worte gekleidet hatte, bedeutete somit eine Orientierung nach Westen keinen Bruch mit einer geistigen Vergangenheit. Auch im deutschen Marxismus kann der demokratische Gedanke ja auf eine alte Überlieferung sich berufen; jene Demokratie, welche schon in

den 1840er Jahren Preußen nach der belgischen Verfassung modeln wollte, sahen wir sogleich im Beginn der marxistischen Bewegung Fuß fassen. Dennoch enthält eine derartige Verwirklichung marxistischer Gedanken einen ungelösten Widerspruch in sich.

Nicht, daß sie auf dem gebrechlichen Grund irgendeiner innerpolitischen Parteien- und Stimmenmehrheit ruht. Solange die deutschen Parteien sich außenpolitisch am Versailler Frieden orientieren, mögen die staatsrechtlichen Formen ihrer Herrschaft beliebig wechseln. Aber eben die außenpolitische Konstellation und ihr von keiner Theorie vorherbestimmbarer Druck zwingen ihre marxistischen Teilhaber in jenen Widerspruch hinein. Nur ein historisch geschultes Auge vermag in den Unterhändlern der deutschen „sozialen Demokratie" noch die unentwegten Fackelträger der „völkerbefreienden internationalen revolutionären Sozialdemokratie" vergangener Parteitage wiederzuerkennen. Während einstmals die Heere der französischen Sansculotten zu allen Völkern ihre Botschaft trugen und wirklich von Spanien bis Neapel und Polen hin dem Festland eine neue Ordnung brachten, gelten die Erlasse des revolutionären Deutschlands nur soweit, als die kapitalistischen Vormächte des Westens dies ausdrücklich gestatten. Wollte eine deutsche Parlamentsmehrheit auch nur den grundlegenden Forderungen der Klassenkampfdoktrin die langersehnte Wirksamkeit verschaffen, sie dürfte einfach ihr marxistisches Glaubensbekenntnis nicht verwirklichen. „An die Stelle des inländischen Kapitalismus, den die Sozialdemokratie zu überwinden hoffte, tritt der nicht so leicht zu bezwingende englische und amerikanische Kapitalismus." Wie will die deutsche Republik auch nur die Bergwerksunternehmen der Bourgeoisie entreißen, nachdem bereits die Kapitalisten der siegreichen Westmächte in diese Werke hineingelassen sind? Jeder Versuch, das Eindringen ausländischer Kapitalien abzuschütteln, brachte schon dem Mexiko der Diaz und Carranza schwerste staatliche Gefahren; der Besiegte eines Versailler Vertrages darf unmöglich derartige Konflikte heraufbeschwören. Von der Enteignung der Saarbergwerke, von der Bedrohung des Ruhrkohlenbergbaus und Oberschlesiens vermag eine nur innerstaatliche „Expropriation der Expropriateure" niemals zu befreien.

Der Einwand, daß alle „vergesellschafteten" Unternehmen als reichseigen dem Zugriff der „Wiedergutmachungskommission" unterlägen, ist von den Regierungssozialisten selbst erhoben worden. Würde mithin eine Enteignung der Produktionsmittel durchgeführt, so würden ihre Früchte unter der Außenlage von 1918 vornämlich den siegreichen Kapitalistenländern zugute kommen. Eine Sozialisierung aller dafür reifen Unternehmungen durch das Proletariat mag gut und schön als unvermeidbares Endglied in der Kette marxistischer Dialektik sein und ein jahrzehntelang gepredigter Hauptsatz gläubig vernommener Parteiprogramme; solange jedoch die so ganz theoriefremde Konstellation von 1918 nicht erlaubt, dergleichen zu verwirklichen, sind alle Theorien und Programme der deutschen Marxisten in einem unlöslichen Widerspruch zu ihrer staatlichen Umwelt befangen[1]).

Warum gehe ich derart auf das Schicksal des deutschen Marxismus seit dem Niederbruch des deutschen Staates ein? Wahrlich nicht aus Freude an „aktuellen" Erörterungen, nicht um den Chor der streitenden Stimmen um eine zu vermehren, und gar nicht in der Absicht, zu bessern oder nur zu überzeugen. Nichts scheint mir vergeblicher und niederziehender zu sein, als in die inneren Streitigkeiten eines Volkes einzugreifen, das mit dem Staatsgedanken auch seine Geschichte abgeschworen und

---

[1]) Für die „ententistische" Einstellung zur Außenlage von 1918 vgl. Kautskys bekannte Arbeiten. Zur Frage der Sozialisierung sagt er: „Nichts leichter, als einen Kapitalisten zu expropriieren. Das ist eine bloße Machtfrage und an keine sonstigen Voraussetzungen geknüpft." Vgl. hierzu aber Lederer, l. c.

Für die Verbreitung und Popularisierung der ententistischen Einstellung zur Außenpolitik wirkt seither im unterworfenen Deutschland eine Reihe von Schriften. Zur „Überfremdung" der sog. Schlüsselindustrien vgl. die Sozialisierungsliteratur.

E. Lederer, Deutschlands Wiederaufbau und weltwirtschaftliche Neueingliederung durch Sozialisierung, kommt zu dem Schluß: daß der Sozialisierungsgedanke „bei Entwicklung der sozialistischen Macht im Ausland an Realisierungsmöglichkeiten gewinnt, bei Festigung des Kapitalismus im Ausland allerdings an diese Schranken stoßen muß". Darin liegt in der Tat das Problem beschlossen, mehr freilich auch nicht. Hätte Lederer unser Problem in seiner polaren Spannweite erkannt, so wäre er kaum derart vor ihm stehen geblieben.

darüber seine nationale Einheit eingebüßt hat. Aber selbst wenn man dies Schicksal in irgendeiner beliebigen Parteischattierung zeichnete, würde das Ergebnis meiner einleitenden Sätze für unsere Fragestellung dennoch ganz das gleiche bleiben: Denn darin stimmen Anhänger wie Gegner, Handelnde und Betrachtende vollkommen überein, daß der deutsche Marxismus sich der im Augenblick seines innerstaatlichen Sieges überkommenen Außenkonstellation gefügt und unterworfen habe. Dies ist eine von keiner Seite bestrittene noch bestreitbare Feststellung, aus der nun alles weitere folgt.

3

Es kann nicht ausbleiben, daß die Außenkonstellation, durch das Medium der ihr unterworfenen Parteien, auf die Gedankenwelt dieser Parteien umformend einwirkt. Wie ich sagte, ist für jede Theorie der gesellschaftlichen Erscheinungen jener Augenblick, der sie zur Erprobung zuläßt, von entscheidendem Belang. Aus einem gleichsam luftleeren Raum in den gesellschaftlichen Wirkungsbereich versetzt, gewinnen die Doktrinen gleichfalls Körperlichkeit und unterliegen nun eben den Gesetzen dieser Körperlichkeit. Die Anziehungskraft und das bewegende Gesetz der großen Staatskörper zwingen alles, was sich ihnen naht, in ihre Kreise. Auf unseren Fall angewandt heißt dies: Sobald die marxistischen Parteien zu Trägern staatlichen Handelns geworden sind und sich den Bedingungen dieses Handelns eingefügt haben, beginnt die Konstellation die ihr neueingefügten Parteien und gesellschaftlichen Theoreme umzuformen. Hat somit der deutsche Marxismus sich der vorgefundenen Außenkonstellation von 1918 unterworfen, dann gestaltet eben diese Einstellung zu den vorwaltenden Mächten ihn auch geistig notwendig um. Wie dies im einzelnen geschehen mag, liegt bei der Zukunft. Daß es geschieht, falls keine Gegenkräfte auftreten, würde schon aus der marxistischen Gesellschaftslehre folgen, nach welcher die Produktionsverhältnisse einen entscheidenden Einfluß auf die Gedankenwelt der Gesellschaft haben. Auf unseren Fall angewandt, besagt dies beispielsweise: Die „hohen Ausschüsse" und Gesandtschaften der Westmächte sowie

die Finanzvertreter ausländischer Gläubiger und Aktionäre werden dafür sorgen, daß Deutschlands Wirtschafts- und Sozialverfassung der Außenkonstellation des Friedensdiktats angepaßt bleibe. Was ihr widerstrebt, wird allmählich ausgestoßen werden; vorerst in der Praxis, sodann aber in den „zeitgemäß" umgeschriebenen Theorien und Programmen. Je mehr derart die revolutionäre Gewalt des „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" und der „imperialistische" Gedanke eines internationalen Klassenkampfes verblassen, je mehr „realpolitische" Arbeiterführer das Entgegenkommen machtvoller Kapitalistenländer schätzen lernen, desto vollständiger wird der Sieg der Staatenlage über eine nur im Innern siegreiche Klasse sein und damit der Sieg des Staatenschicksals über die Parteien.

Die Gefahren eines solchen möglichen Verlaufs sind für den deutschen Marxismus als gestaltende Kraft und sittliche Gesinnung in der Tat schwer zu unterschätzen. Denn die westlichen Vertragspartner, denen er sich unterwirft, beherrschen im Gegensatz zu ihm geschlossene Nationen. Ihre erwerbswirtschaftliche Verfassung und ihre Klassengegensätze fügen sich bislang einer willensstarken äußeren Staatskunst ein. Sie tragen somit Heilmittel und Gegengifte in sich, die dem geschwächten und zerrissenen deutschen Volkskörper fehlen — Antriebe, die bei ihnen stärker wirken als in einem Volke, dessen nationale Zielsetzung zerschlagen ist. Daher besteht, solange diese Voraussetzungen währen, die Gefahr, daß ein vom kapitalistischen Westen überwucherter Marxismus in Tat und Gesinnung ebenso rasch entarte wie das deutsche Staatsgefühl. Da eine nachhaltige Überlegenheit, wenn ihr so zahlreiche Kanäle sich öffnen wie den Vormächten des Versailler Vertrags, unmöglich auf wirtschaftliche und militärische Gebiete sich beschränken kann, so erscheint meine frühere Frage wohl berechtigt, ob eine „ententistische" Durchsetzung der deutschen gesellschaftlichen Willens- und Meinungsorgane nicht allzubald der raschen „Überfremdung" aller materiellen Produktionsmittel folgen werde — viel verdeckter als dort, aber praktisch von viel weiter reichenden Folgen. Jeder Marxist wird, auf Grund seiner ökonomischen Geschichtsauffassung, meine Frage ohne weiteres bejahen müssen.

Wir erhalten somit ein weiteres Ergebnis: Indem der

Marxismus sich der gegebenen Außenkonstellation unterwarf, unterwarf er sich damit ihrem geistigen Einfluß. Die ökonomische Überlegenheit der Westmächte, die wir im zweiten Kapitel dieser Arbeit würdigen lernten, hat in der Außenlage von 1918 den ihr gemäßen gesellschaftlichen Ausdruck gefunden. Daraus folgt nach der Marxschen Grundanschauung des Problems „Macht und Wirtschaft" unweigerlich, daß nun auch der ideologische Überbau diesem rechtlich-ökonomischen Grundverhältnis entspreche; das materielle zieht ein ideelles Abhängigkeitsverhältnis nach sich. Der kapitalistischen Perversion des Klassenkampfgedankens wird, nach Marxens eigener Lehre, Tür und Tor geöffnet.

4

Nun kann zwar, was wir bislang feststellten, nicht wohl grundsätzlich abgestritten werden; dagegen lassen sich Einwände gegen die Stärke und die Dauer des Festgestellten machen. Vermochte nicht der Marxismus, indem er sich der Außenkonstellation von 1918 fügte, sie zu seinen Gunsten von innen heraus umzubiegen? In derlei Erwartungen befanden sich vor wie nach dem Staatsumsturz so große Teile des Volkes und der Parteien in Deutschland, daß ich mit einigen Worten hierauf eingehen muß.

Festzuhalten bleibt freilich unser Ausgangspunkt: Ein Marxismus, der nur im innerstaatlichen Verhältnis zum Siege gelangt ist, nach außen jedoch unfrei seine Bahn antritt, hat den vollen Übergang der Staatsgewalt von der ausbeutenden auf die ausgebeutete Klasse noch nicht erreicht. Denn der marxistische Grundgedanke — Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat und Konzentration aller vormals bürgerlichen Produktionsmittel in dessen Händen — setzt, um Wirklichkeit zu werden, ein Maß von außenpolitischer Unabhängigkeit voraus, dessen Deutschland unter der Konstellation von 1918 entbehrt. Solange und soweit noch lebenswichtige Funktionen der deutschen Staatsgewalt durch fremde Siegerstaaten ausgeübt oder überwacht werden, hat das Proletariat die heimische Staatsgewalt noch nicht voll erobert; seine internationale Stoßkraft wird gelähmt, und es darf die erhofften Früchte seiner errungenen

Demokratie nicht einmal innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft für sich pflücken. Sie würden zumeist jener ausländischen „Bourgeoisie“ reifen, die an einer solchen „Exploitation“ ein nationales und ein Klasseninteresse hätte. Ein radikaler Versuch, die kapitalistische Gesellschaftsordnung innerhalb Deutschlands aufzuheben und das Bürgertum als „Klasse“ zu beseitigen, muß vollends sogleich an den unübersteigbaren Mauern des Friedensvertrages zerschellen. Eine marxistische Partei, welche sich zur Erfüllung des Friedensvertrages verpflichtet, kann — um nur ein Beispiel zu nennen — niemals das Finanzkapital sozialisieren wollen, auf dessen Beihilfe und internationalen Kredit sie in dieser Hinsicht angewiesen bleibt. Der Gedanke, den proletarischen Klassenstaat im Rahmen einer solchen Außenkonstellation jemals ungestört errichten zu können — womöglich nur auf Grund einer demokratischen Abstimmung! — kennzeichnet sich ohne weiteres als utopisch. Solche Entscheidungen tragen notwendig und zuvorderst einen außenpolitischen Charakter.

Alle Fortschritte, welche der von Marx sogenannte „Bourgeoissozialismus“ im Innern eines unterworfenen Staates inzwischen erreichen mag, können uns ferner nicht darüber hinwegtäuschen, daß jene Einbußen, welche eine verstümmelte und verarmte, dem Ausland versklavte Wirtschaft leidet, bei weitem alle im Innern neuverteilten Gewinne übertreffen. Ähnlich dem haben — um eine staatsrechtliche Parallele zu ziehen — die besiegten Länder, auf Grund rein innerstaatlicher Umwälzungen, den Titel „Freistaat“ gerade in jenem Augenblick angenommen, da sie der außenpolitische Zusammenbruch in Wahrheit vielmehr zu „Knechtsstaaten“ des Auslandes erniedrigt hat.

Daß ohne oder gegen die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr regiert werden könne, gilt mit Fug als der Kernpunkt aller revolutionären Errungenschaften. Aber dies trifft doch wieder nur das innerstaatliche Herrschaftsverhältnis; außenpolitisch gesehen vermag, wie z. B. das Kohlendiktat von Spaa 1920 erweist, sehr wohl gegen den kundgetanen Willen einer solchen Arbeiterklasse regiert zu werden. Und eben darum verzichtete

die zur inneren Herrschaft gelangte Arbeiterklasse darauf, indem sie sich dem Diktat der fremden Sieger unterwarf, in der ausbeuterischen Bourgeoisie jener Siegerländer ihren mächtigsten Feind zu bekämpfen. Der deutsche Arbeiter stellte sich außenpolitisch — gemeinsam mit dem deutschen „Bürger“ — auf den Boden der Tatsachen, der außenpolitische Druck zwang den erklärten Todfeind jeder kapitalistischen Gesellschaft in eine gehorsame Gefolgschaft.

Der Marxismus empfängt, so sehen wir, gleich jeder anderen gesellschaftlichen Bewegung von der Staatenlage das Gesetz seines Handelns. Anstatt — zur Macht gelangt — den „internationalen, revolutionären, völkerbefreienden“ Kampfruf seiner Parteitage und Programme aufzunehmen, bekennt er sich zum Erbe seines Staates. Schwächer als unter der ehemaligen bismarckischen Konstellation ist das Ansehen und Gewicht der deutschen Arbeiterorganisationen in den „Internationalen“ der Parteien wie der Gewerkschaften geworden; vordem die theoretisch wie organisatorisch ersten aller nationalen Gruppen, sind sie unter der Konstellation von 1918 zu einem geduldeten oder gar verfemten Anhängsel herabgesunken. Gleich ihrem machtlosen Staatswesen müssen sie, anstatt der eigenen Geltung, nunmehr der besseren Einsicht und Information ihrer staatlichen Überwinder vertrauen. Im Inneren beinahe souverän und jeder Regierung furchtbar, müssen die Vertreter des Klassenkampfgedankens nach außen an Ideologien und Interessen appellieren, die Regierern wie Regierten, Ausbeutern wie Ausgebeuteten gemeinsam sein sollen. So lange der Marxismus als Theorie und Oppositionspartei dem Druck der Außenkonstellation fernblieb, verwarf er leicht jede nationale wie internationale Ausbeutung. Jetzt, da er mit zum Staatsträger geworden ist, unterzeichnet und erfüllt er ein Friedensdiktat, das viel expresserischer ausfällt als alle vordem so hart getadelten Kolonialfeldzüge und Brest-Litowsker Friedensschlüsse.

Die Einstellung zur Außenkonstellation zwingt also alles, ihr zu folgen: Einsichten, Ressentiments, Vorurteile, älteste und schärfste doktrinäre Einstellungen. Solange die Wage schwankt, besteht noch Freiheit. So mochten die deutschen Marxisten in ihrem kritischen Augenblick der Taktik ihrer russischen Genossen

von Brest-Litowsk sich anpassen oder anders wählen. Als sie gewählt, erhoben sogleich jene kommunistischen Gruppen Widerspruch, welche aus dem theoretischen Gehalt der Lehre die Notwendigkeit eines internationalen Klassenkampfes und damit eine Abkehr von der Außenlage von 1918 folgerten. Derart wirkte die Einstellung zur Außenpolitik, welche schon unter der Konstellation des Kriegsausbruches die Einheit der marxistischen Parteien und ihrer „Internationale" zerbrach, beim Kriegsschluß abermals sprengend auf deren taktisches und geistiges Gefüge; nach den „Unabhängigen" konstituierten sich die „Kommunisten" als selbständige Parteigebilde. Jede Zersplitterung zehrt aber Kräfte auf im gegenseitigen Streit, die vordem vereint nach außen wirken konnten. Während den vorwaltenden Mächten Kraft zuwächst, werden die unterlegenen durch den Akt der Unterwerfung selber abermals geschwächt.

Nun habe ich bereits zu Anfang klargestellt, daß jede Konstellation dem steten Wandel unterliegt, daß mithin neben den festigenden die sie auflösenden Elemente ständig an der Arbeit sind. Beides gilt auch für den Marxismus als ein Element der Außenlage von 1918. Ob die festigenden oder die auflösenden Elemente wirksamer sich erweisen, bleibe an sich dahingestellt. Denn beide müssen an dem Gewordenen fortbauen. Nur aus der gegebenen Konstellation können neue Staatensysteme sich gruppieren. Immerhin dürfen wir jene Punkte nicht außer acht lassen, in denen der Marxismus die gegebene Konstellation gleichsam von innen heraus umzugestalten fähig war. Ich deutete schon an, daß die marxistische Bewegung und breite Massen auch des deutschen Bürgertums sich in dieser Hinsicht Hoffnungen hingaben, sowohl vor wie nach dem Jahre 1918. Unnötig zu sagen, daß diese Hoffnungen auf eine den deutschen Gedanken entsprechende Umgestaltung der westlichen Ideen- und Staatenwelt sich nicht erfüllt haben. Der Übergang Deutschlands zum Sozialismus und zur Demokratie prallte, da er der eigenen Staatsmacht sich beraubte, wirkungslos an der nun verdoppelten Macht der westlichen Nationen ab: Das Friedensdiktat von Versailles wurde die Antwort. Dennoch sei dieser fortwirkenden Erwartungen gedacht, da sie die außenpolitische

Mentalität des deutschen Marxismus mit kennzeichnen. Da ich hiermit aber das Gebiet unverwirklichter Möglichkeiten betrete, brauche ich diese Möglichkeiten auch nur als solche aufzuführen; sie runden das Bild der staatlichen und ökonomischen Außenlage von 1918 immerhin in wünschenswerter Weise ab.

Zunächst die Chancen eines außenpolitischen Wandels. Es liegt mir ferne, sie an sich zu unterschätzen. Anderseits sprach kein Anlaß dafür, im Augenblick des eigenen staatlichen Zusammenbruchs einen Konflikt auf Tod und Leben zwischen England und Frankreich zu mutmaßen. Ohne Zweifel konnte der deutsche Marxismus aus einem derartigen Konflikt Vorteile gewinnen. Auch zwischen England und der Union sollen heftiger Wettbewerb und Zusammenstöße in Zukunft nicht geleugnet werden. Die französisch-britische Rivalität und der britisch-nordamerikanische Gegensatz sind ja so tief begründet, daß nur ein Zusammenstehen gegen dritte Mächte sie zeitweise gänzlich zurückzudrängen vermocht hat; traten sie doch sogleich nach dem Siege über Deutschland deutlich erkennbar hervor. Dennoch war es verfehlt, ohne eigenes Zutun auf solche Möglichkeiten die Hoffnung einer entscheidenden Abwandlung zu bauen; eine Selbstzersetzung der westlichen Staatenwelt ist unter der Konstellation von 1918 nirgends eingetreten.

Ebensowenig durfte aus ökonomischen Veränderungen heraus ein totaler Wandel des Weltbildes erwartet werden. Niemals konnten, auf der im Weltkrieg befestigten Grundlage, bloße Marktvorgänge für sich allein schon etwas Wesentliches ändern. Während wir aber hinsichtlich der außenpolitischen Tendenzen auf bloßes Vermuten angewiesen bleiben, betreten wir mit der Einschätzung des ökonomischen Elements wieder festeren Boden. Warum können Arbeitswille und Erwerbsgeist eine staatliche Konstellation immer nur ausbauen oder vorbereiten? Wir können die Antwort hierauf der Wirtschaftsgeschichte, in ihrer Bedingtheit durch das nichtwirtschaftliche Element, entnehmen und uns dabei von den „politischen Historikern" beraten lassen; wir können die Antwort nicht weniger der ökonomischen Theorie unmittelbar entnehmen. Denn die Theorie der freien Erwerbswirtschaft, die liberale Wirtschaftstheorie mithin, beantwortet die Frage nach dem Verhältnis der Macht zum ökonomischen Ge-

setz durchaus eindeutig. Gleichwie sie geschichtlich erst in dem 1815 geschaffenen Staatensystem zur internationalen Wirksamkeit gelangt ist, setzt sie auch begrifflich einen erreichten Ruhezustand des Staatensystems voraus. Sie kann die Antriebe eines internationalen Marktverkehrs nur dort wirken lassen, wo die grenzhütenden Staaten ihre Aufgabe als „Sicherheitsproduzenten" und als unparteiisch schlichtende Marktmeister getreu erfüllen. Sobald und solange die Annahme eines außenpolitischen Ruhezustandes fehlgeht, drängen sich nichtwirtschaftliche Elemente in das freie Spiel von Angebot und Nachfrage. Steigert sich die Unrast im Staatensystem bis zur akuten Krisis, dann wird der Zeiger des Wirtschaftslebens gleichsam ausgehängt, und allein jene Kraft, die sein Funktionieren unterbrach, kann es wieder herstellen. Liegt diese Wiederherstellung, wie unter dem Staatensystem von 1918, in der Hand einiger weniger Führermächte, so mag in den Grenzen ihres politisch-ökonomischen Bereichs der Weltmarkt und das Spiel von Angebot und Nachfrage sich neu entfalten; in diesen Bereich mögen auch die unterlegenen Mächte wieder zugelassen werden. Niemals aber kann eine derartige „Rückkehr zur Weltwirtschaft" die vorwaltenden Mächte aus ihren Bahnen weisen; um so gewisser werden dann, in einer derart politisch orientierten Weltwirtschaft, der homo oeconomicus der Lehre und der civis Britannicus des Lebens die Züge ihrer geschichtlichen Verwandtschaft zeigen.

So bleibt uns schließlich nur die Möglichkeit noch zu erörtern, die vorwaltenden Mächte hätten freiwillig sich ihrer Machtfülle begeben und die Unterlegenen zu gleichen Rechten in ihre politisch-ökonomische Gemeinschaft aufgenommen. In diese Richtung wiesen alle in Deutschland gehegten Hoffnungen auf eine „Revision" des Friedensdiktats und auf den „Völkerbund". Abermals enthalte ich mich, über solche unverwirklichte und wissenschaftlich nicht erkennbare Möglichkeiten mich zu äußern; wie wenig sich die Theorie des internationalen Klassenkampfes mit dem Vertrauen auf einen bürgerlichen Staatenbund verträgt, erhellt aus den Erwägungen im letzten Kapitel. Auch brauche ich für unsere Fragestellung nicht auf Einzelheiten einzugehen. Denn selbst die hoffnungsreichsten Befürworter der „Revision" und

des „Völkerbundes" erwarteten nicht wesentlich mehr als einen Verzicht der vorwaltenden Mächte auf gewisse erdrückend schwere Tributansprüche; daß die militärischen und territorialen Ergebnisse freiwillig zurückgenommen würden, wagten selbst sie nur in Nebendingen anzunehmen. Somit konnten die entscheidenden, vor allem die nichtwirtschaftlichen Elemente der Außenlage von 1918 niemals freiwillig in ihr Gegenteil verwandelt werden; es hätte auch allem widersprochen, was wir von dem Wesen vorwaltender Mächte wissen. Nicht geschwächt, sondern eher befestigt wäre die staatliche und weltwirtschaftliche Übermacht der Westmächte aus solchen Abmachungen hervorgegangen. Die wirtschaftliche Eigenmacht und staatliche Selbstbestimmung der Besiegten zu lähmen, war die wesentliche Absicht aller Verträge, die mit den Besiegten im Verfolg des Waffenstillstandsdiktats geschlossen wurden.

Wir gelangen somit zu einem dritten Ergebnis, das für das Verhalten des deutschen Marxismus zu den Siegermächten von 1918 wesentlich war: Diese Konstellation barg keine Elemente in sich selber, welche einen baldigen gänzlichen Wandel erwarten ließen. Die außenpolitische und die ideelle Abhängigkeit des nur im Innern siegreichen deutschen Marxismus verstärkte sich dadurch: Seine Zersetzung als Lehre und Bewegung vollzieht sich vor unseren Augen. Und in der Tat dürfen wir die Schwere solcher geschichtlicher Entscheidungen niemals unterschätzen; ich erinnere nur daran, daß Großbritannien seinen Vorrang auf den Meeren und in der Weltwirtschaft nach den napoleonischen Kämpfen rund Dreivierteljahrhundert beinahe unbestritten behauptet hat.

Wir dürfen daraus einen Schluß ziehen, der für alle unter der Konstellation von 1918 stehenden Mächte gilt: Wer sich dieser Außenlage, selbst mit den eben besprochenen Einschränkungen, unterwirft, der bekennt sich — gewollt oder nicht, ausdrücklich oder nicht — zu der staatlichen, ökonomischen und ideellen Überlegenheit der uns bekannten Führermächte.

5

Einzig eine von jenen zehn Mächten, die unsere „imperialistische Tabelle" zu Anfang nachwies, hielt sich abseits der Konstellation von 1918. Ob Krieg, Waffenstillstand oder Friedenszustand herrsche, in jedem Fall geht hier ein Spalt durch das im übrigen so einheitliche System. Rußland — und was sich außenpolitisch auf seine Seite schlägt — behauptet offenbar eine Sonderstellung in der Nachkriegszeit. Wie diese Sonderstellung sich weiter auswirken mag, darf ich getrost der Zukunft überlassen; die Tatsache, daß die Vormacht des byzantinisch-slawischen Kulturkreises sich wider das Staatensystem der siegreichen westlichen Nationen hat behaupten können, bleibt entscheidend. Und zwar ist dies nun eben jenes andere Land, das aus einem verlorenen Krieg seine marxistische Bewegung hat zur Herrschaft gelangen sehen. Abermals, jedoch gerade entgegengesetzt zu Deutschland, formte hier die Außenkonstellation einen im Innern siegreichen Marxismus um. Nicht Unterwerfung, sondern Widerstand hatte das Rußland Lenins erwählt. Mit der erfolgten Wahl hatte auch der russische Marxismus die Freiheit seines theoretisierend-oppositionellen Daseins eingebüßt. Ganz anders, aber stark genug gestaltete die gewählte Konstellation nunmehr sein ideelles und materielles Wesen neu. Indem der russische Marxismus eine der deutschen entgegengesetzte Lösung erkoren, hat er seine eigene Selbstbehauptung mit derjenigen seines Staates verknüpft; beide sind seither auf den gemeinsamen Kampf wider ein übermächtiges Staatensystem abgestellt. Während daher für Deutschland aus der Unterwerfung unter den Westen eine ideelle Abhängigkeit und Abschwächung des revolutionären marxistischen Gedankenganges folgte, mußte dieser Gedankeninhalt im russischen Osten bewußt bis zur äußersten — ideologischen, ökonomischen, staatlichen — Gegensätzlichkeit gegen den feindlichen Westen gesteigert werden. Und wir erleben nun das höchst spannende Schauspiel, wie in diesem ihrem gemeinsamen Kampfe um die Existenz der russische Staatsgedanke den russischen Marxismus sich angleicht und sich unterjocht — damit das Gesetz der Außenkonstellation bestätigend, dem, wie wir sahen, alle innerstaatlichen Machtträger unweigerlich sich unter-

werfen. Schon einmal, zur Zeit der „Schreckensherrschaft" des französischen Konvents und bei den Feldzügen des Direktoriums und Konsulats, haben wir einen gleichartigen geschichtlichen Prozeß sich abspielen sehen.

Damit kommt von vornherein ein Element der Unrast in das Staatensystem von 1918. Solange der russische Staat und Marxismus im akuten Widerstand verharren, bleibt die Weltlage noch von jenem Ruhezustande entfernt, der im Europa von 1789 erst binnen eines Vierteljahrhunderts eingetreten ist. Die Übermacht der vorgefundenen Konstellation, wie wir sie außenpolitisch und ökonomisch in den vorigen Kapiteln haben würdigen lernen, hat den russischen Marxismus zur äußersten gegensätzlichen Formulierung seines Standpunktes veranlaßt. Der Ideologie des Westens stellt er eine solche des Ostens gegenüber, dem „Völkerbund" die „Weltrevolution", der angelsächsischen die russische Führung. Dort wie hier drücken diese Ideologien letzten Endes den ideellen Werbe- und Gestaltungswillen der sie prägenden Staatswesen aus, getreu dem Rankeschen Grundgesetz: „In der Natur vorwaltender Mächte liegt es nicht, sich selbst zu beschränken: die Grenzen müssen ihnen gesetzt werden."

Was folgt daraus für das Verhältnis des russischen Marxismus zum Staatsgedanken? Offenbar wird das Ergebnis im „Bolschewismus" ganz ungewöhnlich stark durch die uns schon bekannte Besonderheit der Lokalität und des Moments bedingt. Der ideelle, staatliche und ökonomische Abstand Osteuropas vom „Westlertum" ist durch die kommunistische Struktur des großrussischen Kernlandes seit Lenins „zweiter Revolution" verbreitert worden; dabei ist der gleichfalls überlieferte Ausdehnungsdrang nach Osten, gegen Englands arabisches und indisches Erbe, in Kraft geblieben. Daraus ergeben sich nun mehrere entscheidungsvolle Möglichkeiten, welche auf die Weltlage von 1918 wirken. Hier ist offenbar ein Punkt gegeben, wo von außen her das festgefügte Staatensystem der siegreichen Westmächte sich umgestalten läßt. Hierfür sowie für die Auseinandersetzung des russischen Marxismus mit dem Staatsgedanken ist es nun von Belang, zu wissen, welche jener Möglichkeiten Gestalt gewinnen mag. Es sind ihrer drei.

Am eindeutigsten gestaltet sich die weltwirtschaftliche und staatliche Gesamtlage, falls Sowjetrußland vor dem übermächtigen Staatenblock von 1918 kapituliert; es muß dann seine volkswirtschaftlichen Reichtümer — wie unter Kerenski — dem Westen überantworten und seiner Staatswirtschaft die Fesseln seiner Schuldenlast erneut anlegen. Der Kampf des russischen Marxismus gegen seine staatliche Umwelt wäre ganz anders ausgegangen als derjenige der französischen Revolution gegen ihre Bedränger, mit dem er gewisse Analogien aufweist. Eine solche Kapitulation würde der allgemeinen Übermacht des Westens zunächst die stärkste Gewähr ihrer Dauer verschaffen. In demokratische Formen gekleidet, würde sie recht eigentlich den Sieg der westlichen, erwerbswirtschaftlich gebauten Nationen besiegeln — den Sieg ihrer ökonomischen und staatlichen Interessen sowie ihrer bürgerlich-demokratischen Ideologie.

Ein deutscher Marxismus, der unter dem Druck seiner eigenen Außenlage dies geschehen läßt oder gar fördert, beraubt sich damit jeder absehbaren Möglichkeit, aus seiner staatlichen und ideellen Abhängigkeit vom Westen loszukommen. Alle Folgen, welche ich aus der westlichen Einstellung des deutschen Marxismus ableitete, würden in verstärktem Maße eintreten. Seine kritische Stunde wäre abgelaufen. Der Werbekraft nach Westen ebenso wie dem Rückhalt nach Osten entsagend, würde der deutsche Marxismus seine staatliche Mission in stärkere Hände legen und in inneren Kämpfen seinen ursprünglichen Ideengehalt vernichten. Das Gesetz der außenpolitischen Konstellation hätte sich an ihm erfüllt.

Anders wieder, solange Sowjetrußland mit dem Westen höchstens taktische Gemeinsamkeiten eingeht und seinen strategischen Endzielen dabei treu bleibt. In dieser Richtung hat Lenins zielklare Außenpolitik seit 1917 bemerkenswerte Erfolge errungen und dem Westen deutlich erkennbare Grenzen seiner Macht gesetzt. Wir stehen, während ich dies niederschreibe, noch im Ablauf dieser Geschehnisse. Weder England noch Deutschland haben bislang eine strategische Entscheidung zum russischen Problem getroffen. Einzig Frankreich, der schwächsten unter den vorwaltenden Mächten, scheint — wie

gegenüber Deutschland — die Freiheit des Handelns Rußland gegenüber abzugehen.

Die dritte Möglichkeit ist der Verwirklichung zeitweise am nächsten gekommen: Daß nämlich Sowjetrußland mit seinem erfolgreichen Kampf wider die Weltlage von 1918 durchdringt. Dahin zielt Lenins Kampfansage gegen die „bürgerlich-imperialistischen" Westmächte sowie sein Aufrühren der unterdrückten asiatischen Völkerschaften. Den Einfluß dieser Kampfstellung auf die Theorie des russischen Marxismus werden wir im letzten Kapitel meiner Studie sogleich kennen lernen. Siegt Lenin in diesem erneuten Machtkampf seines Landes, dann hat seine Außenpolitik die Einheit des russisch-staatlichen mit dem bolschewistisch-revolutionären Machtstreben besiegelt und damit das neue Rußland zur internationalen Anerkennung gebracht. Eine jede erfolgreiche Außenpolitik herrschender Parteien mündet ja derart in die Richtung der allgemeinen Außenpolitik ihres Landes ein. Ich erinnere wiederum an die werbende Staatskunst des bürgerlichen Frankreich und seiner siegreichen Heere von 1794 ab. Vermag Lenin also den russischen Staatsgedanken gegen alle Widersacher nachhaltig zu befestigen, dann sprengt er damit in der Tat das Staatensystem von 1918 und insoweit die staatlich-ökonomische Vorherrschaft jener Mächte, die wir im zweiten Kapitel betrachteten.

Indem sich dies vollzieht, gerät die kaum befestigte Außenkonstellation von 1918 jedesmal aufs heftigste in Bewegung; die Stellung aller Teilhaber zueinander und zu der eindringenden Macht wird sogleich neuen Entscheidungen ausgesetzt. Damit ändert sich der Druck auf die besiegten Mächte; auch ihnen öffnen sich neue Möglichkeiten, Hoffnungen und Gefahren. Im Augenblick, da ich dies niederschreibe, beginnt das neue Element bereits auf alle Beteiligten, auf Sieger wie Besiegte der Konstellation von 1918, einzuwirken.

Rußland unterliegt somit, im Siege seiner marxistischen Staatslenker selber, dem Grundgesetz allen staatlichen Handelns. Denn eine jede Partei, welche die Staatsmacht mit nachhaltigem Erfolg durchsetzt und den ideellen Antrieben des nationalen Wesens dienstbar macht, bewegt durch ihre außenpolitischen Erfolge zugleich die übrigen Nationen. Alle staatsrecht-

lichen und wirtschaftlichen Ordnungen im Innern mögen ruhig ausgewechselt werden; so wenig die Revolution des französischen Bürgertums ihren Doktrinen „konsequent" geblieben ist, kann eine marxistische Umwälzung dogmengetreu verlaufen. Sogar der Terror, der den Staatsgedanken im inneren Machtkampf verzerrt, darf hier wie dort nachlassen, sobald nur der außenpolitische Druck auf den neuen Gewalthabern nicht mehr ganz unerträglich lastet. Ein drittes Mal erinnere ich an die Tage französischer Schreckensherrschaft. Das Wesen des staatlichen Geschehens bleibt durch alle ideelle „Inkonsequenzen" und allen zeitpolitischen Phrasennebel hindurch, sogar im Schleier urweltlicher Grausamkeit, klar erkennbar. Daß mit Lenin ein Staatsleiter erstanden sei, der den Staatsgedanken theoretisch zwar verneint, praktisch jedoch mit unerhörter Kälte und Entschlossenheit verwirklicht, kommt allen Zuschauern des russischen Dramas zum Bewußtsein. Er hat den russischen Marxismus auf Gedeih und Verderb dem Schicksal seines Staats verbunden.

Wir gelangen zu dem weiteren Schluß: Nicht in der Befolgung ihrer Doktrinen, sondern in ihrer Ablehnung der vorgefundenen Außenkonstellation handeln die russischen Marxisten folgerichtig. Während der deutsche Marxismus den übermächtigen Weststaaten sich unterwarf, hat der russische den Kampf wider das Staatensystem von 1918 aufgenommen.

6

Ökonomisch wie staatsrechtlich bietet dieser Prozeß dem Forscher eine Fülle zukunftsreicher Gestaltungen dar. Da ich auf die inneren Wandlungen der bolschewistischen Politik nicht weiter eingehen kann, wenden wir uns zu der Frage zurück, wie der deutsche Marxismus sich mit der Außenkonstellation von 1918 auseinandergesetzt habe. Abschließend will ich die Unterschiede und Berührungspunkte zwischen der deutschen und der russischen Außenpolitik des Marxismus hervorheben und erst im folgenden Kapitel auf die soziologischen Voraussetzungen eingehen, aus denen heraus der deutsche wie der russische Marxismus ihre entgegengesetzte Auflösung unseres Problems gefunden haben.

Nur sehr schwerwiegende, aus der Besonderheit seiner Staats-

lage geschöpfte Gründe, die wir bereits kennen lernten, haben den deutschen Marxismus bestimmen können. Denn im Augenblick seiner Wahl sprachen nicht nur grundsätzliche ideelle, sondern auch eine Reihe außenpolitischer Motive für einen Kampf gegen den kapitalistischen Westen und für ein Zusammengehen mit dem revolutionierten Rußland. Wenn wir von jener ideellen Verwandtschaft hier ganz absehen, welche die Theorien und Organisationen zweier zur Herrschaft gelangten Bruderparteien verbindet, gab es immerhin auch gleichlaufende wirtschaftliche und staatliche Interessen zwischen beiden Ländern.

Daß Rußland mit Deutschland, weil sie als die Besiegten des Weltkriegs die ungeheuerlichsten Lasten trugen, ein gemeinsames Interesse zusammenführen konnte, wurde von den Siegern sogleich mit Besorgnis wahrgenommen. Dieses Moment wirkt ja fortdauernd auf einen Wandel jener weltwirtschaftlichen Übermacht hin, die wir im vorigen Kapitel kennen lernten. Der außenpolitische Druck, den die Sieger auf unterdrückte Völker üben, kann einen Grad erreichen, dem die ökonomischen und staatlichen Verfassungen solcher Völker nicht mehr standhalten. Dann sprengt die Außenkonstellation abermals das gegebene Staatensystem. Die Wirkung muß desto weitreichender sein, wenn eine wirksame politisch-ökonomische Ideologie den Gegendruck der Unterdrückten steigert. Wir werden sogleich sehen, daß auch dies Sprengmittel in der Leninschen Fassung der marxistischen Soziologie geschaffen worden ist.

Darüber hinaus hatte der Weltkrieg ältere Gegensätze zwischen den beiden Reichen ausgelöscht: Weder die Unversehrtheit der Habsburgmonarchie noch diejenige des türkischen Reichs waren mehr ein trennendes Anliegen. Rußlands Weg nach Konstantinopel führte nicht mehr über Berlin; fand es sich doch mit den türkischen Staatsverteidigern im Kampfe wider die Vormächte von Versailles zusammen. Rußland war endlich die einzige Macht des Festlandes, welche mit Deutschland auf Grund des Vorkriegsstandes unterhandeln konnte. Während das novemberliche Deutschland den starken, nationalbewußten Demokratien des Westens Freundschaft und Vertrauen nicht einmal um den Preis staatlicher Selbstaufgabe abgewann, lockten es im Osten weite Gebiete, die eine aufbauende Arbeit für Genera-

tionen nötig haben, ihre Zuwanderer nicht entnationalisieren und ausländischer Beihilfe keinesfalls entbehren können. Während das marxistische Deutschland den Westländern nicht nur seine kapitalistische Vergangenheit, sondern überdies seine ökonomische Zukunft überlassen mußte — neben 36 Milliarden Goldmark Auslandskapital einen Hauptteil seiner heimischen Produktivkräfte —, mochte es im Osten als Techniker und Organisator wirken und brauchte von dorther keinerlei ökonomische „Überfremdung" zu besorgen. Seine Verluste aus dem russischen Staatsbankrott betrugen nur rund ein Siebentel der englisch-französischen Verluste aus dem gleichen Anlaß. Und schließlich durfte selbst der Marxismus sich erinnern, daß Preußen-Deutschland in den kritischen Tagen seiner Geschichte an Rußland mehr als einmal einen Rückhalt gefunden habe.

Wenn alle diese verschiedenartigen Gründe in jenem entscheidenden Augenblick nicht das leiseste Schwanken in die außenpolitische Wahl der zur Herrschaft gelangten Parteien brachten, so erkennen wir daran erst recht, wie stark die Besonderheit der Lokalität und des Moments sie an die vorgefundene Außenlage ihres Staates band. Wer die Konstellation von 1918 damals verneinte, schied aus der deutschen Revolutionsregierung aus. Wir sahen ja bereits, daß die Übernahme der Staatsgewalt die Parteien und Theorien gleichsam aus dem luftleeren Raum in die staatliche Körperwelt versetzt und deren Gesetzen unterwirft. Nicht w i e er zu seiner Entscheidung kam, sondern d a ß er eine — seiner theoretischen Zielsetzung widersprechende — Wahl traf, kennzeichnet den deutschen Marxismus. Seine Schicksalsstunde zeigt ihn dem gleichen Gesetze unterworfen, das die russischen Marxisten in das entgegengesetzte Lager führte.

Gewiß schlummerte auch im deutschen Marxismus der Gedanke einer diktatorischen, gegen den ausbeuterischen Westen von revolutionärem Schwung beseelten Außenpolitik. Wohl möglich, daß er unter dem Andrängen der Außenpolitik noch einmal Wirklichkeit gewinnt. Seine Träger könnten dann etwa jene „kommunistischen" Fraktionen werden, die im Gegensatz zu den deutschen „Sozialisten" sich den L e n i n schen Forderungen unterworfen haben. Die Stunde der deutschen sozialdemokratischen Bewegung von 1914 wäre dennoch damit abgelaufen. Nicht sie,

sondern die Anhänger der kommunistischen Moskauer Internationale würden das Steuer der Außenpolitik herumwerfen. Den deutschen Marxismus Bebels und Wilhelm Liebknechts hält die einmal getroffene Wahl gefangen; er lebt und stirbt nunmehr mit der gewählten Außenkonstellation von 1918.

Daß er das Erbe seines nationalen Staates zu verwalten habe, erkennen wir auch dann, wenn wir sozusagen die Gegenprobe auf seine 1918 getroffene Wahl machen. Orientiert er sich außenpolitisch nach dem bolschewistischen Osten, dann muß er sich auch irgendwie mit jener kommunistischen Ideologie abfinden, die das Leninsche Rußland, wie wir sahen, verkündet. Alle Bewegungen von internationaler Stoßkraft suchen ja nach einem derartigen programmatischen Ausdruck. Ob als Verfechter der „Legitimität“ oder der „Demokratie“, ob als Träger von „Freiheitsbäumen“, phrygischen Mützen oder „roten Fahnen“ — stets wird der Vorkämpfer neuer Ordnungen unter einem weithin sichtbaren Banner fechten wollen. Wieweit aber immer die Werbekraft der Ideen und ihrer Symbole reichen mag, stets wird doch letzten Endes die staatliche Besonderheit sich geltend machen. So wenig wie die Symbole früherer Bewegungen, oder wie der „Weltfriedensbund aller Demokratien“, kann daher das „lichte Fest der proletarisch-kommunistischen Weltrevolution“ je volle Wahrheit werden. Die Ideologie der „Weltrevolution“ ist eine spezifisch russische geworden, und als solche zur dauernden Übernahme durch Völker wie das deutsche ungeeignet. Denn wer sie übernimmt, muß sich ihr unterwerfen. Jede deutsche Partei, welche dem Leninschen Rußland sich verbündet, wird aber an sich erfahren, daß selbst unter der stärksten außenpolitischen Gemeinsamkeit die nationalen Besonderheiten der Großmächte niemals absterben. Allzu tief greifen die Unterschiede zwischen dem slawisch-byzantinischen Osten und dem europäischen Reich der Mitte, dessen Bewohner durch Humanismus, Aufklärung und Reformation hindurchgegangen sind. Jene „innigen Bündnisse“, welche das Sowjetprogramm mit allen Räteregierungen der Erde wünscht, müssen sich in denselben Grenzen halten, welche den Bündnissen der „Heiligen Allianz“ oder des revolutionären Frankreichs mit seinen Schwesterrepubliken gezogen waren. Weder zwischen den siegreichen noch

zwischen den besiegten Mächten des Weltkriegs kann die Gemeinsamkeit einer Konstellation den Besonderheiten ihres nationalen Wesens wehren[1][2].

Die Besonderheiten des deutschen und russischen Staatsgedankens treten unter der getrennten außenpolitischen Einstellung nur um so deutlicher auseinander; die Abwandlungen der marxistischen Bewegung entsprechen ihrem entgegengesetzten Verhalten zur Außenkonstellation von 1918. Im kennzeichnenden Gegensatz zu dem entwaffneten und zerklüfteten Deutschland erhält deshalb der Rätestaat ein straff gegliedertes Gefüge, das die unbedingte Selbstdurchsetzung nach außen seinen Teilhabern zur ersten Pflicht macht. Im vollen Widerspruch zur Weimarer Verfassung Deutschlands besagt das Programm des Sowjetstaats: „Es muß alles daran gesetzt werden, die Verteidigungsmöglichkeiten der Räterepublik zu erhöhen und mit allen Maßregeln ihre Unabhängigkeit zu schützen gegen die Überfälle des internationalen Imperialismus." Der miles perpetuus aus dem absolutistischen Staat des 17. und 18. Jahrhunderts erlebt im marxistischen Sowjetstaat geradezu eine Wiedergeburt: Die „lebendige menschliche Kraft bestimmter wirtschaftlicher Bezirke

[1]) Vgl. hierzu namentlich den Abschnitt „Imperialismus" im bolschewistischen Programm vom 22. März 1919. Die außenpolitischen und militärischen Fragen stehen in diesem Programmentwurf kennzeichnend voran. Siehe ferner das folgende Kapitel, 3. Abschnitt.

Für die Einheit der romanischen und germanischen Völker vgl. Rankes grundlegende „Einleitung" seiner „Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494—1515".

[2]) Unseren Gedanken finde ich bestätigt bei H. Glagau, Weltrevolution und nationale Machtpolitik (1920), S. 5: „Wird die mit lautem Schall von Moskau angekündigte Weltrevolution sich durchsetzen und den Imperialismus der Gegner überwinden? Sollte sie dazu imstande sein, so würde sich Rußland die Erde unterwerfen und ihre Völker zu russischen Vasallen machen. Die völkerbefreiende Revolution, die angeblich den Imperialismus der Weltmächte beseitigen sollte, würde alsbald in nationale Machtpolitik umschlagen. Rasch genug würden sich die Fluten kosmopolitischer Weltverbrüderung verlaufen und aus ihnen wie um das Jahr 1800 in Frankreich ein nationales Machtgebilde, das alle Nachbarn mit Unterjochung bedrohen würde, auftauchen."

Vgl. dazu Lenin, Der Radikalismus die Kinderkrankheit des Kommunismus (1920), S. 70. — Radek, Die Entwicklung der Weltrevolution (1920). Ragaz, Wilson und Lenin („Neue Wege" 1918/19).

soll zugleich die lebendige menschliche Kraft bestimmter Truppenteile bilden", d. h. eine territorial gegliederte Arbeiter- und Bauernarmee soll die Russen „in ein bewaffnetes kommunistisches Volk" verwandeln[1]). Überhaupt erinnert das unter äußerem Gegendruck gestraffte Gefüge in manchem an den „Fürstenstaat" jener vergangenen Jahrhunderte. Jetzt wie einst soll eine äußerste Zusammenfassung aller gesellschaftlichen Kräfte den völligen Neuaufbau von Staat und Wirtschaft auf den Trümmern alter Ordnungen bewirken. Kein Zweifel, daß die allgemeine Wehr- und Arbeitspflicht, welche Sowjetrußland — sehr im Gegensatz zu den deutschen Marxisten — eingeführt, im einzelnen an analoge altpreußische Züge uns gemahnt. Antidemokratisch und antikapitalistisch war schon die Diktatur des preußischen Staatsgedankens; das Suum cuique und der Dienst am Ganzen waren, bis zur „Hilfsdienstpflicht" im Weltkriege hin, Leitsterne. Die „Heiligkeit des Privateigentums" und des „Geschäftsgeheimnisses", die Freiheit des „Erwerbsgeistes" waren der aufbauenden Epoche dieses wahrhaft universalistisch, nicht individualistisch gerichteten Gemeingeistes fremd. Oswald Spengler hat auf die Verwandtschaft einer solchen Staatsgesinnung und eines solchen Sozialismus verdienstlich hingewiesen; sie war, seit Schmollers Schrift über die soziale Frage und den preußischen Staat, jedem objektiven Beobachter vertraut[2]).

---

[1]) Vgl. die „Beschlüsse des 9. Kongresses der Kommunistischen Partei Rußlands" (im Juliheft 1920 des „Forum") und damit die „Entwaffnungsaktion" gleichzeitig in Deutschland. Die Struktur des bolschewistischen Rußlands läßt sich aus den einschlägigen Schilderungen immerhin in den Grundzügen erkennen.

[2]) Vgl. Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus (1920). — G. Schmoller, Die soziale Frage und der preußische Staat (1874); in „Zur Sozial- und Gewerbepolitik" (1890) — Vgl. auch Moeller van den Bruck, passim in der Zeitschrift „Das Gewissen" (1920).

Über das bolschewistische Rußland unterrichten ferner die Programmschriften Lenins, Trotzkis, Radeks, Bucharins. Umfassend beschreibt, auf Grund teilweise veralteten Materials, Wilhelm Mautner den „Bolschewismus" (1920). N. Lenins Lebenslauf verherrlicht Sinowjew (1920). Für die Erkenntnis des im folgenden Kapitel bezeichneten theoretischen Grundproblems genügt der uns zugängliche Anschauungsstoff vollauf; eine Aufzählung erübrigt sich demnach. Vgl. im übrigen Kapitel IV, 3. Abschnitt.

Die Probleme, welche Staat und Wirtschaft Sowjetrußlands dem wissenschaftlichen Betrachter aufgeben, sind mannigfach und von der politischen Zukunft des Landes bereits unabhängig. Nachdem wir jene westlichen Geschichtsgebilde hinreichend kennen gelernt haben, öffnen sich hier den künftigen Volkswirtschaftlern, Staatsrechtlern und Historikern neue Gebiete fruchtbarer Erkenntnis.

Die Unterschiede der russischen zur deutschen Einstellung von 1918 lassen sich dahin zusammenfassen, daß der russische Marxismus infolge seiner staatlichen Unabhängigkeit sich auch als Partei selbständig weiterentwickelt. Jedoch müßten beide „Marxismen", selbst wenn sie außenpolitisch sich verbänden, sich verschiedenartig entfalten, weil sie an die Besonderheiten ihrer Staaten gebunden bleiben. Damit haben wir den Weg freigelegt, der uns zur Erkenntnis ihres grundsätzlichen Gehaltes führt.

Viertes Kapitel

Der Marxismus und der Staatsgedanke

Wir haben den Marxismus unter der Außenlage von 1918 genugsam kennen und abschließend beurteilen gelernt. Namentlich die Unterschiedlichkeit der russischen und deutschen Lösungsversuche ließ sich mit beinahe antithetischer Deutlichkeit erkennen. Jedoch haben wir den ideellen Ausgangspunkt des Marxismus nur erst angedeutet und uns sogleich seiner außenpolitischen Bewährung zugewandt. Nunmehr bleibt uns noch die Aufgabe, den soziologischen Grundgehalt dieser Bewegung festzulegen; wir müssen von der Einstellung des Marxismus auf das wandelbare Staatensystem von 1918 zurückgehen zur Einstellung des Marxismus auf den Staatsgedanken überhaupt. Dies Problem in seiner ganzen literarischen Breite zu untersuchen, würde, wie ich zu Anfang sagte, die Aufgabe und den Umfang einer programmatischen Arbeit sprengen; ich begnüge mich daher damit, in diesem letzten Abschnitt die Staats- und Gesellschaftslehre des Marxismus in ihrem theoretischen Kern darzustellen.

Wir wenden uns derart, von der induktiven Analyse der marxistischen Bewegung, abschließend einer deduzierenden Erörterung unseres Problems „Staat und Marxismus" zu. Die Besonderheiten des Staatensystems beim Weltkriegsende haben wir für sich wie in ihrer Einwirkung auf die marxistische Bewegung untersucht; wir dürfen unsere Ergebnisse — ungeachtet der Aktualität des Stoffs — für abschließend halten, da — wie wir sahen — der Marxismus in seinen politischen Auswirkungen dem zersetzenden Einfluß dieses Staatensystems erliegt. Indem er unter eine einmalige Konstellation tritt, wird er derart selber zu einer geschichtlich umgrenzten Erscheinung. Die Frage „Staat und Marxismus" läßt sich nunmehr von diesem Wandel lösen;

indem ich sie zur grundsätzlichen Lösung stelle, brauche ich also nicht mehr zu fürchten, daß auch sie uns gleichsam unter den Händen zerfließe. Im Gegenteil. Indem die kritische Stunde des Marxismus, wie wir sahen, raschestens abläuft, verwandelt sich unser aktuelles Problem unter unseren Händen in ein solches der Geschichte unserer Wissenschaft und ihrer Theorien. Ich darf um so eher künftigen Monographien überlassen, den Marxismus als geschichtliche Erscheinung in seiner ganzen Breite unter unserem zentralen Gesichtspunkt zu schildern. Denn dies leidet für mich keinen Zweifel: Die Geschichte der nationalökonomischen Schulen ist, wie ich zu Anfang sagte, nur im Hinblick auf die Frage: Staat und Gesellschaft zu erfassen[1].

Als Zentrum jeglicher gesellschaftlichen Bildung erkenne ich — stärker als Gustav Schmoller — den Staat. Hier finde ich auch für die politische oder Sozialökonomik, die eine gesellschaftswissenschaftliche Disziplin darstellt, den zentralen Blickpunkt, sobald ich ihr besonderes ökonomisches mit dem allgemeinen sozialen Geschehen verbinde. In einer derartigen Formulierung meines Grundproblems „Macht und Wirtschaft" muß demnach der Schlüssel zum Verständnis auch aller ökonomischen Theorien liegen. Wie die Schulen, ihre Begründer und Vorkämpfer, sich zum Staatsgedanken sowie zum konkreten Staate ihrer Umwelt stellten, muß der Angelpunkt ihres gesellschaftlichen Verhaltens und damit auch der Leitgedanke einer — noch ungeschriebenen — Geschichte der Sozialökonomik sein.

Untersuchen wir daraufhin, welches der Kernpunkt der Marx-Engelsschen Staats- und Gesellschaftslehre sei. Im Rahmen dieses Kapitels betrachten wir zunächst den Marxismus in seiner gedanklichen Eigentümlichkeit, um ihn sodann vom Ursprung ab in seiner Besonderheit innerhalb Rußlands und Deutschlands zu verfolgen. Wir werden derart zu abschließenden Ergebnissen auch hinsichtlich seines soziologischen Gehalts gelangen.

---

[1]) Ähnlich drückt sich Othmar Spann aus, zuletzt in seiner Wiener Antrittsrede „Vom Geiste der Volkswirtschaftslehre" (1919). Vgl. meine Anzeige im Oktoberheft 1920 von „Schmollers Jahrbuch" (44, H. 3).

Erster Abschnitt

Die marxistische Gesellschaftslehre

„Das Naturrecht ist ein Vertrag über das, was geschehen muß, damit wir andere nicht verletzen noch von ihnen verletzt werden."
(Epikur, übers. von W. Hasbach)

„— — eine Verfassung von der größten menschlichen Freiheit nach Gesetzen, welche machen, daß jedes Freiheit mit der anderen ihrer zusammen bestehen kann."
(Kant)

„— — eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."
(Kommunistisches Manifest)

Hinsichtlich des Begründers dieser Gesellschaftslehre habe ich zu Anfang meiner Arbeit ausgeführt, wie Marx in Opposition zu dem Staatsgedanken der „Heiligen Allianz" trat. Der Mann wie sein Werk, sein Beginn in dem politisch und industriell fortgeschrittenen Rheinland gleichwie sein gesamtes Wirken im Exil lassen sich nur von dieser Grundrichtung seines Wollens her begreifen. Trotz aller Literaturfluten ist dies Grundverhältnis Marxens zum Staatsgedanken noch niemals als Ausgangspunkt gewählt worden, um seine Persönlichkeit und sein System zu würdigen. Ich komme hierauf zurück und verweise zum Eingang auf Mehring, der von Marx und Engels sagt: „Als annektierte Rheinländer haben sie nie ein rechtes Verständnis für den preußischen Staat gehabt; namentlich seitdem ihr Hauptaugenmerk auf die zarischen Weltherrschaftspläne gerichtet war, sahen sie in ihm schlechthin nur ein russisches Paschalik"[1]).

Dem Ausgangspunkt meiner Studie nähern sich von den früheren Kritikern namentlich Tugan-Baranowsky, Cunow

[1]) Grünbergs „Archiv" V, 1 (1914), S. 25. Vgl. Marxens Abhängigkeit von David Urquhart, dem britischen Rußlandfeinde, und Marxens vielfache Haßausbrüche gegen den deutschen Staat.

und Barth. Eine besonders dankenswerte Vorarbeit gab neuestens der Wiener Rechtslehrer Hans Kelsen in seiner Studie „Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus“ (1920). Kelsen analysiert die einschlägigen Stellen aus den Schriften von Marx, Engels und Lenin; derart legt er die Elemente ihrer Gesellschaftslehre bloß[1].

Indem ich hierauf verweise, beginne ich nunmehr mit der Geschichtsphilosophie des Marxismus, lege sodann die Grundbegriffe des „Staates“ und der „Gesellschaft“ dar und gehe endlich auf die Versuche ihrer Begründer ein, die Theorie als Abbild der geschichtlichen „Wirklichkeit“ zu erweisen.

Ich bemerke vorweg, daß der soziologische Traggrund des Systems keineswegs mit jener eindringlichen Sorgsamkeit gelegt worden ist, welche seine Ökonomik der „bürgerlichen Gesellschaft“ zu einer geistigen Leistung von gewaltigem Ausmaß erhöht hat. „Die philosophischen Grundlagen des Marxismus sind von ihren Urhebern niemals systematisch dargestellt worden; während die nationalökonomischen Partien von Marx mit großer Sorgfalt als wichtigster Zweck ausgearbeitet worden sind, sind die allgemeinen Fragen — meist in Gelegenheitsschriften — durch Engels behandelt worden[2].“

Auf den Zusammenhang dieses Phänomens mit der historischen Bedingtheit des Marxismus komme ich weiterhin zu sprechen und leite hier nur die Notwendigkeit daraus ab, unsere Darstellung dort anzusetzen, wo der soziologische Untergrund des Ganzen jeweils zutage tritt. Ich beginne, wie gesagt, mit dem Marx und Engels gemeinsamen Versuch, die „wirkliche Welt“ — das sinnlich wahrnehmbare „Sein“ — als einen sozialen Bewegungsvorgang dialektisch zu erfassen. Die technisch-ökonomische oder von Engels sogenannte materialistische Geschichtsauffassung wird uns jedoch zu den Grundbegriffen erst heranführen, deren dialektischen Prozeß sie darstellt; sie hat von diesem Kernpunkt unserer Untersuchung die Aufmerksamkeit vielfach allzusehr abgezogen.

---

[1]) Vgl. hierzu auch die Analyse W. Mautners, l. c. S. 127—221.

[2]) Hammacher, l. c. S. 99, und Cunow, l. c. (1920).

1

Das große Bewegungsgesetz des Marxismus ist so vielfach behandelt und dialektisch derart klar formuliert worden, daß ich es in das Gedächtnis des Lesers nur zurückzurufen brauche. Aus einer klassenlosen Urgesellschaft führt die Klassengesellschaft hinüber in den klassenlosen Sozialismus. Das „Absterben des Staates" in jener sozialistischen Zukunftsgesellschaft bietet die schlechthin absolute Lösung der Frage „Macht und ökonomisches Gesetz" bei Marx und Engels dar. Die Menschheit beginnt im Dämmern einer Urgeschichte, die nur kommunistisch lebende primitive Gruppen kennt. Sodann entfaltet sich die Menschheit: Die primitive Gesellschaft zersetzt sich in Klassen und erzeugt als den Exponenten der jeweils herrschenden Klasse einen Staat. Der Staat als Träger der politisch-rechtlichen Funktionen ist daher notwendig Klassenstaat; sein Wesen liegt darin beschlossen, daß er Ausdruck der ihn „erfindenden" Gesellschaft und ihrer Klassengegensätze ist. Mit diesen verschwindet er notwendig wieder: Die Aufhebung des letzten Klassenwiderspruches durch das Proletariat schließt die „Vorgeschichte" der Menschheit ab, entkleidet den Staat seines Klassencharakters und führt ihn in den Schoß der nunmehr befriedeten „Zukunftsgesellschaft" zurück.

Somit erscheint das Leben der menschlichen Gattung bei Marx und Engels als ein dialektisch gegliederter Ablauf und die Gesellschaft als Trägerin der den Verlauf bestimmenden „gesellschaftlichen Kräfte". Auf ihrer zweiten Stufe erzeugen diese Kräfte den Klassenstaat, der die „politische Kraft" in Abhängigkeit von der herrschenden Gesellschaftsklasse ausübt. In dem Augenblick jedoch, da die Gesellschaft den letzten Klassengegensatz in sich aufhebt, hebt sie damit auch den Staat und die Besonderheit der politischen Funktion auf. „Es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist", sagt Marx. Engels verweist mit dem „Staatsplunder" die politische Geschichte und den „politischen Staat" in eine Rumpelkammer, und die Gesellschaft vollendet nunmehr, wie sie ihn begonnen, ihren Lebensprozeß in sich.

Daß damit nicht nur die „Staatsmaschine“ ins Museum der Altertümer wandere, sondern ebenso die übrige Ideologie der Religion, Wissenschaft usw., — daß somit die Zukunftsgesellschaft ihrem Bewußtseinsinhalt nach zur Simplizität der Urgesellschaft zurückkehre, hat namentlich Hammacher (l. c. S. 367 ff.) ausgeführt. Der dialektische Prozeß, der aus der Klassengesellschaft ein abgesondertes ideologisches Dasein entfaltet hat (Staat, Religion, Wissenschaft), nimmt diesen Überbau in den Untergrund der Gesellschaft zurück. Damit wird, nach Hammacher, die Bewußtseinsebene der Rousseauschen Urgesellschaft wiederum erreicht, der dialektische Prozeß hat sich vollendet [1]).

Uns beschäftigt im besonderen das Absterben des Staates auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft. Sehen wir zu, wie die politische Grundurkunde des Marxismus den Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft findet. Das „Kommunistische Manifest“ von 1848 sagt über diesen Umschlag: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. — Ist alle Produktion in die Hände assoziierter Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt ihren politischen Charakter.“ — Wie dies geschehe, tritt freilich im Manifest keineswegs klar hervor. Das Manifest kennt bereits jene kosmopolitische Verflechtung, die ich im zweiten Kapitel meiner Arbeit darlegte; es kennzeichnet diese Weltverkehrsgesellschaft unserer Epoche als ein Werk der bürgerlichen Gesellschaft und stellt fest: Stets befinde sich die nationale Bourgeoisie im Kampf gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. Das staatliche Element in der modernen Weltwirtschaft, das uns beschäftigt hat, wird somit als ein Ergebnis der bewegenden gesellschaftlichen Kräfte angenommen und die nationale Gegensätzlichkeit folgerecht als Dauerkonstellation im System der bürger-

[1]) Vgl. hierzu unten Engels' Romantik der Urgesellschaft und u. a. sein schlimmes Wort: „Die Geschichte der Wissenschaften ist die Geschichte der allmählichen Beseitigung dieses Blödsinns, resp. seine Ersetzung durch neuen, aber immer weniger absurden Blödsinn.“ Engels' theoretische Formulierungen und Beweise stehen überhaupt unterhalb des Niveaus der Marxschen Denkweise. Siehe „Dokumente des Sozialismus“ II (1902).

lichen Klassenstaaten festgelegt. Um aus dem Kampf der Ausbeuter um den Weltmarkt zur internationalen Solidarität der Zukunftsgesellschaft zu gelangen, verlegt jedoch das Manifest den Beginn der internationalen Harmonie kurzerhand in eben diese bürgerliche Gesellschaft — ohne den offenbaren Widerspruch zur eigenen Doktrin zu erklären. „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. — In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Inneren der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen zueinander."

Daß die nationalen Gegensätze „mehr und mehr schon" mit der Entfaltung der bürgerlichen Weltgesellschaft schwinden, mag das Manifest jenen bürgerlichen Ideologen entnommen haben, deren „ökonomische Harmonien" es im übrigen so scharf bekämpft. Jene Neumarxisten, die uns im zweiten Kapitel meiner Arbeit begegnet sind, würden den Satz von der zunehmenden Harmonie in der bürgerlichen Weltwirtschaft nicht unterschrieben haben. Sie haben vielmehr den eigentlich marxistischen Grundgedanken durchzuführen sich bemüht, daß die ausgehende bürgerliche Gesellschaft mit ihren auf die Spitze getriebenen Gegensätzen der Katastrophe eines letzten Weltkriegs zueile. So bleibt völlig unaufgeklärt, wie der dialektische Umschlag vom Kampf zur Solidarität in der „wirklichen Welt" zu bewirken sei. Auch jene Worte des Manifestes geben keinen Hinweis, welche „eine vereinigte Aktion wenigstens der zivilisierten Länder" und ihrer Proletariate verlangen; denn sie deuten nicht an, welcher Art und gegen wen eine solche Aktion die internationale Solidarität bewirken könnte. Es ist bedeutsam zu bemerken, wie bereits die Geburtsurkunde der marxistischen Bewegung jenes uns noch beschäftigende Problem des Endes birgt, vor das ihre russischen wie ihre deutschen Anhänger sich im Augenblick ihres innerstaatlichen Sieges gestellt sahen. Unter den Maßnahmen, welche

das Manifest für die Übergangszeit vorschlägt, finden sich keine, welche einen Anhalt für eine sozialistische Außenpolitik des Überganges böte [1]).

Als das geschichtsphilosophische Merkmal des marxistischen Entwicklungsgesetzes wird allgemein anerkannt, daß es den entfalteten Gegensatz von Staat und Gesellschaft erst in der Zukunft sich aufheben lasse: Der Fortschritt der Menschheit und die Stufen seines Verlaufs werden über die Gegenwart hinaus mit Sicherheit vorhergesagt. Damit haben Marx und Engels den Boden verlassen, auf dem ihr großer Lehrer Hegel mit wissenschaftlicher Besonnenheit in seiner Geschichtsphilosophie verharrt. Hierzu ist nichts Neues zu bemerken. Wie dazu Plenge in seinem Werk über Hegel und Marx treffend bemerkt hat, meinte Hegel die Reifezeit der Menschheit zu erleben, während Marx die vorgeschichtliche Jugendzeit der Menschheit noch nicht abgelaufen glaubte. Hegel erklärte: „Es ist ebenso töricht zu wähnen, irgendeine Philosophie gehe über ihre gegenwärtige Welt hinaus, als ein Individuum überspringe seine Zeit, springe über Rhodus hinaus. Geht seine Theorie in der Tat darüber hinaus, baut er sich eine Welt, wie sie sein soll, so existiert sie wohl, aber nur in seinem Meinen — einem weichen Elemente, dem sich alles Beliebige einbilden läßt" [2]).

Marxens revolutionäres Denken mußte sich, so sahen wir, auf eine umzugestaltende Zukunft richten. Indem er sein Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft dialektisch faßte und als soziales Naturgesetz hinstellte, indem er „die Idee" allgemein an „das Interesse" knüpfte, schuf er den Ausdruck für eine gesellschaftliche und — nach seiner eigenen Theorie — darum notwendig politische Bewegung. Das Erkennen Hegels ward von Marxens „praktischer Frage" abgelöst, wie die erkannten Widersprüche zu beseitigen seien. Daß sein Bewegungsgesetz

---

[1]) Im November 1847 nannte Marx den Sieg des englischen Proletariats „entscheidend für den Sieg aller Unterdrückten über ihre Unterdrücker". Noch 1870 ist ihm England „der große Hebel der proletarischen Revolution".

[2]) S. Plenge, l. c. S. 105 ff. Plenge billigt, von seiner unten beschriebenen eigenen voluntaristischen Einstellung aus, Marxens Vorausdenken grundsätzlich S. 80. Desgl. Hammacher, l. c. S. 454 ff. Vgl. Tugan-Baranowsky, l. c. S. 34 ff. und meine „Einführung".

der Menschheit infolge dieser politischen Grundrichtung keinen rein wissenschaftlichen Charakter trage, ist auch von marxistischer Seite bereits hinlänglich dargelegt worden; ich verweise auf P. v. Struve, der dies dahin zusammenfaßt: „Der wissenschaftliche Sozialismus ist keine Reinkultur der Wissenschaft: als soziales Ideal ist er notwendig eine Verbindung von Wissenschaft und Utopie“ [1]).

Hiermit ist über die wissenschaftlichen Bestandteile des dynamischen Marxismus noch nichts ausgesagt. Erst wenn wir die Grundbegriffe, die das Bewegungsgesetz entfaltet, kennen gelernt haben, können wir darüber urteilen, welchen Erkenntnisgehalt diese Gesellschaftslehre irgendwie besitzt. Von dem Grundverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft können wir dann schließen, was von ihrer dialektisch geformten Geschichtsphilosophie zu halten sei. Es wird mit ihr nicht anders stehen wie mit dem unbewegten Grundverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, sobald wir es im Ruhezustand in seiner Besonderheit zu fassen suchen. Um es vorweg zu sagen und die Betrachtung der marxistischen Bewegungslehre zu beenden: Ihre Vorhersagen werden soweit von der geschichtlichen Bewegung widerlegt werden, wie ihr Gesellschaftsbegriff von dem staatlichen Grundelement des Geschehens sich entfernt.

2

Wir haben die Bahn freigelegt, um nunmehr jenen Kernpunkt der marxistischen Gesellschaftslehre einer Darstellung und Kritik zu unterziehen. Wir werden die geschichtliche Bewegung erst dort wieder beachten, wo sie von Marx oder Engels zum konkreten Nachweis der Richtigkeit ihres Systems verwertet wird. Der Rahmen meiner Arbeit gestattet nicht, sämtliche in den Gelegenheitsschriften und Briefen verstreuten Dokumente namentlich anzuführen und das Entstehen dieses Systems sowie seine Besonderheiten bei Marx und Engels mit historischer Breite darzutun. Legen wir die Elemente ihrer Gesellschaftslehre frei und zeigen wir, welcher doppelten Probe sie notwendig unter-

---

[1]) Struve in Brauns „Archiv“ XIV (1899), S. 702—03.

worfen sind, so haben wir bereits das entscheidende Ergebnis gewonnen. Wir bestimmen den Gesellschaftsbegriff zunächst bei Engels und sodann bei Marx.

Die begriffliche Grundbeziehung des Staates zur Gesellschaft zu erkennen, bieten namentlich Friedrich Engels' Streitschrift wider Dühring (1878) sowie seine Kritik Feuerbachs (1888) Gelegenheit. Formal erscheinen Gesellschaft und Staatsordnung als einander nebengeordnet. Die „Organisationen" der „Vernunftsgesellschaft" und des „Vernunftsstaates" haben z. B. während der französischen Revolution jede ihr besonderes Schicksal. Verfassung und Kriegführung bestimmen das Staatenschicksal. Die Widersprüche zwischen arm und reich, Großkapital und Kleinbürgertum, Großgrundbesitz und Kleinbauern, aber auch Handel, Konkurrenz und Geldwesen, Verbrechen, Korruption und Prostitution erfüllen den gesellschaftlichen Bereich. Die gesellschaftlichen Widersprüche entfalten sich als Klassengegensätze; die Gesellschaft ist jedoch älter als Staat und Klassengegensätze. Schon das erste Losreißen urgeschichtlicher Menschen vom Tierreiche bewirkte „ein mit dem Auftreten des fertigen Menschen neuhinzutretendes Element — die Gesellschaft". Ihre letzten Antriebe entnimmt sie technisch-ökonomischen Potenzen.

Der Staat besteht als politisch-juristischer Geschäftsführer der Gesellschaft erst seit dem Ende der klassenlosen Urgesellschaft und beharrt in funktioneller Abhängigkeit von den ihn leitenden Klasseninteressen. Er ist gleichsam „offizieller Repräsentant" der Gesellschaft und diejenige Organisationsform, mittels derer die Gesellschaft die „allgemeinen äußeren Bedingungen" ihres Seins aufrecht erhält. Er ist im besten Falle ein Übel; „im ganzen und großen nur der Reflex in zusammenfassender Form der ökonomischen Bedürfnisse der die Produktion beherrschenden Klasse". Die Gesellschaft selber ist demnach von Anbeginn Trägerin des Lebensprozesses in allen seinen technischen, ökonomischen und kulturellen Funktionen. Ihre jeweils herrschende Klasse organisiert einen Staat, der in ihrem Klasseninteresse die juristisch-politischen Geschäfte führt.

Der Staat erscheint somit bei Engels als das Organ einer einzelnen Klasse, während die Gesellschaft sämtliche Klassen einbegreift. Der Staat entsteht und vergeht, während die Gesell-

schaft dauert. Die Gesellschaft ist Selbstzweck, während der Staat sein Dasein von ihr ableitet. Denn im Staate setzt die Gesellschaft ihre inneren Widersprüche frei; der Staat empfängt Dasein und Funktion von ihr, während sie den Inhalt und die Gesetze ihres eigenen Seins niemandem verdankt. Der Staat führt somit ein vorübergehendes und abgeleitetes Dasein. Die Gesellschaft dagegen ist Ganzheit und Dauer. Als logische wie als historische Kategorie betrachtet, folgt der Staat aus der Gesellschaft und kehrt in sie zurück[1]).

Der Staat stirbt somit notwendig ab, sobald die ihn entfaltenden gesellschaftlichen Widersprüche schwinden, sobald er nicht mehr Repräsentant eines Teils, sondern der ganzen Gesellschaft sein soll. Ausdruck eines gesellschaftlichen Gegensatzes, löst er mit ihm sich auf. Wie dies geschehen solle, führt uns zu jenem marxistischen Grundgesetz zurück. Wir haben dessen kritischen Punkt im „Kommunistischen Manifest" aufgesucht und wissen, daß unser Manifest darin auf Epikur, Rousseau, Kant und Babeuf zurückführt. Kein Wunder, daß wir die marxistischen Parteien unter dem Druck der Außenkonstellation seit 1914 verschiedene Wege gehen sahen! Denn so eindringlich eine solche Entgegensetzung von Staat und Gesellschaft wirkt, so beweislos steht sie an ihrem Platze. Erbgut der vormarxistischen Soziologie, wurde sie von den Begründern des Marxismus in bewußter Umkehrung Hegelscher Gedanken formuliert und mit dem Gehalt der „ökonomischen" Wirklichkeit erfüllt. Engels verheißt uns, daß in jenem kritischen Zeitpunkt die dialektische Rücknahme des Staates in die Gesellschaft sich als geschichtliche Erfahrung erweisen werde. Mit dem dialektischen Prozeß schließe „die Vorgeschichte der Menschheit" ab; mit dem Absterben des Staates in der Zukunftsgesellschaft verlasse die Menschheit erst „das Tierreich".

---

[1]) Wie der Marxismus sich um seinen Gesellschaftsbegriff zentriert, zeigt die religiöse Verehrung, mit der ihn der Arbeiterphilosoph Dietzgen ausdrücklich umkleidet: „Die kultivierte menschliche Gesellschaft ist das höchste Einzelwesen, woran wir glauben, auf ihrer sozialdemokratischen Gestaltung beruht unsere Hoffnung. Sie erst wird die Liebe zur Wahrheit machen, für die religiöse Phantasten bisher geschwärmt haben." Man denke dabei an L. Feuerbach, von dem D. herkommt.

So führt die begriffliche Entgegensetzung dieser beiden „Organisationsformen" alles menschlichen Seins Engels dazu, das Hegelsche Grundverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft geradeswegs umzukehren: Der Staat, dort die Wirklichkeit der sittlichen Idee, wird hier zu ihrer Negation. Der staatlose Zustand, den Hegel mit den Zeitaltern der Wildheit und der Barbarei gleichsetzte, führt nach Engels eben aus dem Reich der Tierheit erst heraus! Das Widerspiel des Staates, die Gesellschaft, wird darum notwendig beidemal geradezu entgegengesetzt bestimmt. Wir sehen den Hegelschen Staatsgedanken derart in seine Negation „umschlagen".

Die Eindringlichkeit solcher Formulierung nimmt den Hörer, gerade weil ein Beweis gar nicht versucht wird, leicht gefangen. Über die dialektische Bewegung, in welcher Marx wie Engels den Widerspruch zwischen Staat und Gesellschaft sich entfalten lassen, habe ich soeben gesprochen. Das begriffliche Grundverhältnis werde ich sogleich bei Marx analysieren, dessen soziologische Leistung, obschon sie aphoristisch blieb, über der seines Freundes Engels steht. Der Politiker und Popularisator Engels hat auf die marxistische Bewegung, namentlich seit Marxens Tode, einen internationalen Einfluß geübt (1883 bis 1895). Ich zeige daher im Anschluß an ihn zunächst, welche grundsätzliche Richtlinie seine Gesellschaftslehre für die Außenpolitik seiner Partei bis 1914 hin ergab — losgelöst von allen geschichtlichen Besonderheiten, die wir in den historischen Partien meiner Arbeit kennen lernen.

Der dogmenhafte Charakter jenes Grundverhältnisses macht von vornherein glaubhaft, daß Engels seine Begriffe von Staat und Gesellschaft anderswoher übernommen habe. In der Tat weist Engels mehrfach auf seine Vorgänger in dieser Hinsicht hin. Marxens geistige Urheberschaft hebt er sogar über Gebühr als grundlegend für sich hervor — ein ehrenvolles Zeugnis seiner ganz in der Bewegung aufgehenden Persönlichkeit. Ferner fand er bei Saint-Simon und Moses Heß die Abschaffung des Staates zugunsten der Gesellschaft bereits ausgesprochen. Fourier periodisierte sodann die Geschichte der Menschheit in Stufen, deren vorletzte mit Engels' bürgerlicher Gesellschaft zusammenfällt. Owens Fabrikreform endlich

bot das Beispiel einer „gesellschaftlichen Neubildung“ Engels dar. Sein Verhältnis zu Hegel haben wir soeben dargelegt. Wir bedürfen nur noch eines Hinweises auf die Abhängigkeiten, welche wir für die Marxsche Soziologie weiterhin feststellen werden, um die dogmatische Versteifung des Verhältnisses von Staat und Sozietät bei Engels zu verstehen[1]).

Aus diesem Grundverhältnis folgt für Engels die gesamte Einstellung der marxistischen Bewegung zur äußeren Politik. „Die Gesellschaft schafft sich ein Organ zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen gegenüber inneren und äußeren Angriffen. Dies Organ ist die Staatsgewalt. Kaum entstanden, verselbständigt sich dies Organ gegenüber der Gesellschaft, und zwar um so mehr, je mehr es Organ einer bestimmten Klasse wird und die Herrschaft dieser Klasse direkt zur Geltung bringt.“ Die außenpolitische Funktion eines jeden Staates ist damit fest umrissen: Sie kann grundsätzlich nur Ausdruck sein der ihn beherrschenden und lenkenden gesellschaftlichen Kräfte, die ihrerseits nicht politisch, sondern letztens technisch-ökonomisch motiviert sind. Äußere Staatskunst ist daher nichts anderes als eine Teilorganisation der im Innern der Gesellschaft vorherrschenden Produktionsverhältnisse; sie erschöpft sich wesentlich darin, das Interesse einer im Innern mächtigen Klasse nach außen, den anderen Klassenstaaten gegenüber wahrzunehmen. Insoweit solche Interessenwahrung zu Konflikten mit anderen Klassenstaaten führt, drücken solche politischen Zusammenstöße den Widerstreit der Klasseninteressen verschiedener Gesellschaften aus. Jede Staatskunst ist daher gesellschaftlich motivierte Klassenpolitik; jeder Krieg im besonderen entspricht den Interessen herrschender Gesellschaftsklassen und damit letzthin technisch-ökonomischen Motiven.

Sofern die Gesellschaftsgeschichte nun dahin zielt, den inneren Widerstreit der Klasseninteressen aufzuheben, muß sie eben damit bewirken, daß auch jene äußeren Konflikte aufhören, bis schließlich in der Zukunftsgesellschaft mit dem Staate selber dessen außenpolitische Tätigkeit erlischt. Den Übergang in diese Zukunftsgesellschaft zu finden, boten freilich, so sahen wir, das

[1]) Kennzeichnend ist Engels Brief an Marx vom 31. März 1857, betr. foreign policy. Doch unterlag Engels gelegentlich nationalen Anwandlungen; vgl. „Neue Zeit“ X (1892).

„Kommunistische Manifest" und Engels' Schriften keine Handhabe. Das außenpolitische Ziel bleibt darum doch das gleiche, denn die Zukunftsgesellschaft kennt keine Gegensätze in sich mehr und darum auch keine mit anderen Gesellschaften: Der nationalen muß die internationale Solidarität entsprechen.

Von hier aus können wir zwanglos die grundsätzliche Außenpolitik der marxistischen Parteien während der bürgerlichen Geschichtsepoche ableiten. Alles, was die innerstaatliche Befreiung und die internationale Solidarität der unterdrückten Klassen fördert, liegt auf dieser einen Linie: Schiedsgerichtsbarkeit, Abrüstung, Kontinentalpolitik und Völkerbund; Krieg dem Kriege, der grundsätzlich keine sittlich oder vaterländisch wertvollen Momente bergen kann, bis zu jenem außenpolitischen Endziel der entstaatlichten Gesellschaft hin, das man in die Banalität gekleidet hat: „Die beste auswärtige Politik ist gar keine." Alles dies entspringt folgerecht aus der einen Tatsache, daß die Außenpolitik des Marxismus im Kern nicht politisch-historisch, sondern soziologisch gedacht ist. Insofern berührt sie sich mit den Prämissen und Forderungen aller jener „bürgerlichen" Bewegungen, welche von gleichartigen vorgeschichtlichen Vorstellungen ausgehen. Und eine marxistische Staatskunst, welche von dieser Grundlinie notgedrungen abweicht, wird notwendig auch die zugrunde liegende Auffassung von Staat und Sozietät verwischen oder korrigieren.

Abermals stehen wir vor der eindrucksvollen Folgerichtigkeit dieses Gedankenganges. Ungeachtet aller dialektischen Geschlossenheit bleibt er dennoch in seinem Beginn wie in seinem Endpunkt an jene geschichtliche Wirklichkeit gebunden, deren gedankliches Abbild er uns bieten soll. Von dem kritischen Endpunkt, in dem der dialektische Umschlag sich zur Tat gestaltet, handelt meine Arbeit überall dort, wo sie die marxistischen Parteien unter die Außenkonstellation ihrer Schicksalsstunde stellt. Dort, wo die Entgegensetzung von Staat und Sozietät dagegen ihren Ausgang nimmt, muß sie sich an dem bereits abgelaufenen Geschichtsprozeß der Menschheit bewähren und, wie Engels seinem Freunde 1844 schreibt, das Allgemeine vom Einzelnen ableiten. Diese beiden Proben gilt es zu bestehen, wenn anders das gedankliche Abbild der Wirklichkeit nicht gleich

einem wesenlosen „Luftgebilde" im leeren Raume stehen soll. Das Widerspiel von Staat und Sozietät läßt sich in seiner begrifflichen Reinheit mit wenigen Strichen sogar schematisch zeichnen:

Urgesellschaft

Klassengesellschaft — Klassenstaat

Zukunftsgesellschaft

Dort jedoch, wo der Marxismus seine Grundannahme formt, hat er sie aus eben der Wirklichkeit, der sie gelten, heraus empfangen; sie will er decken, indem er jene Annahme entfaltet. Anfang wie Ende der Gedankenbrücke, die er über das gesellschaftliche Sein wölbt, müssen daher fest im Boden ruhen.

Wir werden noch sehen, wie Engels das Bedürfnis einer historischen Bewährung empfunden und befriedigt hat. Beide Proben sind schlechthin unerläßlich, wenn dem Marxismus der von ihm beanspruchte soziologische, wirtschaftliche und politische Erkenntnisgehalt innewohnen soll. Staat und Gesellschaft müssen als die Urbilder des Seins, das sie begreifen, sich erweisen. Das heißt aber, daß wir sie beide nicht einfach postulieren dürfen, sondern daß wir sie aus der geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit entnehmen und an ihr jederzeit kritisch bewähren können. Indem wir aber die logischen Kategorien des Staates und der Gesellschaft auf ihren Erkenntnisgehalt derart erproben, stellen wir sie eben damit in jene *geschichtlich-gesellschaftlichen Zusammenhänge* wieder hinein, aus denen sie anfänglich entnommen wurden. Sogleich gewinnen sie nun die Besonderheit der Lokalität und des Moments zurück, in der sie ruhten; der historische Inhalt, dessen sie entleert waren, füllt sie von neuem. Sehen wir zu, ob er sie sprengt!

3

Die begriffliche Scheidung von Staat und Gesellschaft, welche den soziologischen Unterbau des Marxismus bildet, hat demnach eine doppelte Probe zu bestehen: Des Beginns und des Endes, der Geschichte und der Politik, des Erkennens und des Handelns. Beide sind voneinander unabhängig, und beide sind beweiskräftig. An seiner Gesellschaftslehre entscheidet sich demnach, welcher Erkenntnisgehalt dem Marxismus innewohnt.

Die geschichtliche Probe ergibt sogleich, daß jenes postulierte Grundverhältnis von Staat und Sozietät eine Annahme ist, welche der Beweisbarkeit ermangelt. Indem wir den Strom der Geschichte in die beiden Gedankenbetten einlassen, zeigt sich, daß die zwischen ihnen gesetzten Schleusen nirgends standhalten und daß die geschichtliche Flut sogleich alle angeblichen Trennungsmarken überspült. Wir brauchen dafür nur einen Blick zu werfen auf die Art, in der Marx und Engels den historischen Beweis handhaben. Die Unstimmigkeit erhellt aber schon aus der begrifflichen Formulierung, in welcher Marx Sozietät und Staat einander gegenübersetzt.

Der Kaufmann Engels, so sahen wir, dachte sich den Staat zumeist als den Geschäftsführer einer Gesellschaft, der, von den kapitalkräftigeren Gesellschaftern bestochen, seine Geschäfte zum Nachteil der übrigen Gesellschafter führt. Marx denkt sich das Verhältnis des Staates zur Sozietät eher gleich demjenigen von Form und Inhalt, Schale und Kern; typisch für ihn ist jedoch jenes Bild von der Basis und ihrem Überbau geworden, das er im Vorwort seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ (1859) folgendermaßen zeichnet: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen

Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt."

Man hat bislang vornehmlich erörtert, ob Marx in die Produktionsverhältnisse der verschiedenen ökonomischen Epochen, in das „unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den Produzenten" — ein Verhältnis, in dem er „das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform" erblickt, — man hat darüber gestritten, sage ich, wie weit Marx in diese „Produktionsverhältnisse" jene „Rechtsverhältnisse" einbezogen habe, welche er mittels seiner antagonistischen Dialektik doch vielmehr in den staatlichen „Überbau" seiner Gesellschaft hineinversetze [1]).

Für diese Interpretation des Marxschen Gesellschaftsbegriffs dürften Struve und Petry eine zutreffende Antwort gefunden haben. Marx selber sagt hierzu: „Die einfachste ökonomische Kategorie, sage z. B. Tauschwert, unterstellt Bevölkerung, produzierend in bestimmten Verhältnissen, auch gewisse Sorte von Familien oder Gemeinden oder Staatswesen usw." Und: „Daß von keiner Produktion also auch von keiner Gesellschaft die Rede sein kann, wo keine Form des Eigentums existiert, ist eine Tautologie. Eine Aneignung, die sich nichts zu eigen macht, ist eine Contradictio in subjecto." Die Gesellschaften produzieren somit ausschließlich innerhalb und mittels jener Rechtsverhältnisse, welche Marx von ihnen begrifflich abspalten will und ihnen als Teilinhalt des ideologischen Überbaus entgegensetzt. Eben diejenigen Rechtsverhältnisse, welche jene Form der Produktion angeblich erst aus sich entläßt, bilden danach

---

[1]) Vgl. zum folgenden die Kritik des Marxismus durch Paul Barth, Stammler, Hammacher; ferner Masaryk, Plechanow, Tugan-Baranowsky. Ferner P. v. Struve in Brauns Archiv XV (1899) und Petry, Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie (1915). Zur ersten Einführung siehe K. Diehl, Theoretische Nationalökonomie, 1. Bd. (1916), Kap. 9 u. 12.

einen notwendigen Bestandteil der zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse. „Das, was nach Marxschem Vorgange Produktionsverhältnisse genannt wird, schließt in sich begrifflich und historisch schon die rechtliche Regelung der Eigentumsverhältnisse ein.“ (Struve, l. c. S. 676.) Gesellschaftliches Produktionsverhältnis „ist das eigentümliche soziale Verhältnis, das zwischen den am arbeitsteiligen Produktionsprozeß beteiligten Menschen durch die reale rechtliche Verteilung der technischen Bedingungen des Arbeitsprozesses besteht“. (Petry, l. c. S. 9.)

Nun unterscheidet Marx jedoch, abweichend von Hegel, zwischen den Rechtsverhältnissen auf der bürgerlichen und auf sonstigen Gesellschaftsstufen. Bei allen sonstigen Gesellschaftsformen fallen Produktions- und Rechtsverhältnisse unmittelbar zusammen, bestimmt das Recht die Beziehungen der Eigentümer zu den Produktionsmitteln und den Produzenten auch inhaltlich. So in der Sklavenwirtschaft und im Feudalismus. Auf der bürgerlichen Gesellschaftsstufe dagegen werden die Produktionsverhältnisse nur im allgemeinen Rahmen des Privateigentums und der Vertragsfreiheit geregelt, während erst der private Einzelwille diesen Rahmen nach seinem wechselnden Interesse faktisch ausfülle. Rechtsverhältnisse als allgemeine Norm sowie als konkrete Anwendung dieses Rechtssystems fallen daher in der bürgerlichen Gesellschaft bei Marx auseinander. Aufgabe der politischen Ökonomie als einer Gesellschaftswissenschaft sei es, diese konkreten vom privaten Einzelinteresse erfüllten Produktionsverhältnisse zu erforschen. Derart preßt Marx den Klassenkampfgedanken in Hegels fehlerhaftes Gesellschaftsschema hinein [1]).

Ich lasse zunächst dahingestellt, ob Marxens Scheidung zutreffe und was sich gegen das zugrundeliegende, ungeschichtliche Gesellschaftsschema sagen lasse. Unterstelle ich sie als richtig, so folgt aus ihr zweierlei: einmal, daß außerhalb der modernen Gesellschaft die Rechts- und Produktionsverhältnisse unmittelbar zusammenfallen müßten. Es ist daher nicht abzusehen, welcherart sie auf solchen Stufen, welche jene Freiheit des egoistischen Wirtschaftsverkehrs nicht kennen, auseinander treten; wie dort

[1]) Hegel unterschied die „Gesellschaft“ vom „Staate“ und wies ihr, unzutreffend genug, die „Rechtsverhältnisse“ zu, dem Staate aber die „gesetzgebende Gewalt“.

eine Trennung des rechtlichen Überbaues von seiner gesellschaftlichen „Naturbasis" vorzustellen wäre. Zumal z. B. für den Feudalismus, welcher alle Produktionsverhältnisse unmittelbar rechtlich regelt, öffentlichrechtliche und privatrechtliche Vorstellungen ineinander überzugehen pflegen. Anders hingegen in der bürgerlichen Gesellschaft unter der liberalen Rechtsordnung. Die Rahmengesetze des Privateigentums und der Vertragsfreiheit sollen hier dem juristischen Überbau, die konkreten Rechtsbeziehungen zwischen den wirtschaftlichen Individuen der ökonomischen Basis zugehören; die juristischen Formen letzterer drücken nach Marx ja nur ein ökonomisches Willensverhältnis zwischen den Beteiligten aus.

Abermals bemerke man, wie Marx derart Hegels fehlerhaftes Schema verwertet. Geben wir aber einmal zu, daß seine Unterscheidung der rechtlich geordneten „Produktionsverhältnisse" und eines darüber gewölbten „Rechtssystems" hier statthabe. Dann bleibt zu bemerken: Ohne Zweifel steht es einem Forscher frei, wirtschaftliche Phänomene unter bestimmten Annahmen zu isolieren und sodann zum Gegenstand sozialökonomischer Aussagen zu machen. Im besonderen veranlaßt das moderne, verwickeltere wirtschaftliche Sein zu einem derartigen Vorgehen, das in der Methodik der Sozialökonomik ja seinen festen Platz behauptet. Ob die Auswahl der isolierenden Annahmen zweckmäßig gewesen und folgerecht geblieben sei, erhellt ja hinreichend aus ihrem sozialökonomischen Ertrage. Anders hingegen, sobald aus solchen isolierenden Annahmen — hier einer „bürgerlichen" Wirtschaftsstufe — allgemein verbindliche Aussagen über ein historisches Phänomen gegenüber anderen Stufen des sozialen Seins — z. B. im Verhältnis zu den vorbürgerlichen Epochen — gewonnen werden sollen. Dann haben wir Fug und Pflicht zu prüfen, ob die angewandten Merkmale logisch sowie historisch ihrem über den fachlichen Bereich hinausgesetzten Erkenntnisziel genügen: ob sie in unserem Falle also tauglich scheinen, das technisch-ökonomische vom sonstigen Sein zu sondern und zwischen beiden jenen von Marx behaupteten Unterschied zu allen früheren Epochen zu konstituieren. Zugespitzt formuliert heißt dies: Nicht als ökonomische Theorie, sondern als Lehre von den „natürlichen" Bewegungs- und Strukturgesetzen

der menschlichen Gesellschaft unterliegt das Marxsche System hier unserer Kritik.

Wir könnten die Kritik unmittelbar gegen die Hegelsche Trennung der besonderen von den allgemeinen „Rechtsverhältnissen" richten; wir können unseren Beweis aber auch indirekt führen. Wenn nämlich dies Herausversetzen „allgemeiner Rechtsverhältnisse" in den „Überbau" nur auf der bürgerlich-liberalen Gesellschaftsstufe statthat, auf allen anderen Stufen aber Rechtssysteme und Produktionsverhältnisse unmittelbar ineinander übergehen, dann wird der Grundunterschied von Basis und Überbau sowie die kapitalistische Produktionsart von Marx an die Annahme geknüpft, daß eine von allen übrigen Gesellschaftsstufen unterschiedene „bürgerliche Gesellschaft" von besonderer ökonomischer Struktur bestehe. Fehlt diese Struktur allen anderen Gesellschaftsstufen, dann muß der Sonderfall der „bürgerlichen Gesellschaft" und damit das nur in ihm gegebene Heraustreten eines „Überbaues" allgemeiner Rechtsnormen usw. von Marx ausdrücklich und zwingend als Ausnahme von der Regel erhärtet werden können. Marx muß imstande sein, die Merkmale „kapitalistischer Produktionsverhältnisse" aus dem Sonderfall der „bürgerlichen Gesellschaft" abzuleiten, indem er eben diese „bürgerliche Gesellschaft" als logische wie historische Sonderkategorie allen anderen Gesellschaftsformen gegenüber dartut. Vermag er dies nicht, dann entfällt mit Hegels bürgerlicher Gesellschaftsformation auch die von Marx behauptete Sonderheit ihrer kapitalistischen Struktur.

Die Frage nach der inhaltlichen Bestimmtheit des Marxschen Gesellschaftsbegriffs umfaßt, so betrachtet, also viel mehr als die Frage nach den „Rechtsverhältnissen"; sie wird hierüber hinaus von schlechtweg ausschlaggebender Bedeutsamkeit für alle Annahmen, auf denen das System des Marxschen „Kapitals" ruht. Denn jene politisch-rechtlichen Kräfte, welche als Privateigentum und sonstige allgemeine oder besondere Rechtskategorien nun doch begriffsnotwendig in den innersten Kern des Produktionsverhältnisses hineingelangen, durchströmen auch von allen anderen Seiten unaufhaltsam jene Schleusen, welche die vormarxistische Soziologie zwischen Staat und Gesellschaft er-

richtet und die Marx noch überhöht hatte. Die „gesellschaftlichen Produktivkräfte“ in ihrer von Marx gesetzten Isolierung bergen derart bereits die ganze Fülle eben jener außenpolitisch-staatlichen Momente, welche sie aus sich heraus in einer besonderen „politischen Kraft“ freisetzen sollten.

Hier ist nun in der Tat der Boden, auf dem es gilt mit beiden Füßen zu stehen, ehe man den Gedankenflug Hegelscher Dialektik und Marxscher Kapitalkritik antritt. „Hic Rhodus, hic saltus.“ Es gilt für Marx, nach seinen eigenen Worten, das Phänomen der Gesellschaft als theoretischen Ausdruck „historischer, einer bestimmten Entwicklungsstufe der materiellen Produktion entsprechenden Produktionsverhältnisse zu begreifen“; die „ewigen und unveräußerlichen Gesetze“ der westlichen Gesellschaftslehre in ihrer geschichtlichen Besonderheit anschaulich zu machen und dadurch „die Wahrheit des Diesseits“ darzutun; „die Wissenschaft aus der kritischen Erkenntnis der geschichtlichen Bewegung zu schöpfen“. Andernfalls bleiben gerade die alles tragenden Grundkonstruktionen außer Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Dasein, das sie abspiegeln sollen. Dies ist die schlechtweg entscheidende Probe einer jeden Gesellschaftslehre, welche die Identität des Denkens mit dem Sein nach Art naturgesetzlicher Erkenntnis von sich aussagt.

Die historischen Produktionsverhältnisse, aus denen Marx alle ökonomischen Kategorien seines Systems herleitet, umschließen und bilden die „Gesellschaftskörper“. Mit dem Wandel der Produktionsweise verändern die Menschen alle ihre gesellschaftlichen Verhältnisse. Wie eins aus dem anderen folge, tritt freilich weder bei Marx noch bei Engels ganz klar hervor. Immerhin, wie man auch die „Basis“ ihren „Überbau“ bestimmen (bedingen, erklären) lasse, die Aufgabe bleibt sich gleich: einen entsprechenden Wandel existenter Gesellschaftskörper in der „historischen Aufeinanderfolge“ der „wirklichen Geschichte“ aufzuzeigen.

Jene 1845 in Brüssel von Engels und Marx verfaßte Kritik der nachhegelschen Philosophie, von der Engels berichtet, enthielt bereits eine „Darlegung der materialistischen Geschichtsauffassung, die nur beweist, wie unvollständig unsere damaligen Kenntnisse der ökonomischen Geschichte noch waren“. Die Aufgabe, ihre

damals gewonnene neue revolutionäre Konstruktion der „bürgerlichen Gesellschaft“ in der „wirklichen Welt“ der Geschichte nachzuweisen, empfanden Marx wie Engels — gerade weil sie in ihrem Denken von Hegel kamen — als unabweisbar: Allgemeine Bewegungsgesetze der Geschichte „in der Phrase anerkennen und in der Wirklichkeit im einzelnen auf jedem zur Untersuchung kommenden Gebiet durchführen, ist zweierlei“. — „Der Beweis ist an der Geschichte selbst zu liefern.“ Wir werden noch sehen, wie Engels diesen „in den Ereignissen nachzuweisenden wirklichen Zusammenhang“ zwischen Staat und Sozietät aufzufinden unternahm. Verweilen wir zunächst bei Marx [1]).

Marx ist nicht dazu gelangt, sein „System der bürgerlichen Ökonomie“, wie es in seinem Plane lag, auf die Rubriken „Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt“ zu erstrecken. Er hätte andernfalls das System jenem Läuterungsprozeß der historischen Bewährung unterwerfen und die gegenständliche Wahrheit seines Denkens daran erweisen müssen. Ausgerüstet mit einer technisch-ökonomisch fundierten Geschichtsphilosophie, deren „theoretischer Historismus“ durchaus die Züge Hegelscher Denkart trägt und der nach Engels' Zeugnis zunächst äußerst unvollkommene Kenntnisse der Wirklichkeit entsprachen, hätte Marx grundsätzlich nicht anders als Engels vorgehen können: er mußte versuchen, jedes besondere Moment des Geschehens in die dialektische Bewegung seines Gesellschafts- und Staatsbegriffes einzufangen, anstatt ihm mit unbefangener „kritischer Erkenntnis“ zu nahen. Es hätte Marx obgelegen, die ökonomischen Triebkräfte seiner „Gesellschaftsformationen“ „naturwissenschaftlich treu“ zu schildern, Rechtssysteme wie Staatsformen als den gesellschaftlichen Überbau in ihrer funktionellen Abhängigkeit sowie in ihrer begrifflichen Besonderheit darzutun. Derart waren „asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen“ als die „progressiven Epochen“ des weltgeschichtlichen „Fortschrittes von der Notwendigkeit zur Freiheit“ zwingend nachzuweisen. Denn „die Grundvoraussetzung

[1]) Vgl Hammacher, l. c. S. 88–89: „Marx dient die Praxis zur Bestätigung der Theorie; was er später in kleineren Aufsätzen — an zeitgeschichtlichen Belegen seiner Geschichtsphilosophie auseinandersetzte, erfolgte, nachdem sie lange bei ihm feststeht.“

der Geschichtsbetrachtung von Marx ist die Annahme einer entwicklungsfähigen Bewußtseinsanlage der von Natur vergesellschafteten Menschheit, eines gesetzmäßigen Ablaufs dieser Entwicklung". (Plenge, l. c. S. 138.)

Sein Geschick hat es Marx nicht verstattet, die vorausgesetzte Identität von Sein und Denken auch nur innerhalb der „bürgerlichen Gesellschaft" anschaulich zu machen, die Urbilder des „Fortschritts" und der „Sozietät" aus ihrem schemenhaften Halbdunkel in das Licht historischer Betrachtung zu versetzen. Weder das urwüchsige Gemeineigentum noch die Naturaldienste des Mittelalters, weder den Familienzusammenhang in der „ländlich-patriarchalischen Industrie" noch auch Staat und Recht im bezug auf die „bürgerliche Gesellschaft" hat Marx mit der Besonderheit der Lokalität und des Moments erfüllen können. Die Gesellschaft als ein „Gegenständliches", das Verhältnis „der bisherigen idealen Geschichtsschreibung zur realen", der Krieg im Verhältnis zum „Inneren der bürgerlichen Gesellschaft" — alles dies bleiben Themata, welche Marx in seiner 1857 geschriebenen Einleitung zum 1. Hefte seines Systems wohl einmal angeschlagen, aber niemals durchgeführt hat. Vier Jahrzehnte literarisch-politischen Wirkens ließen ihn zu diesem schwierigsten und entscheidenden Teil seines Planes nicht gelangen. Der Riesenbau seines „Kapitals" wurde errichtet, ohne daß die soziologischen Grundpfeiler des Ganzen auf ihre Tragfähigkeit geprüft worden wären.

Rousseau und Saint-Simon, Hegel und Lorenz v. Stein überlieferten den Begriff der Gesellschaft, auf den Comte dann seine Soziologie baute; die Kämpfe der Bourgoisie gegen den Feudalismus in Westeuropa dienten zum geschichtlichen Vorbild; ein britischer Anhänger Fouriers fand das Bild von der „Basis" und ihrem „Überbau". Erst vier- bis sechsundzwanzig Jahre zählte Karl Marx, als er — von dem Hegelschen Staatsgedanken sich abkehrend — die Grundelemente seiner eigenen Staats- und Gesellschaftslehre derart zusammenfügte. Nachdem er die „bürgerliche Gesellschaft" vom Staatsgedanken Hegels gelöst, sie mit dem Gehalt der westeuropäischen „Wirklichkeit" erfüllt und den Wandel ihres Werdens seinem politischen Freiheitsbegriffe unterworfen hatte, schuf Marx

erst die ökonomischen Kategorien, in denen sein „Kapital" seither den spezifischen Inhalt und seine Unterscheidungsmerkmale von anderen Systemen findet. Dem Ausbau der ökonomischen Kategorien galt allein Marx' fernere wissenschaftliche Lebensarbeit. Mit dem „bürgerlichen Reichtum", als der Totalität der modernen Produktionsverhältnisse, wie sie seit dem 16. Jahrhundert sich angeblich gebildet, setzt seine sozialökonomische Leistung ein.

Den Oberbegriff des „Gesellschaftlichen" verwendet Marx innerhalb seiner „Kritik der politischen Ökonomie" für die verschiedensten Dinge. Uns beschäftigt nicht der Inhalt sämtlicher Unterfälle, sondern zunächst die Tatsache einer solchen Mannigfaltigkeit. Der „Gesellschaft" als Trägerin des sozialen Lebensprozesses überhaupt schließen sich „Gesellschaftskörper" aller Größengrade an. Während die Gesellschaften als „Subjekte" des Lebensprozesses erscheinen, stellen sie sich in ihrem Innern als Beziehung zwischen den menschlichen „Individuen" dar. Träger ist „der unabhängige, nur durch das Band des Privatinteresses und der bewußtlosen Naturnotwendigkeit mit dem Menschen zusammenhängende Mensch". Diesen individualistischen Grundzug teilt die Marxsche Gesellschaft mit den Lehren Rousseaus und Epikurs; das unterscheidende Merkmal liegt in der Ausscheidung des ideologischen Überbaues und — in Umkehrung von Hegel — des Staates[1]).

In dieser Ausscheidung des staatlichen Elements aus der Gesellschaft liegt geschichtlich wie definitorisch das unbestreitbar unterscheidende Merkmal des Marxschen Gesellschaftsbegriffes; der Staat, solange er existiert, führt ein abgesondertes und gesondert erkennbares Dasein. Unter dieser wesentlichen Voraussetzung nimmt der Oberbegriff „Gesellschaft" nun die verschiedensten technisch-ökonomischen Inhalte auf; sie enthalten sämtlich — wie wir sahen — das Moment der „Rechtsverhältnisse" in sich mit. Indem Marx dies rechtliche Moment aus-

---

[1]) Daß Marxens „Gesellschaft" als Verbindung zwischen Individuen von den Triebkräften eben dieser Individuen abhänge, betonen Schäffle und Tugan-Baranowsky, l. c. S. 41 ff. „Gesellschaft" ist nach Wundt ganz allgemein „eine Verbindung zwischen einer Vielheit Zusammenlebender", ihr Wesen beschließt Simmel in der „Wechselwirkung der Individuen". Abweichend Spann, Gesellschaftslehre (1914).

drücklich einbezieht, den Staat mitsamt seinem „Rechtssystem" jedoch ausschaltet, gewinnt er die Möglichkeit, seinen Oberbegriff zum Träger beliebig wechselnder technisch-ökonomischer Inhalte zu machen. Derart erhält er die unter sich allerverschiedensten „Gesellschaftsformen" oder Formen der „Gesellschaftlichkeit", denen allen eben auch nur dies eine formale Merkmal eigentümlich ist: Beziehung zwischen Individuen zu sein unter wesentlicher Ausschaltung des Staates.

Ob einem solchen „Verein freier Menschen" sein von Marx behauptetes gesondertes Dasein als logischem und historischem „Subjekt" zustehe, ob über den „Unterbau" auch nur der „bürgerlichen Gesellschaft" in bezug auf seinen „Überbau" sich etwas Verbindendes aussagen lasse, ob über solche „Gesellschaftsformen" als Träger irgendwelcher „Wirklichkeit" sich also eigentümliche Erkenntnisse von allgemeinverbindlichem Gehalt gewinnen lassen, — an dieser soziologischen Vor- und Grundfrage aller seiner Gesellschaftsformen entscheidet sich somit, ob seine ökonomischen Kategorien, Produktionsverhältnisse, Bewegungsgesetze usw. die „Naturgesetze der kapitalistischen Produktion" und „der modernen Gesellschaft" bloßlegen oder nicht.

Erläutern wir diese Grundfrage des marxistischen Systems an einer zentralen ökonomischen Kategorie. Ich wähle den „Kapitalbegriff" in seiner frühesten, bereits orthodoxen Fassung[1]. Er besagt: „Die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit bilden das, was man die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Gesellschaft nennt, und zwar eine Gesellschaft auf bestimmter geschichtlicher Entwicklungsstufe, eine Gesellschaft mit eigentümlichem, unterscheidendem Charakter. Die antike Gesellschaft, die feudale Gesellschaft, die bürgerliche Gesellschaft sind solche Gesamtheiten von Produktionsverhältnissen, deren jede zugleich eine besondere Entwicklungsstufe in der Geschichte der Menschheit bezeichnet."

„Auch das Kapital ist ein gesellschaftliches Produktions-

---

[1]) Marx, Lohnarbeit und Kapital (1849). Herausgegeben von Friedrich Engels.

verhältnis. Es ist ein bürgerliches Produktionverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft. Die Lebensmittel, die Arbeitsinstrumente, die Rohstoffe, woraus das Kapital besteht, sind sie nicht unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgebracht und aufgehäuft worden? Werden sie nicht unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen zu neuer Produktion verwandt? Und macht nicht eben dieser bestimmte gesellschaftliche Charakter die zu neuer Produktion dienenden Produkte zu Kapital?"

„Das Kapital besteht nicht nur aus Lebensmitteln, Arbeitsinstrumenten und Rohstoffen, nicht nur aus materiellen Produkten; es besteht ebensosehr aus Tauschwerten. Alle Produkte, woraus es besteht, sind Waren. Das Kapital ist also nicht nur eine Summe von materiellen Produkten, es ist eine Summe von Waren, von Tauschwerten, von gesellschaftlichen Größen."

Wir sehen: Die Produktionsmittel werden nur innerhalb und mittels der konkreten bürgerlichen Gesellschaft zum „Kapital" im Sinne des Marxschen Lebenswerkes. „Kapital" ist ein gesellschaftliches Verhältnis, und zwar ein solches der geschichtlichen bürgerlichen Produktionsstufe. Daraus folgt zunächst begrifflich: Irgend eine wissenschaftliche Aussage über das „Kapital" ist nur möglich unter der Voraussetzung, daß eine „bürgerliche Gesellschaft" im Marxschen Sinne da sei; unabhängig von dieser Voraussetzung ist kein „Kapital" denkbar. Und gleiches gilt notwendig von allen übrigen Kategorien seiner Wirtschaftslehre.

Fassen wir dies Phänomen geschichtlich, so ergibt sich ferner: Marxens wichtige Anmerkungen zu Feuerbach (1845) erklären es für die Hauptsache, die „Selbstzerrissenheit" und das „Sichselbstwidersprechen" der gesellschaftlichen Verhältnisse der „wirklichen lebendigen Menschen, wenn man sie in der Geschichte handelnd betrachtet", zu verstehen; man müsse den inneren Widerspruch in dieser gesellschaftlichen Grundlage aufzeigen, weil diese „sodann durch die Beseitigung des Widerspruchs praktisch revolutioniert werden" müsse. So spricht Marx der revolutionäre Denker, der die „weltliche Grundlage" verstehen will, um sie zu revolutionieren. Das Grundverhältnis von Staat und Ge-

sellschaft, in welchem — wie wir sahen — die Existenz des „Kapitals" und alle ökonomischen Kategorien begriffsnotwendig ruhen, ist somit als solches nicht erschöpft; es ist ferner und vor allem dynamisch gedacht. Mit vollstem Recht sagt Hammacher: „In diesem Satz hat sich Marx sein Lebenswerk vorgezeichnet." Marxens Grundbegriffe von Staat und Gesellschaft und von deren „Umwälzung" sind gedacht und entstanden als geistige Waffen für sein politisches Handeln. Marx ist primär ein politischer Denker; infolgedessen und insoweit wird er Soziologe. Alles, was er sodann als Sozialökonom darstellt, hängt methodisch wie systematisch an dieser Grundeinstellung seines Denkens und folgt dem entscheidenden Anstoß seines Willens.

Von hier aus erkennen wir, woher Marxens historische Leistung stammt, ihre Größe wie ihre Grenze. Dem ethischen und politischen Antrieb seiner Persönlichkeit folgend, mußte er heranziehen, was diesem diente, und abstoßen, was ihn hemmte. Wir werden noch sehen, woher Marx die Formeln nahm, in die er sein wissenschaftliches Begreifen und damit die nachhaltigste Wirkung seines politischen Handelns bannte. Daneben blieb er, auch seit 1849, ein vielfach unmittelbar handelnder Politiker, wennschon seine unmittelbare Wirksamkeit und sein Geschick zum politischen Handeln dem Ansporn seines Wollens nicht entsprachen. Als kämpfender Gelehrter übernahm er — wir werden es noch sehen — Rousseaus ihm seit der Jugend heimische „société" und „forces propres", die er in „Gesellschaft" und „gesellschaftliche Kräfte" umtaufte. Aus den Verfassungsgesetzen Frankreichs von 1791, 1793 und 1795 übernahm er die Scheidung des „homme" vom „citoyen" und bildete aus den Grundrechten der Revolution seinen Gegensatz der Gesellschaftsglieder zum „politischen Staat" des citoyen. Indem er sodann den „homme" der Menschenrechte — dem Zuge seiner Zeit und ihrer Historiker folgend — spaltete in „Bourgeoisie" und „Proletariat", gewann er alle jene gesellschaftlichen Kategorien, in denen sein politisches Handeln sowie sein ökonomisches Denken gleicherweise sich bewegt. In dieser innersten Übereinstimmung — keineswegs des Seins mit dem Denken im Sinne Hegels, sondern des Marxschen Denkens mit seinem

Handeln — ruht die entscheidende Leistung der Marxschen Persönlichkeit und ihres Einflusses seither.

Darin liegt zugleich die Grenze seines Denkens und seiner wissenschaftlichen Leistung. Bei aller Schärfe seiner tiefgründigen sozialökonomischen Arbeit blieb sein Denken — gleichwie formal an die Hegelsche Dialektik — inhaltlich an jene anfängliche Zweckbestimmtheit gebunden. Wenn er den Widerspruch von Reichtum und Elend mittels der „Menschen- und Bürgerrechte" zu einer geschichtlichen Wirkung umformte, die dem „Contrat social" kaum nachsteht, so blieb seine Leistung eben dadurch im Rahmen seiner Vorbilder. So wenig das Wesen der großen Revolution sich in jenen Paragraphen der Menschenrechte, die Marx 1843 auslegt, finden läßt, ebensosehr bleibt der Widerspruch innerhalb des „Repräsentativstaats" und seiner „bürgerlichen Gesellschaft" ein dialektisches Schema. Von hier aus durfte Marx gar nicht jenen Wirklichkeitsbeweis versuchen, den er doch als Hegels Schüler von sich forderte; was der Denker Hegel in seiner Geschichts- und Rechtsphilosophie unternahm, wäre dem Politiker Marx vollends zum Unheil ausgeschlagen. Er mochte alle ökonomischen Widersprüche durchdenken, in denen er nun doch als Erbe Ricardoschen Scharfsinns und als Zergliederer wirtschaftlicher Zustände ein bleibendes Werk vollbracht hat, das seinem durch Generationen vorgeschulten Denkvermögen gemäß war. Dort jedoch, wo die geschichtlichen Zusammenhänge beginnen, wo Staat und Gesellschaft aus der schemenhaften „Entäußerung" heraustreten wollen, in die Marx sie der „Wirklichkeit" zum Trotz gebannt hat, da beginnen sogleich die Grenzen auch seines ökonomischen Werkes. Die geschichtliche Wirklichkeit durfte Marx nur beispielshalber konstruieren, nicht ihrer selbst willen in ihrer Fülle verstehen wollen — und so hat er sie durch volle vier Jahrzehnte stets behandelt. In den Voraussetzungen seiner Lehre vom Privateigentum und Proletariat blieb er auf jene revolutionäre Zweckbestimmtheit eingestellt, aus der heraus er — ein Feuergeist — die Fülle des sozialen Geschehens umzuwälzen unternommen hatte. In jenen Voraussetzungen und Grundlagen blieb Marx abhängig, eben weil er sie aus Erkenntnismitteln zu Geisteswaffen seines politischen Wollens machte: Rousseau sowie der „Mensch und

Bürger" der französischen Revolution umschließen Marxens Handeln wie Erkennen. Die Vereinigten Staaten und Frankreich sind ihm die Heimat der Menschenrechte wie der Revolution.

Wir haben die Unzulänglichkeit der Marxschen Konstruktionsweise bereits am Beispiel der „Produktionsverhältnisse" erwiesen; ich könnte sie fernerhin an dem unmöglichen Gebilde des „politischen Staats" aufzeigen, das noch in den Anfängen Lenins eine Rolle spielt. Beide sind, wie wir nunmehr einsehen, Spiegelbilder älterer Lehren und in der Formel der „Menschen- und Bürgerrechte" vorgebildet. Gehen wir statt dessen einen Schritt weiter. Marx erfaßt den Gesellschaftsbau einer bestimmten Epoche bekanntlich unter dem nachstehenden Schema:

Ideologischer Überbau

↑

tragende Produktionsverhältnisse

↑

erzeugende Produktivkräfte.

Betrachten wir noch einen Augenblick diese „Produktivkräfte", welche — abermals in wechselnder Formulierung — die Produktionsverhältnisse und deren ideologischen Überbau letztens bestimmen. Sie sind für den Marxismus das, was das „geistige Wesen" und der „ursprüngliche Genius" für Ranke, was der „absolute Geist" für Hegel ist. Sie sind uns gleichsam die faustischen Mütter in der Marxschen Weltanschauung. Was sie bergen, ist mehrfach wechselnd umrissen worden, hat aber letztens einen technisch-ökonomischen Gehalt: Sei es, daß man die Produktivkräfte auf die Erfindungen reduziert, sei es, daß man ihre Wechselwirkung mit den Ideologien des Überbaues hervorhebt. Engels hat darunter auch Rasse, Fortpflanzung und geographisches Milieu verstanden. Ja wir hören sogar, daß die revolutionäre Klasse „selbst die größte Produktivkraft" sei, so daß wir also den Begriff der „Klasse" aus den Produktionsverhältnissen und aus ihrer Ideologie auf einmal in die Triebkraft sich verwandeln sehen. Wir erstaunen nicht, den Widerspruch, den Marxens Überbau und Produktionsverhältnisse uns zeigten, hier in der Tiefe seines Gesellschaftsbaues abermals

vorzufinden: Formeln statt des Wesens der Erscheinungen, begriffliche Glätte statt gedanklicher Tiefe. Unnötig zu sagen, daß solche überaus komplexen Motive (Erfindung, Rasse, Fortpflanzung, Milieu, revolutionäre Klasse) eben in sich dasjenige inhaltlich bergen, was Marx aus ihnen als „Kräften" abzuleiten vorgibt. Unklar und vieldeutig in sich, gesellschaftlich sie selber, ist ihr Wesen zum Gegenstand vielfacher Erörterung gemacht worden; ganz untauglich sind sie, ihrerseits unter dem Sammelschlagwort „Produktivkraft" die „treibenden Triebkräfte" unterhalb einer Gesellschaft und ihres Staates abzugrenzen. Wo wir letzte Einsicht oder ehrerbietiges Verhüllen erwarten dürfen, stoßen wir auf Schlagworte der öffentlichen Meinung: auf „Technologie" des 18. Jahrhunderts, „Rasse" und „Milieu" des 19. Jahrhunderts.

Noch einmal finden wir derart das „Umschlagen" der Hegelschen Gedanken: Technisch-ökonomische Kräfte lenken bei Marx mittels der Gesellschaft den Staat, während bei Hegel die Gesellschaft mittels des Staates am absoluten Geiste teilhat. Nur daß, so sahen wir jetzt zur Genüge, ein solches doppeltes „Umstülpen" letzter geistiger Konzeptionen im Ergebnis schwieriger ist, als es den Anschein hat. Für den „Staat" als „Wirklichkeit der sittlichen Idee" die „Gesellschaft" als Ausdruck technisch-ökonomischer Kräfte zu setzen, verbürgt mit seiner Einfachheit nicht schon den Erfolg. Wir sahen, welche vielgestaltigen Bestimmungen die Marxsche „Gesellschaft" in sich aufnehmen kann. Nur eine verträgt sie nicht: Daß die Gesellschaft vom Staate und die Ökonomie von der Politik herstamme. Jeder populäre Streit um den Bestand der „materialistischen Geschichtsauffassung" sowie jeder tagespolitische Streit um das Verhalten der marxistischen Bewegung zu Staat und Nation, knüpft an diesen Kernpunkt der Lehre und des Lebens von Karl Marx an. Jedes revolutionäre Denken muß ja um Staat und Gesellschaft kreisen.

4

Es bleibt trotz seiner Mängel ein wesentliches Verdienst von Marx, daß er in seinen soziologischen Annahmen die Ökonomie eben doch als eine Sozialwissenschaft gesetzt hat, daß er

die „materielle Produktion" von vornherein als ein gesellschaftliches Phänomen begreift. Dies spricht er aufs allerdeutlichste aus: „In Gesellschaft produzierende Individuen — daher gesellschaftlich bestimmte Produktion der Individuen ist natürlich der Ausgangspunkt. Der einzelne und vereinzelte Jäger und Fischer, womit Smith und Ricardo beginnen, gehören zu den phantasielosen Einbildungen des 18. Jahrhunderts — die Produktion der vereinzelten Einzelnen außerhalb der Gesellschaft ist ein ebensolches Unding als Sprachentwicklung ohne zusammenlebende und zusammensprechende Individuen. — Wenn also von Produktion die Rede ist, ist immer die Rede von Produktion auf einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstufe — von der Produktion gesellschaftlicher Individuen. Träger der Produktion ist stets nur ein gewisser Gesellschaftskörper, ein gesellschaftliches Subjekt, das in einer größeren oder dürftigeren Totalität von Produktionszweigen tätig ist; alle Produktion ist Aneignung von seiten des Individuums innerhalb und vermittels einer bestimmten Gesellschaftsform." Insoweit hätte Max Adler also recht, wenn er Marx als sozialwissenschaftlichen Denker feiert [1]). Marx sagt hiervon: „Auch bei der theoretischen Methode muß daher das Subjekt, die Gesellschaft, als Voraussetzung stets der Vorstellung vorschweben."

Freilich muß ich sogleich beifügen — und damit Marxens Anerkennung als eines sozialwissenschaftlichen Denkers umgrenzen —, daß die „Assoziation" bei ihm eben doch eine „Verbindung zwischen Individuen" betrifft und von den Trieben der individuellen Gesellschaftsglieder abhängt. Dieser individualistische Grundzug der Marxschen Gesellschaftslehre hat seit Moses Heß dazu veranlaßt, sie als „anarchistisch" in ihrem Endziel zu bezeichnen. Ohne dem beizustimmen, erkennen wir doch, daß Marxens Abkehr von Hegel sich zugleich als ein Bekenntnis zum naturrechtlichen Endziel einer „Gesellschaft freiwollender Menschen" kundtut. Der Marxismus, als eine sozialistische Doktrin, ruht auf diesem individualistischen Prinzip, das wir nun in der Geschichte und Politik der Bewegung durchweg wirk-

---

[1]) Der soziale Sinn der Lehre von Karl Marx (Grünbergs „Archiv" V, 1, 1913). — Marx fand die Sätze „wörtlich selbst in den ältesten französischen Materialisten".

sam finden; er unterscheidet sich dadurch von anderen, universalistisch eingestellten „Sozialismen“.

Wie sollte dies auch anders sein, wenn wir an die geistige Atmosphäre uns erinnern, in der Marx die ersten Eindrücke aufnahm[1]). Rousseausches Menschentum und Voltairischer Geist lebten vom Vater her in Marx, als der 18jährige Student in den Berliner Bannkreis der Jung-Hegelschen Philosophie geriet. In der atomistischen Lehre Epikurs wandte er sich zurück zu jenem Wurzelboden seiner Jugend, den Philosophen und Historikern des Contrat social. Er, der seinen Vater noch den preußischen Staat verehren sah, war in Berlin sogleich in die radikale Bewegung, welche der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. auslöste, hineingestoßen worden. Eben die „Humanität“, der sein Vater ihn bestimmt hatte, stieß nun an den „furchtbarsten Terrorismus“ des preußischen „Dienerstaates“: Dem jungen rheinischen Journalisten ward seine Kritik an Staat, Klassen und Individuen unterbunden durch jene Zensur, welche dem „menschlichen Selbstbewußtsein“ Marxens ins Gesicht schlug. Hier liegt daher der entscheidende psychologische Konflikt, der den Verehrer „freier Menschlichkeit“ zum Todfeind jenes „Polizeistaats“ und „Privilegienstaats“ von 1842 machte[2]).

5

Über den Wert oder Unwert einer Gesellschaftslehre wird mit einer derart axiomatischen Kennzeichnung freilich noch nicht alles ausgesagt.

Wir haben das System in seinen Begriffen kennen gelernt. Untersuchen wir nunmehr den „historischen Beweis“. Hohe Ansprüche stehen auf der Probe; wird diese bestanden, dann erscheinen alle Rätsel des sozialen Werdens lösbar. Max Adler meint z. B., Marx habe die Geschichte zur „Naturwissenschaft des sozialen Seins und Geschehens“ erhoben und aus der Politik eine „wissenschaftliche Technik des sozialen Lebens“ gemacht. Adler geht soweit, die gesamte Menschheits-

---

[1]) Vgl. Marxens „Heiligen Max“ und meine „Einführung“.

[2]) Zutreffend sagt Mayer-Moreau, l. c. S. 69: „Es vollzog sich hier die Rückkehr zu der Staatsanschauung des 18. Jahrhunderts.“

geschichte als „Sozialgeschichte" zu einer „Geschichte des Sozialismus" zu verengen! Wir wissen bereits, daß der Marxismus vor der Geschichte und vor der Politik bestehen muß, um derart hohe Ansprüche zu rechtfertigen. Das Ergebnis unserer Untersuchung seiner Grundbegriffe läßt vermuten, daß er die Proben nicht bestehen wird.

Wo Marx seinen Gesellschaftsbegriff auf den Geschichtsverlauf anwendet, schematisiert er diesen in der Tat durchweg. So behauptet er, daß die Individuen durch den geschichtlichen Verlauf zunehmend aus ihrer gesellschaftlichen Bindung sich lösen — ohne zu sehen, daß dies schematische Zurücktreten der gesellschaftlichen Bindung offenbar das Fortwirken technisch-ökonomischer Triebkräfte und damit den „materialistischen" Geschichtsablauf gefährdet. Die soziologische Kritik hat hieran vielfach angeknüpft. Grundsätzlich ist sich Marx dennoch klar, daß das, was die Entwicklung des Produktionsprozesses ausmache, gerade in den zu sondernden Merkmalen der unterschiedlichen Produktionsstufen liege; deren Besonderheiten und ihr Verhältnis zu den allgemeinen Merkmalen jeder Produktion gelte es zu entwickeln. Damit scheidet sich Marx bewußt von Smith und Ricardo, welche „ganz unter der Hand" die Produktionsverhältnisse ihrer besonderen Epoche zu „unumstößlichen Naturgesetzen der Gesellschaft in abstracto" machen. In der Erkenntnis dieser geschichtlichen Aufgabe schreitet Marx über die Ökonomen der liberalen Schule hinaus. Daß die Formen der Gesellschaft und die Kategorien der Ökonomie keine absoluten seien, weil sie mit dem empirischen Dasein, das sie veranschaulichen, sich selber wandeln, diese Erkenntnis erwuchs Marx eben auf dem Boden der Aufklärung und Hegels. Der geschichtliche Nachweis seines Systems, den er — wie wir sahen — antreten will, ist somit eine Mitgift seines an jenen geschulten „theoretischen Historismus" [1]).

Marx' derart ausgesprochene Absicht, in den Besonderheiten des geschichtlichen Verlaufs das eigene Denken aufzuzeigen, entspricht jedoch nirgends die Ausführung. Er gibt uns z. B. — in seiner Einleitung zur „Kritik der politischen Ökonomie" —

---

[1]) Diesen Ausdruck prägt Sombart, Friedrich Engels (1895).

ein gelegentliches Schema der „bei allen Eroberungen“ möglichen Veränderung der Produktionsweise. Er spricht vom „Römischen Reiche in seiner größten Entwicklung“, er nennt die Ver. Staaten die „modernste Daseinsform der bürgerlichen Gesellschaft“. Die bürgerliche Gesellschaft selber umschreibt er als „die entwickeltste und mannigfaltigste Organisation der Produktion“; sie gewähre „Einsicht in die Gliederung und die Produktionsverhältnisse aller der untergegangenen Gesellschaftsformen, auf deren Trümmern und Elementen sie sich aufgebaut, von denen teils noch unüberwundene Reste sich in ihr fortschleppen, teils bloße Andeutungen sich zu ausgebildeten Bedeutungen entwickelt haben“. Er setzt sie mehrfach als „gegensätzliche Form der Entwicklung“ der „feudalen, antiken, orientalischen Gesellschaft“ entgegen; aber weder hier noch in seinem „Kapital“ macht er uns die Abgrenzung der bürgerlichen Epoche von der feudalen Epoche — das Verhältnis ihrer Staaten und Gesellschaften, ihrer Produktion und ihrer Ideologien — anschaulich.

Marx spricht im Stil des 18. Jahrhunderts von „Hirtenvölkern“ und „Völkern von festsitzendem Ackerbau“, von „den älteren Römern“ und „dem Mittelalter“ oder „den Agrikultur treibenden mittelalterlichen Gesellschaften“; er nennt sogar die Aktiengesellschaften „eine der letzten Formen der bürgerlichen Gesellschaft“ — ohne daß eine dieser Kategorien jemals die ihr unerläßliche und beanspruchte geschichtliche Bestimmtheit erhielte. Schließlich skizziert er seine Aufgabe dahin: Nach den ökonomischen Kategorien (Kapital, Lohnarbeit, Grundeigentum) „die drei großen gesellschaftlichen Klassen“ zu kennzeichnen und „drittens — die Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staates“. Einige Stichworte, und der 1857 skizzierte Entwurf bricht ab. Bereits in der Unruhe des Revolutionsjahres 1849 war Marxens Vornehmen untergegangen, „die kommerzielle Unterjochung und Ausbeutung der Bourgeoisklassen der verschiedenen europäischen Nationen durch den Despoten des Weltmarktes — England“ darzustellen.

Marx ist niemals mehr dazu gelangt, die Identität seiner Gesellschaftslehre mit dem Ganzen der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erproben. Über den Vorsatz ist er vor allem im Gebiet des Staates und des Weltmarktes nicht hinausgekommen.

Nur an der innerpolitischen Geschichte Frankreichs hat er monographisch — der Anschauung und dem Stil seiner französischen Vorbilder folgend — seine soziologischen Annahmen durchzuführen unternommen. Jenen begrifflichen Widerspruch, daß die staatlichen Rechtsnormen bereits in der gesellschaftlichen Basis stecken, während der „politische Staat" in einem „Überbau" von ihnen abgetrennt wird, hat er weder an den Produktionsverhältnissen früherer Epochen noch an den konkreten „Rechtsverhältnissen" der „bürgerlichen Epoche" aufzulösen vermocht. Es wäre auch eine unauflösbare Aufgabe für ihn geworden! Denn wir sahen ja, daß seine Trennung der „Gesellschaft" und des „politischen Staates" vom „Homme" und „Citoyen" in einer Abstraktion aus den Ideen von 1789 ruht. Indem er „die politische Gewalt im eigentlichen Sinne" von den Eigentums- und Produktionsverhältnissen schied, mußte er alle Momente übersehen, welche den liberalen Staat und sein Recht nun doch in ihrer geschichtlichen Erscheinung zu unmittelbaren Eingriffen in die gesellschaftliche Sphäre veranlaßt haben.

Wenn daher im Laufe des 19. Jahrhunderts staatliche Elemente in Masse von allen Seiten in seine „Gesellschaftskörper" einströmten und diese „Subjekte" der Wirtschaft mit ihrem eigenen Wesen füllten, so widersprach eine solche konkrete Sozial- und Wirtschaftspolitik eben damit jenem literarischen Schema einer „bürgerlichen Gesellschaft", welches Marx sich aus den Ideen von 1789 gebildet hatte. Indem Marx an dieser „Wirklichkeit" seiner Gesellschaftskörper vorbeigeht, erspart er sich die entscheidende Probe auf sein Denken. Seine schematisierenden historischen Beispiele, so sahen wir, ritzen nirgends auch nur die Oberfläche des Geschehens, geschweige daß sie an irgend einer Stelle des geschichtlichen Verlaufs die Merkmale und die Struktur von Staat und Gesellschaft bloßlegten. Derart bleibt die Konstruktion einer „bürgerlichen Gesellschaft", in der alle Kategorien des „Kapitals" ruhen, in ihrer angenommenen Absonderung vom „politischen Staat" ihrer Zeit, sowie gegenüber früheren Epochen, völlig unaufgeklärt. Eben dort, wo er anzusetzen hätte, bricht Marx ab. Über jenes soziologische Programm von 1857, das er seinem „Kapital" zugrunde legte, ist Marx niemals hinausgelangt. Es genügte ihm als Postulat seines

Denkens; in ihm sublimierte bereits der Sechsundzwanzigjährige alle Erfahrungen seines Forschens und Kämpfens. Denn es bot ihm die Handhabe, von der Gesellschaft aus jenen Staat zu verneinen, der Marxens Persönlichkeit und Wirken seinerseits negiert hatte. Von diesem Programm aus entwarf er seine Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft. Die Identität dieser Gesellschaft, der das „Kapital" galt, mit der „wirklichen Welt" auch nur seit 1789 darzutun, hat er sich eben mit der Vollendung seines geplanten Gesamtwerkes versagt.

Ließ er somit das Programm jenes großen Werks unausgeführt, so hat Marx doch in seinen Einzelschriften zur französischen Geschichte sowie in seinem „Kapital" selber mancherlei Einzelbeweise angetreten[1]). Sie zeigen uns sämtlich die Vorzüge einer Geschichtsbetrachtung, welche das wirtschaftliche Element heraushebt und seine vielfache Verkleidung in der öffentlichen Meinung bloßlegt. Sie erheben sich weit über Engels' historische Versuche. Sie zeigen aber auch die Grenzen einer derart ökonomisch zentrierten Geschichtsauffassung. Meinem Vorsatz getreu, die historischen Partien unserer Untersuchung zu beschränken, hebe ich nur den entscheidenden Punkt heraus. Es galt, die Grundannahmen der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates zu erweisen. Ich lasse ganz dahingestellt, wie weit Marx beide in der innerpolitischen Geschichte namentlich Frankreichs aufzeigt und sie beide als letzthin technisch-ökonomisch motiviert dartut. Wollte er das Dasein seiner bürgerlichen Gesellschaft bewähren, so genügte eine derart innerpolitische Ausrichtung des Problems doch in keinem Fall. Denn jener Staatsgedanke, dessen Negation Marxens Gesellschaftsbegriff war, erweist sein Wesen — darin stimmt Hegel mit Ranke überein — erst in den Auseinandersetzungen der Nation mit ihrer staatlichen Umwelt. Dies war somit der Prüfstein, wenn Marx Hegel „umstülpte" und seinen „politischen Staat" sich in Epochen gesellschaftlicher Revolution „umwälzen" ließ. Im Fortgang der Außenkonstellation und an den Kämpfen der Nationen innerhalb eines gegebenen Staatensystems — somit am Wesen

---

[1]) Vgl. sein „Elend der Philosophie", den „18. Brumaire", die „Klassenkämpfe in Frankreich", das „Kommunistische Manifest".

des Staates, wie jene es verstanden — waren Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte als die bestimmenden Momente „in der gesamten Auffassung der Weltgeschichte" zu erweisen. Die Außenpolitik der bürgerlichen wie der früheren Epochen war als eine Geschichte von Klassenkämpfen zu erhellen und die abweichende Auffassung „idealistischer" Geschichtsschreiber als unwirklich zu erweisen. In den „Nationalkämpfen" und Staatenschicksalen hatte dieser angebliche „theoretische Historismus" derart seine geschichtliche Probe zu bestehen.

Sehen wir ganz ab von den vielerlei Unstimmigkeiten und falschen Vorhersagen, welche den „politischen Historiker" Marx kennzeichnen, so müssen wir von vornherein feststellen, daß dieser entscheidende Nachweis an der Außenpolitik bestimmter Nationen und Epochen nicht einmal als solcher erkannt und versucht, geschweige denn erbracht worden ist. Darum aber ging es. Vermochten Marx und seine Schüler nicht mit ihrer technisch-ökonomisch gedachten Klassengesellschaft derart ins Zentrum der feindlichen Staats- und Geschichtsauffassung vorzustoßen, — vermochten sie ebensowenig, den neuen geschichtlichen Inhalt der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts in ihrem Schema Rousseauscher Gedanken aufzufangen, dann blieben besserenfalls Leistungen übrig, welche sich dem Gesamtfortschritt unseres geschichtlichen Erkennens seit Marxens Jugendjahren ungezwungen eingliedern, oder schlimmerenfalls Versuche, „die wirkliche Welt" in unzulängliche Konstruktionen einzuschnüren. Der Versuch, die geschichtliche Welt des Gegners aus ihren Fugen zu lösen, endet so oder so damit, sie zu befestigen. Marxens geschichtsphilosophische Stellung scheint mir darin beschlossen zu sein, daß er die bei Rousseau getrennten Welten der „Natur" und „Sozietät" vereinigt und damit das naturrechtliche Denken des 18. Jahrhunderts abschließt [1]).

---

[1]) Ein völliges Absehen von der Außenpolitik tritt, wie schon bei Raynal und Adelung, klar hervor. Man müßte die englisch-französischen „Geschichtsphilosophen" und die gleichzeitige deutsche „Kulturgeschichte" bis 1850 hin untersuchen, um als Historiker den „theoretischen Historismus" der Marxisten zeitgeschichtlich einzugliedern.

Den von Marx angegebenen geschichtlichen Erweis haben die Marxisten seither in vielen Einzelstudien aufgenommen, ohne daß ihre Lö-

Den Historiker Marx, der die Welt nicht „interpretieren“, sondern „verändern“ wollte, hat jüngst Hans Delbrück behandelt, die politische Grundeinstellung und namentlich die Unzulänglichkeit des „positiven Verständnisses“ bei Marx treffend hervorgehoben [1]. Freilich wertet Delbrück den sozialökonomischen Erkenntnisfortschritt zu gering, den unsere so junge Wissenschaft dem Erben ricardoschen Abstraktionsvermögens dankt. Er vergleicht Marx mit Rousseau, ohne Marxens Abhängigkeit von jenem übrigens zu kennen: Beide blieben stets Geschichtsphilosophen und wurden niemals Historiker, beide waren Ethiker, beider geschichtliche Bedeutung wird durch ihre öffentliche Wirksamkeit umrissen. Den historischen Einzelbeweis bei Marx kritisiert Delbrück mit Recht vorweg an dem mißglückten Beispiel von der Erfindung des Feuergewehrs; Marx bringt es schon 1849 an der entscheidenden Stelle seines Systems! Die Folge der Epochen, Feudalität und Hörigkeit Englands im Vergleich zu Technik und Revolution im Frankreich des 18. Jahrhunderts, Marxens pseudo-geschichtliche Parallelen im „Kapital“, die sofortige Auflösung seines Klassenbegriffs in seinen Einzelschriften zur französischen Geschichte — alles dies betrachtet Delbrück mit der Überlegenheit eines Historikers, der einen Soziologen die Zusammenhänge des Geschehens aus vorgefaßter Meinung mißdeuten oder unterdrücken sieht.

In der Tat! Der geschichtliche Beweis, dessen grundsätzliche Bedeutsamkeit für Marx ich kennzeichnete, ist von seiten der Historiker in jedem Einzelfall mit leichter Mühe als unzulänglich zu erweisen. Und wenn unsere Historiker bislang sich dieser Mühe wenig unterzogen haben, so wäre es doch angebracht,

---

sungsversuche die Lösung grundsätzlich gefördert hätten. Vgl. Hammacher, S. 456 ff. und daselbst z. B. Kautsky: „Die materialistische Geschichtsauffassung … glaubt … erklären zu können, warum die römische Republik untergegangen und der Cäsarismus entstanden.“ Vgl. auch W. Liebknechts Marx-Skizze (1896), S. 23—24, 49, 57. Ferner v. Below und Oncken, passim, sowie sämtliche Jahrgänge der „Neuen Zeit“. Vgl. ferner P. Barth, l. c. S. 646 und bes. 653 ff.; ferner sein Buch „Die Geschichtsphilosophie Hegels und der Hegelianer bis auf Marx und Hartmann“ (1890) und Erdmann, l. c. S. 39. Braunthal, Marx als Geschichtsphilosoph (1920), bespreche ich an anderer Stelle.

[1]) Siehe Preußische Jahrbücher, Novemberheft 1920.

den Historiker Marx einmal als solchen darzustellen: Seine Lektüre, seine Arbeitsweise, seine Gegenstände. Ich brauche nichts hinzuzufügen. Bleiben „Fortschritt" und „Gesellschaft" als blutlose Schemen außerhalb des geschichtlichen Daseins, führt kein Weg von der dialektischen Methode zur historischen Anschauung, dann eignet weder dem Bewegungsgesetz noch dem Grundverhältnis von Staat und Gesellschaft ihr beanspruchter Erkenntnisgehalt. Die soziologischen und geschichtlichen Grundlagen tragen die ökonomischen Kategorien des Marxismus nicht. Was bestehen bleibt, ist eben ein stärkeres Herausheben der technisch-ökonomischen Momente im Geschichtsablauf und in der Rechtsbildung, das — aus seiner Verkapselung befreit — nun unbefangener wissenschaftlicher Erwägung untersteht. Frei von schematisierender Willkür und dogmatisierender Voreingenommenheit, vermag Marxens Lehre derart der Erkenntnis förderlich zu wirken, je nachdem sie sich am geschichtlichen Verlauf kritisch bewährt. Der Marxismus jedoch, als gesellschaftswissenschaftliches System, hat seine Stelle als Nachkomme der literarischen und staatlichen Bewegungen des 18. Jahrhunderts gefunden. Die Geschichte, die er in sich aufgefangen zu haben wähnte, zerbricht, was an ihm leere Schale war.

Alles dies mußte einmal mit der gebotenen Deutlichkeit und Schärfe ausgesprochen sowie nachgewiesen werden. Weitreichende Folgen für den Marxismus als ökonomisches System sowie als politische Bewegung erhellen hieraus ohne weiteres. Eine Lehre, welche die Geschichte zur „Naturwissenschaft" und die Politik zur „Technik" der sozialen Erscheinungen machen will, muß ihre begriffliche Geschlossenheit erweisen und jene doppelte Probe vor Vergangenheit wie Zukunft bestehen, zwischen denen sie eine Brücke zu schlagen vorgibt. Andernfalls erliegt sie der Kritik, welche schon Treitschke (1859 und 1874) an dem Begriff der „bürgerlichen Gesellschaft" übte.

6

Wer nun, ohne diese entscheidenden Proben anzustellen, den Marxismus in seiner literarisch-dogmatischen Gestalt analysiert und nur auf seinen Zusammenhang mit anderen literarischen

Systemen untersucht, der muß wenigstens die tragenden Stützen des ganzen Gebäudes dort aufzeigen, wo sie innerhalb der gesellschaftlichen Fundamente des Marxismus liegen. Plenge, dessen eindringende Arbeit über Marx und Hegel ich schon nannte, hat den entscheidenden Punkt wohl gesehen. Bei Marx wäre Hegels Vernunftstaat, sagt er (l. c. S. 122) „nun die Organisationsform der Bourgeoisie. Die wirtschaftliche Sphäre, das sind die wirklichen Menschen, der Bürger dagegen ist ein abstraktes blutloses Schemen, das sich mit abstrakten Rechtsforderungen spreizt und in concreto doch nur die nackten Machtinteressen des egoistischen Individuums vertritt. Das Bewußtsein einer Eingliederung in allgemeine gesellschaftliche Zusammenhänge, das bei Hegel latent geblieben war, wird damit zum Grundboden der Willensbildung". In dieser Umkehrung des Verhältnisses, in dem Staat und Gesellschaft bei Hegel zueinander stehen, liegt in der Tat die entscheidende Abkehr Marxens beschlossen. Plenge verkennt jedoch die Bedeutsamkeit dieses Punktes, wenn er sagt (S. 121): Marx übernehme Hegels soziales Lebensbewußtsein im wesentlichen als fertiges Resultat, „nur daß das im Staat sich auslebende konstruktive Organisationsbewußtsein Hegels sich in Marx zu einem in seiner Abhängigkeit zunächst widerstandslos überwältigten Bewußtsein von der Unterworfenheit des einzelnen unter einen allmächtigen gesellschaftlichen Zusammenhang umbildete". In den herausgehobenen Worten liegt nun aber gerade der entscheidende Problemteil! Die Trennung der „gesellschaftlichen Kräfte" des „Gattungswesens" Mensch von „seiner politischen Kraft" und die spezifische Bedeutung, welche das Bild vom Über- und Unterbau dem beilegt, verkehrt eben Hegels Grundauffassung von Staat und Gesellschaft vollkommen. Für Hegel war der Staat die Wirklichkeit der sittlichen Idee und die Gesellschaft die Realität der selbstsüchtigen Zwecke. Der Staat war ihm das allgemeine, die Gesellschaft das besondere Element. Es gilt, die Gesellschaft derart zu konstituieren, daß sie das Allgemeine zum Zweck und Gegenstand ihres Willens macht. Damit kehrt die Sittlichkeit in die Sphäre der Individuen und Klassen zurück. Die Gesellschaft kann ihrer Rechtfertigung daher nur in der Sphäre des Staates, des „absoluten Geistes" finden;

sie bleibt dem Staat gegenüber das Mindere, sittlich tiefer Stehende, ist ihm keineswegs gleichgeordnet. „Es ist der Gang Gottes in der Welt, daß der Staat ist —" [1]).

Plenge sieht vorbei an diesem schlechthin zentralen Gegensatz der Hegelschen und marxistischen Gesellschaftslehren: daß letztere — aus Marxens eigenster Lebenserfahrung herausgewachsen — dem Staatsgedanken seinen Wert und seine Würde nimmt, die Wirklichkeit der sittlichen Idee zum Instrument eines jeden Klassenmißbrauchs bestimmt. Plenge übersieht, daß in diesem Ausstoßen des Hegelschen Staatsgedankens und in der Umkehrung seines Verhältnisses zur „bürgerlichen Gesellschaft" Marxens Leben und Lehre ihre entscheidende Wendung genommen haben.

Dies rührt offenbar daher, daß Plenge selber als sozialistischer Soziologe ein „absolutes Entwicklungsgesetz des Vernunfttiers Mensch" zu erkennen glaubt, das ihn von „kleinen Menschenhorden" bis zu einer „Gesamtorganisation der Menschheit" leitet und in dem „alle Klassen- und Staatenkämpfe" des Menschen, „seine Revolutionen und seine Befreiungen und die erstaunlichen Zeiten seiner schöpferischen Perioden enthalten sind" [2]). Von diesem „menschlichen Grundtrieb" der Organisation aus kann Plenge als Forscher eine „Organisationslehre" begründen und als Politiker eine „Durchorganisation des Staatensystems", ja eine „Organisation der Welt" verlangen. Von der „allgemein bekannten gesellschaftlichen Lebenstatsache: Organisation" aus formuliert er Grundlagen, „auf denen eine außen und innen einheitlich zusammengefaßte Völkergesellschaft, eine Periode der Volksgenossenschaft und der Völkergenossenschaft entstehen kann —". Wie Plenge seine „gesellschaftliche Generalstabsaufgabe aus dem Grundsatz der Organisationsidee" realpolitisch ableitet, interessiert gewiß einen künftigen Geschichtsschreiber seines organisatorischen Sozialismus; für uns erhellt hieraus, warum Plenges sonst so aufschlußreiches Werk Hegel und Marx gerade in ihrem Kernpunkt unzureichend begreift.

[1]) Vgl. Mayer-Moreau, Hegels Sozialphilosophie (1910) und Franz Rosenzweig, Hegel und der Staat (1920). Zu Hegel und Marx siehe auch Hollitscher, Das historische Gesetz (1901), S. 53—56.

[2]) Vgl. J. Plenge, Die Geburt der Vernunft, Berlin 1918.

Hammachers breitangelegtes „philosophisch-ökonomisches System des Marxismus" (1909) birgt eine unverhältnismäßig geringe Ausbeute für uns. Zum Schluß weist er auf die Hegelsche Grundstimmung hin, welche Marxens Gesellschaftsbegriff erfülle, und erinnert zugleich an den Optimismus der französischen Gesellschaftsphilosophie St. Simons und Proudhons. „An die Vereinbarkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems mit der Staatslosigkeit zu glauben, ja hierin kein Problem zu sehen, — dies vermag nur derjenige, der das organische Band der Gesellschaft als ein Natürlich-Wirkliches, als einen selbsttätigen Eigenmechanismus behauptet." Wir haben an Marxens Werk gezeigt, wie er zu dieser Grundstimmung gelangt ist [1] [2].

7

Was uns zu erörtern bleibt, sind einige Begründungen der marxistischen Gesellschaftslehre, welche an den Grenzen ihrer theoretischen Hauptposition liegen, jedoch für sich gleichfalls ein theoretisches Interesse beanspruchen. Ich meine einmal die urgeschichtlichen Studien zur ökonomischen Geschichtsauffassung, unter denen Engels' Buch voransteht „Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" (1884); sodann jene eindringliche Kritik, in der Stammler seinen sozialrechtlichen Standpunkt begründet hat.

Friedrich Engels hat jenen Stufenbau, den wir oben kennen lernten (Urkommunismus, Privateigentum, sozialistische Gesellschaft), in dem genannten Werk als historische Kategorie aufzu-

---

[1] Es kennzeichnet Hammacher gleich manchen anderen Gesellschaftsphilosophen, daß er über die politische Geschichte und über historische Gesetze ausführlich philosophiert, von politischen Historikern jedoch offenbar nur Treitschke kennt. Seinen einschlägigen Formulierungen eignet daher, trotz aller sonstigen Literaturkenntnis, eine gewisse Naivität.

[2] Von den Autoren, welche die Gesellschaftslehre und Geschichtsphilosophie des Marxismus behandeln, hebe ich noch hervor: Plechanow, Tugan-Baranowsky, Dühring, Stammler, Sombart Max Adler, Georg Adler, Woltmann, Hollitscher, Barth, Mehring, Struve, Sulzbach. Soweit ihre zum Teil ausgezeichnete Arbeiten in den Kern unseres Problems einführen, berücksichtige ich sie im Laufe unserer Untersuchung.

zeigen unternommen. In der Geschichte der ältesten Menschheit meinte er seine Annahme, daß der Staat „im großen und ganzen" durch die Gesellschaft gelenkt werde, am ersten bestätigt zu finden [1]). Engels wie Marx übernahmen zu diesem Zweck urgeschichtliche Forschungen des Amerikaners Morgan, deren für sie wesentliche Teile jedoch seither von der Kritik zerpflückt worden sind. Engels glaubte, an einem derart untauglichen Objekt Rousseaus und Babeufs Annahme einer klassenlosen Urgesellschaft bestätigen zu können. Wir sehen ihn mit Rousseauscher Romantik [2]) sich begeistern für die Barbarei jenes angeblichen Urzustandes, während er die Zivilisation der entarteten Klassenstaaten streng verwirft. Fernab jeder unbefangenen Betrachtungsweise konstruiert er derart sich eine urgeschichtliche Wirklichkeit zurecht; schlechterdings alles, was zwischen ihr und der sozialistischen Zukunft liegt, glaubt er über den Leisten einer einzigen dürftigen Antithese schlagen zu dürfen. Wie unwissenschaftlich und darum naiv ein solches Vorgehen sei, erhellt zum Überfluß abermals an den Unterscheidungsmerkmalen seiner drei Kategorien: Engels sieht sie ausschließlich innerstaatlich. Daß der Staat ihm eigentümliche außenpolitische Aufgaben haben und daß diese für sein Wesen entscheidend werden könnten, kommt dem Historiker Engels überhaupt nicht in den Sinn! Hierin liegt, wie gesagt, der entscheidende Rückschritt, den die marxistische Gesellschaftslehre vom 19. zum 18. Jahrhundert tut.

Ich kann eine solche Geschichtsphilosophie, welche dem Weltgeschehen jede Würde nimmt und seinem Reichtum mit einer fertigen Schablone entgegentritt, nicht unbefangener kennzeichnen als mit den folgenden Worten, welche Hermann Oncken den Kategorien der Lassalleschen Soziologie in dessen System der

[1]) Für den Historiker Engels vgl. auch seinen Aufsatz „Gewalt und Ökonomie bei Herstellung des neuen deutschen Reiches". Bismarck habe nie auch nur die Spur einer eigenen politischen Idee gehabt! usw.

Es lohnt sich vielleicht einmal, Engels' „positive Kenntnisse der Welt" derart zu untersuchen. Zu seinen urgeschichtlichen Konstruktionen vgl. Barth, Soziologie, l. c. S. 576 ff. und Geschichtsphilosophie, l. c. S. 48 bis 52; ferner Tugan-Baranowsky, l. c. S. 48 ff. Siehe auch Ed. Meyers „Geschichte des Altertums" und Jellineks „Staatslehre".

[2]) So schon Hammacher, l. c. und v. Below, Die deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen (1916).

erworbenen Rechte widmet: „Sie haben keinen höheren Wert als den eines Ordnungsprinzips, einer Klassifikation historischer Tatsachen unter einem bestimmten Gesichtspunkt; indem sie aber mehr zu sein, ein historisches Gesetz darzustellen beanspruchen, führen sie zu einer konstruktiven Verhüllung der historischen Wirklichkeit, zur Vergewaltigung des Geschichtsverlaufs der einen Tendenz zuliebe. Jede neue Geistesrichtung wird immer wieder den Versuch einer ihr entsprechenden geschichtsphilosophischen Begründung machen, um ihre eigene Berechtigung mit scheinbar zwingenden Sätzen zu erhärten, sie wird zu diesem Zwecke den empirischen Stoff der Weltgeschichte einer neuen Gruppierung nicht nur, sondern auch einem neuen vermeintlich immanenten Gesetz unterwerfen. Der Historiker wird aus jedem dieser Versuche lernen, um ihn dann zu verwerfen, wie er jeden Versuch verwerfen muß, ein logisches Schema für den unendlichen Reichtum und die sich kreuzenden Tendenzen alles weltgeschichtlichen Geschehens zu finden" [1]).

Die naturrechtliche Lehre der Marxisten vom Verhältnis der Klassen und den inneren Widersprüchen des Staates und der Gesellschaft trägt, so sahen wir, einen durchaus dogmatischen Charakter. Sie wurde aufgestellt, bevor ihre Formeln einen ökonomischen Gehalt und eine historische Bestätigung empfangen hatten. Die Ökonomie des Marxismus steht und fällt darum mit seiner Soziologie. Kein Wunder, daß ein derart grundlegendes Dogma aus sich heraus keinerlei Zeugungskraft entfalten konnte. Erst als die Ereignisse diese Lehre auf ihre Lebensprobe stellten, die wir im vorigen Kapitel kennen lernten, wandelte sie sich um und kehrte nun zu jener geschichtlichen Mannigfaltigkeit zurück, aus der heraus sie als ein blasses Schemen konstruiert ist. Da das Dogma einen grundsätzlichen Fortschritt über sich selbst hinaus nicht gestattet, bleiben seinen Anhängern nur die Propaganda und die Apologie übrig. Für die Propaganda weise ich auf August Bebels bekanntes Volksbuch „Die Frau und der Sozialismus" hin; gleichermaßen inner-

---

[1]) Oncken, Lassalle (3. Aufl. 1920), S. 190 191. Zu Engels und Marx vgl. Oncken im Februarheft 1914 der „Preußischen Jahrbücher".

staatlich gerichtet, geht Bebel an allem Problematischen seines marxistischen Zukunftsglaubens ganz naiv vorbei.

Apologetisch könnte man versucht sein, das vom Marxismus vorausbestimmte Absterben des Staates bereits in der Gegenwart aufzusuchen, in der Rückkehr des Staates in die Gesellschaft nicht nur einen dialektischen Prozeß, sondern schon eine geschichtliche Gegenwart zu erblicken. Dies versuchte Franz Oppenheimer, der sich als liberaler Marxist bezeichnet, noch 1919 in seiner Studie „Der Staat": Die Tendenz der Entwicklung des Staates führe unverkennbar dazu, ihn in seinem Wesen aufzuheben. Ein letzter Rest des „Kriegsrechts", eine letzte Zitadelle des „politischen Mittels" sei das Großgrundeigentum; seine Beseitigung öffne den Weg zur inhaltlich staatsfreien „Freibürgerschaft", deren Anfänge Oppenheimer in einigen überseeischen Ländern schon zu seinen Lebzeiten verwirklicht findet. Diese angebliche Synthese aus St. Simon, Hegel, Herder und Schleiermacher beweist eine unbefangene Entferntheit von jeder philosophisch-historischen Betrachtungsweise; sie zeigt, wohin eine in sich unzulängliche Staats- und Gesellschaftslehre führen kann[1]).

Engels hat in mehreren Briefen seiner Spätzeit die technisch-ökonomischen Produktivkräfte des gesellschaftlichen Werdens in eine ausdrückliche Wechselwirkung mit ihrem politischen Überbau gebracht, bei der schließlich doch als „Notwendigkeit die ökonomische Bewegung sich durchsetzt"[2]). Der preußische Staat z. B. sei durch historische, in letzter Instanz ökonomische Ursachen entstanden und fortentwickelt, wennschon auch andere Momente dabei mitgewirkt haben, z. B. der Erwerb Ostpreußens. Je kleiner das Objekt, eine desto größere Rolle spielen offenbar derart zufällige Momente; aber das Parallelo-

[1]) Vgl. in diesem Zusammenhang Oncken, Lassalle, S. 483 ff. — Daß „das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre" niemals, wie Oppenheimer (1903) meint, in der Lehre von der Entstehung der industriellen Reservearmee liegen kann, erhellt wohl ohne näheren Nachweis. Denn Marx setzt die entscheidenden gesellschaftlichen Begriffe in seiner Formulierung des „Gesetzes der Akkumulation" sämtlich ausdrücklich voraus.

[2]) S. Woltmann, Der historische Materialismus (1900), S. 238 ff. Vgl. auch Barth, Philosophie der Geschichte, l. c. S. 663, Anm. 2.

gramm all dieser Kräfte ergibt schließlich eine „Geschichte nach Art eines Naturprozesses", die auch „wesentlich denselben Naturgesetzen unterworfen" ist. Ebenso hält Engels „die schließliche Suprematie der ökonomischen Entwicklung" für Religion und Philosophie wenigstens mittelbar fest. Die Ideologien haben wohl eine geschichtliche Wirksamkeit, sind aber für Engels nicht „die eigentlichen Triebkräfte". Anderseits begreift die bestimmende Basis für ihn die gesamte Technik von Produktion und Austausch in sich, desgleichen die geographische Grundlage und die Rasse; nur innerhalb dieses sie bedingenden Milieus machen die Menschen ihre Geschichte selbst[1]).

Man hat mehrfach getadelt, daß Marx wie Engels die Abhängigkeit der Ideologien von ihrer „Materie" unscharf umrissen haben. Die Annahme einer solchen letzthin bestimmenden Abhängigkeit läßt, so sehen wir, auch Engels in seiner „Wechselwirkung" ausdrücklich unberührt. Derart bleibt das Grundverhältnis alles sozialen Daseins — jene aus Rousseau und Hegel geformte Trennung einer herrschenden Gesellschaft vom beherrschten Staat — völlig unangetastet. Der Staatsgedanke wird nach wie vor nicht in sich selbst verankert, sondern zählt unter die „abgeleiteten" Ideologien — während auf der anderen Seite so komplexe Erscheinungen wie Fortpflanzung, Milieu und Rasse gleich der Technik und dem Erfinder zu letzthin „treibenden Triebkräften" des Geschehens werden. Man sieht: An klarer inhaltlicher Bestimmtheit gewinnen die „Produktivkräfte" bei Engels freilich keineswegs, wohl aber bleibt ihre Besonderheit und Überlegenheit gegenüber Staat und Recht durchaus gewahrt und damit die Grundeinstellung jedes marxistischen Denkens. Es bleibt bei jener uns geläufigen Grundbeziehung zwischen Staat und Gesellschaft, welche Engels — um ein letztes Beispiel anzuführen — dahin umrissen hat: „Die Gesellschaft erzeugt gewisse gemeinsame Funktionen, deren sie nicht entraten kann. Die hierzu ernannten Leute bilden einen neuen Zweig der Teilung der Arbeit innerhalb der Gesellschaft. Sie erhalten damit besondere Interessen auch gegenüber ihren

---

[1]) Zur Rasse vgl. L. Gumplowicz „Rassenkampf" (1883). Siehe Engels in „Dokumente des Sozialismus" II (1902), S. 66 ff.

Mandataren, sie verselbständigen sich ihnen gegenüber, und — der Staat ist da."

Wie könnte es auch anders sein, wenn wir einen Blick auf jene Gesellschaftslehre werfen, als deren Negation der Marxismus entstanden ist, auf die am Staatsgedanken zentrierte Gesellschaftslehre Hegels. Wie sollte Engels jemals zur „Negation der Negation" gelangen und den Widerspruch in einem neuen Denkprozeß aufheben wollen — er, dessen erste Briefe an Marx die „Auflösung des Nationaldrecks" postulierten und dessen literarisches Vermächtnis dem „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen" galt.

Marx selber wäre aus seinem in Affirmation und Negation befangenen Denken niemals zu einer Aufhebung des Widerspruchs zwischen Staat und Gesellschaft in der geschichtlichen Wirklichkeit gelangt. Sollte er jemals zugeben, daß „die wirklichen Lebensverhältnisse" nicht gleich den „wirtschaftlichen Verhältnissen", daß die „politische wie bürgerliche Gesetzgebung" nicht aus diesen abzuleiten sein? Dann mußten ja beider Verhältnisse sich, wie bei dem „Idealisten" Hegel, einfach von neuem umkehren: Die gesellschaftliche Materie wäre wiederum zur bloßen Erscheinung, Religion und Politik aber wären wieder Grundlage und Wurzel dieser Erscheinungen geworden! Mit eben diesen Worten hat Marx gegen Karl Grün die französische Gesellschaftskritik und die Wirklichkeitsschilderungen französischer Sozialisten und damit sein eigenes Denken verteidigt: „Daß, wenn Religion und Politik als Grundlage der materiellen Lebensverhältnisse gefaßt werden, alles in letzter Instanz auf Untersuchungen über das Wesen des Menschen, d. h. über das Bewußtsein des Menschen von sich selbst hinausläuft, ist ganz natürlich." Hier endet somit Marxens Vorstellungsvermögen. Daß man zur Anschauung geschichtlich-gesellschaftlicher Erscheinungen gelangen könne, ohne sie in „antagonistischen Formen" zu denken, daß man den Gang des Weltgeistes in der Wirklichkeit spüren könne, ohne darum in „ideologischen Phrasen" oder in Stoffhuberei zu versanden, daß unserem Erkennen derart ein Fortschreiten über die Soziologen und Historiker des damaligen Frankreichs hinaus möglich sei und daß die industriellen Fragen seiner Umwelt sich

einem solchen Erkennen, frei von dialektischer Einschnürung, einbeziehen lassen, — blieb außerhalb des Marxschen Denkens. Hier ist für Marx die Schranke erreicht, von der jede große Persönlichkeit und ihr Werk begrenzt wird. Hätte er sie überschritten, er hätte seinen eigenen Wesenskern zerstören müssen.

Indem wir die marxistische Gesellschaftslehre hiermit verlassen, möchte ich zum Schluß einen Blick werfen auf jene Gruppe von Forschern, welche das Wesen des Staates gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen in juristische Merkmale verlegen. Als ihren Wortführer betrachten wir Rudolf Stammler; hat er doch Recht und Wirtschaft nach der materialistischen Geschichtsauffassung als Erster eindringlich kritisch untersucht. Stammler ist Jurist und Neu Kantianer. Er steht der ökonomischen Theorie vom Werden und Vergehen des Staates darum fern; anderseits kann die von ihm vertretene juristische Staatskonstruktion uns gleichfalls nicht befriedigen. Stammler veräußerlicht, indem er zu den Quellen des sozialen Geschehens erneut vordringt, offenbar das Wesen des Staates und verkennt insoweit den Kern jeglicher „äußeren Regelung" des sozialen Daseins. Ich begnüge mich, diese grundlegende Differenz in Stammlers eindringlicher Kritik des Marxismus festzustellen.

Stammler grenzt den Staat von sonstigen gesellschaftlichen Gruppen folgenderart ab: „Fahrende Horden und Stämme und nomadisierende Völkerschaften leben unter rechtlicher Ordnung, aber nicht in einem Staate; und die Kinder Israels stellen während ihrer überlieferten vierzigjährigen Wanderschaft durch die Wüste zwar eine straff zusammengehaltene und streng beherrschte Rechtsgemeinschaft, aber keinen Staat dar; — denn in allen diesen Fällen fehlt die feste Beziehung zu einem bestimmten Territorium, die wir als wesentliches Merkmal dem Begriffe des Staates unterlegen. Dazu kommt, daß in langen Zeiträumen der sozialen Geschichte die Reform und Neubildung des Rechtes der Kirche, autonomen Kommunen und anderen Körperschaften, selbst Familienverbänden überlassen war, auf welche wiederum der Begriff des Staates keine Anwendung findet; und daß endlich in dem neuzeitlichen Völkerrecht durch

Rechtsquellen, die über den einzelnen Staaten stehen, Rechtsnormen in das Leben zu treten vermögen."

Es nimmt Wunder, ein so tief schöpfendes Werk in diesem Zusammenhang mit einem Staatsbegriff sich bescheiden zu sehen, der das äußerliche Merkmal der Seßhaftigkeit zum entscheidenden Kriterium nimmt. Die übliche juristische Begriffsbestimmung des Staates durch Staatsgewalt, Staatsvolk und Staatsgebiet entfaltet zwar wesentliche Momente des Staates; sie würde ihm aber offenbar keineswegs gerecht, falls man außerhalb dieser Momente gleichsam einen staatsleeren Raum annähme. Auch solche sozialen Gruppen, welche jene drei Momente nicht entfaltet haben, können bereits das Wesen der Staatlichkeit enthalten. Stammler nimmt dies anscheinend nicht wahr. Vielmehr führt sein Oberbegriff der sozialen Regelung ihn dazu, gleich vielen anderen Juristen das Recht für ein logisch wie historisch dem Staat vorausgehendes gesellschaftliches Phänomen zu erklären. Man könne die Rechtsordnung definieren, ohne auf die staatliche Organisation im geringsten bezug zu nehmen; nicht aber sei es möglich, von einer Staatsgewalt zu reden, es sei denn, daß man rechtliche Bindung von Menschen dabei in Gedanken habe. Mit dieser Lehre, welche aus der Enge des untergelegten Staatsbegriffes folgt, verbaut man sich die unbefangene Erkenntnis der geschichtlichen Erscheinungen. Daß, wie Stammler meint, keine Begriffsbestimmung des Staates gegeben werden könne, ohne dabei die Möglichkeit einer rechtlichen Bindung zu verwenden, dringt hiergegen natürlich in keiner Weise durch. Lösen wir das Element der Staatlichkeit aus jenen Begriffsklammern, so können wir es vielmehr in allen rechtsetzenden „Gruppen" der Gesellschaft aufdecken und brauchen es nicht an Merkmale zu knüpfen, welche gleich der „Seßhaftigkeit" dem Wesentlichen in der Erscheinung des Staates überhaupt nicht nahe kommen. Hat doch jeder „Stamm" zu seiner Zeit und an seinem Ort eine Beziehung auf ein Territorium, der das Merkmal ihrer Dauer keineswegs derart wesentlich ist. Stammlers Beispiel des Volkes Israel beweist dies hinlänglich: Wie könnte man Stammlers „streng beherrschte Rechtsgemeinschaft" der Israeliten als Historiker verstehen, wenn man die Staatlichkeit dieses kämpfenden und

wandernden Volkes dabei fortdenken müßte! Unsere germanischen Vorfahren bildeten doch nicht nur vor, zwischen und nach ihren Wanderungen „Staaten"!

Dem Wesen des Staates — fasse man es, wie man wolle — wird die sozial-rechtliche Definition somit nicht voll gerecht. Man mag den ganz entfalteten Staat mit ihr hinlänglich umschreiben; aber man tut Unrecht, darüber das Element der Staatlichkeit bei allen jenen gesellschaftlichen Gruppen zu vernachlässigen, deren primitivere Struktur mit einigen juristischen Merkmalen sich nicht abfertigen läßt[1][2].

---

[1]) Man bemerke, daß Stammler unser Problem: Staat und Gesellschaft nicht wesentlich weiter fördert, als schon Ferguson und Hume, die es im 18. Jahrhundert stellen. Darin liegt zugleich beschlossen, was die Gesellschaftslehren Kants und Marxens verbindet. Vgl. hierzu auch meine Anzeige von Kaulla, „Über das Verhältnis der Volkswirtschaftslehre zur Rechtswissenschaft und zur Politik" (Schmollers Jahrbuch 1920, Heft 4), ferner die Literatur zum Thema „Marx und Kant" (Vorländer, Schulze-Gaevernitz).

[2]) Die Gesellschaftslehren Lassalles und des Manchestertums in ihrem Verhältnis zum Marxismus behandelt Oncken, l. c. S. 334—355. Für Rodbertus' Staatsauffassung, auf die ich gleichfalls hier nicht eingehe, vgl. Dietzels Monographie.

Zweiter Abschnitt

Der Ursprung des Marxismus

„Die Arbeiterklasse ist revolutionär oder sie ist nichts."
(Marx an v. Schweitzer 1865)

Wir sind in den Kern der marxistischen Gesellschaftslehre eingedrungen. Ehe ich dazu übergehe, die geschichtliche „Umwälzung" dieser Ideologie zu schildern, in deren Ablauf wir noch stehen, werfe ich einen Blick nach rückwärts: auf den geschichtlichen Keim eben dieser Lehre, deren logische Struktur und historischen Erkenntnisgehalt wir nunmehr zur Genüge kennen.

Es ist nicht meine Absicht und liegt auch nicht in den Erfordernissen einer programmatischen Arbeit, die Persönlichkeiten der Begründer und den literarischen Ursprung ihrer Lehre mit monographischer Breite darzustellen. Dies umschließt vielmehr, wie ich zu Anfang zeigte, eine Fülle reizvoller Sonderaufgaben zur Geschichte unserer Wissenschaft. Man könnte ihren soziologischen Gehalt dahin umschreiben: das Aufkommen einer dem Staatsgedanken sich überordnenden Gesellschaftslehre in der deutschen Wissenschaft zu schildern. Ich habe oben die Namen genannt, welche man in dem literarischen Streit um die Priorität der Marxschen Gesellschaftslehre bislang vornehmlich nennt. Unter den bisherigen dogmengeschichtlichen und philosophisch-soziologischen Gesichtspunkten sind entscheidende Einsichten jedoch kaum zu gewinnen, obschon der historische Quellboden namentlich in den Jugendschriften der Begründer klar zutage lag. Ich skizziere nunmehr einige wesentliche Momente, welche das Ergebnis des vorigen Abschnittes unterbauen und in seinem genetischen Zusammenhang aufhellen.

Die politischen Kampfschriften, welche wir von dem 24jährigen Marx aus dem Jahre 1842 besitzen, operieren noch ausdrück-

lich mit dem Staatsgedanken Hegels[1]). Es entspreche dem sittlichen Staate, eine Verwirklichung der vernünftigen Freiheit zu sein; er sei aus der Vernunft der Freiheit zu konstituieren. Der Staat sei das Allgemeinste; ein durch die Pressezensur ganz vom Staatsleben abgewendetes Volk werde „zum Privatpöbel". Die Worte eines Redners auf dem rheinischen Provinziallandtage, daß die Gesetze mit den neuen Bedürfnissen der Gesellschaft fortrücken müßten, akzeptiert Marx, der über die Verhandlungen in der „Rheinischen Zeitung" berichtet, als „die wahrhaft geschichtliche Ansicht". Gegen das gesellschaftliche Privatinteresse feudaler und bürgerlicher Waldbesitzer verteidigt Marx „vom Staatsstandpunkt" jene „besitzlose elementarische Masse, die im Kreis der bewußten Staatsgliederung noch keine angemessene Stelle gefunden" habe. Eine „unsittliche, materielle Ansicht vom Staat" lehnt Marx ab.

1

Da verbietet eben dieser Staat, dem Marx das gesellschaftliche Sonderinteresse in Hegels Sinne zu unterwerfen trachtet, Marxens öffentliche Kritik und macht sich damit offenbar zum Anwalt egoistischer Sonderinteressen. Der Staatsgedanke, in dem allein das Recht seine Würde behauptet, stürzt, und die Privatinteressen einiger „Stände" siegen über das Allgemeininteresse. „Dieser verworfene Materialismus, diese Sünde gegen den heiligen Geist der Völker und der Menschheit" löst, so scheint es wenigstens seinem rheinischen Kritiker, den „Zusammenhang mit der ganzen Staatsvernunft und Staatssittlichkeit". Zugleich versinken alle Hoffnungen, mit denen Friedrich Wilhelms IV.

---

[1]) Vgl. meine „Einführung" und die von Mehring herausgegebenen drei Bände Jugendschriften von Marx und Engels, sowie Gustav Mayers „Friedrich Engels" (Bd. 1, 1920). Über Le Chevalier vgl. v. Wenckstern, Marx (1895). Über Holbach und Helvetius vgl. Plechanow, Beiträge zur Geschichte des Materialismus (1896). Vgl. ferner Muckle, St.-Simon und die ökonomische Geschichtstheorie (1906), sowie Ernst Grünfeld, Lorenz v. Stein und die Gesellschaftslehre (1910). Ferner P. v. Struve in der „Neuen Zeit", Bd. 14 u. 15 (1896,97). Sulzbach, Die Anfänge der materialistischen Geschichtsauffassung (1911).

Regierungsantritt die liberalen und demokratischen Politiker erfüllt hatte. Marxens Willenskraft und Denkweise entspricht es, daß er sich jetzt von diesem Staate und zugleich vom Staatsgedanken überhaupt abwendet. Indem er der französischen Heimat aller menschlichen und bürgerlichen Freiheit zueilt, sieht er nun (1843) das Deutschland des königlichen Romantikers „tief in den Dreck hineingeritten". Jener führt offen „die Komödie des Despotismus" auf, die Freiheitsversuche sind mißlungen; die Unnatur dieses deutschen Staatswesens wird für Marx zur Offenbarung.

Unter denjenigen Denkern, welche Marxens rheinischen Erlebnissen und seiner Abkehr vom deutschen Staat die theoretischen Formulierungen geboten haben, nennt die bisherige Forschung einmal den radikalen Religionsphilosophen Ludwig Feuerbach. Seine Kritik der Hegelschen Spekulation (1841) hat Marxens „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden" wesentlich beeinflußt und ist von ihm stets gewürdigt worden. Die Abkehr von Hegels spekulativer Philosophie hatte auf religiösem Gebiet mit Strauß, Feuerbach und Bauer begonnen und griff sogleich auf die Hegelsche Rechts- und Geschichtsanschauung über. Feuerbach, der den Menschen als „Gattungswesen" ansprach, bezeichnet sich nur gelegentlich gegen Engels als Kommunist; er spricht später von der Willkür des Staates, dessen Wesen die Uniform, der Schein, der Tand sei.

Wohl aber bot jener „wahre Sozialismus" der Moses Heß und Karl Grün, den das Kommunistische Manifest bekämpft, für Marx 1843 Gelegenheit, in Feuerbachs abstraktem „Gattungsmenschen" ein „gesellschaftliches Wesen" und Teil der „wahren Gesellschaft" zu sehen, somit jene dem Staate untergeordnete „bürgerliche Gesellschaft" Hegels als das Gefäß und den wahren Träger der realen gesellschaftlichen Umwelt zu erfassen. Diese Ideen erlaubten es, Hegels Trennung der Geschichte von der Naturwissenschaft und Industrie aufzuheben. Der Kommunismus wurde zum Postulat, das Materielle zum Inhalt alles gesellschaftlichen Geschehens. Um dies zu werden, mußte zugleich der Staatsgedanke seiner Hegelschen Überlegenheit entkleidet sein. Seit Moses Heß hatte der „wahre Sozialismus" diesen Schritt bewußt vollzogen. Grün sagt z. B.:

„Sowie die Arbeit ein Produkt des freien Menschen ist, gibt es keinen Staat mehr, denn der Mensch hat alsdann das Gesetz in sich zurückgenommen.“ Somit war der Weg freigelegt, den vom Staat abgewendeten „Privatpöbel“ als wahren Träger der Gesellschaft zu begreifen[1]).

Die soziale und politische Opposition des vormärzlichen Deutschlands stand in weitem Maße unter dem geistigen Einfluß Westeuropas, dessen „entwickelte ökonomische und politische Verhältnisse“ eine so viel reichere Problematik darboten; man denke nur an Ludwig Börne und an Heinrich Heines Pariser Briefe, in denen bereits „Bourgeoisie“ und „Proletarier“ um 1840 vielfach abgehandelt werden. Die Kämpfe dieser Klassen füllten die Werke der französischen Geschichtsschreiber und Philosophen. In Paris fand somit der 25jährige Karl Marx einen unmittelbaren Zugang zu den Problemen, die seine Zeit bewegten und seine Umwelt zur „Kritik der bestehenden Gesellschaft“ trieben. Dort waren Bourgeoisie und Proletariat keine blutlosen Schemen, wie im rechtsrheinischen Deutschland seiner Tage. Dort fand er eine Gesellschaftslehre, welche von Hegels Idealisierung des Staatsgedankens weit entfernt war; dort jene französischen und englischen Geschichtsschreiber, welche ihre Gegenstände bewußt „auf ihre wirkliche Grundlage gestellt“ hatten. Die französische Revolution hatte Rousseaus Contrat social verwirklichen wollen und zugleich gelehrt, welche ungelösten Fragen im Schoße der zeitgenössischen Gesellschaft lagen. Babeuf 1796, St.-Simon 1821 und Proudhon 1840 hatten nach einem ökonomischen Ausdruck für diese Probleme gesucht. Bazard hatte im Anschluß an St.-Simon eine Geschichtsphilosophie gelehrt, welche die antike, feudale und moderne Gesellschaft nach ihren Arbeitsverhältnissen charakterisierte und ein Zurücktreten der Staatstätigkeit in einer künftigen geordneten Gesellschaft verhieß. Théodore Dézamys (1842) revolutionäres und ökonomisches Denken wäre in diesem Zusammenhange gleichfalls zu schildern.

[1]) Hammacher, l. c. S. 367. — Ähnlich urteilten Stirner, Engels die Chartisten und Proudhon über die „Unmenschlichkeit“ des Staates. Über Heß vgl. vorläufig G. Mayer, l. c.: „Wo Feuerbach versagte, trat Heß in die Bresche“, und Herweghs „21 Bogen“ (1843).

Hier, im Frankreich des Julikönigtums vor allem und im Deutschland Friedrich Wilhelms IV., keimte somit eine Anschauung der Gesellschaft, welche diese Staaten als „das Gattungswesen des Menschen im Gegensatz zu seinem materiellen Leben“ allgemein erfaßte und damit als „das Produkt der durch ihre eigene Entwicklung über die alten politischen Bande hinausgetriebenen bürgerlichen Gesellschaft“ stigmatisierte. In diesem Zusammenhange ward es Marx möglich, die geschichtliche Wirklichkeit nicht mehr in den „politischen, literarischen und theologischen Haupt- und Staatsaktionen“ zu sehen, sondern in der sinnlichen Tätigkeit des Menschen, in seiner „grobmateriellen Produktion auf der Erde“, in „Natur“ und „Industrie“ [1]). Mittels der Hegelschen Dialektik kehrten Moses Heß (1841) und Marx nicht nur das Hegelsche Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft um, sondern proklamierten auch innerhalb dieser Gesellschaft das Verhältnis von Bourgeoisie und Proletariat als Widerspruch. Hegels Gesellschaftsphilosophie ward so ins Materielle „umgestülpt“, der Boden für Marx' kommunistisches System gelegt. Dieser Art gewann Marx jene Formulierungen, welche seine Rousseausche Grundstimmung, seine Hegelsche Denkschulung und seine politischen Erfahrungen in sich vereinigten. Warum dies zugleich ein Bruch Marxens mit Bauer und Feuerbach, mit Moses Heß, Ruge, Weitling und Proudhon bedeutete, wurde bereits angemerkt [2]).

Stellen wir den Umschlag in Marxens Soziologie derart in den historischen Zusammenhang seiner Persönlichkeit und seiner Umwelt, so verschlägt es wenig, daß wir die hier skizzierte Gedankenwelt bei einem viel genannten deutschen Denker jener Jahre einsichtsvoll und mit weitreichender literarischer Wirksamkeit dargestellt finden. Lorenz v. Stein, dessen Werk über den französischen Sozialismus und Kommunismus 1842 erschien und von Marx zweifellos gelesen wurde, ist zwar ein Bahnbrecher einer deutschen Gesellschaftslehre geworden; jedoch gerade in dem Zentralpunkt seiner Staatsauffassung ist er zeit-

---

[1]) Man denke an Rousseaus, Hegels und Feuerbachs „Natur“, an Leos und Roschers „Naturlehre des Staates“, an St.-Simons „Industrie“.

[2]) Sombart, Friedrich Engels, S. 14, und meine „Einführung“.

lebens ein Anhänger des sozialen Königtums und des Staatssozialismus geblieben. Marx, der sich darin von ihm seit 1843 unterschied, konnte daher vier Jahre später seinen Widerspruch in die Worte kleiden: „Stein selbst ist im höchsten Grade konfus, wenn er von einem staatlichen Moment in der Wissenschaft der Industrie spricht. Er zeigt indes, daß er eine richtige Ahnung hatte, indem er hinzufügt, daß die Geschichte des Staates aufs genaueste zusammenhänge mit der Geschichte der Volkswirtschaft.“ Da Marx diejenigen Schriftsteller, welche ihn in seiner inneren „Selbstverständigung“ gefördert haben, polemisch zu „negieren“ pflegte, wird ein Einfluß Steins auf ihn durch dies schon von Struve angeführte Zeugnis keineswegs ausgeschlossen.

Steins Biograph Ernst Grünfeld kennzeichnet zutreffend die unterschiedliche Rolle, welche der Staat in den Gesellschaftslehren Steins und Marxens spielt. Neben diesem Grundunterschied, aus dem sich Steins ferneres Wirken in Staat und Wissenschaft ableiten läßt, besaßen beide Männer damals jedoch gemeinsam: „die moderne Auffassung des Proletariats, die Verwertung seines Klassencharakters zum Aufbau der Gesellschaftsordnung, die auf wirtschaftlicher Grundlage in Klassen organisierte Gesellschaft mit ihren aufeinanderfolgenden Stufen, die ökonomische Deutung ihres Werdens und Vergehens, die Beherrschung der allgemeinen Geschichte, insbesondere der Staatengeschichte durch die vom Güterleben bestimmte Gesellschaft, das Auftreten des Proletariats als kämpfende Gesellschaftsklasse, die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsideals und die Freiheit als das Ziel menschlichen Fortschritts.“

Grünfeld und andere Forscher glauben den literarischen Einfluß Steins auf Marx deshalb hoch einschätzen zu sollen. Meine kurzen Ausführungen zeigen jedoch schon, daß jedes der hier angeführten Momente bereits in der deutschen Gesellschaftskritik vor 1843 gegeben war. Es bedarf auch eines solchen Streitens um Prioritäten nicht, um die eigentümliche Leistung Steins sowohl wie Marxens zu würdigen. Den entscheidenden Umschlag in Marxens Persönlichkeit habe ich aufgewiesen; wie er nun die Waffen für seinen Kampf wider die Staatsgedanken der Romantik und des Bürgerkönigtums sich schmiedete, wie er sie sämtlich dem Arsenal der öffentlichen Meinung seiner Zeit ent-

nahm, interessiert wohl den Geschichtsschreiber Marxens und der geistigen Bewegung um 1840. Die eigentümliche Leistung Marxens bleibt doch, diese Gedankenwelt mit dem Feuer seiner Leidenschaft erfüllt und mit der Schärfe seines Denkens ihren politischen Formeln den ökonomischen Gehalt verschafft zu haben. Seit 1843 hat er sein ökonomisches System in sie langsam eingebaut, die Formeln selber jedoch sofort ergriffen[1]. Seine entscheidende Abkehr von der deutschen Rechts- und Staatsphilosophie finden wir 1843 in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" schon aufs klarste ausgesprochen. Uns bietet der schnelle Überzeugungswechsel, mit dem Plenge hier „Marx den Staatsphilosophen und liberalen Politiker in Marx den Sozialisten und Soziologen" umschlagen sieht, nach dem Gesagten nichts Überraschendes mehr dar. In jener Kritik der historischen Rechtsschule ergreift Marx das „Proletariat", dessen Namen und gesellschaftliche Wirklichkeit Frankreich ihm darbot, als die willkommene „materielle Grundlage" einer deutschen Revolution. Marx, der exilierte Revolutionär, proklamiert dies Proletariat als diejenige Klasse, welche „in einem allseitigen Gegensatz zu den Voraussetzungen des deutschen Staatswesens" stehe und deren Emanzipation in einem „industriellen Aufstand" daher erst die Wiedervereinigung des deutschen Staates mit der bürgerlichen Gesellschaft bewirken könne. Hier liege „die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation" beschlossen! „Sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen hat, wird sich die Emanzipation des Deutschen zum Menschen vollziehen." Der staatsabgewandte „Privatpöbel" Ruges wie Marxens von 1842 wird, nach dem entscheidenden Bruch, im „Proletariat" derart zum „tätigen Element" der zu revolutionierenden deutschen Gesellschaft. Indem Marx die vorgefundene Verbindung des politischen mit dem sozialen Element seinem revolutionären Wollen in den Formen Hegelscher Dialektik unterwirft, verschafft er ihm — den von Moses Heß gegebenen Anstoß verstärkend — Gemein-

[1]) Marx erklärt 1844 selber: Die sozialistischen Schriften hätten seit 1840 in Deutschland die Einsicht verbreitet, daß alle menschlichen Bestrebungen und Werke eine gesellschaftliche Bedeutung haben. Siehe Marx' philosophischen Stammbaum in der „Heiligen Familie".

gültigkeit, legt er den Grund zu seiner eigenen ökonomischen Leistung wie zur marxistischen Form der modernen Arbeiterbewegung [1]).

In der universellen Weite des zu lösenden Problems, wie Muckle mit Recht betont, hebt Marx die Erkenntnisse der westlichen Denker zur Universalität Hegelscher Geschichtsphilosophie empor. In seiner Einstellung auf den Kampf, die ihn 1843 in Paris erst zum Studium der politischen Ökonomie treibt, überwindet er die friedensvollen Phantasien der bisherigen Sozialreformer. Darin und damit in den beiden entscheidenden Anstößen seines bisherigen Daseins liegt das Eigentümliche seiner Leistung. „Die primäre Stellung der Ökonomie und der Eigentumsverhältnisse im sozialen Leben, den Wechsel der Eigentumsverhältnisse im Laufe der Zeit, die kausale Bedingtheit des politischen Fortschrittes durch den technologischen, überhaupt die Abhängigkeit der Ideen der einzelnen Gesellschaftsklassen von ihrem ökonomischen Interesse, selbst den Gedanken, daß die soziale Gesetzmäßigkeit vollständig in der Ökonomie beschlossen ist, weiterhin die Bedeutung der auf wirtschaftlichem Untergrund beruhenden Klassenkämpfe für den Fortgang der sozialen Evolution, die besondere Art der sozialen Klassendifferenzierung in den einzelnen Epochen der Geschichte (Freie und Sklaven, Patrizier und Plebejer usw.), die Unmöglichkeit, die gesellschaftlichen Verhältnisse zweckentsprechender Gestaltung entgegenzuführen, ohne Kenntnis ihrer Entwicklungstendenzen — alles dieses hatte man schon vor Marx betont" [2]).

Wir sehen nunmehr, warum das „Kommunistische Manifest" durchaus im Mittelpunkt der Marxschen Leistung seit 1843

[1]) Fr. Muckle, l. c. S. 309—345, nennt St.-Simon denjenigen Lehrer Marxens, der ihm den größten Teil der wichtigsten Bestandstücke seines Systems geliefert habe. Mannigfache Teile der Marxschen Gesellschaftslehre „waren schon vor Marx ausgebildet, und als Systematisator einer weitverzweigten Gedankenströmung, nicht als Entdecker der nach ihm benannten Theorie ist der große deutsche Sozialist zum Reformator weiter Bereiche der Wissenschaft geworden". Muckle kennzeichnet auch gut die französischen Fortsetzer St.-Simons, namentlich Thierry und Guizot. Vico, dessen „Neue Wissenschaft" Marx anführt, wäre gleichfalls zu nennen. Vgl. Sulzbach, l. c. S. 74 ff.

[2]) Muckle, l. c. S. 339/340.

steht und warum seine wissenschaftliche Fundierung noch in der „Einleitung" von 1857 über die Schemata Raynals, Adelungs und Bazards nicht hinausgelangt war. Was dann sein „Kapital" für die Gesellschaftslehre an ausgeführten Beispielen aus der „kapitalistischen Epoche" bietet, wäre gesondert auf Marxens weitere historisch-soziologische Studien hin zu untersuchen und als der Kitt in seinem gesellschaftlichen Neubau der Wirtschaft zu begreifen. Die Ökonomie hat er, an den „zynischen Ricardo" anknüpfend, derart zur zweiten großen Leistung seines Lebens ausgestaltet: auf ihr beruht seine wissenschaftliche Dauer, gleichwie sein politisches Wirken, dem das „Kapital" dient, in der marxistischen Bewegung sich erprobt[1]).

Wir dürfen also — wenn wir den Theoretiker Marx und sein Werk würdigen — nicht außer acht lassen, daß Marx sein Forschen (gleich wie Engels) bewußt als Dienst an der politischen Bewegung betrachtet hat, und müssen von hier aus die Stellung verstehen, die Marx sich selber gegenüber allen anderen Denkern zuweist. Denn nur, wenn sein eigenes System — der Träger eben jener Weltrevolution des Proletariats — den Abschluß der bisherigen Wissenschaftsepoche und den Anbruch einer neuen endgültigen Erkenntnis darstellte, war es fähig, als Ausdruck einer ihm gemäßen gesellschaftlichen Umwälzung zu erscheinen. Gleichwie das Proletariat die „bürgerliche Gesellschaft" und seine eigene Entfaltung zur Klasse in deren Schoße überwindet, mußte Marxens Denken die „bürgerliche Wissen-

[1]) Man vergleiche hierzu, was Sombart über Marxens Werk ausführt („Das Lebenswerk von Karl Marx", 1919). Marxens Werk läßt sich in der Tat nur von dem Menschen Marx her anschauen und darstellen. Marx als den Schöpfer einer „sozialen Wissenschaft" der Ökonomie habe ich im 1. Abschnitt und in der Einführung geschildert. Auf die Beziehungen der Marxschen Ökonomie zu derjenigen Ricardos und überhaupt auf den spezifisch ökonomischen Gehalt seines Werkes ist im Rahmen meiner Arbeit ebensowenig einzugehen wie auf das Einzelne des Menschen und Politikers Marx. In beider Hinsicht läßt sich — dort systematisch, hier biographisch — alles weitere sagen, sobald wir die entscheidende Grundanschauung gewonnen haben.

Von deutschen Sozialökonomen nennt (und verwirft) Marx in seiner „Kritik" von 1859 einzig Büsch, Adam Müller, List, L. v. Stein — gegenüber rund siebzig englischen und französischen Schriftstellern! Als Ökonom wie als Soziologe gehört Marx dem Westen an.

schaft" nebst allen Anfängen proletarischen Denkens auf ihrer Stufe aufheben und in sich vereinigen zum Anbruch einer abschließenden sozialen Wissenschaft, deren Einsichten so gewiß waren wie jene politischen Ideale, welche Marx zu naturgesetzlichen Wahrheiten erklärte. Dieser politischen Wirkung halber suchte Marx seine Theorie von ihrem literargeschichtlichen Boden zu lösen, bekämpfte oder verschwieg er den Einfluß früherer Denker der unvollkommenen Zeiten — z. B. St.-Simons — auf seine eigene Soziologie. Aus der politischen Grundrichtung seines Denkens verstehen wir somit, warum die feindlichen Ökonomen zu „Vulgärökonomen" und alle bisherigen Sozialisten zu „Utopisten" in Marxens und der Marxisten Augen werden sollten. Und wir vergeben dem Gehalt seiner Leistung nichts, wenn wir sie nun doch dem ideengeschichtlichen Zusammenhang einordnen und mit dem Gesagten eben jener Probe unterwerfen, der wir ihre Aussagen von der „Wirklichkeit" bereits unterzogen haben.

Im besonderen der Ausdruck „Utopisten" kennzeichnet nur jenen Punkt, in dem Marxens Kampfstellung die Harmonieträume der Owen usw. ablöste; nicht St.-Simon oder jene Historiker, von denen Marx wertvolles Erbgut übernahm. Daß Marxens Soziologie von solchen Vorgängern übernommen worden sei, indem er sie dem Hegelschen Denken und der politischen Tendenz seiner innersten Persönlichkeit unterwarf, ist mehrfach aufgefallen. So sagt Plenge hiervon: „Die Behauptung ist der ganze Beweis. — Mit der (Hegelschen) Staatslehre fällt der Philosoph"; und Grünfeld meint: „Über die Entstehung der menschlichen Gesellschaft überhaupt sagt uns Marx nichts." Muckle hebt namentlich St.-Simons Einfluß auf die Marxsche Generation hervor. Indem ich jedoch Marxens synthetische Leistung aus den zwei Grundelementen seines bisherigen Daseins — aus Hegelscher Form und Rousseauschem Gehalt — bestimme, wahre ich ihr eben dadurch jene entscheidende Selbständigkeit, zu der sie als geschichtliches Phänomen über alle Vorläufer weit hinaus gelangt ist: Ausdruck einer elementaren politischen Willenskraft zu sein.

2

Der Staat, zu dessen grundsätzlicher Aufhebung Marx jetzt vorschritt, war eben derjenige, der Marxens Kölner Wirksamkeit im Frühjahr 1843 unterbunden und seinem Leben damit, wie wir sahen, den entscheidenden Anstoß gegeben hatte. Hammacher hat schon darauf hingewiesen, daß Karl Marx in seinem Aufsatz zur Judenfrage, der gleichzeitig mit seiner Kritik der historischen Rechtsschule erschien, erstmals eine eigentümliche ökonomische Note in jene eben formulierte neue Gesellschaftslehre bringt. Wir stoßen hier auf eine weitere Wurzel seiner Gesellschaftslehre. Es ist in der Tat bemerkenswert, zu sehen, wie Marxens Anschauung vom gesellschaftlichen Eigennutz an dieser Stelle aus seiner Charakteristik des jüdischen „Schachers" ihre Farben nimmt. Die „bürgerliche Gesellschaft" erscheint ihm als vom jüdischen Geist erfüllt[1]).

Im gleichen Zusammenhang führt Marx sodann seine Anschauung vom „politischen Staat" als dem Überbau der modernen bürgerlichen Gesellschaft aus, indem er den „vollendeten politischen Staat" mit seinem „Rechtssystem" der Sphäre des gesellschaftlichen Eigennutzes entgegengesetzt. Indem er diesen Hegelschen Begriffen einen anderen Inhalt gibt, biegt er sie in seine zurückgewonnene Lehre vom „Menschen" und „Bürger" um. Das Vorbild einer solchen modernen Gesellschaft, die ihren politischen Überbau trägt, sind ihm 1843 — wie später 1857 — die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das Deutschland Friedrich Wilhelms IV. mit seinem „christlich-germanischen" Ständewesen ist ihm dagegen noch ein „Nichtstaat", keine „moderne Gesellschaftsform". Wie die Religionskritiker himmlisches und irdisches Leben, so reißt Marx den Staat und die bürgerliche Gesellschaft derart aus ihrer Hegelschen Verbundenheit, um — wie jene die Kirche — den Staat seiner Tage als Widerspruch aufzuzeigen. Daß der politische Staat seiner Gesellschaft sich anpasse und daß die Gesellschaft zu diesem Behuf sich „emanzipiere": dies „jungdeutsche" Schlagwort wird nun Marxens

---

[1]) Auch späterhin wendet sich Marx wider „Börsenjuden, Börsenwölfe" und die „Bankokratie".

Postulat. Aus der politischen Bewegung heraus formt Marx derart sein Grundverhältnis von Staat und Gesellschaft, um es in einer politischen Bewegung wiederum aufheben zu können. Gleich Babeuf und St. Simon empfängt er jetzt von Rousseau den entscheidenden Anstoß.

Das Wesen der politischen Emanzipation, für die Marx kämpft, ist somit beschlossen in dem „Verhältnis des politischen Staats zur bürgerlichen Gesellschaft". Beider Trennung findet der Schüler Rousseaus in den „Menschenrechten" der französischen Revolution klassisch anerkannt. Allein jene Rousseausche „Vollendung des Idealismus des Staats war zugleich die Vollendung des Materialismus der bürgerlichen Gesellschaft", wie Marx in der typischen Ausdrucksweise jener Jahre sagt. Der „Mensch" als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft wird „die Basis, die Voraussetzung des politischen Staats" und seines „Citoyen". Derart formuliert Marx bereits 1843 seine Anschauung; der Staat erscheint auch ihm als Produkt und „Einrichtung der Gesellschaft". Die Menschenrechte hatten die Rousseausche Freiheit des „Homme" und „Citoyen" staatsrechtlich formuliert; aber das Bürgerkönigtum kennt bereits den Widerspruch zwischen „Bourgeois" und „Proletarier" innerhalb ihrer nur formalen Gleichheit. Diesen gesellschaftlichen Widerspruch kann nun nicht mehr ein bloß „politischer Aufstand", sondern nur noch eine „proletarische Revolution" auflösen: zur Freiheit geselle sich die Gleichheit!

Rousseaus „forces propres" finden wir bei Marx ausdrücklich als die „gesellschaftlichen Kräfte" wieder, die er der „politischen Kraft" des abstrakten Staatsbürgertums der Revolution entgegensetzt. Die proletarische Emanzipation erst kann den abstrakten Staatsbürger von 1791 in den „wirklichen individuellen Menschen" zurücknehmen und in der künftigen Organisation seiner gesellschaftlichen Kräfte jenen Widerspruch und mit ihm den „politischen Staat" beseitigen. Jener Widerspruch ist im Gegensatz zu Hegel für Marx das „Prinzip des Staates" geworden; er kann erst mit dem Staate selbst verschwinden. Die Ungleichheit, die schon Babeuf und das „Manifest der Gleichen" sowie vordem Rousseau kannten, ist zum Hauptmerkmal der „bürgerlichen Gesellschaft" geworden.

So unlöslich verknüpfen sich für Marx Soziologie und Politik. Und nun erst werden jene „gesellschaftlichen Kräfte" zu dem Gefäß, in das Marx die ökonomischen Produktionsverhältnisse hineingießt, das er mit dem ganzen Inhalte seiner 1843 beginnenden ökonomischen Studien erfüllt. Die „gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse" erzeugen seither den Überbau des Staats, der seinerseits mit der „politischen Kraft" identisch sein soll. In der Produktion verankert Marx nun die Rousseausche Ungleichheit von Arm und Reich.

3

Derart legte Marx die Fundamente seines kommunistischen Systems. Der Kampf, in welchem dies geschah, führte ihn in „die Welt des Menschen, Staat, Sozietät". Dieser Kampf, wenn wir ihn ganz verstehen wollen, führt auch uns dazu, jene Umwelt zu betrachten, deren Emanzipation er galt. Ich hätte also Staat und Gesellschaft, Politik und Ökonomie der 1830er und 1840er Jahre in Deutschland und in Westeuropa abzuschildern, wenn es meine Absicht wäre, in dieser programmatischen Studie den Quellboden des Marxismus in seiner ganzen Ausdehnung zu beschreiben. Meine Schilderung müßte, Marxens eigenen Worten folgend, in die ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms IV. auslaufen. Denn ihre Erregungen trieben den 24jährigen rheinischen Junghegelianer und Rousseauschen „Weltbürger" — wir sahen es zu Anfang — in die politische Arena; ihre Enttäuschungen trieben ihn 1843 ins Exil. Dies ward nach Marx' eigensten Worten das für sein weiteres Leben entscheidende Erlebnis. „Menschen, das wären geistige Wesen, freie Männer, Republikaner"; es gilt, die Deutschen aus ihrem „Dienerstaat" zur Freiheit zu erwecken! Marx nimmt den Kampf dafür auf. Aus dem selbsterlebten Widerspruch der ideellen Bestimmung des Staates mit seinen realen Voraussetzungen will er die soziale Wahrheit entwickeln, ohne dabei übrigens einem dogmatischen Kommunismus zu verfallen. Dem siegreichen Romantiker auf dem Throne und seiner „historischen Schule" gilt sein Kämpfen. Diesen zeitgeschichtlichen Hintergrund der Marxschen Entscheidungsjahre zeichnet Gustav Mayer in

seinem vortrefflichen Aufsatz „Die Junghegelianer und der preußische Staat“ (Historische Zeitschrift, Bd. 25, Heft 3). Gleichwie die Junghegelianer den deutschen Staatsgedanken im Kölner Kirchenstreit verteidigt und erst unter der kirchlichen Reaktion preisgegeben hatten, stritten sie für ihr Preußen der Aufklärung, bis Friedrich Wilhelms IV. verschärftes Zensuredikt von 1843 sie den Staatsgedanken überhaupt negieren ließ[1]).

Wir müßten ferner entwickeln, wie jenes „Hauptproblem unserer Zeit“ — nämlich das „System des Erwerbs und Handels, des Besitzes und der Ausbeutung der Menschen“ — die entscheidende Waffe werden konnte; wie jenes Proletariat entstanden war, dessen Gegensatz zur Bourgeoisie damals das Frankreich des „Bürgerkönigs“ und das England der Chartisten erfüllte. Nicht umsonst erkannte Marxens an Hegel geschulter politischer Instinkt 1843 im Proletariat „die positive Möglichkeit der deutschen Emanzipation“; indem er diesen Begriff damals als politische Waffe aufnahm und zum Mittelpunkt seines Denkens machte, verband er die älteren Erfahrungen seiner Pariser Umwelt mit der spekulativen Gesellschaftskritik und mit den rheinischen Erlebnissen in seiner deutschen Heimat. Nicht die ökonomischen Kategorien seines „Kapitals“ — wie sollte es ohne Kenntnisse der Sprache und der Klassiker Englands zu denken sein —, sondern dieser Zentralgedanke, der allem zugrunde liegt, fuhr damals gleich einem zündenden Blitz in sein Denken: Sobald der Blitz dieses Gedankens gründlich „in den naiven Volksboden“ eingeschlagen sei, werde sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen! Darum tauchte er, mit Engels, nun hier in Paris unter in die Vereine der deutschen Arbeiter und Handwerker, suchten sie „die Straubinger“ der deutschen Kolonien zu Paris und Brüssel mit diesem Gedanken zu erfüllen und zu beherrschen. Darum vergrub er sich in die Bücherschätze des britischen Museums, wurde er zum Theoretiker dieser sozialen Revolution, die er nun doch gleich-

---

[1]) Vgl. Max Lenz, Geschichte der Universität Berlin II, 1, „Romantik und Realitäten“, namentlich die Fälle Bauer und Nauwerk, mit Marxens Erstlingsschriften. G. Mayer in „Zeitschrift für Politik“ VI 1 (1913) und E. Hammacher in Grünbergs „Archiv“ I (1911). Joseph Hansens „Rheinische Briefe und Akten“ der Jahre 1830—45.

zeitig — wieder am Rhein 1848/49 und sodann namentlich mittels der I. Internationale — unmittelbar zu leiten suchte. Von hier aus müssen wir seine brennende Teilnahme am schlesischen Weberaufstand verstehen sowie Engels' klassische Schilderung des britischen Proletariats (1844/45). Wir müßten daher ein Gesamtbild der staatlichen und sozialen Zustände jener innerlichst bewegten Jahrzehnte zeichnen und den Marxismus derart in den geistes- und wirtschaftsgeschichtlichen Zusammenhang seines Ursprungs stellen[1]).

Indem wir die Grundgedanken eines solchen Unternehmens aussprechen, haben wir der Aufgabe unserer programmatischen Studie genug getan. Wir vermögen die grundlegende gesellschaftliche Leistung Marxens und des Marxismus zu begreifen und vermögen ihm seinen bleibenden Platz unter den großen Bewegungen unserer Epoche anzuweisen. Karl Renner hat einmal auf die geschichtlichen Voraussetzungen hingewiesen, unter denen die politische Ökonomie als Wissenschaft überhaupt erst

---

[1]) G. v. Below hat in seinem oben genannten Werk auf die deutsche wirtschaftsgeschichtliche Literatur vor 1850 hingewiesen, die sich in ihrer Kritik der damaligen Wirtschaftsverfassung und im Herausheben der ökonomischen Triebkräfte vielfach mit den Anfängen von Marx und Engels berührt; namentlich v. Raumer ist hier zu nennen. Marx hat gegen die „historische Rechtsschule" Hugos und gegen die „romantische Schule" v. Hallers ausdrücklich polemisiert, seiner oben gekennzeichneten Grundrichtung entsprechend. Immerhin läßt sich nicht verkennen, daß die romantischen Politiker vor 1850 vielfach die gleichen sozialen Fragen behandeln wie die Sozialisten und daß dies Widerspiel von Adam Müller bis Ad. Wagner sich in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts verfolgen läßt.

Von den deutschen Wirtschaftshistorikern vor 1850 hat Marx wohl nur v. Gülich verwertet. Vgl. auch Engels' Schriften der Frühzeit im Anhang zu G. Mayers Biographie.

Als Besonderheit sei beigefügt, daß Marx den „Mehrwert" bereits anläßlich der Holzdiebstahlsdebatten im rheinischen Landtag 1843 prägt, — in einem besonderen Sinne, von dem nur der politische Grundgedanke zur späteren Kategorie im „Kapital" hinüberleitet. Wir sahen im Text, wie er damals auch das Fortrücken der Gesetze mit den neuen gesellschaftlichen Bedürfnissen (die spätere Lehre vom „Überbau") als „die wahrhaft geschichtliche Ansicht" eines Redners anerkennt.

Den kommunistischen Ideen wollte Marx vor 1843 „nicht einmal theoretische Wirklichkeit" zugestehen: sie waren ihm noch ein ausschließlich englisch-französisches Problem.

erscheinen konnte. Alle großen Schulen unserer Wissenschaft wurzeln, so sagte ich gleich anfangs, in jenem entscheidenden Grundverhältnis von Staat und Gesellschaft, das sie aufdecken und zugleich umgestalten wollen, das ihre Schicksale in sich begreift. Von hier aus werden sie in ihrem Ursprung, ihrem Wirken und ihrem Vergehen uns verständlich. Darstellung und Kritik eines jeden dieser Systeme vollenden sich, wenn wir es derart von seinen Quellen bis dorthin verfolgen, wo sein Einfluß im allgemeinen Strome des Geschehens sich verliert. Der politische Antrieb jener staatlichen und sozialen Bewegungen, welche der Marxsche Sozialismus in sich vereint, ist dem Erkenntnisgehalt des Systems wie der marxistischen Parteibewegung in besonders hohem Grade eigentümlich und verhängnisvoll geworden. Er umschließt das Schicksal der Parteibewegung und bestimmt ebenso die Dauer der ökonomischen „Gesetze" und „Tendenzen", welche sämtlich ja nach jenem einen Punkte tendieren, in dem „die Emanzipation der Deutschen" sich mit der Expropriation der Expropriateure zugleich vollziehen wird. An diesem Punkt, da die „menschliche Vorgeschichte" in das tausendjährige Reich der „Zukunftsgesellschaft" eingeht, treffen Ökonomie und Politik, die Marx innerhalb der „kapitalistischen" Gesellschaft schied, in der Verbundenheit ihres Ursprungs für Marx abermals in eins zusammen.

Der eschatologische Aufbau des Systems führt uns somit zurück zu der Persönlichkeit seines Schöpfers, deren innerster Drang sich derart im Werk seines „Kapitals" verkörpert. Man hat Marxens Prophetennatur öfters hervorgehoben, und in der Tat gleicht sein Dienst an der Erkenntnis in manchem dem Geist jener Propheten, welche die Priester der falschen Götter ihrem zornigen Jehova freudig opferten und den Sturz der Weltherrscher ihrer Zeit mit starrer Zuversicht verkündeten. Die Größe und die Grenze des Mannes wie seines Werkes ist damit gegeben.

Wir verlassen nunmehr den Bau und Ursprung der marxistischen Gesellschaftslehre, um ihren Wandel in der Geschichte der Bewegung aufzuzeigen. Damit vollenden wir den Kreis, in den ich bereits die Außenkonstellationen und das Verhalten der Parteien zu ihr beschlossen hatte.

Dritter Abschnitt

Der Marxismus in Rußland

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."
(Marx zum Gothaer Programm 1875.)

Wir wenden uns zunächst den lehrreichen Abwandlungen zu, welche die Staats- und Gesellschaftslehre des Marxismus in Rußland aufweist. Wir kennen bereits ihre Quellen bei Marx und Engels und wissen ferner, welcher Art die russische marxistische Bewegung unter dem Druck der Außenlage sich verhalten hat. Daher beschränke ich mich nunmehr darauf, den Niederschlag dieses Verhaltens in den soziologischen Ansichten der russischen Marxisten aufzuzeigen.

Die Problematik, vor welche die Marxisten im Rußland von 1917 sich gestellt sahen, liegt in ihrem Verhältnis zum Staatsgedanken beschlossen. Ihr Marxscher Kanon besagte: „Ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen, erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, die dazu dient, die große produzierende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu erhalten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Verwaltungsfunktionen." Es galt, den „politischen Staat" in „einfache Verwaltungsfunktionen" der Registratur und Kontrolle aufzulösen, während die Armeen seiner Bedränger an allen Grenzen standen! Wie ferner die Übergangszeit zur sozialistischen Zukunftsgesellschaft zu gestalten sei, darüber hatte der große Führer nichts Verläßliches hinterlassen. Während Marx ein friedliches Umbauen westlicher Demokratien für mög-

lich erklärt hatte (1872), hatte er den kontinentalen Arbeitern bis zu „50 Jahren Bürgerkriege und Völkerkämpfe" geweissagt (1850) und im Kampf wider die östliche Reaktion einen „revolutionären Terrorismus" und die Ausrottung der reaktionären Slaven gepredigt (1848/49)! Mit diesen widerspruchsvollen Direktiven gingen die „bolschewistischen" Führer daran, die Herrschaft Kerenskis umzustürzen. Sehen wir zu, wie sie die Frage „demokratische Evolution oder Diktatur" sich grundsätzlich zurechtgelegt haben.

Wir Menschen sind ja häufig unbewußte Werkzeuge eines uns leitenden Schicksals. Absicht und Erfolg des Wirkens fallen bei führenden Persönlichkeiten keineswegs stets zusammen; namentlich dogmatisch gebundene Charaktere werden die geistige Freiheit ihrem eigenen Werk gegenüber schwer gewinnen. Der Glaube, eine den Naturgesetzen vergleichbare Wahrheit entdeckt zu haben, kennzeichnet notwendig alle theoretischen Auseinandersetzungen innerhalb des Marxismus. Da nun, wie sich aufs neue erweist, die Staats- und Gesellschaftslehre gleichsam seine Zitadelle bildet, so nimmt es uns nicht wunder, daß die Theoretiker der russischen „zweiten" Revolution sich gleichfalls zunächst zu den Verteidigern zählen. Sobald die geistige Umwälzung hier einmal begonnen hat, geht es freilich um die innerste Position des überlieferten Marxismus. In ihrer Staatsauffassung liegt ja stets das letzte Merkmal aller Schulen unserer Wissenschaft beschlossen: der Kameralistik so gut wie des Liberalismus und der Romantik. Ein Marxismus, dessen Gesellschaftslehre die Lebensprobe nicht besteht, verliert darum seinen innersten Zusammenhalt; geht die Zitadelle verloren, so kann keine Außenposition mehr das System als solches halten.

Angesichts der Aktualität dieses Wandels müssen wir uns begnügen, ihn in seiner grundsätzlichen Erheblichkeit darzustellen und seinen Ablauf den Ereignissen zu überlassen. Sehen wir von den älteren Schulen des russischen Marxismus seit 1885 ab, so können wir feststellen, daß seine besonderen Aufgaben unter dem Wandel der Außenlage sogleich ihren gedanklichen Niederschlag gefunden haben. Noch 1914 konnte Trotzky in seiner Schrift „Der Krieg und die Internationale" urteilen: Der

Weltkrieg bedeute vor allem die Zertrümmerung des nationalen Staates als eines selbständigen Wirtschaftsgebiets, ihre ökonomische Basis sei der Nationalität unter den Füßen weggezogen. Der objektive Sinn des Krieges bestehe in der Zertrümmerung der gegenwärtigen nationalwirtschaftlichen Zentren im Namen der Weltwirtschaft! Das Ziel des Kriegs seien „die republikanischen Vereinigten Staaten Europas, als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt". Die außenpolitische Formel der „Vereinigten Staaten Europas" gehört zum ältesten Gedankenerbe jeder vorsozialistischen Demokratie; die „Vereinigten Staaten der Welt" galten schon vor Marx für das politische Gefäß einer „vergesellschafteten Menschheit" [1]). Wir sehen Trotzkys Marxismus sich somit in ökonomischen Voraussagen widerspiegeln, welche weder mit den Besonderheiten der russischen Staatslage noch mit der im II. Kapitel geschilderten gesellschaftlichen Weltlage etwas gemein haben. Derselbe Trotzky hat 1918 — unter dem Druck aller „von der Oktoberrevolution zum Brester Friedensvertrag" führenden Erfahrungen — die geschichtliche Sonderaufgabe des russischen Marxismus bereits klar erkannt: „Entweder endgültiges Hinabsinken auf die Stufe einer Kolonie, oder sozialistische Wiedergeburt, das ist die Alternative, vor die unser Land gestellt ist."

Den grundsätzlichen Wendepunkt in der Gesellschaftslehre des zur Herrschaft gelangenden „Bolschewismus" kennzeichnet Lenins wichtige Schrift „Staat und Revolution" (1917). Ob seine Interpretation den „richtigen" Marx aufdecke, ist Gegenstand eines von politischem Eifer durchglühten Streits geworden. Wir wissen, warum dieser Streit sich niemals gänzlich schlichten läßt, und sehen klar, daß Lenins Interpretation nicht philologischen, sondern durchaus politischen Zielen dient. Zum Handeln ruft Lenins Lehre von der revolutionären Übergangszeit 1917 noch unmittelbarer auf als diejenige seines Meisters Marx seit 1848. Grundsätzlich formuliert Lenin: „Die Ersetzung des bürgerlichen Staats durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution nicht möglich. Die Beseitigung des Staates

---

[1]) Vgl. Gustav Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1911), passim.

schlechthin ist nur auf dem Wege des ‚Absterbens‘ möglich.“ Aber während das „Absterben“ ein „literarisches“ Postulat bleibt, erfüllt die Diktatur sogleich das Denken und Handeln: Noch ehe er jene Schrift vollendet, hat der Staatsmann Lenin die Zügel mit fester Hand ergriffen. Aus dem Verfolger jedes Staatsgedankens ist der Vorkämpfer seines heimatlichen Staats geworden.

Für alle Einzelheiten verweise ich auf Lenins programmatische Schrift selber sowie auf Kelsens Analyse derselben. Zur Synthese der Leninschen Soziologie bemerke ich grundsätzlich: Sie verlegt den Schwerpunkt vom Endziel in die revolutionäre Bewegung auf dies Ziel hin. Es ist daher keineswegs ein geschichtlicher Zufall, wenn Eduard Bernstein einstmals jenes bekannte Leitwort des sogenannten Revisionismus geprägt hat: „Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles.“ Was unter den Konstellationen der Vorkriegszeit ein literarischer Streit innerhalb der marxistischen Bewegung bleiben durfte, das wurde unter dem Zwang der Außenlage notwendig zum Gegenstand außenpolitisch-staatsmännischen Handelns. In diesem Kernpunkt liegt die gesamte Problematik des revisionistischen wie des revolutionären Marxismus beschlossen[1]).

Indem Lenin nun den revolutionären Weg zweifelsfrei gegenüber Marx proklamiert, weicht das „Endziel“ einer staatsfreien Gesellschaft bei ihm in die Ferne einer Zukunft, diesseits derer es zuvor gilt den proletarischen Staatsbau auf den Trümmern der revolutionierten Staaten zu errichten. Den geschichtlichen Vorgrund füllen nach der Revolution die Kämpfe und Leiden des seinen Staat errichtenden Proletariats. Damit bleibt das eschatologische Ziel einer staatslosen menschlichen Gesellschaft zwar gewahrt, aber die Funktion des Endziels ändert sich: Es wird zum außenpolitischen Werbemittel jener neuen Staatsgebilde, in denen das Proletariat den Kampf wider seine kapitalistische Umwelt führt.

[1]) Zur revisionistischen Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie vgl. Ernst Günther in „Schmollers Jahrbuch“ 1905/06. — Lenins Programm nähert sich bemerkenswert dem Willich-Schapperschen Aktionsprogramm von 1851.

Daß die neuen proletarischen Gebilde noch Staaten sind und sein müssen, liegt, wie wir wissen, auf der Linie des überkommenen Denkschemas. So sagt z. B. N. E. Verow ganz treffend: „Zwischen der kapitalistischen und künftigen Ordnung liegt ein Zwischenzustand, eine Periode von Klassenkämpfen. — Die Durchführung der sozialistischen Ordnung erfordert einen langen Kampf. Hierzu ist eine Organisation nötig Eine solche interimistische Organisation ist der proletarische Staat"[1]. Verow übersieht dabei nur den entscheidenden Punkt: Daß eine solche „vorübergehende Einrichtung" (Engels), sobald sie in der „Wirklichkeit" die menschliche Vorgeschichte in das Endziel überleitet, eine recht beträchtliche gesellschaftliche Funktionsbreite entwickelt und daß ein solcher empirischer Übergangsstaat keineswegs nur innergesellschaftlichen, sondern vor allem außenpolitischen Aufgaben sich widmen muß. Darin liegt eben beschlossen, was ich als das Hinausrücken des Endziels und als seinen Funktionenwandel kennzeichne.

Kampf zwischen „proletarischen" und „kapitalistischen" Staaten, Ausbau der einen, Umsturz der anderen: diese Aufgaben hat der Marxismus nun zu lösen, solange und soweit ihm noch feindliche Kräfte widerstreben. Und indem dieser Kampf nicht zwischen Theorien, sondern zwischen den geschichtlich gewachsenen Nationen und innerhalb ihrer spielt, indem Rußland als Vormacht von „1 1/4 Milliarden unterdrückter Menschen" den Kampf wider die westlichen Bedränger des Zarismus aufnimmt und derart die Grundfesten der westlichen Staatenwelt angreifend, dem eigenen Staatsgedanken die Welt zu unterwerfen trachtet, füllen die nationalen Kräfte nun sogleich überall die Streitenden mit ihrem Blute, verschmilzt der Krieg des russischen Marxismus und des russischen Staats zu einer einzigen Aktion, die in Druck und Gegendruck — mit Schlachten, Friedensschlüssen, Bündnissen — die Kontinuität alles Geschehens sowie den Einfluß der Außenlage an sich spürt.

[1] „Die Staatsauffassung der Bolschewiki" (Neue Zeit 1917, Heft 1). — Marx proklamierte z. B. 1850 im Kommunismus „die Klassendiktatur der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats als notwendigen Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt."

Ob diesen Rätestaat sein Schlachtruf der „Weltrevolution" zum Siege führe oder zugrunde gehen heiße, ob seine Verbündeten ihm treu bleiben oder nicht, bleibe der Zukunft vorbehalten. Man erinnere sich an eine ähnliche anfängliche „Menschheitsverbrüderung" im Frankreich der großen Revolution, jenes damaligen Schlachtrufs „Krieg den Palästen! Friede den Hütten!" Der Erfolg muß entscheiden, ob eine werbende Kraft diesem russischen Staat von 1917 innewohnt. Rousseaus Kulturfeindschaft hat er mit Marxscher Folgerichtigkeit verwirklicht.

Bereits Bucharins „Programm der Kommunisten" (1918) läßt die hergestellte Einheit zwischen Staat und Marxismus erkennen. Sturz der imperialistischen Regierungen durch bewaffneten Aufstand und Organisation einer internationalen Republik der Räte mittels der Waffen ist die Losung. Waffengewalt soll die vielhundert Millionen unterdrückten Kolonialbewohner befreien; Räterußland habe in Persien schon damit begonnen. „Daher ist das Programm unserer Partei . . . zugleich das Programm völliger Befreiung aller Schwachen und Unterdrückten." Schärfer als in solchen Werbeschriften tritt der gekennzeichnete Funktionswandel bei Lenin selber hervor. In zwölf „Thesen über die nationale und koloniale Frage" hat er für den II. Kongreß der Moskauer kommunistischen Internationale (1920) seine Ansicht niedergelegt. Hier erscheint das Marxsche Endziel bereits völlig in Gestalt einer außenpolitischen Ideologie: Die „Befreiung aller Schwachen und Unterdrückten" von ihren Ausbeutern wird zum Banner, unter dem die Moskauer Staatskunst alle ähnlich lautenden älteren Ideologien ihrer außenpolitischen Gegner nun bekämpft. Indem die Heilslehre des Marxismus derart ihre außenpolitische Funktion erhält, wird der innere Ausbau des proletarischen Staates nun durchaus seiner Selbstbehauptung und Machterweiterung nach außen dienstbar gemacht; die „dritte Internationale" tritt notwendig gleichfalls in den Dienst der äußeren Politik. In Lenin vollzieht sich somit die Rückkehr des St.-Simonistischen und Marxschen Gesellschaftsbegriffs zum Staatsgedanken; hier kehrt jene Soziologie, deren Abkehr vom Staate wir kennen gelernt haben, zu ihrem Ausgangspunkt

zurück. Lesen wir Lenins Programmschrift, die er im Augenblick vollendete, da er das Steuer seines Staats ergriffen hatte, so halten wir nunmehr ein weltgeschichtliches Dokument in Händen: Es erweist uns die umgestaltende Kraft, mit der eine einmal ergriffene Außenkonstellation auf alle ihr unterworfenen Theorien und Parteien wirkt. Der Autor von „Staat und Revolution" ist derart — wider sein Wollen und Meinen — aus einem Verfolger des Staatsgedankens znm Vorkämpfer seines eigenen Staats geworden.

Auch in den „Nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" spielt Lenin die „staatlose Gesellschaft" des Endziels, die „sozialistische föderative Weltrepublik" aller Rassen als Propagandagedanken seiner nunmehrigen Staatskunst aus. Wann dies „1000jährige Reich" des Kommunismus sich verwirkliche, das hängt allerdings ab vom Ausbau des neuen proletarischen Staates und seinen außenpolitischen Erfolgen. Er nennt ihn jetzt schlechtweg „den höchsten Typus eines Staates". Es besteht Bündnispflicht aller Rätestaaten untereinander. Der Kampf bildet das Lebenselement der russischen Staatslenker; sie verwerfen ausdrücklich jenen „Sozialpazifismus", dessen vormarxistische Herkunft wir schon kennen. Nicht was die russischen Marxisten meinen, sondern was sie tun — ihr und ihres Staates Sieg oder Untergang —, wird den künftigen Forscher vornehmlich beschäftigen, und nur insofern entspricht ihren Lehren noch eine Wirklichkeit — außerhalb dieser Schicksalsgemeinschaft haben sie keine zeugende Kraft mehr. An Gleichnissen solcher Gemeinschaft fehlt es uns ja nicht; ich verweise abermals auf die demokratischen und pazifistischen Gedankengänge bei den westmächtlichen Gegnern Räterußlands. Deutschland, das unter der Außenlage von 1918 dem Einfluß beider Kraftzentren ausgesetzt war, hatte sich darum auch des Eindringens ihrer Ideologien zu erwehren.

Es erübrigt sich, weitere literarische Nachweise zu erbringen. Ich verweise den Leser noch auf Tschitscherins lehrreiche Studie „Die internationale Politik zweier Internationalen", die in den Satz einmündet: „Die Forderungen der Staatsverteidigung, die das wichtigste Moment der internationalen Politik der kapitalistischen Regierungen sind, bilden ebenfalls das

erste Moment der auswärtigen Politik der Sowjetregierungen." Propagandistisch zu werten ist Sinowjew, dessen Tätigkeit an die schärfsten Proben der „ententistischen" Auslandspropaganda während des Weltkrieges gemahnt. Bemerkenswertes bieten ferner die Programme der Kommunistischen Partei Rußlands sowie die Beschlüsse der Moskauer 3. Internationale. Wir würden jedoch Gefahr laufen, unser grundsätzliches Ergebnis zu verwirren, wenn wir auf weitere Neubildungen wie die „Arbeitsarmeen", die „kommunistische Samstagsarbeit", die „Arbeitsfahnenflucht" und anderes eingingen [1]).

Die Wechselwirkung zwischen Staatsauffassung und Staatenschicksal tritt uns demnach an ihrem jüngsten Beispiel bereits klar hervor. Indem wir es derart in seiner geschichtlichen Kontinuität erkennen, gelangen wir dazu, auch diesem russischen Beispiel — frei von jeglicher Parteinahme — die Gerechtigkeit zu erweisen, die Pflicht und Vorrecht jedes Forschers ist. Dankbarer wäre es, an abgeschlossenen Beispielen älterer Zeiten, z. B. der deutschen Wiedertäufer oder der englischen Levellers, wesensgleiche Erscheinungen erschöpfend darzustellen. Wer immer den Sozialismus als Gesamterscheinung schildern will, kann der Aufgabe sich nicht entziehen, auch jene älteren Epochen unter unserem Gesichtspunkt zu betrachten. Sehr rasch würde sich herausstellen, ob die Kategorien des Staates und der Gesellschaft — im Sinne Marxens oder auch nur L. Steins — die „Wirklichkeit" solcher Erscheinungen erschließen oder ob nicht vielmehr Staat und Gesellschaft des 16. wie des 17. Jahrhunderts, Deutschlands wie Englands, derart untrennbar sich

---

[1]) Im leitenden „Exekutivkomitee" der 3. Internationale z. B. führt Rußland fünf beschließende Stimmen, gegen nur zehn aller übrigen Länder. Man vergleiche damit den analogen Aufbau der Exekutive im „Völkerbund"! Lenins außenpolitisches Referat vor der 3. Internationale unterstreicht, wie ich nachträglich sehe, was ich im zweiten Kapitel zur finanziellen Vorherrschaft Englands und der Vereinigten Staaten gesagt habe. Indem Lenin die Kolonialvölker Asiens zu „Proletariern" im Marxschen Sinne umstempelt, zieht er sie in den Kampf wider die Westmächte hinein. Jedoch liegen diese Auswirkungen bereits jenseits unserer programmatischen Aufgabe. Ich breche ab und verweise auf das im dritten Kapitel Gesagte.

vermischen, daß dem einheitlichen Bilde ein einheitlicher politisch-historischer Standpunkt des Beschauers zu entsprechen hat. Derart in einen Wettstreit ihrer Arbeitsmethoden am konkreten Beobachtungsstoff verwandelt, würde die Entscheidung zwischen einem Marx und Ranke nicht lange unentschieden bleiben [1]).

---

[1]) Man vergleiche noch Engels' dilettantisch anmutende und mit dogmatisierenden Schlüssen beladene Darstellung der „Markgenossenschaft" nach G. L. Maurer; ferner sein und Marxens Urteil über die Pariser Kommune von 1870, „die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war".

Dem „Geschichtsphilosophen" Marx war die Tendenz alles: Preußen sei ein „Misthaufen"; etwas Lausigeres als seine Geschichte gäbe es nicht, nur Friedrich II. habe einmal ordentlich erobert. Seine Könige seien „Pietist, Unteroffizier oder Hanswurst". Deutschland sähe jämmerlich aus: „Ohne Keile von außen ist mit diesen Hunden nichts anzufangen" (1863). Polens wegen müsse der „Staat Preußen wegrasiert werden" (1863). Junker Bismarck sei „eine mittelmäßige Kanaille" (1870). Am 16. Januar 1871 schreibt Marx den „Daily News" für einen Sieg Frankreichs. — Verhaßt sind ihm auch die „breitmäuligen Faselhänse der deutschen Vulgärökonomie": die professoralen „Stinktiere" und „servilen Pedanten". — Der „Vulgär-Marxismus nennt derlei „den Anfang einer Geschichtswissenschaft"!

Vierter Abschnitt

Der Marxismus in Deutschland

„Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte." (Marx)

1

Wir haben im ersten Abschnitt dieses Kapitels im Anschluß an Friedrich Engels nachgewiesen, daß aus dem marxistischen Bewegungsgesetz der Geschichte sich die Grundlinien einer marxistischen Außenpolitik entnehmen lassen. Wenn wir uns nunmehr dem Marxismus innerhalb Deutschlands zuwenden, haben wir mit der Feststellung zu beginnen, daß seinen Begründern selber eine derartige Folgerichtigkeit keineswegs zugebilligt werden kann. Engels hat sich darüber im Vorwort zu Marxens „Klassenkämpfen in Frankreich" einmal ausgesprochen: Sie hätten bis 1850 an das unmittelbare Kommen der Revolution geglaubt und seither erst gesehen, daß nicht die Barrikade, sondern das Ausreifen der Klassengegensätze den Umschlag in die Zukunftsgesellschaft bringen könne. Über das Ziel und das dahin führende „Recht auf Revolution" bestehe nach wie vor 1850 Klarheit; auch sei die „materialistische Auffassungsweise" bereits 1848/49 von Marx auf das bisherige Geschehen zu Recht angewandt worden. Nicht in den Motiven und dem Ziel, wohl aber in der Wahl der Mittel und in der Länge des zurückzulegenden Weges hat die Geschichte nach Engels' Worten ihnen Unrecht gegeben. Ich habe schon gelegentlich angedeutet, wie namentlich Marxens revolutionäres Temperament auch nach 1850 die selbstgesetzten Schranken des naturgesetzlichen Geschichtsablaufs immer wieder zu überschreiten drängte.

Das Geheimnis dieses vielfachen, bald unruhig zugreifenden, bald fatalistisch abwartenden Verhaltens liegt — um es in einem Satz zu sagen — darin: Die Außenpolitik der

Begründer des Marxismus ist vorökonomisch motiviert. Gleich wie erst aus ihrem revolutionären Denken das „Bewegungsgesetz der Geschichte“ und das System des „Kapitals“ hervorgehen, treibt es namentlich Marx in den Jahren des Londoner Exils, das Kommen des gesellschaftlichen Zusammenbruchs handelnd zu beschleunigen. Wer den Geschichtsphilosophen Marx in seinem Kern erkennen will, muß daher in jene Zeit zurückgehen, als die Wogen der europäischen Revolution hoch gingen und — wie schon das Juli-Königtum — den Staat und Thron Friedrich Wilhelms IV. fortzuspülen schienen. Damals nahm Marx den Kampf auf, den er 1843 hatte abbrechen müssen, und formte als Leiter der „Neuen Rheinischen Zeitung“ 1848/49 in Worte, was ihn seit jenem kritischen Augenblick innerlichst getrieben hatte. Und nur umso leidenschaftlicher flammten seine Worte, als nun doch der alte Staatsgedanke siegte und sein Sieg die Aussicht auf ein unmittelbares Wirken Marx abermals benahm.

„Das Privilegium, rückhaltslos zu sprechen,“ enthüllt uns damals die letzten Antriebe und Ziele der Marxschen Geschichtsphilosophie. Auf einer Rousseauschen „Vereinigung Freier und Gleicher“ baut sich in straffster Zentralisation die Deutsche Republik. Sie bedeutet die Negation des deutschen, von Hegel formulierten Staatsgedankens: Indem das Volk von Berlin im Zeughaussturm die bei Leipzig und Waterloo eroberten Fahnen mit Füßen trat, habe es den sehr richtigen Takt gezeigt, mit Deutschlands ganzer schimpflicher Vergangenheit zu brechen! Nun gelte es, die verdiente Verachtung der Welt zu besiegen und Italiener wie Tschechen von ihren deutschen Unterdrückern zu befreien. Der Hort aller Reaktion aber sei seit 1815 der Zarismus; zum Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei müsse man daher notfalls Frankreich zu Hilfe holen. „Nur ein Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands“ —. Das aber heiße die polnische Freiheit ohne Rücksicht auf nationale Sentimentalität herstellen. Da das Dasein der Ostdeutschen der demokratischen Polenfreundschaft widerstreitet, werden jene und deren Wortführer als „preußisch-jüdische Netzebrüderschaft“ in jeder Weise herabgesetzt. Die in Posen und Westpreußen eingewanderten „deutschen Spießbürger“

rechnen sich nach Marx von jeher politisch so wenig zu Deutschland wie etwa die „französische Kolonie“ in Berlin zu Frankreich. Sie sind „Polen geworden, deutschredende Polen, sie hatten längst vollkommen verzichtet auf allen Zusammenhang mit dem Mutterlande“. So wenig wie Mailand oder Genua, ist z. B. Birnbaum eine deutsche Stadt. An der friderizianischen gleichwie an der Flottwellschen „Verpommerung“ der Adelsrepublik Polen bleibt kein gutes Haar. Die Leiden der Rheinländer und der Polen unter preußischer Fremdherrschaft werden einander verglichen. Daß Polen mindestens im Umfang von 1772 — einschließlich der Ostseeküste und der Ukraine — wieder erstehe, sei deutsche Notwendigkeit; denn Polen allein könne die Mächte der Heiligen Allianz trennen und Deutschland aus Rußlands Fesseln lösen. Krieg für dies Polen bedeute daher Ehre, Freiheit und Einheit Deutschlands und den Bruch mit unserer ganzen schmachvollen Vergangenheit!

Man vergleiche damit, wie Marx und Engels die „brutale, schmutzige“ Nationalität der Skandinavier bekämpfen, weil gegenüber Dänemark die sonst rückständigen Deutschen das revolutionäre Element ausmachen. Deutschland müsse an der Eider gegen Preußen Krieg führen!

Und während die deutschen Städter in Polen für Engels nichts bedeuten, weil sie einem preußischen Siege über die „polnischen Bundesgenossen“ den Vorwand liefern, gelten Deutsche und Madjaren als Träger jeden Fortschritts, soweit sie außerhalb Polens sich im Mittelalter angesiedelt haben. Denn diese Siedelungen sind ja 1849 Bollwerke der Revolution wider jenes slawische „Lumpengesindel“, welches unter habsburger und russischen Fahnen den Aufruhr in Wien und Ungarn niederschlägt. So verkehrt sich der gleiche Vorgang von Schwarz in Weiß, je nachdem er in die Rubriken „Revolution“ oder „Konterrevolution“ fällt! Engels ist naiv genug, darin noch 1895 einen Niederschlag der materialistischen Geschichtsauffassung zu sehen, — woran nur wahr ist, daß diese Geschichtstheorie im Kern ebenso revolutionär ist, wie der revolutionäre Historiker Marx des Jahres 1849. Einzig den „verkommenen“ Siebenbürger Sachsen, die damals gegen Kossuth kämpften, wird ihre „absurde Nationalität“ vorgeworfen. Die reaktionären Slawen sind insgesamt „Völker-

abfälle", gleich den reaktionären Gälen, Bretonen und Basken zur „gänzlichen Vertilgung" bestimmt „bis auf ihren Namen": Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden lassen. „Und das ist auch ein Fortschritt."

Man darf diesen Blutrausch vielleicht nicht tragischer nehmen als manche anderen Ergüsse radikaler Junghegelianer. Marx selber hat nicht nach Blut gedürstet. Aber solch sich überschlagender Vernichtungswille zeigt doch, wie die Kraft seines Denkens stets zutiefst aus seiner revolutionären Energie quoll. Und wenn Marx später in der englischen Politik überall die russische Führung entdecken wollte, so war dies Rußland eben dasselbe, welches seit 1815 den preußischen Staat stützte — während freilich für die Engländer des Krimkriegs das Zartum den nationalen Gegner schlechthin darstellte.

Dies also war die Außenpolitik des deutschen Marxismus gegen die Mächte der Heiligen Allianz: Gänzlich vor- und unökonomisch gedacht, aber bei den deutschen Demokraten und Radikalen noch im August 1914 und im Oktober 1918 deutlich genug spürbar. Mit der Überlegenheit des Rheinländers, dem das Jahr 1815 den französischen „Code civil" gelassen hatte, bekämpfte Marx den „Feudalschlamm" des landrechtlichen Preußens. Im Kampf gegen dieses Preußen werden die Rheinlande notfalls sich zu Frankreich schlagen! Nicht umsonst hatten bereits 1842 die preußischen Bürokraten eine französierende Tendenz der damaligen „Rheinischen Zeitung" bemerken wollen.

Die Krisis des deutschen Staatsgedankens, vormals rein innerstaatlich, war 1848 zum europäischen Problem geworden. Über jenes radikale Literatentum hinaus hatte der deutsche Marxismus das „gallo-germanische Prinzip" aufgenommen, welches Marxens rheinischer Landsmann Moses Heß, den wir oben nannten, bereits 1841 proklamierte: Wollte doch der Bonner „Kommunistenrabbi" Heß deutsche Philosophie und französische Gesellschaftslehre, Anarchismus und Kommunismus, Babeuf-Proudhon mit Fichte-Feuerbach vereinigen. Heß hatte noch vor Marx sowohl dem Hegelschen Staatsgedanken Krieg erklärt wie die deutschen Handwerker

in Paris für den Kommunismus zu gewinnen unternommen [1]). Wir wissen ferner durch Gustav Mayer, daß die Berliner Junghegelianer um 1840 schon in den Anschauungen der französischen Enzyklopädisten und der großen Revolution lebten. Und wir erkennen nunmehr, wie der Marx von 1848 — der stärkste Denker und Revolutionär von allen — diese Quellen vereinigte, wie sein Intellekt und Wille die Strömungen in das Bett der praktischen Politik leitete.

Man mag füglich zweifeln, ob dies an Rousseau gebildete bürgerliche Literatentum — selbst ohne die „Pointe" der sozialen Bewegung — jemals imstande gewesen wäre, dem deutschen Staat sich zu vereinigen, dessen historischen Träger es in jeglicher Äußerung seiner Macht tödlich befeindete. Entfernten sich doch der Atheismus Bruno Bauers und der Anarchismus Max Stirners grundsätzlich ebensoweit von den geistigen Grundlagen des deutschen Staates wie die Soziologie und Außenpolitik Marxens von den wirklichen Notwendigkeiten des staatlichen Daseins [2]).

Mit dem allgemeinen Siege der Gegenrevolution 1849 treten „Staat" und „Gesellschaft" für Marx endgültig auseinander. Sein Kampfruf wird zum Racheschrei. Vae victis!

---

[1]) Gustav Mayer, Zeitschrift für Politik VI, Heft 1, S. 55, 66, 76 ff.

[2]) Diese schicksalsschwere Frage läßt sich nur innerhalb einer neuen „Deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts" beantworten. In der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie gingen Ruge und Heß dem jüngeren Marx voran. Jedoch unterliegt es bei Ruge wie Köppen keinem Zweifel, daß ihre Bejahung des preußischen Staatsgedankens gegen die Romantik bis 1842 aufrichtig gemeint war. Köppen konnte seine Verherrlichung des preußischen Staates 1840 sogar dem jungen Marx widmen! Für Marxens eigene Haltung vgl. Gustav Mayer, l. c. S 34/36, 51 ff., 107 ff., ferner oben Abschnitt 2 sowie Treitschkes Deutsche Geschichte. Auch Marxens erste Briefe an Ruge, welche in den „Dokumenten des Sozialismus", Bd. I, abgedruckt sind, geben noch keine volle Gewißheit über das Bündnis zwischen Philosophie und Politik, welches Marx vor 1843 anstrebte. Er meinte immerhin (1843): „Es war nicht schwer, die Wünsche des (preußischen) Königs — mit den Absichten der Idealisten, welche lediglich die Folgen der französischen Revolution, also zuletzt doch immer Republik — wollen, in fühlbaren Konflikt zu bringen." — Engels und Karl Grün waren vor 1843 einer nationalen Politik durchaus zugänglich. Nicht so Moses Heß: er wurde schließlich Zionist.

soll es in der „Roten Republik“ heißen. „Revolutionärer Terrorismus“ wird die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abkürzen! „Von Paris aus wird der gallische Hahn noch einmal Europa wach krähen.“ Bis dahin heißt es, das Bündnis der revolutionären Völker auf dem Schlachtfeld vorzubereiten. Weil die österreichischen Slawen Gegenrevolutionäre waren, haben sie für Marx keine geschichtliche Lebensfähigkeit mehr. Die gleiche Ursache, welche die Ostdeutschen dem Polen unterwerfen heißt, wirkt hier entgegengesetzt: Wie Polen die ganze Küste von Danzig bis Riga, braucht Deutschland Triest. Man vergleiche, wie Marx die deutsche „Bourgeoisie“ beidemale ins Entgegengesetzte verzerrt, wie revolutionäre und geschichtliche Lebensfähigkeit ihm in eins fallen, wie er der Deutschen „schäbige Rolle in der Geschichte“ nachgewiesen glaubt, — und man erkennt, wie mit seiner Gesellschaftslehre auch sein „materialistisches Bewegungsgesetz“ ein ethisch-politisches Zweckgebilde darstellt, einen Ausdruck revolutionärer Energie, nicht irgendwelcher historischer Erkenntnis.

„Blutige Rache an den Slawen, blutigster Revolutionskrieg des ganzen Westens gegen diese Herde der Gegenrevolution“: Das ist die Fackel, welche seine so gar nicht „materialistische Auffassungsweise“ ihm entzündet. Der Russenhaß sei die erste revolutionäre Leidenschaft; nur der Vernichtungskampf gegen die Feinde der Revolution gelte — „nicht im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der Revolution“! Sollen wir noch nachweisen, wie Marx hier den eigenen Revolutionsgedanken mit den doch wahrlich nationalen Revolutionsantrieben der Polen und Madjaren zu einem ungleichen Dreigespann verkoppelt? Daß er jenen alles zugibt, was er bei den Deutschen als „borniertestes Nationalgefühl“ verwirft? Daß ihm als Franzosenfeind erscheint, wer der großen Nation außer dem Elsaß nicht auch Belgien zuerkennt? Und daß er damit für Frankreich wie für Polen das Spiel des „bürgerlichen Nationalismus“ spielt?

Marxens Leidenschaft, in der allgemeinste und ganz persönliche Momente sich vereinigen, haben wir in ihren Ursprüngen bereits untersucht. Im Augenblick, da das wiedererstarkte Preußen Marx zum zweitenmal vertreibt, da Marx das Gesetz seines

eigenen Daseins nun als Weltgesetz alles Geschehens entwickeln wird, rührt er noch einmal an eine Wurzel seines Daseins, welche so ganz in die Besonderheit seiner eigenen Heimat hinabreicht. Nicht er habe das Gastrecht verletzt, „welches die frechen Eindringlinge, die Vorderrussen (Borussen) uns Rheinländern auf unserem eigenen Grund und Boden oktroyirt haben“; in seinem Kampf gegen „den Hohenzollernschen Unterknäs“, den angeblichen „Großherzog vom Niederrhein“, habe er den Dank der Rheinprovinz verdient. Der Rheinländer hat gegen die preußischen Eindringlinge des Jahres 1815 „die revolutionäre Ehre des heimischen Bodens gerettet“. So taucht der Verkünder der Weltrevolution und ihrer ewigen Gesetze noch einmal in die Besonderheit der rheinischen Kämpfe hinab, ehe er nun von London aus den gleichen Kampf mit anderen Mitteln fortführt.

2

Wir folgen Marx nicht in sein Londoner Exil, sondern wenden uns der zweiten Phase des deutschen Marxismus zu. Eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zu schreiben, liegt außerhalb unserer Aufgabe. Mehrings bekanntes Werk verdeckt mit vorgefaßten Urteilen meist den Grund der Vorgänge und enthebt keineswegs der Pflicht, zu den Quellen vorzudringen. Hierfür gibt aus der nachbismarckischen Zeit einige brauchbare Belege Dörzbachers Versuch „Die deutsche Sozialdemokratie und die nationale Machtpolitik bis 1914“ (1920).

Für den deutschen Marxismus, der sich im Anschluß an Marxens sog. 1. Internationale zwischen 1866 und 1870 konsolidierte, wurde entscheidend, daß er einmal den „Staatssozialismus“ Lassalles und Schweitzers ausstieß, andererseits die marxistische Gesellschaftslehre keineswegs rein ausprägte; man weiß, wie hart Marx noch das Gothaer Einigungsprogramm beurteilt hat. Maßgebend wurde vielmehr, daß nach Lassalles Tod und dem Aufhören des preußischen „Konflikts“ Wilhelm Liebknecht und August Bebel die Ideologie der deutschen Arbeiterbewegung bestimmen konnten. Beide Männer brachten jenen durchaus kleinbürgerlichen und partikularistisch-preußenfeindlichen Grundzug hinein, der ihrer eigenen

Herkunft ebenso wie dem Gesichtskreis jener deutschen Opposition entsprach. Die immerhin weltpolitische und bei Engels geradezu militärische Ansicht der internationalen Zusammenhänge ging auf dem Wege von London nach Leipzig und Chemnitz verloren; der „Außenpolitik" im Parlament wurde jene volksstaatliche Ideologie untergelegt, die wir von der vorsozialistischen Opposition des Vormärz her kennen [1]).

Die Siege Rußlands über Polen (1863) und Preußens innerhalb Deutschlands (1864—66) beschäftigten diese Opposition, die darin den Sieg des ihr feindlichen Prinzips erblickte. Sollten doch auch die 1. Internationale (1864) und Marxens „Kapital" (1867) in dieser Hinsicht wirken! Bismarcks Staatskunst bestimmte die zweite Phase des deutschen Marxismus. Marx selber lebte viel mehr in den Zusammenhängen der internationalen Politik, wie er sie sah; er hat den rechtsrheinischen Boden seit seiner Berliner Hegelzeit kaum je wieder betreten.

So trat — bürgerlich-demokratisch und antibismarckisch — gleich nach Königgrätz 1866 die „Sächsische Volkspartei" ins Leben. Die Sachsen forderten daher eine Volkswehr und Volksentscheid über Krieg und Frieden. Sie bekämpften Preußen und einen Norddeutschen Bund sosehr wie ein Großdeutschland unter österreichischer Führung. Als Mitglied des Norddeutschen Reichstags führte Bebel in Nürnberg die Arbeitervereine auf den Klassenstandpunkt der 1. Internationale, ohne aber den Marxismus damit anzunehmen. Das Eisenacher Programm von 1869 vereinigte Lassalleaner und Marxanhänger abermals im Endziel des „freien Volksstaats", und erst das Gothaer Einigungsprogramm von 1875 brach grundsätzlich mit Lassalles Staatsfreundschaft. Wir müssen auch zu diesem Ereignis den zeitgenössischen Hintergrund der Bismarckschen Politik hinzunehmen. Der Marxsche Gesellschaftsbegriff überwiegt nunmehr im Programm. „Freier Staat" und „sozialistische Ge-

---

[1]) Siehe Dörzbacher, l. c. S. 14—23. Die Außenpolitik des Marxismus seit 1867 sollte einmal zureichend geschildert werden.

Daß der Kampf wider den „Militarismus" und für Ewigen Frieden, Völkerbund, freien Welthandel, — mithin die demokratischen Forderungen des Parteiprogramms unmittelbar auf Rousseau (St. Pierre, Kant) zurückleiten, dafür vgl. Rich. Fester l. c. S. 310 ff.

sellschaft" werden noch nebeneinander genannt, und die Internationalität des Proletariats gibt sich noch als „Verbrüderung aller Menschen". Volkswehr sowie Volksentscheid über Krieg und Frieden dienen dem Widerspruch zum Bismarckschen Gegenwartsstaat abermals als überlieferte Requisiten.

Im vollsten Widerspruch zum deutschen Staat des „Sozialistengesetzes" schildert endlich das Erfurter Programm von 1891 die internationale Klassenlage. Die Interessen des Proletariats seien mit zunehmender Weltwirtschaft in allen Staaten gleich; daher werde der nationale Klassenkampf „aller Kulturländer" zur „Befreiung des gesamten Menschengeschlechts" geführt. Für die Übergangszeit fordert das Erfurter Programm — darin wiederum der älteren Demokratie folgend — „Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege". Das Absterben des Staates infolge dieses Schiedsverfahrens zu begründen, wird unterlassen. Innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft verlangt das Programm nur eine „internationale Arbeiterschutzgesetzgebung"; es erhellt nicht, was auf diesem Wege für die Entpolitisierung der Gesellschaft gewonnen werden könnte.

Näheres erfahren wir aus Kautskys Erläuterungen dieses Programms. Marxens Lehre vom Klassenstaat und die internationale sozialistische Gesellschaft der Zukunft bilden die beiden Angelpunkte. In der bürgerlichen Weltwirtschaft herrsche der Wettkampf der Nationalstaaten, in der proletarischen Gesellschaft dagegen strebe alles zur „Solidarität". Eine „natürliche Folge" hiervon sei, „daß zusehends immer mehr auch bloß die Tendenz nach innigem internationalen Zusammenschluß die Proletarier der verschiedenen Kulturländer beeinflußt und daß die Tendenz nach nationaler Abschließung und nationalem Kampf in ihren Reihen jede Wirkung verliert"! Wie dieser Wandel von der Rivalität zur Solidarität geschehen solle, darüber breitet Kautsky auch in seiner Erläuterung einen Schleier: „Was wir wollen, ist die Umwandlung des Staates in eine sich selbst genügende Wirtschaftsgenossenschaft. Darüber herrscht innerhalb der Sozialdemokratie keine Meinungsverschiedenheit." Wie nun diese Genossenschaft sich entfalten werde, darüber nachzudenken sie keineswegs überflüssig; das Ergebnis dieses Nachdenkens

aber bleibe Privatsache, weil die Parteitätigkeit davon nicht unmittelbar beeinflußt werde. Die Gesellschaftslehre des Marxismus bleibt abermals ohne Beweis! Ich brauche Kautskys soziologischem Prophetentum daher nichts beizufügen. An anderen Stellen hat Kautsky uns verraten, daß er die „Vereinigten Staaten von Europa" als Produkt der sozialen Revolution erwarte, als einen „Bundesstaat von Nationalitäten wie der, den Bauer und Renner aus Österreich machen möchten".

Mit den Utopien der vorsozialistischen Demokratie und mit den (inzwischen zusammengebrochenen) Experimenten des Habsburger Nationalitätenstaates vermißt sich also dieser deutsche Marxismus, das politische Geschehen beenden und den Staat schlechtweg aufheben zu können. Es verlohnt sich nicht, nochmals auf den Ursprung oder den Wirklichkeitsgehalt dieses vermeintlichen Übergangs aus dem bürgerlichen „Staat" in die proletarische „Gesellschaft" einzugehen. Mit wissenschaftlicher Erkenntnis haben derlei Annahmen nichts gemein, auch werden sie durch keinerlei Erfahrungen bestätigt; sie verschwinden, sobald sie sich als wirklichkeitsfremd erwiesen haben. Auch Kautsky zeigt uns keinen Weg, der vom Weltstaatensystem zur Wirtschaftsorganisation einer „Weltrepublik" führen könnte; auch er schaltet die außenpolitische Funktion des Staates gänzlich aus.

Derart stand es um den programmatischen Gehalt des deutschen Marxismus, als die große Wende in der Außenkonstellation das Schicksal und die Haltung der Parteien wandelte. Skizzieren wir kurz den ideellen Niederschlag dieser jüngsten Erfahrungen an den Leitsätzen der „unabhängigen" und der „kommunistischen" Parteien Deutschlands; wir haben die geschichtliche Lage der marxistischen Bewegung ja bereits im dritten Kapitel kennen gelernt [1]).

Aus dem Widerspruch gegen Deutschlands Außenkonstellation im Jahre 1914 geboren, wendet das „Revolutionsprogramm der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands"

[1]) Das „Zimmerwalder Manifest" von 1915 und das „Kienthaler Programm" von 1916 sind als vorbereitende Dokumente der außenpolitischen Umstellung lesenswert. Ihren Text gibt Sombart, Grundlagen und Kritik des Sozialismus (1919), 2. Teil.

der Außenlage von vorn herein eine stärkere Beachtung zu. Allerdings teilt es das Schicksal seiner Partei, die bei dem Übergang zur Konstellation von 1918 keine eindeutige Einstellung gefunden hat und hieran gescheitert ist. Das Programm fordert „Herstellung freundschaftlicher Beziehungen", sowohl zu den kapitalistischen Nationen des Westens wie zu den russischen Bannerträgern der „Weltrevolution". Theoretisch wird das Rätesystem, als Trägerin der Weltrevolution, von den Russen übernommen; die Beseitigung des kapitalistischen Staatensystems gilt als Endziel.

Ergiebiger äußert sich das Programm der „Kommunistischen Partei Deutschlands". Die bürgerliche Weltwirtschaft habe den Weltkrieg verschuldet; ihre Fortdauer führe notwendig zu neuen Kriegen und baldigstem Untergang. Jedes harmonisierende Beiwerk wird für das kapitalistische Staatensystem wie für die revolutionäre Übergangszeit abgelehnt. Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dies Chaos Ordnung bringen und der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen. „Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft entwurzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. Erst dann wird es heißen: dieser Krieg ist der letzte gewesen."

Hier wird also jegliches Paktieren mit der harmonisierend rationalistischen Ideologie der bürgerlichen Demokraten abgelehnt. Gleichwie der Konflikt staatlicher Dauerzustand jeder bürgerlichen Ökonomie, sei der Kampf erstes Erfordernis auf dem weiten Wege zur sozialistischen Weltgesellschaft. Ein Kampfbund von Sowjetrepubliken soll die Weltpolitik und die Weltwirtschaft im Sinne Lenins umgestalten. Erst wenn dies Endziel der Bewegung einmal erreicht ist, tritt die uns geläufige marxistische Ideologie in Kraft: In jenem staatlosen Endzustande werde das staatliche Element und mit ihm jeder Konflikt aus den internationalen Beziehungen ausgeschaltet sein. Ein Beweis für diese aus dem Marxismus beibehaltene Lösung der Frage „Macht und Wirtschaft" wird natürlich ebensowenig erbracht wie für die Endziele anderer sozialer Bewegungen von internationaler Stoßkraft. Der Liberalismus Cobdens versprach ja so gut wie der Marxismus ein Friedens-

reich auf Erden; die Geschichtsphilosophie Hegels gleich derjenigen Augustins läßt das Gottesreich schon in der Endlichkeit des Geschehens sich verwirklichen[1]).

Wir verstehen, daß diese über das Kommunistische Manifest hinausgehende Verschärfung des Klassenkampfgedankens erst unter der Weltlage von 1918 möglich wurde, gleichwie Marxens Propaganda in der „Neuen Rheinischen Zeitung" oder die Gesellschaftslehre der Bolschewisten der politischen Erregung ihrer Zeit entsprangen. Der Anschluß an die „Weltrevolution" ergibt für die deutschen Spartakisten ein eindeutiges außenpolitisches Programm: „Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslands, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern." Dem radikalen Ziel entspricht hier — wie bei Marx oder Bakunin 1848 oder Lenin 1917 — eine Kampfansage wider die vorgefundene Außenlage. Ein Anschluß Deutschlands an die 3. Internationale würde der Außenpolitik des Spartakusprogramms entsprechen.

Hätte der deutsche Marxismus damit wenigstens in seiner kommunistischen Abart eine Synthese mit dem deutschen Staatsgedanken gefunden? Schwerlich. Denn eine Übernahme des russischen Lösungsversuches bedeutet ja noch nicht, daß der deutsche Staatsgedanke und Deutschlands besondere Außenlage mit dem marxistischen Gedankenerbe sich verbunden habe; so wenig wie umgekehrt Marxens Orientierung nach Westen das „gallogermanische Prinzip" hat darum Wahrheit werden lassen. Weiteres zu sagen verbieten die noch im Fluß befindlichen Geschehnisse.

3

Halten wir die deutschen Dokumente mit der programmatischen Wandlung des russischen Marxismus zusammen, so erkennen wir deutlich, wie mit der marxistischen Bewegung, die

---

[1]) Vgl. Hollitscher, Das historische Gesetz (1901), S. 26—28; siehe auch F. Gerlichs Studie über den Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich. Siehe noch Zlocisti, Moses Heß (1905).

wir im dritten Kapitel betrachtet haben, auch der Gedankeninhalt ihrer Gesellschaftslehre sich umformt. Jene Wiedervereinigung von Staat und Gesellschaft, die wir für Rußland in Theorie und Praxis feststellen konnten, ward dort freilich erst dem schärferen Auge sichtbar; wir wissen nunmehr zur Genüge, warum eine solche Wiedervereinigung den Kern und Keim jedes Marxismus zerstört.

Eine solche Vereinigung dürfen wir angesichts der marxistischen Bewegung in Deutschland kaum erwarten. Allerdings ward im Ergebnis der Vorkriegszeit eine nicht nur taktische Annäherung des deutschen Marxismus an den Staatsgedanken erkennbar. Jene Neumarxisten, die ich im zweiten Kapitel meiner Arbeit nannte, warfen bereits das Problem der sozialen „Machtverhältnisse" auf, deren Druck sich in ganz Europa seit der Jahrhundertwende fühlbar verschärfte. Die Unvermeidlichkeit eines Zusammenstoßes der „kapitalistischen" Mächte und ihre „imperialistische" Außenpolitik wurden zunehmend erörtert. Kautsky, Eduard Bernstein, Gerhard Hildebrand, R. Calwer, Schippel namentlich, dazu in Österreich Renner, Leuthner und Otto Bauer traten literarisch hervor. Die deutschen Parteitage sowie die Tagungen der 2. Internationale beschäftigten sich allgemein mit Fragen der Abrüstung, des Kolonialerwerbs, des Generalstreiks beim Kriegsausbruch[1]. Unter der Herrschaft der Marxschen Gesellschaftslehre trugen alle Versuche freilich notwendig das Merkmal des Unzulänglichen. Der Zusammenbruch der 2. Internationale, als nun der Weltkrieg wirklich ausbrach, beweist dies zur Genüge. Wäre der Weltkrieg für Deutschland günstig ausgegangen, — kein Zweifel, daß dies die marxistische Lehre von Staat und Gesellschaft aufs stärkste erschüttert hätte. Hermann Oncken verweist mit Recht darauf, daß dann der Marxismus seinen seit 1864 gewonnenen Kampf mit einem Staatssozialismus Lassallescher oder Rodbertusscher Prägung hätte erneut

[1]) Siehe hierzu außer E. Dörzbacher noch Herkners Arbeiterfrage, 2. Bd., S. 380—407, sowie seinen Aufsatz in Bd. 166 der „Preußischen Jahrbücher". Für die ältere Zeit vgl. Rothstein, Aus der Vorgeschichte der Internationale (1913). Ferner Mehring, Weltkrach und Weltmarkt (1900).

aufnehmen müssen. Der „Sozialchauvinismus" hätte nach einer theoretischen Verankerung gesucht! Mit dem abermaligen Wandel entfällt diese Notwendigkeit, ohne daß damit im Augenblick meiner Niederschrift bereits das letzte Wort gesagt sein soll.

Solange die Wage der Entscheidung schwankte, suchte der deutsche Marxismus nach einer solchen neuen Grundeinstellung. Als Wahrzeichen dieses „Kriegsmarxismus" hebe ich Karl Renners Buch „Marxismus, Krieg und Internationale" (1917) hervor. Hier finden wir die entscheidende Frage jeder Staats- und Gesellschaftslehre aufs klarste ausgesprochen. Renners Ausführungen zur Weltlage umschreiben das, was ich im zweiten Kapitel dieser Arbeit als staatliche Grundlagen der modernen Weltwirtschaft umrissen habe. Indem Renner nun das Verhältnis von Staat und Ökonomie als ein veränderliches begreift und eine fortschreitende „Durchstaatlichung der Wirtschaft" als vorwaltende Tendenz feststellt, zeigt er damit, wie Marxens Scheidung des Musterstaates der französischen Revolution von der „bürgerlichen Gesellschaft" der Wirklichkeit immer weniger entspricht; wie diese gedankliche Scheidung in Wirklichkeit in das enge Verhältnis des Nationalstaates zu seiner „Nationalwirtschaft" umgeschlagen ist. Damit zeigt Renner zugleich, wie die Vorstellung, welche Marx von der Weltwirtschaft gewann, vom Gange der Begebenheiten überholt ward. Daraus folgt die Notwendigkeit, dem Lebenswillen der gegenwärtigen Nationen und der „Wirklichkeit" ihres gesellschaftlichen „Daseins" eine angemessenere Staats- und Gesellschaftslehre zu finden.

Renner glaubt freilich, die neue Ideologie auf eben jenem Marxschen Gesellschaftsbegriff errichten zu können, dessen Abtrennung vom Staat er beseitigen will; die Entdeckung, daß er an den Grund der Marxschen Gesellschaftslehre rühre, wäre Renner auf diesem Wege nicht erspart geblieben. In seiner Schrift hält er noch am Primat der Gesellschaft fest. Er meint, daß seine Worte „sich mit Karl Marx' Lehren vollständig decken": Niemals habe Marx den Staat selbst zum Gegenstand seiner Darstellung erwählt, niemals ihn als Forschungsgegenstand für sich untersucht. Er sei „eine ganze Fixsternweite" entfernt gewesen von der Staatsnegation und der Verachtung des Staates, mit welcher der Vulgärmarxismus kokettiere. Marx habe nur

Aphorismen und Bruchstücke hinterlassen; es habe seinen Jüngern bislang nicht gelohnt, daraus das System einer marxistischen Staats- und Rechtslehre zu errichten.

Hätte Renner versucht, die Marxsche Soziologie aus ihren Quellen zu schöpfen, dann hätte er aus ihr — selbst wenn er Engels' Bannflüche wider den Staatsgedanken überging — eine zutreffende Vorstellung von seinem Gegenstand gewonnen. Wir sahen zur Genüge, wie das Verhältnis des Staates zur Gesellschaft für Lehre und Leben von Karl Marx schlechthin den Ausschlag gibt und — wennschon aphoristisch — ganz eindeutig geformt ist. Renner verschiebt den Schwerpunkt dieser Lehre in den Staat hinein: Da er einen dialektischen Umschlag in die Zukunftsgesellschaft ablehnt, läßt er bereits den bürgerlichen Klassenstaat „immer vorwiegender dem Proletariat dienen". Er kennt sogar „Staatsorgane von heute, denen der Staat von jeher als etwas Höheres galt als ein Zutreiber der Fabrikanten", — mithin ein Staatsbeamtentum, das sich von Klasseninteressen freihält und das Marx seit 1842 niemals derart anerkannt hat. Indem Renner den Gegenwartsstaat somit in die Zukunftsgesellschaft langsam hineinwachsen läßt und mit einer Fülle positiver Aufgaben betraut, löst er den Staatsgedanken aus den Fesseln des Klassengegensatzes. Indem er den „Staat als organisierte Volksgesamtheit von dem Staate als Herrschaftseinrichtung" scheidet, das Proletariat aber in der vaterländischen Kriegsnot beide zugleich verteidigen heißt, trägt Renner den nationalen Gedanken in seinen Staatsbegriff hinein und gibt diesem damit seine ursprüngliche Würde und Unabhängigkeit zurück. Daß er, ähnlich den Leninisten, am Oberbegriff der Gesellschaft festhält, will nicht viel besagen. Denn indem er die Nationen als „geschlossene soziale Körper mit eigenen Schicksalen" und nicht bloß „verschieden gefärbte Flugsandhaufen" erkennt, verlegt er die geschichtliche Bewegung in sie hinein und höhlt den vor-historischen Gesellschaftsbegriff Rousseaus sowie Marxens zur bloßen Schale aus. Indem Renner derart das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft der Wirklichkeit gemäß zurecht rückt, zeigt er uns jenen Weg, den der deutsche Marxismus unter der Außenlage von 1914 verfolgt haben würde: einen deutschen Marxismus, der den Ideenkern

und nicht die dialektische Hülle seines Meisters Hegel mit Rankescher Anschauung der Wirklichkeit vereinigen und damit sich selber hätte überwinden können.

Der Umschlag der Außenlage im Jahre 1918 hat diese Notwendigkeit beseitigt. Der Niederbruch des deutschen Staates, der Sieg des ursprünglichen staatsverneinenden Prinzips haben der gedanklichen Auseinandersetzung innerhalb des orthodoxen Marxismus den Boden entzogen. Dafür gibt uns ein auffallendes Beispiel die seither versuchte Erneuerung des Erfurter Programms. Die außenpolitischen und militärischen Forderungen (Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr) galten den Bearbeitern überhaupt nicht für erwägenswert. Der individualistische „Verein freier Menschen" und der demokratische „freie Bund der Völker" kehren unverändert wieder, ohne daß man auf Renners Gedanken von 1917 oder die neue Außenlage einginge; der Vertrag von Versailles wird gleichzeitig und ganz unvermittelt als bindend anerkannt.

Welch Abstand von der außenpolitischen Erneuerung im deutschen Kriegsmarxismus sowie im russischen Marxismus! Der Niederbruch des Staates läßt den Kerngedanken jeder Gesellschaftslehre mit der Staatskunst zugleich verkümmern[1]).

[1]) Siehe „Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge für seine Erneuerung" (1920). Aus der sozialistischen Nachkriegsliteratur nenne ich nur noch L. v. Mises' Buch „Nation, Staat und Wirtschaft" (1919); daß der Marxismus unter dem Zwang der Außenlage stehe und dadurch zur Aggression, zum „sozialistischen Imperialismus" nach außen hin getrieben werde, bildet fast die einzige haltbare Erkenntnis der Misesschen Arbeit. In Otto Brauns nachgelassenen Skizzen wird übrigens eine nationale sozialistische Außenpolitik schon vor 1914 verlangt. Für Cunows Versuch einer Neubelebung der marxistischen Soziologie (1920) vgl. vorläufig mein „Vorwort" S. V f.

Fünfter Abschnitt

Der Ausgang des Marxismus

Wir haben unsere Grundlegung und Kritik der marxistischen Gesellschaftslehre vollendet. Wir haben die „bürgerliche Gesellschaft", die marxistischen Parteien und den gedanklichen Zusammenhang des Systems der gesellschaftlichen „Wirklichkeit" gegenübergestellt und gesehen, wie sie sich sämtlich unter dem Einfluß des Staatsgedankens wandeln. Wir haben damit jener Aufgabe genügt: Macht und ökonomisches Gesetz in den Schlagworten des „Imperialismus" und „Kapitalismus" aufzudecken, welche Marx und die Marxisten sich gestellt, jedoch nicht oder nur mit Teilerkenntnissen beantwortet haben. Wir wissen nunmehr, warum die marxistische Gesellschaftslehre jener Polarität des Problems „Macht und Wirtschaft" niemals gerecht zu werden vermochte, welche ich im ersten Kapitel meiner Arbeit feststellte. Unsere Einsicht in seinen Ursprung und in seine begriffliche Struktur bestätigt unser geschichtlich erprobtes Ergebnis: Der Marxismus, der mit soziologischen Annahmen auf individualistischer Grundlage das Walten des Weltgeistes zu deuten und zu lenken unternahm, zerbricht als Lehre wie als gestaltende Kraft am Staatsgedanken.

Die Abtrennung der „bürgerlichen Gesellschaft" Hegels von dem staatlichen und ideologischen Überbau, die Marx und Engels ihrem Bewegungsgesetz des geschichtlichen Fortschritts zugrunde legten, erweist sich dadurch als eine soziologische Konstruktion ohne zureichenden Wirklichkeitsgehalt. Die Schicksalsgemeinschaft, in welcher die „gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen" mit ihrer jeweiligen „Zusammenfassung in der Form des Staates" befangen sind, und der keineswegs nur „tertiäre und sekundäre" Einfluß der „internationalen Verhältnisse" auf eben

diese Schicksalsgemeinschaft — mit einem Wort: die unzerstörbare Verbundenheit von Individuum, Klasse und Nation im Fortgang der geschichtlichen Bewegung hat sich auch diesem Versuch einer soziologischen Geschichtskonstruktion zum Trotz bewährt. Die vom „konkreten und lebendigen Ganzen" abgezogenen Kategorien der Gesellschaft und im besonderen der „bürgerlichen Gesellschaft", ihrer Rechtsverhältnisse und Regierungsformen, kehren zu ihrer lebendigen Einheit in der Wirklichkeit des nationalen Wesens zurück.

Mit dem bisherigen Ergebnis habe ich aber die Bedeutung der marxistischen Gesellschaftslehre noch nicht voll umschrieben; denn ehe sie vom Wandel der Außenlage mitergriffen wurde, hat sie bereits als Theorie und Opposition eine wesentliche positive Wirksamkeit entfaltet. Dies geschah unter dem Gesetz, nach dem der Marxismus angetreten ist, und galt den Mächten der „Heiligen Allianz", gegen die er seine Stoßkraft vor allem richtete. Noch bevor sie die Staatsmacht erobert hatten, haben die marxistischen Theorien und Parteien auf diese Mächte eine umformende Kraft ausgeübt.

Wir sahen im dritten Kapitel, wie verschiedenartig der deutsche und der russische Marxismus sich mit dem Staatsgedanken unter dem Wandel der Außenkonstellation seit 1914 auseinandersetzten. Jene Stunde, welche sie ans Steuer ihrer Staaten brachte, stellte beiden ihre Schicksalsfrage. In ihrem Verhältnis zum Staat liegt nun auch jene frühere positive Leistung beschlossen. Marxens Gesellschaftslehre diente ihm, so wissen wir, als Waffe wider die fortschrittsfeindlichen Mächte der Mitte und des Ostens Europas. Seinen ersten Kampf in der „Rheinischen Zeitung", seine Aufnahme der westlichen Gesellschaftskritik, den Mann wie sein Werk haben wir aus dieser Grundeinstellung heraus verstanden [1]. Hier lag demnach auch die umformende Gewalt seiner naturgesetzlich verkleideten gesellschaftlichen Doktrin beschlossen. Diese ihre ursprüngliche Mission haben sowohl der

---

[1]) Vgl. hierzu noch Schmoller, Zwanzig Jahre deutscher Politik (1920), S. 127—143, sowie Grundriß, 2. Teil (1919), S. 626 (Voltaire, Rousseau) und S. 626 ff. (Staat und Marxismus).

deutsche wie der russische Marxismus in der Tat voll erfüllt! Den „Gegenwartsstaat" zu zerbrechen, die Gesellschaft aus ihren veralteten Daseinsformen zu befreien, blieb trotz aller inneren Auseinandersetzungen die Grundrichtung der marxistischen Doktrinen und Parteien. Sie trieben derart — um nur ein Moment herauszugreifen — den bismarckischen Staat, soviel an ihnen lag, eben jenem Bürgertum zu, dessen politische Begehrlichkeit niederzuschlagen zum Fundament der bismarckischen Staatskunst geworden war. Daß sie derart Marxens Endziel, dank dem Konstellationenwandel bis 1918 hin, schließlich erfüllen konnten, dürfen wir darum als die endgültige geschichtliche Mission der marxistischen Lehre betrachten. Insofern hat Marx „der Revolutionär aus Instinkt und Beruf" (Woltmann) gesiegt.

Hierin liegt Marxens wesentliche Leistung für das gesellschaftliche Wesen seiner Zeit, nicht dagegen in dem Ewigkeitsanspruch seiner soziologischen Annahmen und ökonomischen Lehrsätze. Sobald man sein „Kapital" aus diesem historisch-politischen Zusammenhange löst, erhellt vielmehr erst, was es an bleibender Erkenntnis enthält und was von ihm nach Form und Inhalt die Probe gleichfalls nicht besteht. Hier ist notwendig der gemeinsame Ausgangspunkt für alle jene Würdigungen, welche Marxens Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft bislang erfahren hat.

Alle gesellschaftlichen Systeme wandeln derart ihren Wahrheitsgehalt, sobald sie ihre kritische Stunde erreicht und ihre geschichtliche Mission erfüllt haben. Ein letztes Mal erkennen wir, daß nur unter solchen Gesichtspunkten das System und die Bewegung sich uns erschließen. Von hier aus verstehen wir erst die „Staatsblindheit" des Systems und der Bewegung, die Absage an jeglichen „Staatssozialismus" seit 1843, den Rousseauschen Grundzug, Marxens Feindschaft gegen die „Preußen" Lassalle und Rodbertus — damit auch erst den Fortschritt seines Denkens über Ricardo hinaus und den bleibenden Gehalt seiner Ökonomie.

Von hier aus läßt aller Wandel der Doktrinen und Parteien sich begreifen. Hier finden wir die Größe wie das Verhängnis dieses geschichtlichen Phänomens beschlossen. Sie ent-

stammen jenem Mute, welcher Staat und Gesellschaft umzugestalten sich vermaß. Die Staatsgedanken Deutschlands und Rußlands wie des bonapartistischen Kaisertums zu entwurzeln, mußten französische Soziologie wie britische Ökonomie dem neuen Meister dienen. Er entnahm seine Gesellschaftslehre dem revolutionären Frankreich und bog Englands bürgerliche Wirtschaftslehre ins Revolutionäre um, weil sein politisches Wollen nach wie vor den alten Gegnern östlich des Rheines galt. Sein neues ökonomisches System, dessen Kategorien viel eher getaugt hätten, die westlichen Gesellschaften staatlich zu entwurzeln, wandte sich so gegen Osten. Und indem der Marxismus derart schließlich dazu beitrug, die Staatenwelt des östlichen und mittleren Europas dem Westen zu unterjochen, hat er sein geistiges Anlehen dem Westen mit Wucherzinsen erstattet. In dieser Ausrichtung gegen die Mächte der „Heiligen Allianz" liegt beschlossen, warum der Marxismus innerhalb der westlichen Demokratien bislang keinerlei wirksame revolutionäre Kraft entfalten konnte. Staat und Nation Frankreichs wie Englands widerstanden dem Stoße des Marxismus, der ja aus ihrem eigenen Boden einen guten Teil seiner Kraft gezogen hatte. Jene Hegelsche Dialektik und deutsche vormärzliche Demokratie, die Marx mit ins Exil nahm, verloren in der Fremde ihre sprengende Wirkung. Wenn wir im zweiten Kapitel jene „industrielle und kommerzielle Weltherrschaft Großbritanniens" und seiner Verbündeten kennen lernten, welche Marx schon 1849 feststellt, so ist daher an ihrem Triumph über Deutschland der Marxismus nach keiner Seite unbeteiligt! In beidem liegt zugleich, wenn wir Marx nun doch als Deutschen betrachten dürfen, die geschichtliche Schuld dieses Mannes, den Tag und Ort seiner Geburt zwischen zwei Zeitalter und zwei Kulturen stellten und der, in der entscheidenden Krisis seines Lebens, die „neue Hauptstadt der neuen Welt" des Westens zur Heimat seines Denkens und Handelns sich erkor.

Unsere programmatische Untersuchung hat uns zu bleibenden Ergebnissen geführt. Um so eher darf ich innehalten. Denn der jeweilige Stand des menschlichen Geschehens läßt sich wohl

anschauend erkennen und in seinen wesentlichen Merkmalen bestimmen. Der aber würde gewaltig irren, der — wie aus dem Stand der Gestirne — nun die Bahn auch dem gesellschaftlichen Geschehen vorausbestimmen wollte. Kein Beobachter vermag vorher zu sagen, welche Kräfte und Tendenzen obsiegen, welche unterliegen werden und wie ein Ausgleich zwischen ihnen künftig stattfindet. Hier beginnt das Reich des handelnden Menschen.

Wie der Leser sich vielleicht erinnert, hat Paul Eltzbacher einmal einen Anschluß Deutschlands an den russischen Marxismus zu „begründen" unternommen. Wir wissen nunmehr zur Genüge, warum derartige Versuche von vornherein fehlgehen. Das Problem „Staat und Marxismus" ist sehr viel verwickelter, als Eltzbachers allzu einfacher Lösungsversuch annimmt. Der Forscher hat es in seiner Totalität, ohne derlei störende Zielsetzungen, anzuschauen. Der Handelnde mag es aus den Besonderheiten der Lokalität und des Moments heraus gestalten[1]).

Für das politische Handeln ist der sozialistische Gedanke mit dem Ausgang des Marxismus in keiner Weise abgetan. Gerade dann, wenn er aus den individualistischen und soziologischen Verkleidungen der marxistischen Lehre sich befreit, mag der Sozialismus — als Ausdruck einer universalistisch gerichteten, gemeinwirtschaftlichen Lebensführung — eine gestaltende Kraft gewinnen. Das universalistische Denken vermag ein für allemal neben dem individualistischen gesellschaftsbildend zu wirken[2]). Wer immer die besiegten Nationen Europas aus

---

[1]) Siehe Eltzbacher, Der Bolschewismus und die deutsche Zukunft (1919). Vgl. dazu Fenner, Deutschland und Rußland, sowie Böhm, Deutscher Sozialismus („Gewissen" vom 22. September 1920). Zur Kritik des Bolschewismus vgl. noch Needra, „Grenzboten" 1920, Nr. 37/38, und Hirschberg, „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" Bd. 48, Heft 1.

[2]) Vgl. Dietzels grundlegenden Artikel „Individualismus" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften sowie Othmar Spanns Arbeiten zur Gesellschaftslehre. Das „sozialorganische" Axiom hat Rudolf Stolzmann zuletzt in seinen lehrreichen „Grundzügen einer Philosophie der Volkswirtschaft" begründet. Er setzt sich dort mit den Gesellschaftslehren von Marx und Rodbertus auseinander, ferner mit dem Verhältnis von Wirtschaft und „Machtverhältnissen" bei den „Individualisten" Böhm-Bawerk, Schumpeter und Liefmann. Siehe dazu meine Ausführung zum ersten Abschnitt dieses Kapitels.

der Konstellation von 1918 herausführen will, darf meines Erachtens an einem solchen universalistisch gerichteten Sozialismus nicht vorbeigehen. Wir fanden ihn lebendig im friderizianischen Preußen wie im Deutschland des 19. Jahrhunderts und sogar im Rußland Lenins. Was davon zur Wirklichkeit gelange, mag der Forscher getrost den handelnden Staatsmännern überlassen. Zwischen Aufstieg und Niedergang des kommenden Tages bergen sich tausend Möglichkeiten; wissenschaftlichem Erkennen bleiben sie verschlossen.

Unsere Aufmerksamkeit gehörte nicht solchen Möglichkeiten, sondern den bewegenden Grundkräften alles Geschehens. Wir fanden sie im Lebenswillen der Nationen, der seine besonderen Formen prägt und zerbricht. Er bleibt der gleiche, mögen immer die Konstellationen in rascher Folge wechseln. Er sprengt, so sahen wir, den Marxismus so gut wie jede andere gesellschaftliche Lehre oder Bewegung, die ihm sich naht. Wo immer Doktrinen oder Parteien aus der Peripherie in den Mittelpunkt staatlicher Willensbildung rücken, können sie sich diesem Schicksal nicht entziehen. Derart erlebten wir in drei großen Reichen, unter der Konstellation des Weltkriegsendes, die Schicksalsstunde des Marxismus. Zerbricht eine Lehre und Bewegung derart am Staatsgedanken, dann gießen die nationalen Lebenskräfte den bleibenden Gehalt in neue Formen. Denn die Nationen dauern ihrer Idee nach ewig, die Gesellschaftslehren und Parteien wechseln. So ist ihr Wandel notwendig in jener Schicksal einbeschlossen[1]).

---

[1]) Man vergleiche zum Schluß das Ergebnis aller staatsrechtlichen Untersuchungen über gesellschaftliche Umwälzungen: Der Staat ist unabhängig von seinen wechselnden Verfassungsformen. Die Parteien, welche ihn erobern, werden eben dadurch seine Organe, zugleich Träger und Diener der Staatsgewalt. Siehe Jellineks Allgemeine Staatslehre (1914) passim sowie Georg Lenz, Die Revolution in der allgemeinen Staatslehre (Hamburger Dissertation 1920).

1726

Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart

Lenz, Friedrich
Staat und Marxismus

